Dienstag, 5. Juni 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 130 - 23.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 5,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Strauß: Der Bundesparteitag der FDP hat nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden Zweifel an der Stabilität, Beständigkeit und Verläßlichkeit des Koalitionspartners verstärkt. Dennoch sieht Strauß zur Zeit keinen Grund, das Regierungsbündnis in Frage zu stellen. (S. 4)

Diäten: In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es wahrscheinlich eine erneute Abstimmung über eine Erhöhung der Abgeordnetenbezüge geben. Bei dem ersten Votum hatten sich 77 Abgeordnete für und 73 gegen eine Anhebung ausgesprochen. Rund 100 hatten an der Sondersitzung nicht teilgenommen.

Flucht: Zwei 23 und 26 Jahre alte Bewohner der „DDR" sind gestern nach Bayern geflüchtet. Sie konnten an einer unverminten Stelle die Grenzsperranlagen ohne Zwischenfall überwinden.

Großbritannien: Premier Margaret Thatcher, seit 1979 im Amt, hat angekündigt, daß sie sich um eine dritte Amtsperiode als Regierungschefin bewerben werde.

Invasion: Trotz Verärgerung über angeblich zu spät ergangene Einladungen haben die UdSSR, Polen und die Tschechoslowakei ihre Teilnahme an den Feiern zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie zugesagt. In der sowjetischen Presse wurde den ehemaligen Verbündeten gestern vorgeworfen, die Invasion absichtlich um Jahre hinausgezögert zu haben. Dies habe Millionen von Sowjetbürgern das Leben gekostet.

Mitterrand: Der französische Staatspräsident wird in der zweiten Juni-Hälfte der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abstatten. Es war vermutet worden, Mitterrand werde seinen Besuch wegen des Schicksals Andrej Sacharows aufschieben.

Heute: Neue Verhandlungen in Stuttgart im Tarifkonflikt der Metallindustrie Nordwürttembergs/Nordbadens; DGB-Bundesvorstand tagt in Düsseldorf. – Chinas Verteidigungsminister besucht USA. – Letzte Runde der Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur der US-Demokraten.

ZITAT DES TAGES



» Ich gehe nie so weit, vorherzusagen, was ich in zwei Jahren tue, und umgekehrt schließe ich nie vorher aus, was ich dann vielleicht machen werde «

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, zur Ankündigung von Parteichef Genscher, 1986 nicht mehr für den FDP-Vorsitz zu kandidieren FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das Bruttosozialprodukt stieg im ersten Quartal (ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen) um 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahrszeitraum. Im vierten Quartal 1983: 2,9 Prozent.

Steuerreform: Die SPD will sich zur Zeit weder zum Volumen noch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens festlegen. Nach Ansicht von Experten der Partei ist eine Steuersenkung für einige Länder nicht zu verkraften, solange nicht Korrekturen im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vollzogen seien. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten begann die Woche mit Kurssteigerungen auf breiter Front. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 147,2 (146,0). Dollarmittelkurs 2,6678 (2,7040) Mark. Goldpreis pro Feinunze 391,00 (393,75) Dollar.

KULTUR

Berliner Philharmoniker: Nach fast 30jähriger Zusammenarbeit will sich das Orchester von seinem Chefdirigenten Herbert von Karajan trennen, wenn er keine Begründung für die Absage eines Salzburger Konzerts gibt.

Faschismus: Nach vier Jahrzehnten im Schatten hat sich Dino Grandi, einer der Faschisten der ersten Stunde und drei Jahre lang Mussolinis Außenminister, wieder zu Wort gemeldet. Grandi veröffentlichte seine Tagebücher und einen eigenhändig verfaßten Bericht über jene historische Sitzung des Faschistischen Großrats, in der das Mussolini-Regime gestürzt wurde. (S. 17)

WELT-Serie: Hinter der „DDR"-Fassade

Jugoslawien liefert „DDR"-Flüchtlinge via Ungarn an den Ost-Berliner Geheimdienst aus. Als Opfer dieser Praxis schildert heute Jörg Hejkal seinen Leidensweg aus der Zelle des Staatssicherheitsdienstes in das Zuchthaus Bautzen. Mit einem Hungerstreik in der US-Botschaft in Ost-Berlin erzwang er mit fünf anderen Personen die Ausreise. S. 5

SPORT

Olympia: Bolivien hat seine Meldung für die Sommerspiele in Los Angeles zurückgezogen. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation des Landes seien die hohen Kosten für die Teilnahme nicht vertretbar.

Fußball: Die Olympia-Mannschaft der Bundesrepublik wurde vom internationalen Verband für das Turnier von Los Angeles nominiert. Der Start der Bundesliga-Saison wird deshalb auf den 25. August verschoben.

AUS ALLER WELT

Kaum Hoffnung: Für die 18 noch vermißten Besatzungsmitglieder des nördlich der Bermudas in schwerer See gesunkenen britischen Rahseglers „Marques" bestand gestern kaum noch Hoffnung. Am Vortag waren neun Personen lebend, eine tot geborgen worden. (S. 18)

Flugtag: Das Unglück auf dem Flugtag nahe Aschaffenburg, bei dem ein Zuschauer getötet wurde, hat die Diskussion über Sinn oder Unsinn solcher Veranstaltungen neu entfacht. Denn selbst bei höchst gewissenhafter Planung sind Katastrophen nie auszuschließen. (S. 18)

Wetter: Weiterhin bewölkt, einzelne Schauer. 14 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Widersprüchliche Angaben über Andrej Sacharow aus Moskau

Kanzler Kohl läßt sich vom Schwiegersohn des Atomphysikers informieren

W.K. / DW. Bonn / Moskau

Das Schicksal des sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow ist nach wie vor ungewiß. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat gestern zwar ihre Version vom 29. Mai wiederholt, Sacharow und seine Frau Jelena Bonner hätten ihren Hungerstreik abgebrochen und befänden sich bei guter Gesundheit, Beweise für diese Version blieben aber aus. In der westlichen Presse kursierten in der vergangenen Woche Gerüchte Sacharow sei gestorben. Mit dem offiziellen Dementi reagierte Moskau offenbar auf das weltweite Interesse an Sacharows Schicksal.

So hatte der französische KP-Chef Georges Marchais „äußerst negative Konsequenzen" für das Verhältnis seiner Partei zur Sowjetunion angekündigt, falls Funktionäre ihm bei seinem Moskau-Besuch Ende Mai falsche Angaben über den Gesundheitszustand des Wissenschaftlers und seiner Frau gemacht hätten. Marchais, dem versichert worden war, die Sacharows befänden sich bei guter Gesundheit, drohte mit einem Bruch.

Führende Politiker Westeuropas lassen sich währenddessen von Familienangehörigen des Dissidenten-Ehepaares, die im Westen leben, informieren: Bundeskanzler Kohl empfängt heute Sacharows Schwiegersohn Efraim Jankelewitsch, während seine Frau, Tochter Jelena Bonners, gleichzeitig die britische Regierung in London um Unterstützung bitten will.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, hat gestern die Sowjetunion aufgefordert, den Gerüchten über den Tod Sacharows „umgehend dadurch entgegenzutreten, daß sie den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand des weltweit angesehenen sowjetischen Bürgerrechtskämpfers wahrheitsgemäß angibt". Die Bundesregierung bestehe weiter auf der Forderung, die Sacharows ausreisen zu lassen. Der Versuch Bundesaußenminister Genschers, bei seinem jüngsten Kreml-Besuch die sowjetische Regierung auf das Problem des Friedensnobelpreisträgers anzusprechen, war erfolglos geblieben. Gromyko zeigte bei der Erwähnung des Namens Sacharow keine Reaktion.

Die Gerüchte vom Tod des Atomphysikers, die in einer Meldung der Londoner „Sunday Times" gipfelten, Sacharow sei am Donnerstag gestorben, beruhten auf dem Bericht einer italienischen Journalistin. Eine telefonische Mitteilung Jelena Bonners war in Rom so gedeutet worden, als sei der Nobelpreisträger nicht mehr am Leben. Dabei wurde die Bemerkung einer russischen Krankenschwester gegenüber Frau Bonner übersetzt als: Andrej Sacharow ist nicht mehr „unter uns". Das betreffende Wort kann jedoch auch bedeuten „bei uns", so daß unter Umständen eine Fehldeutung vorlag.

Bekannte der Sacharows in Moskau hatten der britischen Nachrichtenagentur Reuters erklärt, sie seien in Bezug auf den Anruf Jelena Bonners sehr skeptisch. Politische Beobachter im Westen schließen nicht aus, daß der sowjetische Geheimdienst KGB eine Desinformationskampagne eingeleitet hat, um die weltweiten Proteste gegen die Verweigerung der Menschenrechte für das Ehepaar Sacharow zum Verstummen zu bringen.

Zu den Unstimmigkeiten in der sowjetischen Berichterstattung zählt auch eine Tass-Meldung der vergangenen Woche, wonach Andrej Sacharow einen Hungerstreik gar nicht begonnen habe. Demgegenüber war der spanischen Parlamentsdelegation am Wochenende versichert worden, der Wissenschaftler habe seinen Hungerstreik beendet. Aus dem Bekanntenkreis der Sacharows war zu hören, er sei in einer Klinik zwangsernährt worden.

Reagan kommt Sowjets weiter entgegen

Bereit, in Stockholm auch über Gewaltverzichts-Erklärungen zu sprechen / Rede in Dublin

THOMAS KIELINGER, Dublin

US-Präsident Ronald Reagan hat vor beiden Häusern des irischen Parlaments einen neuen Vorschlag erläutert, wie die verhärteten Ost-West-Beziehungen aufgebrochen werden könnten: Die Amerikaner, so sagte Reagan, seien jetzt bereit, bei der in Stockholm stattfindenden „Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (KVAE) Moskaus Wunsch nach einer formellen Erklärung über Nichtanwendung von Gewalt in Europa zu berücksichtigen.

Als Gegenleistung erhofft sich der Präsident die sowjetische Bereitschaft, über die westlichen KVAE-Vorschläge zu verhandeln, die seit längerem auf dem Tisch liegen. Dazu gehören weitgehende neue Maßnahmen über Vorankündigung von Truppenmanövern, bestimmte Modalitäten über nachprüfbare Truppenverringerungen auf beiden Seiten, Austausch von Daten über vorhandene Truppenstärken.

Das Signal, das Reagan in Dublin aussandte, stellt eine wesentliche Positionsveränderung der Amerikaner dar. Bisher hatte Washington Deklarationen über Nichtanwendung von Gewalt als reine Propagandaübungen Moskaus abgetan und darauf hingewiesen, daß die Charta der Vereinten Nationen und die Schlußakte von

SEITE 3:
Roots – ein magisches Wort

Helsinki bereits Gewaltanwendung unter Staaten in Acht und Bann stellen. Den Amerikanern schwebt statt dessen eine Liste konkreter Maßnahmen vor, wie der Frieden in Europa stabiler und berechenbarer gemacht werden könne.

In engen Konsultationen mit seinen europäischen Verbündeten ließ sich Washington jedoch davon überzeugen, daß beide Positionen – das westliche Desiderat nach konkreten Maßnahmen und Moskaus Forderung nach einer Nichtangriffserklärung – vereinbar seien, so lange zwischen Ost und West darüber ernsthaft verhandelt wird. Diese neue bündnisinterne Position, über die auch die NATO-Außenminister in Washington in der vergangenen Woche konferierten, kleidete Reagan in den Satz:

„Wenn Gespräche über eine erneute Bekräftigung des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt, einem Prinzip, dem auch wir tief verpflichtet sind, die Sowjets dazu bringen, Vereinbarungen auszuhandeln, die dieses Prinzip mit konkreter Bedeutung füllen, dann sind wir nur allzu bereit, solche Gespräche zu führen. Ich fordere die Sowjetunion dringend auf, sofort mit allen übrigen Teilnehmerstaaten der KVAE in Stockholm Schritte zu unternehmen, die den Frieden und die Stabilität in Europa sicherer machen helfen."

● Fortsetzung Seite 8

Biedenkopf vermittelt im Druckkonflikt

Die Verhandlungen werden heute in Düsseldorf fortgesetzt / DGB-Spitze berät

GERNOT FACIUS, Bonn

Mit den Vermittlungsbemühungen des westfälischen CDU-Vorsitzenden Professor Kurt Biedenkopf treten die Gespräche über eine Beendigung des Tarifkonflikts in der Druckindustrie möglicherweise in das entscheidende Stadium. Die Einschaltung Biedenkopfs ist das Resultat einer Abstimmung zwischen dem Arbeitgeberverhandlungsführer Manfred Beltz Rübelmann und dem IG Druck-Vorsitzenden Erwin Ferlemann, über das beide Seiten gestern in einer gemeinsamen Erklärung berichteten. Die Verhandlungen sollen heute um 17 Uhr wieder aufgenommen werden.

Der Name Biedenkopf als Vermittler war seit längerem in der Diskussion. Der Professor will kein „politischer Schlichter" sein, sondern einer, der seine wissenschaftliche Sachkunde den Konfliktparteien zur Verfügung stellt. Biedenkopf hielt sich mit einer Bewertung des gewerkschaftlichen Vorgehens zurück. In einem WELT-Interview empfahl er bereits am 13. April, die Tarifpolitik so weiterzuentwickeln, daß den unterschiedlichen Arbeits- und Produktionsbedingungen bei der Festlegung der Arbeitszeit Rechnung getragen werden könne. „Was wir überwinden müssen, ist das schematische Einheitsdenken", forderte er. Und: „Nur ein beweglicher Arbeitsmarkt kann

SEITE 4
Spießrutenlauf für Angestellte

die Beschäftigungskrise überwinden." Mit Interesse wurde gestern registriert, daß die IG Druck und Papier einen Politiker als Vermittler akzeptiert, dem wegen seiner früheren Pläne für ein „Verbändegesetz" vorgehalten wurde, er wolle die Gewerkschaften entmachten. Gerade in diesen Tagen ist das Stichwort „Verbändegesetz" wieder in die Diskussion gebracht worden.

Die IG Druck und Papier hatte gestern – nach einer viertägigen Pause – rund 7500 Beschäftigte in 112 Betrieben wieder zu Streiks aufgerufen.

Unmittelbar vor der Fortsetzung der Tarifverhandlungen für die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden hat der regionale Verbandsvorsitzende der zuständigen Arbeitgeber, Hans Peter Stihl, für eine Ausweitung der Aussperrung plädiert. In einem vorab veröffentlichten Interview der Zeitung „Handelsblatt" sagte Stihl, sein Appell an die Arbeitskampfsolidarität der Unternehmen sei zwar „keine Aufforderung zur bundesweiten Aussperrung", aber zur „gezielten Arbeitskampfausweitung". Dies müsse angesichts der bundesweit erhobenen IG Metall-Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich erlaubt sein. Heute und morgen wollen sich auch die Spitzengremien des DGB mit der Lage im Arbeitskampf befassen.

FDP zieht Konsequenzen aus dem Streik

Alle betroffenen Arbeitnehmer sollen urabstimmen / Gegen „Funktionärs-Interessen"

PETER PHILIPPS, Bonn

Die FDP-Führung in Bonn hat den Gewerkschaften vorgeworfen, sich „ins Schlepptau" der SPD begeben zu haben. Sie will jetzt die Frage prüfen, ob in Zukunft nicht alle betroffenen Arbeitnehmer über einen Streik abstimmen müßten. Bisher werden nur die gewerkschaftlich Organisierten befragt; die IG Druck und Papier hat sich sogar die Möglichkeit geschaffen, einen Streik per Vorstandsbeschluß auszurufen.

Das neue Präsidium arbeitete gestern den Parteitag vom Wochenende auf. Art und Inhalt des Vorstoßes zum Thema Tarifauseinandersetzungen zeigen ebenso wie die öffentliche Präsentation durch drei Präsidiumsmitglieder, daß die Parteiführung die Lektion von Münster gelernt hat: Das eigene Profil wird gegenüber dem Koalitionspartner herausgearbeitet, die FDP als „marktwirtschaftlicher Garant" vorgezeigt und der Anschein einsamer Entscheidungen des Parteivorsitzenden der Vergessenheit anheimgegeben.

Der bayerische FDP-Vorsitzende Brunner sprach von den „politischen Folgerungen, die aus den zunehmend gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Streiks gezogen werden" müßten. Eine Kommission seiner Partei, die aus ihm, dem neuen Generalsekretär Haussmann und dem Europa-Politiker Bangemann bestehe, werde jetzt ohne Zeitverlust prüfen, „ob die Willensbildung der Tarifpartner diesen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen angepaßt werden muß". Dies entspreche auch dem grundgesetzlichen Auftrag. Der Arbeitstitel dieses Vorhabens laute: „Gesetz zur Sicherstellung der Arbeitnehmer-Interessen gegenüber Funktionärs-Interessen."

Bangemann ergänzte, der FDP-Führung gehe es darum, daß die „demokratische Basis für solche Entscheidungen" über einen Streik „so groß wie möglich" sein solle. Denn es gebe eine „zunehmende Tendenz, daß die Entscheidungen von einer immer kleineren Zahl von Funktionären" getroffen würden.

Sowohl Bangemann als auch seine Koreferenten Haussmann und Brunner ließen keinen Zweifel daran, daß die FDP zwar „alle betroffenen Verbände" zum Gespräch über dieses Vorhaben einladen, sich aber keineswegs vorab mit dem Koalitionspartner CDU/CSU zusammensetzen werde. Haussmann sagte dazu, es sei „egal, wie die CDU darüber denkt; sie muß sich dann dazu äußern, wenn wir soweit sind". Und Brunner sieht es geradezu als „Stärkung für die Koalition, wenn jeder Partner seine Interessen erkennt und erst einmal artikuliert". Auch an eine zusätzliche Belastung der laufenden Tarifauseinandersetzung glaubt Haussmann nicht: Man habe „der Partei mal zeigen wollen, daß die Beschlüsse von Parteitagen nicht wieder in den Schubladen verschwinden".

DER KOMMENTAR

Prüfsteine

HERBERT KREMP

Was bedeutet die Ankündigung Präsident Reagans in Dublin, Washington sei bereit, den Wunsch der Sowjetunion nach einer formellen Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt in Europa „zu berücksichtigen"? Richtet der amerikanische Präsident von europäischem Boden aus eine Botschaft an die Europäer, ergreift der Wahlkämpfer eine Initiative, oder sieht Reagan Anzeichen für einen Verhandlungswillen Moskaus zumindest bei der Stockholmer Konferenz, der in jedem Fall erprobt werden sollte? Die USA wollten die Gespräche mit den Sowjets im Rahmen der Genfer Raketenverhandlungen fortsetzen, obwohl die Moskauer Diplomatie sich dort bewegungsunwillig zeigte. Andropow hatte den Faden zerrissen und sein Nachfolger Tschernenko hatte ihn aufgerollt: Soviel zur Vorgeschichte.

Ein Abkommen über die Nichtanwendung von Gewalt ist ein altes sowjetisches Desiderat. In der Sache geht seine Bedeutung nicht über das gesprochene Wort hinaus; Moskau wünscht eine Erklärung ohne Substanz, ohne Nachprüfbarkeit seiner militärischen Kapazität, auf die es aber ankommt, wenn man den Verzicht militärischer Mittel sichern will. Aus diesem Grunde betrachtete der Westen den Vorschlag stets als eine Worthülse, in die etwas anderes als nur Knallerbsen der Propaganda gefüllt werden müßte. Zum Beispiel (beiderseitig) Maßnahmen über die Vorankündigung von Truppenmanövern, Nachprüfbarkeit von Truppenreduzierungen, Angaben über Truppenstärken.

Genau diese Überprüfbarkeit gehört aber nicht zu den Herzenswünschen der sowjetischen Seite. Sie strebt statt dessen eine Nichtangriffserklärung an, die der Westen einhält, weil ihn dessen parlamentarische und politische Öffentlichkeit dazu zwingt, und die die Sowjetunion nicht einzuhalten braucht, weil sie eine derartige kritische Öffentlichkeit nicht berücksichtigen muß. Sie möchte also für einen Apfel wieder einen ganzen Apfelgarten. Dieses Verfahren ist so bekannt, daß es schon in die Zeitgeschichtsschreibung eingegangen ist. Dennoch: Die westliche Diplomatie sollte auch dann am Ball bleiben, wenn es überhaupt kein Fußballfeld gibt. Sie muß nur an den Regeln festhalten, die das Spiel sinnvoll machen würden, gäbe es einmal eins. Solange der Westen fordert, die Formalität einer Nichtangriffserklärung mit konkreten Maßnahmen zu beleben, wahrt er seine Interessen. Alles andere wäre Schaumschlägerei.

18 Flüchtlinge in Ständiger Vertretung

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung bemüht sich in diskreten Gesprächen mit der „DDR" darum, 18 Personen, die in die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin geflüchtet sind, zu helfen. Unter ihnen befinden sich fünf Kinder und, was eine Verständigung mit der „DDR" besonders schwierig macht, ein ehemaliger Hauptmann der Nationalen Volksarmee. Ihn betrachtet Ost-Berlin als Geheimnisträger.

Die 18 Personen sollen sich zum Teil schon seit zwei Wochen in den Räumen der Ständigen Vertretung befinden. Sie weigerten sich bisher, das Gebäude wieder zu verlassen. Andererseits aber hat die „DDR" auch auf wiederholte Vorstöße der Bundesregierung hin keine Bereitschaft erkennen lassen, einzulenken. Sie weigert sich bislang strikt, Ausreisegenehmigungen zu erteilen.

Das Ziel der Bundesregierung ist es, eine Regelung zu finden, zu der sich die „DDR" bei ähnlich gelagerten Fällen in der Vergangenheit bereit erklärt hatte. Danach sollten die in die Ständige Vertretung geflohenen Personen unter Zusicherung von Straffreiheit zu ihren Wohnungen zurückkehren.

In Regierungskreisen in Bonn war gestern von einer „schwierigen Situation" die Rede. Die 18 Personen seien in die Ständige Vertretung gekommen, nachdem die „DDR"-Behörden, auf intensive Forderungen der Bundesregierung hin, Mitte Mai ihre besonderen Kontrollen vor und im Umfeld der Ständigen Vertretung zurückgezogen habe.

Keine Hoffnung auf pauschalen Schuldenerlaß

DW. Bonn

Die internationale Verschuldungskrise und Bemühungen um den Abbau von Handelsschranken dürften im Mittelpunkt des Weltwirtschaftsgipfels stehen, der am Donnerstag in London beginnt. Das verlautet aus den Hauptstädten der sieben Teilnehmerstaaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Japan, Italien, Bundesrepublik).

Trotz der kritischen Lage einiger hochverschuldeter Entwicklungsländer ist mit einem pauschalen Schuldenerlaß nicht zu rechnen. Vielmehr strebt Bonn mit anderen Industriestaaten ein verbessertes, möglichst maßgeschneidertes Schuldenmanagement an, ohne daß die strengen Sanierungsauflagen für die Kreditnehmer gelockert werden. Mit Kritik an der amerikanischen Regierung, deren hohe Budget-Defizite als eine wesentliche Ursache für die hohen Zinsen betrachtet werden, ist wiederum zu rechnen.

Konjunkturell steht die Gipfelkonferenz im Zeichen deutlicher Belebung. Ronald Reagan kann auf den kräftigen Aufschwung in seinem Land verweisen. Bundeskanzler Kohl geht mit einer realen Wachstumsrate von 3,6 Prozent (im ersten Quartal) an den Verhandlungstisch. Zugleich teilte Kohl gestern in einem Interview mit, daß der Weltwirtschaftsgipfel 1985 turnusmäßig in Bonn stattfinden werde. Zum ersten und bisher letzten Mal war 1978 ein Weltwirtschaftsgipfel in Bonn abgehalten worden.

Seite 8: US-Abschreibungslimit
Seite 11: WELT-Sonderseite

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rau will das aber nicht

Von Enno v. Loewenstern

Johannes Rau darf nicht mißverstanden werden. Er hat den Grünen keineswegs eine Absage erteilt. Eine rotgrüne Koalition ist in Nordrhein-Westfalen durchaus möglich.

Es war Holger Börner, der die Grünen in die Nähe der Faschisten rückte, nostalgisch über die heutzutage unüblich gewordene Anwendung von Dachlatten auf solche Mitbürger sinnierte und ihnen generell die Politikfähigkeit absprach. Es war Holger Börner, der anschließend von denselben Grünen lange und genußvoll in den Erpresserschwitzkasten genommen wurde und immer neue Zugeständnisse machen mußte, als wollten die Grünen an ihm beweisen, wie recht er mit seiner Einschätzung ihrer Politik hatte. Zur Feier des endlich geschlossenen Bündnisses – falls man taktvoll den Ausdruck Unterwerfungsvertrag vermeiden möchte – ging sein Finanzminister von Bord, mit der Warnung, daß man sich in die *Gefahr der permanenten Erpressung* begeben habe. Dies zum zehnjährigen Jubiläum des Tages, an dem ein leibhaftiger Bundeskanzler mit dieser Begründung zurücktrat.

Rau äußerte sich zur selben Zeit in Duisburg beim Parteitag des SPD-Bezirks Niederrhein ausdrücklich im Hinblick auf die hessischen Zustände. Er habe Verständnis für Börners Entscheidung, sagte er. Doch was ihn und seine zukünftige Politik betrifft, beschränkte er sich auf ein bescheidenes: „Ich will das aber nicht." Sein Bedarf an Koalitionen sei gedeckt, deshalb strebe er die absolute Mehrheit an.

Das war alles. Nun wird niemand es einem Politiker übelnehmen, daß er die absolute Mehrheit gewinnen möchte. Auch Börner wollte das; er hat es rechtzeitig gesagt. Um sie zu *bekommen, hat er den Grünen jene schmähkritischen* Absagen erteilt. Aber er hat die absolute Mehrheit nicht bekommen, und da seine Partei keine Koalition mit dem gemäßigten Gegner zuläßt, muß er jetzt auf Kosten seiner Glaubwürdigkeit mit dem maßlosen Gegner koalieren. Rau hat daraus gelernt. Wenn er mit den Industriefeinden die Macht im Industrieherzland der Bundesrepublik teilt, kann ihm zumindest niemand Wortbruch vorwerfen. Und niemand kann sagen, die Wähler hätten nicht gewußt, was auf sie zukam.

Sterben in der Diktatur

Von Peter Dittmar

Heute wird Carl von Ossietzkys „Weltbühne" in Ost-Berlin weitergeführt, mit seinem Namen auf dem Titelblatt; ob sie in seinem Sinne weitergeführt wird, darüber kann sich jeder Leser selber ein Bild machen. In der jüngsten Ausgabe war eine Niederschrift eines Zeitgenossen, Jean-Richard Bloch, aus dem Jahre 1936 anläßlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky zu lesen: „Auch für mich hat Ossietzky seit drei Jahren gelitten, auch für mich ertrugen all die Ossietzkys der Konzentrationslager ihre Schmerzen und gaben ihr Leben."

Zwei Nummern zuvor hieß es über Herwarth Walden, den berühmten Begründer des „Sturm" und Förderer des Expressionismus: „Walden starb im Lande seiner großen Hoffnung, in der Sowjetunion."

Das ist alles. Sina Walden weiß allerdings mehr: „Mein Vater Herwarth Walden wurde am 13. März 1941 in Moskau im Hotel Metropol verhaftet ... Bis zum Tode Stalins bzw. bis zum 20. Parteitag (1956) waren alle Nachforschungen nach dem Verbleib von Gefangenen zwecklos." Dann traf sie den polnischen Schriftsteller Alexander Wat, der in der Sowjetunion „in siebenjähriger Lagerzeit körperlich zum Wrack geworden" war und der seinerzeit Herwarth Walden in Saratow „'in der Gespenstermenge' auf dem Fußmarsch vom Bahnhof zum Gefängnis entdeckte. Sie konnten sich Zeichen geben. Im Gefängnis versuchte er dann alles, um Kontakt aufzunehmen, aber vergeblich. Erst als er mit Hungerödemen ins Gefängnislazarett kam, erfuhr er von einer Putzfrau, daß Herwarth Walden einige Tage zuvor im Nebenzimmer gestorben war. Das war im Oktober 1941. Nach Wats Bericht starben die meisten Gefängnisinsassen von Saratow an Hunger und Durst, da die *Verpflegung nur aus Heringsköpfen bestand ... Ich solle* über den schnellen Tod meines Vaters 'froh' sein, denn das Lazarett von Saratow sei noch der menschlichste Ort gewesen, den er in sieben Jahren gesehen habe."

Walden starb also nicht anders als Carl von Ossietzky. Daß die „Weltbühne" das zwar weiß, aber nicht schreibt, verrät ihre Perfektion in der hohen Kunst der „sozialistischen Parteilichkeit" – und verrät zugleich das Vermächtnis von Ossietzky.

Video-Einigung

Von Joachim Neander

Unser freiheitlicher Rechtsstaat sei in dringenden Fällen gar nicht mehr fähig zum Entscheiden und zum Handeln, so klagen viele Bürger – seltsamerweise gerade auch solche, die selber alles tun, diesem Staat Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Glücklicherweise ist diese Klage nicht immer berechtigt. Einen kleinen Beweis liefert jetzt der Streit um den Videomarkt und die allgemein befürchtete Brutalisierung großer Teile der jungen Generation.

Noch vor wenigen Monaten schien es, als rolle hier eine *furchtbare Woge auf ein fast* wehrloses Land zu. Die Zombie- und Kannibalenfilme mit ihren entwürdigend scheußlichen Einzelheiten waren Tagesgespräch. Jedermann rief nach strengeren Bestimmungen. Aber *schon* schien alles wieder im Streit der Parteien und Richtungen zu versanden.

Doch so wehrlos ist unsere Rechtsordnung gar nicht. Zwar ist die vom Bundestag zu verabschiedende Novellierung des Jugendschutzgesetzes immer noch nicht konkret in Sicht. Zwar sind Koalition und Opposition sich in Bonn immer noch nicht darüber einig, ob auch das Strafrecht in dieser Sache verschärft werden muß.

Aber in aller Stille wurde doch schon manches bewirkt. Rund fünfhundert besonders schlimme Videokassetten sind, wie man hört, inzwischen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften auf den Index gesetzt worden, also für Jugendliche nicht mehr ohne weiteres greifbar. Das Ärgste sei vom Tisch, heißt es.

Außerdem haben die Jugendminister der Bundesländer jetzt beschlossen, sozusagen im Vorgriff auf die Verschärfung des Jugendschutzes durch den Bund in einer freiwilligen Vereinbarung der Länder schon zum 1. November 1984 die obligatorische Kennzeichnung aller Videokassetten nach den Kriterien der freiwilligen Filmselbstkontrolle zu sichern. Diese Vereinbarung wird zustandekommen, obwohl zwischen Unions- und SPD-Ländern nach wie vor grundsätzliche und verfassungsrechtliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Dieses Beispiel weckt Hoffnungen. Das Land braucht sie.



„Wenn Vater jetzt nicht die 35-Stunden-Woche erstreikt, dann weiß ich nicht, was werden soll!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Sozialpartnerschaft heute

Von Rupert Scholz

Über den Zwistigkeiten des anhängigen Tarifstreits in der Metall- und Druckindustrie wird *die eigentliche Problemstellung* zunehmend verdrängt: nämlich der unabweisbar gewordene Strukturwandel, das rasche Voranschreiten von Technisierung, Automatisierung und Informatisierung. Nicht zufällig sehen sich gerade die Metall- und die Druckindustrie von diesen Entwicklungen in besonderer Weise betroffen. Klassenkämpferische Parolen sind nicht geeignet, den eingeleiteten Evolutionsprozeß aufzuhalten. Im Gegenteil, je später sich Industrie und Arbeitnehmerschaft auf die Automation einrichten, desto schmerzhafter werden die Folgen sein, desto eher wird das Wort von der neuen „industriellen Revolution" – *statt der mit* Offenheit, Flexibilität und Anpassungsbereitschaft bestandenen Evolution – Realität werden.

Unsere Arbeitslosigkeit ist nicht nur konjunktureller, sondern auch strukturell bedingter Art. Soll das aus England bekannte Bild des teetrinkenden Heizers auf der Elektrolok bei uns nicht in Gestalt des kaffeetrinkenden Druckers an der Lichtsatzmaschine sein Pendant finden, so müssen die strukturellen Probleme des heutigen Arbeitsmarktes rasch in einer Weise gelöst werden, die ebenso zur Vollbeschäftigung zurückführt, wie sie das nötige Maß an Wettbewerbs- und *Leistungsfähigkeit* – sprich Wachstum und wachstumbedingende Produktivität – sichert. Automation ist ein Weg zu höherer Produktivität, aber auch ein Weg zu weniger Arbeitsplätzen. Folgerichtig erlaubt die Automation auch eine *Verminderung* der Arbeitszeit bzw. veränderte Verteilungsformen von Arbeitszeit insgesamt zu Gunsten einer größeren Zahl von Arbeitnehmern.

Als Formen der Verkürzung der Arbeitszeit kommen prinzipiell ebenso Verkürzungen der Lebensarbeitszeit wie Verkürzungen der Wochenarbeitszeit in Betracht. Voraussetzung für beider Wirksam*keit bleiben jedoch ebenso eine die* Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie insgesamt wahrende Kostenneutralität oder doch Kostenvertretbarkeit wie rasche Anpassungen im Berufswesen. Berufsformen oder Berufsbilder, die im Zuge der Automation obsolet oder doch weniger erforderlich werden, müssen durch neue Berufsbilder und Berufsausbildungen – gerade auf den Gebieten der Automation – ersetzt und fortgebildet werden.

Der heutige Strukturwandel fordert vor allem die partnerschaftli*che Zusammenarbeit bei der Lö*sung der Strukturprobleme. Sozialpartnerschaft ist wieder und vielleicht mehr denn je gefragt. Von Sozialpartnerschaft wird *heute* jedoch kaum noch gesprochen; es dominiert das Vokabular von Antagonismus und Konfrontation.

Gerade der Sozialpartnerschaft aber ist die Überwindung struktureller Industrieprobleme der Vergangenheit zu danken. Man denke nur an die große Strukturbereinigung im Montanbereich. Niemand ist eher und besser dazu berufen, in *freiheitlicher und* kooperativer Selbstverantwortung strukturelle Industrie- und Arbeitsmarktprobleme zu lösen, als die Tarifpartner selber.

Die Wege zur Lösung der heutigen Strukturprobleme sind im Grunde bekannt. Angefangen von den Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung, des befristeten Arbeitsvertrages und des Job-Sharing ist vor allem an die Ablösung verkrusteter Regelungen zu denken.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitverfasser des Grundgesetz-Kommentars Maunz–Dürig–Herzog–Scholz FOTO: PAUL GLASER

So lassen sich zum Beispiel Abkürzungen der Wochenarbeitszeit kostenmäßig leichter neutralisieren, *wenn durch zusätzliche Schichten* – über die bestehenden Arbeitszeitbeschränkungen hinaus – das Maß der Nutzung maschineller Einrichtungen gleich bleibt. Durch die flexiblere Handhabung von Arbeitszeiten lassen sich überdies viele Probleme im Bereich von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bei Jugendlichen sowie auch bei anderen, besonders betroffenen Berufsgruppen, namentlich bei Frauen, abhelfen oder doch mildern.

Am wichtigsten erscheint jedoch die Forderung nach mehr Flexibilität durch sach- und situationsgerechte Differenzierung. Manche Kürzung der Wochenarbeitszeit läßt sich in hochautomatisierten Großbetrieben – gerade bei Vermehrung der Schichten und gegebenenfalls auch Gewinnung zusätzlicher Arbeitsplätze – verkraften, während für Klein- und Mittelbetriebe – namentlich im Bereich des Handwerks – noch für lange Zeit Gegenteiliges gilt. Wenn aber bestimmte Kürzungen der Wochenarbeitszeit nur in entsprechend fortentwickelten Industriebereichen möglich sind, so müssen auch die Tarifverträge entsprechend differenzieren.

Zu den großen Leistungen der Tarifautonomie gehört die stabilisierende und konzentrierende Ordnungswirkung des Flächentarifvertrages, wie er in den vergangenen Jahrzehnten zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Heute könnte sie sich jedoch als Hindernis für fortschritts- und sozialgerechte Lösungen erweisen. Andererseits birgt das geltende Tarifvertragsrecht genügend Elastizität, um auch differenzierende Lösungen zu ermöglichen; angefangen vom Firmentarifvertrag bis hin zum Rahmentarifvertrag, der dem einzelnen tarifunterworfenen Unternehmen die Möglichkeit beläßt, auf betrieblicher Ebene – namentlich über das *Mittel der Betriebsvereinbarung* – Lösungen zu entwickeln, die den Besonderheiten des jeweils betroffenen Betriebes gerecht werden. Diese Möglichkeiten sollten im offenen und vertrauensvollen Gespräch wirklicher Sozialpartner endlich gesehen und zum Wohle des Ganzen entwickelt werden.

IM GESPRÄCH Kenneth Kaunda

Behutsam im Süden

Von Volker S. Stahr

Seit Ende des vergangenen Jahres ist die Politik im südlichen Afrika in Bewegung geraten. Südafrika und seine schwarzen Nachbarn („Frontstaaten") kommen einander nach jahrelanger Konfrontation näher. In Sambias Hauptstadt Lusaka saßen *sich jüngst gar* der Swapoführer Nujoma und Südafrikas Generaladministrator für Namibia, van Niekerk, gegenüber.

Vielleicht die wichtigste Schlüsselfigur in diesem Prozeß ist Kenneth Kaunda (60), Präsident von Sambia. Seit *Jahren ist* er es, der den Gesprächsfaden zu Pretoria aufrechterhält und persönliche Kontakte mit Südafrikas Premier Botha und dessen Amtsvorgänger Vorster wahrnahm.

Kaunda ist gläubiger und praktizierender Christ. Sein Vater war Geistlicher, er selbst arbeitete als Lehrer an einer Missionsschule und als Wohlfahrtsarbeiter in den ehemaligen Rhodesischen Kupferbergwerken. In den fünfziger Jahren wurde er politisch aktiv, schloß sich dem „Afrikanischen Nationalkongress" (ANC) an und mußte wegen seines Eintretens für die Unabhängigkeit neun Monate in Haft verbringen. Zu Beginn der sechziger Jahre war er als Führer der „Unip" (Vereinigte Nationale Unabhängigkeitspartei) maßgeblich beteiligt an den Vorbereitungen zur Unabhängigkeit *Sambias*, dessen erster Präsident Kaunda 1964 wurde.

Dabei bezeichnet er Gandhis Lehre der Gewaltlosigkeit als neben der Religion zweite Säule seiner Politik. Die daraus mit christlichen, sozialistischen und afrikanischen Traditionen entwickelte Lehre nennt er „Zambian Humanism". Viele Außenstehende mutet diese Philosophie verschwommen an, doch seine Landsleute scheinen *Kaunda* zu verstehen. *Jedenfalls* behauptet sich die Beliebtheit des Präsidenten über alle Fährnisse der Wirtschaftkrise hinweg, im Gegensatz zum geringen Ansehen der „Unip". Kaunda hat Charisma und Landesvaterstil; er verbreitet ein spontanes Sympathie- und Zusammengehörigkeitsgefühl und greift bei einem Fernsehauftritt auch schon mal zur Gitarre. Seine politischen Äußerungen freilich sind stets mit Be*dacht formuliert*. Aber in gut afrikanischer Weise hat er 1972 die „Unip" zur Einheitspartei gemacht, die „allen Sambiern die Möglichkeit der Partizipation geben" und zugleich die „blutigen Auswüchse von Stammesparteien" verhindern soll. Und er nimmt in regelmäßigen Abständen Umbesetzungen in den Führungsämtern vor, was allemal populär ist und Machtkonzentration in anderer Leute Händen verhindert.



Greift auch mal zur Gitarre: Kaunda FOTO: CAMERAPIX

Durch seine ausgleichende Haltung gilt er für viele als ein Mann, der den Weg weisen könnte für ein besseres Miteinander von Schwarz und Weiß zu gegenseitigem Nutzen im südlichen Afrika. Er selber bekennt sich zu *solchem Miteinander* und ist davon überzeugt, daß am Ende dieses Weges auch die Reform des Burenstaates stehen wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Das Blatt schreibt zum Abschluß des FDP-Parteitages in Münster:

Mit dem Münsteraner Kongreß hat die Suche nach Genschers Nachfolge begonnen – sie wird das beherrschende Thema der *FDP* in den kommenden Monaten bleiben. Die Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, allesamt um die vierzig Jahre alt und Repräsentanten einer Riege von Politikern im grauen Flanell, werden abwechselnd an der Nachrichtenbörse als Favoriten gehandelt. Wahrscheinlicher ist, daß ihnen die Rolle der Königsmacher zufällt. Es gilt nämlich als kaum vorstellbar, daß dem Genscher-Nachfolger, bar jeder Erfahrung auf Bundesebene, direkt der Sprung aus der Provinz nach Bonn gelingt. Eher dürfte der künftige FDP-Chef, der dann auch die Partei in den nächsten Bundestagswahlkampf zu führen haben wird, im Kreise von Bundespolitikern zu suchen sein. Damit aber richtet sich das Augenmerk unwillkürlich auf Schatzmeisterin Adam-Schwaetzer, Generalsekretär Haussmann und den früheren Bonner Innenminister Gerhart Baum ... Kehrt die FDP nicht mehr ins Straßburger Parlament zurück, so werden Entscheidungen zur Person dringlicher. Es könnte dann fraglich werden, daß Genscher noch zwei Jahre im Amt bleibt.

TAGESANZEIGER

Die Züricher Zeitung notiert zum US-Engagement in der Golf-Region:

Daß es bei dem – unter der iranischen Reizschwelle liegenden – amerikanischen Engagement blieb, liegt nicht nur am saudiarabischen Unbehagen, die USA als „Schutzmacht" in den Golfkonflikt hineinzuziehen. Es liegt auch an der Drohung aus Teheran, daß eine unmittelbare militärische Intervention der Amerikaner im Golf-Krieg mit Angriffen der iranischen Luftwaffe auf die – relativ schutzlosen – Erdölinstallationen der konservativen arabischen Golfanrainer beantwortet würde. Iran hat, auch ohne die mehrfach angedrohte Blokkade *der Straße von Hormuz*, sein Ziel erreicht: Der Erdölexport der konservativen arabischen Golfstaaten, aus dem diese Staaten ihre Unterstützung der Kriegskasse Bagdads finanzieren, ist ... abrupt zurückgegangen. Irak hingegen ist es nicht gelungen, die USA *in den Konflikt* hineinzuziehen und damit den Konflikt zu internationalisieren. Die Gefahr, daß es in der Golfregion dennoch zur Explosion kommt und die USA zum militärischen Eingreifen gezwungen werden, ist trotzdem gegeben. Dann, wenn Iran seine angekündigte Ramadan-Offensive wirklich startet.

DARMSTÄDTER ECHO

Hier heißt es zum Rücktritt des hessischen Finanzministers Reitz (SPD):

Für Christ- und Freidemokraten jedenfalls, die Börners neue Politik als endgültigen Ausstieg aus dem Konsens der Demokraten werten, hat Reitz *großkalibrige Munition* für den Wahlkampf geliefert. Mit seinen Bedenken, die vor allem auf das Verhältnis der Grünen zum Rechtsstaat und zur Wirtschaft gerichtet sind, wird der Finanzminister von jetzt an der „Kronzeuge" sein, wenn die Opposition daran geht, die SPD auf die politische Anklagebank zu setzen. Das wußten Reitz und Börner, der schon vor Monaten über die Absicht seines langjährigen Weggenossen informiert worden war.

Von der Ermüdung im Dschungel des Isthmus

El Salvadors Guerrilla will nun doch mit Duarte verhandeln / Von Günter Friedländer

El Salvadors Guerrilla, die „Nationale Befreiungsfront Farabundo *Marti*", hat einen politischen Arm, die „Revolutionäre Demokratische Front". Nachdem beide Fronten bisher alle Wahlen in El Salvador als illegitim und die letzten Wahlen sogar als Farce bezeichneten, meinte nun Guillermo Ungo, der *Leiter der politischen Front*, daß die Wahlen doch etwas Positives erbracht hätten: „Bisher gab es keinen wirklichen Sprecher der salvadorianischen Regierung", während Duarte „als Sprecher o.k." sei.

Ungo gab diese Erklärung auf einer Pressekonferenz in San José ab. Vorher hatte er mit anderen Leitern der Front Gespräche mit Costa Ricas Präsident Luis Alberto Monge geführt, der die Aufgabe des Vermittlers zwischen beiden Seiten übernommen *hat. Monge* spielte im vergangenen Jahr eine ähnliche Rolle, als er den damaligen nordamerikanischen Botschafter Richard Stone mit den Rebellen an einen Tisch brachte. José Napoleon Duarte und Guillermo Ungo sind mehr als gute Bekannte: Sie *gewannen 1972 die Wahlen* El Salvadors als Präsident und Vizepräsident. Aber Duarte schloß 1980 mit dem Heer einen Pakt gegen Ungo, um sich die Leitung einer Regierungsjunta zu sichern. Das brachte dem Christdemokraten Duarte bei *den Linken den Ruf* eines Verräters ein.

Die Aufgabe Monges sollte nicht allzu schwer sein, weil die Rebellen keine Vorleistungen und auch keine Tagesordnung für den neuen Dialog fordern. Monge sucht auf *einer Europareise, die ihn in elf* verschiedene Länder führt – er ist eben in Bonn eingetroffen –, Unterstützung für seine Friedensbemühungen.

Die neue Entwicklung wird von einer Reihe von Faktoren begünstigt *und ist nicht ganz so* überraschend, wie es scheint. Gewiß, man spricht von einer neuen großen Herbstoffensive der Guerrilla, die angeblich darauf abzielt, dem amerikanischen Wähler die Aussichtslosigkeit der Reagan-Politik in Mittelamerika vor Augen zu führen. Aber *die Nachrichten* aus El Salvador sind nicht so rosig für die Guerrilla, wie das Fernsehen sie erscheinen läßt.

Mario Rosenthal, Herausgeber der unabhängigen, in San Salvador erscheinenden „El Salvador News-*Gazette*", schreibt beispielsweise von einem Interview mit einer 16jährigen, die in die Guerrilla gezwungen worden war und ihr kürzlich entfloh. Das junge Mädchen berichtet von Hunderten Deserteuren, die ihre Waffen an das Heer verkaufen und wertvolle Informationen über die geplante Offensive bringen. Ähnliches sagte Oberst Adolfo Blandon, Chef des Generalstabs des Heeres, der Associated Press. Er spricht von 900 Deserteuren, die seit Dezember die Guerrilla verließen.

Es heißt, daß die Moral unter den Aufständischen sinkt, weil sie spüren, daß ihre Pläne sich nach den Wünschen Nicaraguas und Kubas richten müssen. Gleichzeitig soll die Moral im Heer, das soeben auf Wunsch Reagans eine neue Zuwen*dung vom US-Kongreß erhielt*, erheblich gestiegen sein.

Zudem sinken die Hoffnungen auf einen raschen Erfolg der Contadora-Gruppe. Der honduranische Außenminister Edgardo Paz Barnica sprach nach seiner Rückkehr *aus Panama, wo die Gruppe* Ende April tagte, von einem spürbaren Abnutzungseffekt der Vermittlungsversuche. Er nannte sie „eine sehr wertvolle intellektuelle Bemühung", während die Realitäten aber in eine ganz andere Richtung wiesen. Das *eigentliche* Problem sei Nicaragua, das nicht daran denke, sich von der Contadora Grenzen seiner Bewaffnung vorschreiben zu lassen. Guatemalas Außenminister Fernando Andrade meint, man solle lieber an die USA *als entscheidenden Faktor in Mit*telamerika denken.

In Washington wiederum lobt man zwar die Contadora-Gruppe, macht aber die Unterstützung ihrer Bemühungen davon abhängig, daß Kuba und Nicaragua sich jetzt öffentlich verpflichten, die Subversion in *Mittelamerika* nicht mehr zu unterstützen. Das wurde dem kolumbianischen Außenminister Rodrigo Lloreda Caicego bei einem Besuch in Washington „halbamtlich" mitgeteilt. Lloreda machte sich dabei nicht besonders beliebt, als er sich kritisch über die letzte Bewilligung militärischer Hilfe für die legitime Regierung El Salvadors durch den Kongreß äußerte. Andererseits gab *Lloreda* zu, daß die Contadora-Gruppe ohne die Mitarbeit der USA nicht in die Endrunde ihrer Bemühungen gelangen könne.

Lloreda pries bei dieser Gelegenheit abermals die Arbeit der Contadora-Gruppe als eine „diplomatische und friedliche Alternative im lateinamerikanischen Geist". Die Ermüdung aller Parteien, die zur direkten Aussprache zwischen den Beteiligten führt und die Duarte und Ungo jetzt anzusteuern scheinen, könnte allerdings *die* wirkliche, bisher nicht genügend beachtete Alternative sein.

Roots – das ist für Reagan ein magisches Wort

Der Präsident ist an die Wurzeln seiner Herkunft zurückgekehrt. Ronald Reagan besucht den Geburtsort seiner Ahnen: Ballyporeen im südlichen Irland.

Von THOMAS KIELINGER

Entlang zweier Dorfstraßen, Mainstreet die eine, Churchstreet die andere, in Ballyporeen in der Grafschaft Tipperary im südlichen Irland schlafen seit Sonntag 320 Seelen den Schlaf der Zufriedenheit. Ihre Augen haben den Nachfahren eines Sohnes dieser Gemeinde gesehen, man hat dem Heimgekehrten zugerufen und ewige Treue geschworen, man ist zu „Meanys" oder „Bally Hy" oder einer anderen der vier übrigen Kneipen gegangen, um mit ausreichend Alkohol die Ankunft *von Ballyporeen auf der Landkarte* der Zeitgeschichte zu feiern. Und man träumt wohl auch von Ronald Reagan als dem Begründer einer blühenden neuen Industrie für das Bauerndorf am Fuße der Galtee-Berge: Tourismus und noch mehr Tourismus.

Aber was Ronald Reagan dieser Gemeinde an Freude und Selbstwertgefühl mit seinem Besuch geschenkt hat, haben die Bürger des Ortes ihm mit dem Festempfang am Sonntag nachmittag um ein Vielfaches zurückerstattet. Bis zu seinem 70. Lebensjahr *wußte der amerikanische* Präsident nichts Genaues über seine irischen Wurzeln. Sein Vater war schon mit sechs Jahren verwaist, wie Reagan den Zuhörern am Schnittpunkt von Mainstreet und Churchstreet verriet – da riß der Faden der Information für die Familie ab. Irische und britische Ahnenforscher holten die Vergangenheit des 1980 gewählten 40. Präsidenten schließlich 1981 aus dem Dunkel hervor, lückenlos dokumentiert bis zum 29. September anno 1829, dem Tauftag von Reagans Urgroßvater Michael Reagan in der „Kirche der Aufnahme Marias in den Himmel" im Sprengel Ballyporeen, County Tipperary.

Wer freilich an diesem Tag in den wahlweise regengrauen oder von überirdischem Blau durchbrochenen Himmel schaute, fühlte sich weniger an katholische Glaubensinhalte als an eine Vorführung technologischer Einsatzbereitschaft erinnert. Das Surren und Stottern von Hubschraubern durchschnitt die Luft mit unaufhörlicher Penetranz. So durchkämmten die Sicherheitsexperten das letzte Stück freien Luftraums, und so entlud eine eigens aus Dublin angeheuerte Helikopter-Flottille von British Airways den Pressetroß des Weißen Hauses.

Während die Medienleute zu einer zirkusähnlichen Zeltansammlung *stapften, über die, riesenhoch* gereckt, eine stolze Schrift das Unglaubliche verriet: „Internationales Pressezentrum von Ballyporeen", begann Zeremonienmeister Derek Davis auf dem Schnittpunkt zwischen Mainstreet und Churchstreet die Zuschauer einzustimmen. Hinter ihm und dem Podium, das von irischen Fahnen walddicht abgegrenzt war, ragte John O'Farrells Kneipe in das Visier der Fernsehobjektive aus aller Welt.

Dies ist der Tag, auf den O'Farrell seit drei Jahren hingearbeitet hat, genau seit jenem Tag, *da er seinen* besten Barraum in „The Ronald Reagan Lounge" umgetauft und neben seinem Pub draußen das stolze Schild „The Ronald Reagan" angebracht hatte. Die beiden Farrells, John und Mary, haben alles aufgeboten, was einem geschäftstüchtigen Unternehmer einfallen kann, um die Kundschaft, angefangen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, einzufangen.

Der Besuch in O'Farrells Pub, pünktlich um 14.00 Uhr, ist für Präsident Reagan jedoch nur das Public-Relations-Geschenk eines selber in den Vermarktungstechniken nicht Unerfahrenen an einen tüchtigen Mit-Unternehmer.

Höhepunkt war für beide Reagans dagegen der Besuch in der Pfarrkirche, die Feier um jenes Taufbecken herum, in dem Michael Reagan im Jahre 1829 in die Familie der Kirche Eingang fand und damit seinen belegbaren Weg in die Geschichte angetreten hatte.

Der Blick in die relevanten Seiten des Pfarr-Registers der Gemeinde Templetenny, wie der Sprengel Ballyporeen damals hieß, trieb beiden Reagans Tränen der Sprachlosigkeit in die Augen. Mit den Spuren der eigenen Vergangenheit konfrontiert, bekennt der Amerikaner eine tiefverwurzelte historische Ehrfurcht, die man in der Regel bei diesem Volk zu wenig in Rechnung setzt. Das Glück *des Angehörigen einer noch jungen* Nation, der in Europa den Kreis seiner Herkunft geschlossen sieht, kann man nur erahnen. Die Heimkehr gehört zu den ältesten Ritualen der Zivilisation; die Heimkehr an die „roots", die eigenen Wurzeln, gibt dem Lebensgefühl des Amerikaners eine unersetzliche Wurzel, auch einen Halt, nach welchem er, gerade weil ihn die Zukunft so magisch anzieht, wie ver*steckt sucht*.

Irland war für fünfzehn amerikanische Präsidenten und ist für 42 Millionen Amerikaner heute der Ort ihrer Herkunft – „das Tor unserer Beziehungen zu Europa", wie Reagan es in Ballyporeen ausdrückte. Es kann gar kein Zweifel sein, daß dieser Besuch für den Präsidenten, nach mehreren Reisen in den Fernen Osten, wie ein *notwendiges Gegengewicht* eine innere Balance herstellt. Hier berühren *sich Sentiment und Politik* und stiftet die Realität amerikanische Zuordnung. Europa hat darin einen unverlierbaren Platz, der dennoch immer wieder abgesichert sein will.

Dies wird am besten spürbar, wenn man sich von den irischen Wurzeln Ronald Reagans den Problemen des modernen Irland, einer geteilten Nation, zuwendet. Unter der Oberfläche *der freundlichen Trinksprüche und* Reden meldet sich eine starke irische Frustration an, der Reagan atmosphärisch gar nicht ausweichen kann. Er berührt in seinen Antworten nur vorsichtig das heikle Problem, wobei er wissen muß, daß an diesen und anderen ungelösten Fragen der Einigung die Zukunft Europas weiterhin abprallt.



Im Pub „Ronald Reagan" ein Irish Stout für den Präsidenten Reagan
FOTO: AP

Auch die EG stoppt das bleifreie Benzin nicht

Bonn wird noch vor der Sommerpause Anreize für den „Umstieg" auf bleifreies Benzin im Jahr 1986 beschließen: Erleichterungen in der Kfz-Steuer und finanzielle Hilfen beim Kauf umweltfreundlicher Autos. Bleifreies Benzin soll nicht wesentlich teurer sein als das herkömmliche.

Von MANFRED SCHELL

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wundert sich über „Stilbrüche" in einigen *Zeitungen*, wenn es um die Berichterstattung und Kommentierung seiner Umweltschutzpolitik geht. „Vorne" erschienen „stramme Artikel", *er solle* ja beim bleifreien Benzin durchhalten. „Hinten" dagegen – gemeint ist der Wirtschaftsteil – lese sich manches Stück so, als stamme es aus der Feder eines „Industrielobbyisten".

Zimmermann sagt es nicht offen, aber er hegt den Verdacht, daß aus dem Bundeswirtschaftsministerium heraus, von wem auch immer, Querschüsse initiiert werden. Damit meint er aber nicht Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), der mit ihm an einem Strang ziehe.

Zimmermann hofft auf den „Druck" vom Markt

Es bleibt dabei, daß ab 1986 in der Bundesrepublik Deutschland bleifreies Benzin eingeführt wird. Zimmermann ist sich der absoluten Rükkendeckung von Bundeskanzler Helmut Kohl sicher. Der „Umstieg" kann nur über den Markt erfolgen, nachdem *das* ursprüngliche Vorhaben Zimmermanns, ab 1986 nur noch Autos mit entsprechenden Katalysatoren zuzulassen, am EG-Recht gescheitert ist.

Der Bundesinnenminister hat zielstrebig versucht, möglichst viele andere Länder auf seine Umweltschutzlinie einzuschwören. Er selbst hat mit sieben Amtskollegen gesprochen, seinen parlamentarischen Staatssekretär Spranger hat er dafür zu sechzehn Auslandsbesuchen geschickt. Zimmermann ist sich sicher, daß ab 1986 auch die Schweiz, Österreich, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Holländer „bleifrei" mitziehen werden. Die „DDR" und Ungarn sowie Italien und Spanien haben zugesichert, daß sie für Touristen entsprechendes Benzin zur Verfügung stellen werden. In der Bundesrepublik *Deutschland selbst sollen* spätestens ab 1986 alle Autobahntankstellen bleifreies Benzin abgeben. „Wir müssen alles daransetzen, möglichst frühzeitig ein flächendeckendes Netz von Bleifrei-Tankstellen zu schaffen ..."

Zimmermann hofft, daß der Markt „Druck" und „Sog" auf andere ausüben wird. Die Lage der Bundesrepublik Deutschland und das EG-Recht zwingen ihn allerdings, anders als die Japaner, *Umwege zu gehen*. Die Japaner haben die technische Umstellung radikal vollzogen, ohne daß der Staat dafür auch nur einen Pfennig an *Subventionen gezahlt hätte*. Der Bundesinnenminister muß auf die Freiwilligkeit setzen.

Gemeinsam mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat Zimmermann über finanzielle Entlastungsmöglichkeiten bei der Anschaffung und dem Betrieb umweltfreundlicher Autos nachgedacht. Danach zeichnet sich folgende Zielsetzung der Bundesregierung ab:

1. Solche Autos sollen mehrere Jahre hindurch ganz oder teilweise von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden;
2. das bleifreie Benzin darf – sichergestellt durch eine steuerliche Begünstigung – nicht wesentlich teurer sein als der jetzige Kraftstoff, und
3. es wird über direkte Hilfen beim Autokauf nachgedacht. Hier war verschiedentlich ein Betrag von 1000 Mark in der Diskussion, der in etwa die Mehrkosten für einen Katalysator abdecken würde. Aber die Bundesregierung hat sich zumindest offiziell diesen Betrag bislang nicht zu eigen gemacht.

Die Gelder könnten den Herstellerfirmen zufließen mit der uneingeschränkten Verpflichtung, sie ohne Abstriche dem Käufer weiterzugeben. Zimmermann: „Die Entwicklung in den USA, wo innerhalb von zehn Jahren nur rund 50 Prozent der Kfz-Flotte umgestellt wurde, lehrt uns, daß wir den Verbraucher in der Übergangszeit nicht alleinlassen dürfen".

Ein solcher finanzieller Anreiz würde, wenn man die jährlichen Zulassungsraten betrachtet, freilich binnen weniger Jahre sechs Milliarden Mark kosten. Angesichts der ausgeprägten Bereitwilligkeit der Deutschen, Mühen und Kosten für den Umweltschutz aufzubringen, könnte diese doch beträchtliche Summe durch eine leichte Erhöhung der Mineralölsteuer aufgebracht werden, zum Beispiel von zwei Pfennig je Liter. Aber beschlossen ist hier noch nichts.

Bundesinnenminister *Zimmermann* wird sich, gleichwie seine politische Bilanz ansonsten einmal aussehen wird, zugute halten können, daß er auf europäischer Ebene die Diskussion über den Umweltschutz angestoßen und auch beeinflußt hat. Im Ausland zumindest, so bekennt er freimütig, waren die „Grünen" ein starker Rückhalt für ihn, zum Beispiel in Frankreich.

Sein Vorgehen war überlegt und zielstrebig: Der Minister setzte zunächst in Bonn Fakten und zwang damit andere, sich diesen Problemen ebenfalls zu stellen. Das Waldsterben, die Belastungen der Gesundheit und die Schäden an den Denkmälern waren dabei Zimmermanns Haupttrümpfe. Das Kabinett hat seine Vorschläge abgesegnet, das bleifreie Benzin einzuführen und auch die amerikanischen Abgaswerte zu übernehmen. Dadurch würde der Schadstoffanteil um 90 Prozent sinken.

Zimmermann wußte, daß, wenn er das Problem von Anfang an auf die *EG-Ebene* verlagern würde, dort unendlich lange diskutiert werden würde und am Ende allenfalls unverbindliche Projektionen gestanden hätten. Sein Vorhaben freilich, ab 1986 nur noch „bleifreie" Autos in der Bundesrepublik Deutschland zuzulassen, scheiterte daran, daß dann zum Beispiel keine italienischen und französischen Fahrzeuge mehr auf den deutschen Markt hätten kommen können. Ein solches Vorgehen hätte aber im Widerspruch zum EG-Recht gestanden, was die Regierungen in Rom und Paris auch sofort moniert haben. *Zimmermann hat* dann *in* vielen Gesprächen mit dem deutschen EG-Kommissar Narjes, dem er „große und beispielhafte" Zähigkeit bescheinigt, versucht, auf EG-Ebene „Termine" festzuklopfen. Danach wird es den Mitgliedsstaaten ab 1986 gestattet sein, sowohl bleifreies Benzin als auch umweltfreundliche Fahrzeuge einzuführen. Die Mitgliedsstaaten „müssen" ab 1989 bleifreies Benzin und einen weiteren Zwischenschritt zur Schadstoffreduzierung und schließlich ab 1995 die US-Abgasregelungen einführen.

Bei den deutsch-französischen Konsultationen vor wenigen Tagen auf Schloß Rambouillet bei Paris hat es erstmals ein Vier-Augen-Gespräch zwischen dem französischen Präsidenten Mitterrand und Zimmermann gegeben. Der französische Präsident ließ sich die Umweltpolitik Bonns schildern und zeigte sich beeindruckt von der „hohen Akzeptanz" dieser Politik bei der deutschen Bevölkerung. Mitterrand kennt die Probleme. Er meinte, den Franzosen müsse man „noch etwas Zeit" geben.

Zimmermann macht keinen Hehl daraus, daß ihm die EG-Fristen „zu weit weg" liegen. Deshalb will er in Bonn alsbald Nägel mit Köpfen machen und, was die Europäische Gemeinschaft betrifft, „weiter drücken". Die Mineralölkonzerne haben zugesagt, daß sie fristgerecht und in ausreichenden Mengen bleifreies Benzin liefern können. „Hier gibt es die geringsten Probleme." Die kritischen Stimmen aus der Wirtschaft werden vom Bundesinnenminister registriert, aber nicht akzeptiert.

Ein beachtlicher politischer Erfolg *Zimmermanns, ebenfalls im Bereich* des Umweltschutzes, ist das Zustandekommen der internationalen Konferenz vom 24. bis zum 27. Juni in München. Nach dem Olympia-Boykott und der Kritik Moskaus an der Einbeziehung des Umweltbundesamtes in Berlin an der organisatorischen Vorbereitung hatte es in der Bundesregierung eine gewisse Skepsis gegeben, ob osteuropäische Länder überhaupt nach München kommen werden. Zimmermann hatte sich im Kabinett die Rückendeckung dafür geholt, daß diese Konferenz auf Mini*sterebene auch ohne den Ostblock* abgehalten werde.

Zusagen auch aus dem Ostblock

Inzwischen hat der sowjetische Umweltschutzminister J. A. Israel zugesagt. Ungarn, Bulgarien und die „DDR" werden ebenfalls kommen. Ost-Berlin hat außerdem zwei Fernsehteams angemeldet. Die Zusagen der Rumänen, Polen und der CSSR stehen noch aus. Aber auch hier ist Bonn inzwischen zuversichtlich. Vor allem in der CSSR und, da verschmutzte Luft keine Grenzen kennt, *auch für deren Nachbarländer gibt es* vorrangige Umweltschutzprobleme.

Selbst SED-Generalsekretär Erich Honecker hat sich in Gesprächen mit westlichen Politikern über den „Dreck" beklagt, der aus der Tschechoslowakei komme. Aber bisher hat Prag jedes Angebot zu Gesprächen oder gar zu Kooperationen auf diesem Gebiet unbeantwortet gelassen. In München werden alle westeuropäischen Staaten einschließlich der Türkei, die USA und Kanada durch Minister vertreten sein. Lediglich Island und der Vatikan haben abgesagt.

Zimmermann hat, auch dem Ostblock, versichert, daß Bonn bereit ist, „sämtliche Erfahrungen und Erkenntnisse, die insbesondere auf dem technologischen Gebiet der Luftreinhaltung liegen, vorbehaltlos in den Prozeß der Zusammenarbeit einzubringen".

Als Adenauer kein Präsident werden wollte

Von EBERHARD NITSCHKE

Als „kleine atmosphärische Störung" bezeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer Anfang Juni 1959 die Erregung um den Rückzug von seiner Kandidatur zum Bundespräsidenten, mit der der 83jährige eigentlich seinen imposanten Part in der aktiven Politik beenden wollte. Als „innenpolitische Krise" ist der dramatische Vorgang in die Nachschlagewerke eingegangen. Adenauer blieb Kanzler bis zum Oktober 1963, um die Nachfolge des von ihm nicht auf diesem Stuhl gewünschten Wirtschaftsministers Ludwig Erhard zu verhindern.

Am 7. April 1959 hatte Adenauer, gedrängt von Parteifreunden und vor allem auch von seiner Familie, sich bereit erklärt, vom Palais Schaumburg in die Villa Hammerschmidt umzuziehen. Am 16. April schrieb er aus seinem Urlaubsort Cadenabbia an Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, dieser Entschluß sei unzweifelhaft richtig gewesen. Heimgekehrt revidierte Adenauer am letzten Sonntag im Mai diese Entscheidung. Nur er werde die Nation sicher durch die Gefahren der Zukunft steuern *können, hieß es dazu*. Für Bundestagspräsident Gerstenmaier war die Situation „staatspolitisch nicht zu verantworten", für Bundesinnenminister Hermann Höcherl war sie „eine Katastrophe". Doch nach einer stürmisch verlaufenen Fraktionssitzung von CDU/CSU wurde verlautbart: „Die Fraktion respektierte die aus schwerwiegenden außenpolitischen Gründen vom Bundeskanzler getroffene Entscheidung. Sie gab ihrem uneingeschränkten Vertrauen zum Bundeskanzler Ausdruck."

Bundespräsident wurde der bisherige Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Heinrich Lübke aus dem Sauerland.

Strittig war in der Endphase um Adenauers Kandidatur, ob er, am 1. Juli zum Präsidenten der Republik gewählt, bis zum 11. September dieses Jahres 1959 gleichzeitig auch noch Bundeskanzler bleiben könne, da erst dann die Amtszeit des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss ablief. Doch alles überschattend war der offene Gegensatz zu Ludwig Erhard, dem „Vater des Wirtschaftswunders", dem Adenauer keine Standfestigkeit als Nachfolger zutraute.

WIE WAR DAS?

Ludger Westrick, von 1951 bis 1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft unter Erhard und anschließend 1963-66 Chef des Bundeskanzleramtes und „Bundesminister für besondere Aufgaben", erinnert sich in dem Buch „Konrad Adenauer und seine Zeit" sogar an eine „gegenseitige persönliche Abneigung". Das ganze Ausmaß der Spannungen, deutlich werdend bei den Auseinandersetzungen der beiden Männer um den EWG-Beitritt von Großbritannien (den Erhard befürwortete), sei erst 1959 bei den Vorbereitungen zur Bundespräsidentenwahl an den Tag gekommen. Westrick: *„Die CDU war entschlossen*, gegen den erklärten Wunsch ihres bis dahin so mächtigen Vorsitzenden nunmehr den populären und beliebten Professor Erhard zum Kanzler zu wählen. Als Adenauer einsah, daß seine Versuche, die Wahl auf einen anderen Kandidaten zu lenken, fehlschlugen, zog er es vor, den spektakulären Schritt zu tun und seine Kandidatur zurückzuziehen."

„Boykott gegen Südafrika trifft die Schwarzen“

idea, Frankfurt

Der von der EKD unterstützte südafrikanische Kirchenrat sei für seine *Mitgliedskirchen nicht repräsentativ* und müsse daher 97 Prozent seiner Finanzmittel aus dem Ausland beziehen (*mehr als 52 Prozent kommen* aus der Bundesrepublik Deutschland). Dies erklärte Bischof Isaak Mokoena (*Johannesburg*), *Präsident des größten* Zusammenschlusses schwarzer Christen in Südafrika, der 4,5 Millionen Mitglieder umfassenden Vereinigung unabhängiger reformierter Kirchen, dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea).

Der Kirchenrat verfolge weniger kirchliche als vielmehr politische Anliegen, wie etwa die Zerschlagung der südafrikanischen Wirtschaftsordnung. Mokoena lehnte Wirtschaftsboykotte gegen Südafrika, wie sie der Weltkirchenrat und der südafrikanische Kirchenrat fordern, entschieden ab, weil sie in erster Linie die schwarze Bevölkerung träfen. Hinter solchen Forderungen stehe der Plan, durch unzufriedene Arbeiter ein revolutionäres Potential zu schaffen. Der Bischof forderte statt dessen die Christen in Deutschland auf, für Investitionen deutscher Firmen in Südafrika einzutreten.

Entscheidet Union neu über Diätenerhöhung?

ms. Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es wahrscheinlich eine erneute Abstimmung über eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten geben. Bei dem ersten Votum hatten sich 77 Abgeordnete für und 73 gegen eine Anhebung der Bezüge ausgesprochen. Rund 100 Abgeordnete hatten an der Sondersitzung nicht teilgenommen. Der hessische CDU-Vorsitzende Walter Wallmann hat inzwischen die CDU-*Abgeordneten* seines Landesverbandes gebeten, eine erneute Abstimmung in der Bundestagsfraktion herbeizuführen und dabei eine Diätenerhöhung abzulehnen. Die FDP hat sich derweil offiziell gegen eine Verbesserung der Diäten ausgesprochen, wie sie Bundestagspräsident Rainer Barzel in seinem durch Gesetz auferlegten Diätenbericht vorgeschlagen hatte. Die SPD-Bundestagsfraktion hält sich in dieser Frage bislang bedeckt. Sie will offenkundig zunächst die Meinungsbildung in der Union abwarten.

Strauß hegt Zweifel an der Stabilität der FDP

lz. München

Der Bundesparteitag der FDP hat nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß Zweifel an der Stabilität, Beständigkeit und Verläßlichkeit des liberalen Koalitionspartners verstärkt. Strauß sieht jedoch keinen Grund, das Regierungsbündnis in Frage zu stellen. „Wir haben keine Alternative“, sagte er gestern. Ein Bündnis über 1987 hinaus hält der CSU-Chef „durchaus für möglich“, es sei aber noch nicht gesichert. Da es in der Rechtspolitik zum Teil *unlösbare Probleme gebe, verenge* sich die Zusammenarbeit mit der FDP auf die Bereiche Wirtschaft, Finanzen und Soziales.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Laurien: Akademikern aus der „DDR“ helfen

Kanzler soll Finanzierungsstreit um Stiftung beenden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien hat – auch in ihrer Eigenschaft als CDU-Präsidiumsmitglied – Bundeskanzler Helmut Kohl um Hilfe für zahlreiche junge Akademiker gebeten, die aus der „DDR“ übergesiedelt sind und hier den Anschluß suchen. Der Kanzler soll den Finanzierungsstreit um eine nach dem Mauerbau eigens für „DDR“-Flüchtlinge geschaffene Stiftung beenden, die 1982 aus Geldmangel ihre Arbeit einstellen mußte.

Die Senatorin schrieb an Kohl: „Die DDR-Akademiker, die in die Bundesrepublik kommen, sind fast ausnahmslos hochqualifiziert. Sie könnten bei uns ihren Wege finden, wenn wir ihnen ermöglichten, die fehlenden Kenntnisse in einem Ergänzungsstudium nachzuholen. Ich bitte um Ihre Hilfe, weil ich zur Zeit keinen anderen Weg sehe.“

Unter den seit Jahresanfang in den Westen gekommenen rund 25 000 Mitteldeutschen wollen rund 80 Prozent wieder in ihrem Beruf arbeiten. Besonders hoch ist der Anteil an hervorragend befähigten Geistes- und Naturwissenschaftlern, die wegen ihrer „politischen Unzuverlässigkeit“ häufig ins berufliche Abseits geraten waren.

Zu diesem Problem notierte Frau Laurien in ihrem Schreiben an den Kanzler: „In den technischen Studienfächern bieten die Arbeitsämter ausgezeichnete Hilfen. Anders hingegen sieht es bei Juristen, Sozial- und Geisteswissenschaftlern aus. Bei einigen werden Ergänzungsstudien für eine Anerkennung verlangt. Aber *auch bei manchen, die formal* anerkannt werden, ist eine inhaltliche Weiterbildung nötig. Das BAföG reicht für diesen Personenkreis nicht aus.“

In West-Berlin und anderen Bundesländern besitzen beispielsweise viele aus der „DDR“ übergesiedelte Lehrer nicht die für die Übernahme in den Staatsdienst notwendigen abschließenden Prüfungen. Wegen des relativ strengen Einstellungsstopps für Lehrer – selbst bei „Landeskindern“ – können sie auch nicht im Unterricht die notwendige Praxis erwerben, um sich bei Hospitationen durch die Schulaufsicht zu qualifizieren.

In einem Schreiben an ihre sämtlichen Länderkollegen in der Kultusministerkonferenz nahm Frau Laurien auch zu diesem Thema ausführlich Stellung und bat die Minister, auch ihrerseits beim Kanzler und der Bundesregierung vorzusprechen:

Wenn die Bundesrepublik den Landsleuten von drüben „herbe Enttäuschungen“ ersparen wolle, „müßten wir – vermutlich fach- und schulartbezogen – die Einstellungschancen *nüchtern prüfen und gegebenenfalls* Umschulungen, auch mit Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit, vermitteln, statt Anerkennungsprozeduren für die Lehrerprüfungen absolvieren zu lassen.“

In ihrem umfangreichen und kenntnisreichen Brief an ihre Kollegen in anderen Bundesländern schildert die Senatorin einige der sehr konkreten Probleme, die übergesiedelte Akademiker bewältigen müssen: „Die fehlende Hilfsmöglichkeit (aus Geldmangel eingestelltes Akademikerprogramm der Otto-Beneke-Stiftung, (d. Red.) bewirkt, daß beispielsweise *Juristen ohne das* von den Justizministern dringend angeratene Ergänzungsstudium den Vorbereitungsdienst beginnen, wobei sie nahezu garantiert scheitern; Lehrer, die 20 Jahre Unterrichtserfahrung mitbringen, durch das Arbeitsamt eine Umschulung zum Programmierer aufnehmen müssen oder Diplom-Ökonomen einen ähnlichen Weg beschreiten.“

Bedingt durch die politischen Verhältnisse in der „DDR“ wollen viele junge Übersiedler hier endlich die Oberschule besuchen oder studieren – beides war ihnen drüben häufig verwehrt.

Frau Laurien stellte fest, daß es für Oberschüler aus den „DDR“-Klassen 11 und 12 „unzumutbar“ sei, wenn ihnen eine Abitur-Nachprüfung an Abendgymnasien angeraten werde. Sie plädierte in ihrem Brief insgesamt dafür, diesem Kreis „großzügig Ausnahmen zu erteilen, der sich später an Prüfungen oder anderen Leistungsfeststellungen bewähren müsse“.

Arbeitskampf bei Opel – ein Spießrutenlauf für Angestellte

GÜNTHER BADING, Frankfurt

Morgens um sieben sei die Welt noch in Ordnung, heißt es. Nicht so in Rüsselsheim. In der Opel-Stadt wird gekämpft. „Arbeitskampf“ nennt die IG Metall das. Vom Ringen der Gutwilligen um bessere Arbeitsbedingungen für die 34 000 Opel-Mitarbeiter aber ist nichts zu spüren. Was sich – morgens um sieben – vor den vier noch offenen Werkstoren abspielt, ist ein lautstarker Kleinkrieg mit dem einzigen Ziel, jene zu demütigen, die für die 35-Stunden-Woche nicht zu streiken bereit sind.

Tor 1, das Haupttor der Opel-Werke. Die Streikposten mit roten Helmen haben den Zugang hermetisch abgeriegelt. Bis weit in den Bahnhofsvorplatz hinaus reicht die Schlange der Gewerkschafter. Einige hundert mögen es sein. In der Mitte haben sie eine schmale Gasse freigelassen. Hier muß durch, wer zur Arbeit will. Es sind fast ausnahmslos Angestellte. *Die 23 000 Arbeiter sind zu 90* Prozent in der IG Metall organisiert, sind zum Streik beinahe gezwungen. Denn nur wer sich im Streiklokal in der Rüsselsheimer Stadthalle in die Streiklisten einträgt, seinen Stempel auf die Streikkarte gedrückt bekommt, erhält auch Streik-Geld der Gewerkschaft.

Ein böser Traum

Noch auf dem Bahnhofsplatz beginnt das Spießrutenlaufen für die Angestellten. Buh-Rufe, Pfiffe auf den ersten Metern. Dann geht es los: Ein gelbgewandeter, rotbehelmter IG Metaller mit Armbinde pfeift auf einer Trillerpfeife. Sofort setzt ohrenbetäubender Lärm ein. „Arbeiterverräter“ ist noch das schmeichelhafteste der Schimpfworte. Weiter, die nächsten Meter, die Gasse wird enger, einen, *anderhalb Meter breit nur noch.* „Untertan“, „Kriecher“ wird geschimpft.

Aus großen Plastiktüten holen die Streikenden Papierschnipsel, Abfälle aus dem Papier-Reißwolf. Sie bewerfen die „üblen Streikbrecher“, zunächst als Konfetti-Regen. Da und dort fühlt sich einer in der Masse mutig, wirft die Papierknäuel, regennaß, vollgesogen vom Straßendreck und wieder aufgehoben, einem Angestellten ins Gesicht, auf die Brille. Frauen werden nicht geschont. Demütigen will man, nichts als demütigen. Und über das brüllende Spektakel dröhnt noch der Lautsprecher auf dem Dach eines wild mit „35 Stunden sind genug“-Plakaten beklebten Kleinbusses der IG Metall. Meckerndes, irres Gelächter schlägt aus dem Verstärker auf die Opel-Mitarbeiter auf dem Weg durch die angeblich „freie Gasse“ ein. Ein Wirklichkeit gewordener böser Traum.

Die Arbeitswilligen sind zu bewundern. Einige von ihnen gehen ruhig, festen Schrittes und erhobenen Hauptes unter den über die „Gasse“ gespannten Transparenten hindurch mit Aufschriften wie „Durch dieses Tor verlassen sie den solidarischen Sektor“ – geschmacklose Anspielung auf die Schilder an den Berliner Sektorengrenzen. Ein riesiges Plakat prangt an der Mauer: „Betteln, Hausieren und Streikbrechen verboten“. Der eine oder andere zuckt beim Passieren der Gasse vor der offenen Aggression zusammen, blickt nach unten. „Viele unserer Leute kommen *hier mit Pulsschlag 180 raus*“, meint Hans Wilhelm Gäb, Vorstandsmitglied von Opel. Aber sie kommen zur Arbeit, ob nun verschämt, mit hochrotem Kopf, wütend oder verängstigt. Sie kommen und tun ihre Arbeit – soweit vorhanden. Denn die Produktion ruht bei Opel, wie in der restlichen Automobilindustrie. 23 000 sind durch den Streik in Rüsselsheim ohne Arbeit, in Kaiserslautern 7000 und in Bochum, wo die in Rüsselsheim vorbereiteten Motoren fehlen, sind *18 000 ohne Beschäftigung und damit* ohne Lohn. Rund 4000 Autos würden allein bei Opel täglich gebaut, wenn *nicht gestreikt* würde. Auch im Ausland stehen Betriebe als Folge des Streiks still: In Wien sind 2800, in Antwerpen 20 000 ohne Arbeit. Dauert der Streik noch zehn Tage, so werden in England über 20 000 und im spanischen Zaragoza 10 000 Arbeiter auf der Straße stehen.

Noch lasse sich der Verlust durch den Streik nicht genau beziffern, erklärt Vorstandsmitglied Gäb im Gespräch mit der WELT. Der Umsatzverlust pro Tag liegt, die Händler eingeschlossen, bei 50 Millionen Mark. Nachdenklich stimmt eine zweite Zahl. „Allein 40 Millionen Mark gehen unseren Zulieferern täglich an Aufträgen verloren.“ Für neun Milliarden Mark kauft das Werk sonst jährlich bei den meist mittelständischen Zulieferfirmen ein. Der Streik, der den Auto-Riesen treffen soll, geht, so scheint es, in die falsche Richtung.

Szenenwechsel: Tor 20. Hier kommen die meisten Angestellten an. Zwar hat das Darmstädter Arbeitsgericht in einer einstweiligen Verfügung angeordnet, daß eine zwei Meter breite Gasse auf direktem Wege von der Straße zum Tor freizuhalten sei. Aber niemand hält sich daran.

Hetzparolen

Die Streikposten haben entlang der Fabrikmauer *eine 80 bis 90 Meter* lange Doppelreihe gebildet. In der Mitte ein Gäßchen, vielleicht einen Meter breit. Da und dort ragen drohend Beine und Ellenbogen in den Weg. Während vor dem Haupttor das Angst machende „Lachen“ aus den Lautsprechern dröhnt, wird hier auf der Trompete gleichsam zum Angriff geblasen. Man will Macht demonstrieren. „Willst Du in diese Gasse rein, mußt Du auch ganz artig sein“, steht auf einem symbolischen „Tor“ am Beginn des Haß-Kanals bis zum Werksgelände. Da und dort sieht man auch lachende Gesichter, meist sind es Ausländer, *für die der erste Streik in* Rüsselsheim seit 33 Jahren eine Mordsgaudi zu sein scheint.

Direkt am „Schimpf-Weg“ (die Streikanweisung der IG Metall lautet: „gütliches Zureden“) aber stehen die Hundertprozentigen. Vielleicht sind einige darunter, die zuvor am Tor 60 Flugblätter mit Hetzparolen der DKP-Betriebsgruppe Opel verteilt haben. In dieser „Gasse“ wird auch gerempelt. „Schwein, Verräter, Duck dich nur!“ klingt es. Eine Gruppe Angestellter *hatte* sich vor der Gasse versammelt, ging gemeinsam los, schnell, ohne rechts und links zu blicken. Kurz vor dem Tor hält mir ein „Streikposten“ einen großen Spiegel vors Gesicht. Ich kann nicht weiter. „Schau dich an, du Streikbrecher-Schwein“, sagt er, grinst plötzlich, geht in die Reihe zurück. War alles doch nicht so böse gemeint? Hoffentlich. Denn irgendwann ist auch dieser Streik zu Ende, und dann sollen alle wieder „Kollegen“ sein.

Kohl: Nur eine finanzierbare Steuerreform

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl legt Wert darauf, daß die angekündigte Steuerreform „seriös“ finanziert wird. Vor *diesem Hintergrund ist* jetzt auch im Bundeskanzleramt die Tendenz zu erkennen, die Steuerreform doch in zwei Stufen zu gestalten: Die Entlastung der Familien soll zu Beginn 1986 und die eigentliche Tarifreform erst zum Jahr 1988 erfolgen. Dies ist auch die Linie, die vor allem der um den finanziellen Konsolidierungskurs besorgte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und die CDU-Ministerpräsidenten aus *ihrer speziellen finanziellen* Interessenlage heraus verfolgen.

„Große Lösung“

Hingegen plädieren der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und auch die FDP für eine „große Lösung“ schon im Jahre 1986. Strauß hat wiederholt an das Versprechen der Union erinnert, durch eine Korrektur des Steuertarifs und anderer Entlastungen die heimlichen Steuererhöhungen zurückzugeben. Deshalb hat er sich auch einer Kompensation der Steuerreform durch eine Erhöhung der *Mehrwertsteuer widersetzt.* Man könne nicht den Bürgern mit der einen Hand etwas geben und mit der anderen wieder nehmen. Die FDP sucht den Erfolg in der Steuerpolitik auch mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen und vor allem die Bundestagswahl 1987.

Der Bundeskanzler, so hieß es in seiner Umgebung, habe für sich noch „keine Vorentscheidung“ für die eine oder andere Lösung getroffen. Er wolle sich von „objektiven Daten“ leiten lassen. Das nächste Koalitionsgespräch zum Thema Steuerreform ist für den 20. Juni angesetzt. Bis dahin liegt auch die neueste Steuerschätzung vor, und der Kanzler erwartet zudem eine präzise Darstellung der negativen Streik-Auswirkungen. Helmut Kohl hat vor dem CDU-Bundesparteitag noch von der „größten Steuerreform“ *gesprochen. Daraus* war kombiniert worden, auch der Kanzler wolle die „große Lösung“ auf einen Schritt. Inzwischen heißt es im Kanzleramt, Kohl werde „ kein Vabanque-Spiel“ eingehen und es werde nur eine Steuerreform geben, die auch finanziert werden könne.

Familienentlastung 86

Unumstößlich scheint es jedoch zu sein, daß die Familienentlastung 1986 erfolgen soll. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat zu Beginn der Diskussion im März in einer Alternativrechnung *die Anhebung* des geltenden Kinderfreibetrages von 432 um 1968 Mark auf 2 400 Mark je Kind *vorgeschlagen. Die Bezieher niedriger* Einkommen sollten einen Zuschlag zum Kindergeld erhalten. Dafür war ein Betrag von sechs Milliarden Mark genannt worden.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat jetzt *Überlegungen geäußert*, die über diese Vorschläge hinausgehen. Wenn es nach Geißler geht, sollte das Mutterschaftsgeld, das gegenwärtig vier Monate lang 510 Mark beträgt und das lediglich zuvor erwerbstätigen Müttern *gezahlt wird*, zu einem Erziehungsgeld erweitert werden. Dieses soll in Höhe von monatlich 600 Mark allen Müttern - also auch den zuvor nicht erwerbstätigen - während des ersten Lebensjahres des Kindes gezahlt werden. Die Finanzierung dieses Modells scheint jedoch noch nicht genau durchgerechnet. Um den unterschiedlichen Vorstellungen in der Koalition annähernd gerecht zu werden, wird im Bundesfinanzministerium an einer Modifizierung bisheriger Vorschläge gearbeitet.

Pretoria will Beziehungen zum Westen vertiefen

Von MANFRED NEUBER

Südafrika sucht westliche Unterstützung für seine *Politik* der Befriedung des südlichen Afrika und für die wirtschaftliche Entwicklung dieser *Region. Der südafrikanische* Regierungschef und sein Außenminister Roelof „Pik“ Botha kommen heute *auf Einladung von Bundeskanzler* Helmut Kohl in die Bundesrepublik.

„Wir haben einen Kurs eingeschla*gen, der unserem Raum den Frieden* bringen soll“, sagt ein hochrangiger Gesprächspartner zur WELT, „und wir halten deshalb *Kontakte zu den* Europäern für nützlich, um den Frieden im südlichen Afrika zu erreichen“. Die freie Welt habe eine Mitverantwortung, besonders für die Zukunft Namibias.

Allein geht es nicht

Schon jetzt seien westeuropäische Regierungen durch Handel und Hilfe im südlichen Afrika involviert. Sie sollten sich jedoch stärker daran beteiligen, *wirtschaftlich aufstrebende* Länder in jener Region zu schaffen. Das liege in ihrem ureigenen Interesse, heißt es in Kapstadt. Südafrika allein könne dies nicht schaffen. Es erwarte nun „wohlwollende Erwägungen“ in der westlichen Welt.

„Wir sind wie andere der Auffassung, daß Namibia unabhängig werden soll“, wurde der WELt versichert. Das könne aber nur auf der Grundlage freier und fairer Wahlen und ohne fremde Einschüchterung geschehen. Südafrika stehe „im Geiste des alten Mandates des Völkerbundes“ zu der Verpflichtung, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung im ehemaligen Deutsch-Südwest zu gewährleisten.

Für die eine Million Bewohner Namibias bringe Pretoria jährlich eine *Milliarde Rand* (etwa *2,25 Milliarden* DM) auf. Dafür werde Südafrika in den internationalen Foren, wie der UNO und der OAU, „verunglimpft“. Andere zahlten nicht einen Pfennig. Es sei an der Zeit, daß die internationale *Gemeinschaft, die zur* Unabhängigkeit Namibias dränge, einen Beitrag zu dessen Entwicklung leiste.

So lange *mehr* als 25 000 Kubaner im Nachbarland Angola stünden, seien freie und faire Wahlen in Namibia fraglich und die Voraussetzungen für die Befolgung der Resolution 435 des Sicherheisrates nicht gegeben, die auf Namibias Unabhängigkeit abzielt. Die kubanische Präsenz in Angola stütze zumindest propagandistisch die namibische „Befreiungsbewegung“ Swapo.

Auf südafrikanischer Seite macht man heute keinen Hehl mehr daraus, daß das Junktim vom Abzug der Kubaner vor der Unabhängigkeit Namibias von den USA zu globalen Interessen aufrechterhalten wird. Die Vereinigten Staaten wollten die Söldner Moskaus aus den Erdteilen, wo sie einen destabilisierenden Druck ausübten, herausbekommen. Pretoria wäre neuerdings schon zufrieden, wenn ein fester Zeitplan für den Abzug der Kubaner aus Angola fixiert würde.

Die pro-westliche Unita unter Führung von Jonas Savimbi stelle einen starken *Machtfaktor in Angola dar.* Sie werde von anderen afrikanischen Ländern unterstützt und handle frei vom Einlfuß Südafrikas. Sowohl Pretoria wie auch Washington würden es begrüßen, so heißt es, wenn die Kämpfe beendet und eine Übereinkunft über die nationale Aussöhnung in Angola erreicht werden könnte.

In Moçambique operierten die (früher von Südafrika unterstützten) Rebellenkräfte in zwei Dritteln des Landes. Mit ihnen zu einem Friedensschluß zu kommen, sei Sache der Regierung in Maputo. Südafrika halte sich seinerseits strikt an das kürzlich geschlossene Abkommen über Sicherheit und Zusammenarbeit mit Moçambique.

Auf die Frage, ob Südafrika im Verlaufe des Befriedungsprozesses im südlichen Afrika mit internationaler Anerkennung für die in die Unabhängigkeit entlassenen Homelands rechne, fiel die offizielle Antwort skeptisch aus. Noch übten die schwarzafrikanischen Staaten starken Druck *auf europäische Länder aus, um dies* zu verhindern.

„Angeblich seien die unabhängi*gen, ehemaligen Homelands nicht* lebensfähig. Das ist nicht richtig“, betont der hochstehende Informant in Kapstadt. „Einige sind lebensfähiger als andere afrikanische Staaten.“ Südafrika selbst baue seine diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte zu Schwarzafrika immer mehr aus.

So bestehen diplomatische Beziehungen mit Malawi, reguläre Kontakte zu Botswana und Lesotho sowie Handelsmissionen in Swasiland und Zimbabwe. Südfrika ist größter Handelspartner von Moçambique, Sambia und Zimbabwe, und seine Waren sind in mehreren afrikanischen Ländern, zu denen sporadisch offene oder verdeckte Kontakte bestehen, auf dem Markt, zum Beispiel in Zaire.

Fast wie die EG

Mit Botswana, Lesotho und Swasiland sowie den vier von Südafrika unabhängig erklärten Homelands wurde eine Zollunion geschaffen, die nach Angaben des südafrikanischen *Gewährsmannes für jene Länder von* finanziellem Nutzen ist. Mit einem gemeinsamen Außenzoll rücke diese Gruppe nahe an den Stand der Europäischen Gemeinschaft. Dabei wünsche Südafrika die Kooperation über ideologische Unterschiede hinweg zum Wohle des südlichen Afrika.

Seite 8: Botha in Bonn

WELT-Serie: Hinter den Fassaden der „DDR" / Folge 4: Der erste Versuch über Ungarn nach Jugoslawien

„Geglückte Flucht über die Drau – ausgeliefert"

Von JÖRG HEJKAL

Für mich stand es im Sommer 1981 fest, daß ich einen Monat später probieren würde, über Ungarn nach Jugoslawien zu kommen. Die Mutter meiner Freundin war in diesem Sommer gerade aus Halle ausgereist. Wir dachten, daß wir über die Familienzusammenführung der Tochter mit der Mutter, die dann schon im Westen sein würde, herauskommen könnten. Den Umzug habe ich miterlebt. Es war sehr traurig, ja geradezu dramatisch. Man trennt sich von einem Menschen und weiß, man wird ihn nie wiedersehen, wenn die eigenen Pläne schiefgehen.

Ich hatte ein Reisepapier beantragt und wartete auf die Bestätigung. Ich wollte die Reiseerlaubnis nach Ungarn, um von dort illegal über die Grenze nach Jugoslawien zu gehen. Jugoslawien heißt für „DDR"-Einwohner: Bist du dort angekommen, dann bist du im Westen. Deshalb darf ein „DDR"-Einwohner gar nicht nach Jugoslawien reisen. Ich dachte, wenn ich in Belgrad bin und wende mich dort an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, dann habe ich es geschafft.

Wie ich nach Jugoslawien komme, wo ich über die Grenze gehe und mit wem, das wußte ich nicht. Ich wußte nur, daß ich es irgendwie fertig bringe. Mit diesem Vorsatz fuhr ich im August 1981 nach Ungarn. Dort setzte ich mich sofort in den Zug nach Nagykanizsa an der jugoslawischen Grenze. Vorher hatte ich einen Freund um eine Adresse gebeten. Er war Sportler und gab mir die Anschrift eines Mädchens in Nagykanizsa. Glücklicherweise hatte ich dem Mädchen ein Telegramm geschickt.

Im Zug wurde ich kontrolliert. Ich zeigte meinen Personalausweis mit dem Reisepapier als Anlage und sagte, daß ich in Nagykanizsa eine Bekannte besuche. Am Bahnhof holte mich niemand ab. Ich lief mit meinem Reisegepäck – Tragegestell, Rucksack, Schlafsack – in Richtung Ausgang. Am Ausgang hielten mich zwei Männer in Zivil fest. Sie forderten mich in deutscher Sprache auf: Kommen Sie mal mit. „Nein", sagte ich, „da könnte ja jeder kommen." Sie nahmen mich links und rechts am Arm und schleppten mich in einen kahlen Büroraum im Bahnhof. Ich mußte meine Sachen auspacken. Fragwürdig waren nur mein Kompaß und die 100 DM, die ich bei mir hatte. Was ich hier wolle und ob ich wisse, daß Nagykanizsa in unmittelbarer Nähe der Grenze nach Jugoslawien liege, fragten sie mich. Ich erzählte, daß ich ein Mädchen besuchen wolle, daß ich diesem Mädchen ein Telegramm geschickt hätte. Vom Grenzgebiet wisse ich nichts. Inzwischen war einer zu diesem Mädchen gefahren, um sich dort zu erkundigen, ob ein Telegramm eingegangen sei. Gott sei Dank, das Telegramm war da.

Für ungarische Staatsbürger ist es kein angenehmes Gefühl, wenn die Polizei kommt. Mir wurde gesagt, das Mädchen wünsche nicht, daß ich es besuche. Es behaupte, mich noch nie gesehen zu haben, und wolle mich auch nicht sehen. Man ließ mir die Alternative, entweder sofort zurückzufahren oder einmal auf einem zugewiesenen Zeltplatz zu übernachten. Ich sagte: „Gut, ich übernachte hier." Man setzte mich in ein Fahrzeug und fuhr mich zu dem Zeltplatz.

Ich war sehr deprimiert an diesem Abend. Am nächsten Tag setzte ich mich früh in den Bus, und dort saß mir einer der Männer gegenüber, die mich am Tag zuvor abgefangen hatten. War es ein Zufall, oder war der da, um zu kontrollieren, ob ich wirklich zurückfahre? Aus einer gewissen Angst heraus bin ich zurückgefahren zum Plattensee.

Dort traf ich einen Freund, den ich im Zug kennengelernt hatte. Bei ihm übernachtete ich zwei Tage privat. Er war auch aus der „DDR" und gab mir Ratschläge, denn er war schon einige Male in Ungarn gewesen. Nach diesen zwei Tagen baute ich auf dem Zeltplatz mein Zelt auf und bemühte mich, Menschen kennenzulernen, die mich vielleicht ins Grenzgebiet fahren könnten. Eigentlich konnten das nur Westdeutsche sein. Ich traf auch einen jungen Mann aus der Bundesrepublik, der Urlaub als Tramper machte. Wir fuhren gemeinsam mit dem Zug nach Budapest. Dort lernte ich auf dem Zeltplatz einen Mann meines Alters kennen, dem ich meine mißliche Lage erzählte. Er meinte, viel könne er für mich nicht tun, um sich nicht selbst in Gefahr zu bringen, aber ins Grenzgebiet könne er mich vielleicht doch fahren. Wir surften noch vier Tage am Plattensee und dann setzte er mich etwa acht Kilometer von der jugoslawischen Grenze entfernt ab.



Die Drau ist der Grenzfluß zwischen Ungarn und Jugoslawien. Der Strom verläuft an der Fluchtstelle, die Jörg Hejkal wählte, bogenförmig. Da gibt es Enklaven auf der ungarischen Flußseite, die zu Jugoslawien gehören. FOTOS: MTI / HANS W. HÖFT

Der Mann stieg aus dem Auto aus, stellte sich an den Straßenrand und tat so, als ob er mal müsse. Und ich ließ mich auf der anderen Seite aus dem Auto herauskullern. Da lag ich nun im Straßengraben. Vor mir ein großes Maisfeld, dann ein Waldstreifen. Bis dahin arbeitete ich mich vor, doch dann kam ein abgerodetes Feld, das ich am Tag nicht überschreiten durfte. Ich saß fest – von Mittag bis zum Abend. Dicht neben mir, vielleicht dreißig Meter weg, waren Leute bei der Arbeit. Ich war innerlich völlig aufgelöst, aber auch angespannt.

Als es dunkel wurde, schlich ich über dieses Feld, dann im Laufschritt bis zu einem Eisenbahngleis, über dieses Gleis hinweg zu einem Gestrüpp, das ich nicht gleich überwinden konnte. Jetzt war es schon sehr dunkel. Ich fand tastend eine Lücke in dem Dornenwall am Bahndamm, überschritt ein Feld und stieß auf eine Straße, auf der ein Auto stand. Das Fahrlicht war angeschaltet, doch das Auto stand. Ich verfiel in Todesängste und wartete ab, ob das ein Grenzer war. Ich befand mich noch fünf Kilometer vor der jugosalawischen Grenze.

Nach einer Viertelstunde überschritt ich die Straße an einer Stelle, wo mich keiner sehen konnte. Es kam sumpfiger Boden und ich beschloß, meine Tour abzubrechen und mich hinzulegen, um dann frühmorgens in der Dämmerung weiterzulaufen. Ich suchte mir eine Stelle, wo das Gras hoch war, nahm zwei Schlaftabletten und konnte gut einschlafen. Nach Mitternacht fing es an, fürchterlich zu regnen. Völlig durchnäßt wachte ich auf. Weit und breit kein Baum, der mir Schutz bieten konnte. Ich mußte zurück zur Straße. Dort habe ich mich unter einen Baum gelegt. Zwei Meter neben mir fuhren in der Nacht die Autos vorbei, der Morgenbus, es kamen Fußgänger, Radfahrer, sogar mit Hund; doch das hat mich nicht weiter gestört. Man sah mich auch nicht.

Als es heller wurde, zog ich die Wechselklamotten an, die ich mithatte, und machte mich mit dem Kompaß auf den Weg in Richtung Grenze. Ich geriet in Bodennebel. Mittlerweile hatte ich das Gefühl, verfolgt zu werden. Ich drehte mich um, sah plötzlich ein menschenähnliches Gebilde und schreckte zusammen. Ich befand mich in einer unheimlichen, nie gekannten Aufregung.

Nach ein bis zwei Stunden Weg – es wurde schon Tag – kam ich an einen Waldstreifen, der in der Autokarte, die ich dabei hatte, eingetragen war, ganz in Grenznähe. Es war Sonntag. Der Grenzfluß, die Drau, verläuft an dieser Stelle bogenförmig, der Grenzverlauf ist auf der Karte jedoch gerade durchgezogen. Da gibt es Enklaven auf der ungarischen Flußseite, die jugoslawisches Territorium sind. Eine solche Enklave steuerte ich an, mit Karte und Kompaß. Und diese Enklave habe ich auch erreicht, zu erkennen an einem Sandstreifen, säuberlich geharkt, nur am Rand die Fußstapfen der Grenzwächter. War das nun ein Markierungsstreifen oder ein Minenstreifen? Ich fand eine Stelle, wo Tiere den Sandstreifen überquert hatten. Dort ging auch ich hinüber.

Zehn Meter weiter sah ich einen weißen Grenzstein. Nun stand ich vor diesem Grenzstein und wußte vor lauter Aufregung nicht, in welcher Richtung Ungarn lag und in welcher Richtung Jugoslawien. Ich war so verdutzt, daß ich es nicht mehr wußte. Aber ich war innerlich auch sehr erfreut darüber, daß ich es geschafft hatte: Ich wollte nach Jugoslawien und hatte es geschafft!

Ich lief zweimal hin und her, noch einmal zu dem Sandstreifen zurück, und überlegte, daß der Sandstreifen zu Ungarn gehören müsse. Die Akkerkultur verriet es. Auf der jugoslawischen Seite wurde Tabak angebaut, auf der ungarischen Seite Mais. Nun war ich mir sicher, daß ich mich in der jugoslawischen Enklave befand. Und da war der Jubel groß. Ich war unheimlich glücklich.

Nach einer Wegstrecke hörte ich ein dröhnendes Rauschen. Das war die Drau. Es war etwa acht Uhr morgens, und es regnete. Plötzlich stand ich am Ufer und war schockiert. Dieser Fluß war fast so breit wie der Rhein und hatte eine gewaltige Strömung. Am liebsten wäre ich umgekehrt. Aber ich konnte nicht mehr anders, ich mußte hinüber ...

Ich lief am Ufer entlang, kam zu einem Steg. Auf der anderen Flußseite lag ein Boot. Und wie ich da an dem Steg stand, sah ich, wie sich drüben grüne Punkte bewegten. Ich war erschrocken: Zum erstenmal sah ich die Grenzer. Sie gingen mit Hunden. Ich verschwand in einer kleinen Holzhütte. Durch die Ritzen beobachtete ich das andere Ufer.

Mir war klar, daß ich meinen Weg erst frühmorgens fortsetzen konnte. In der Hütte kleidete ich mich wiederum, befreite mich von allem, was ich nicht unbedingt brauchte und bereitete mich seelisch darauf vor, am Morgen durch den Fluß zu schwimmen. Die Nacht war entsetzlich, es war sehr kalt mitten im Sommer, und dann die Mücken, die Aufregung.

Frühmorgens, es war noch dunkel, entkleidete ich mich bis auf den Slip, verstaute meine Sachen in einer Plastiktüte, befestigte die Plastiktüte mit einem Strick an meinem Körper. Langsam ließ ich mich am Steg in das Wasser herunter. Schon im nächsten Moment war ich zehn Meter vom Steg abgetrieben, so schnell ging die Strömung. Ich erkannte die Gefahr, von der Strömung des Flusses so weit mitgerissen zu werden, daß ich die jugoslawische Enklave hinter mir ließ und wieder auf ungarisches Territorium geriet. Ich strengte mich an, die Strecke an das andere Ufer abzukürzen – ohne Erfolg. Ich kam sogar immer weiter vom rettenden Ufer ab, weil der Fluß an dieser Stelle eine Biegung machte. Aber dann trieb mich die Strömung doch zum anderen Ufer. Ich landete an einem Steilufer, das vielleicht vier Meter hoch war. Dort waren Nestlöcher von Flußschwalben. Ich bin wie ein Tier hochgekraxelt, erst nach 20 Versuchen kam ich oben an. Ich sah wüst verdreckt aus, zog mir Hemd, Hose, Pullover aus der Plastiktüte an und lief freudejubelnd weiter.

Wie lange ich geschwommen bin, kann ich nicht sagen; aber ich kann mich erinnern, daß es noch ziemlich dunkel war, als ich in das Wasser stieg, und als ich herauskam, war es fast taghell. Es hat also lange gedauert. Ich hatte einfach kein Zeitgefühl während dieses Kampfes.

Nach zwei Stunden stieß ich auf eine Straße, die auf meiner Karte eingetragen war. Sie führte in der einen Richtung zu einem Dorf, in der anderen Richtung zur Transitstrecke. Da stand ich vor der Entscheidung, mich für rechts oder links zu entschließen. Und ich Dussel – ich werde mir das nie verzeihen – habe mich für links entschieden. Das war mein Grundfehler. Auf diesem Weg begegnete ich nach einigen Minuten an einer unübersichtlichen Stelle zwei Grenzsoldaten.

Es waren jugoslawische Grenzsoldaten. Mit meinem Personalausweis konnten die nichts anfangen. Sie meinten, das müsse überprüft werden. Nun saß ich drei, vier Stunden in einem Grenzhaus. Da waren etwa 20 junge Soldaten, kein Offizier dabei. Der Offizier wurde erst herbeigerufen, es war ja Sonntag. Keiner sprach deutsch. Ich versuchte, den Soldaten klarzumachen, daß ich aus der „DDR" komme und daß ich von Ungarn aus über die Drau geschwommen bin. Alle fanden das begeisternd. Sie standen alle auf meiner Seite, klopften mir auf die Schulter und sagten: Du kommst dorthin, wo du hin willst, du kommst nach Deutschland.

Dann erschien der Captain mit zwei Polizisten. Sie brachten mich nach Djurdjevac in die nächste Ortschaft. In Djurdjevac erwartete mich der Hotelbesitzer in der Funktion eines Dolmetschers. Der Captain stellte mich vor die Entscheidung, entweder freiwillig alle Fragen zu beantworten, dann würde ich auch dorthin kommen, wo ich hin wolle; oder die Fragen nicht zu beantworten, und dann würde ich an die Ungarn übergeben. Die Fragen zielten auf militärische Objekte, ob ich bei den bewaffneten Organen tätig gewesen sei und wie die Grenzbefestigungen aussähen – alles auf Ungarn und auch auf die „DDR"-Grenze bezogen. Ich konnte dazu sehr wenig sagen. Ich wollte auch nichts sagen, was mir gefährlich werden könnte. Ich habe mich ziemlich dumm gestellt.

Nach dem Gespräch sagte man mir, es sei alles in Ordnung, alles sei gut. Wir gingen in einen anderen Raum, wo eine Sekretärin, der Dolmetscher und noch ein anderer Mitarbeiter saßen. Mein Asylgesuch an die Bundesrepublik Deutschland wurde aufgesetzt. Als Ausweichmöglichkeit gab ich Österreich an, weil das für den Fall verlangt wurde, daß mein Gesuch abgelehnt werde, was ja absurd ist.

Sie sagten mir, ich müsse jetzt routinemäßig für zehn Tage in Haft gehen, weil das so üblich sei bei Leuten, die illegal über die Grenze kommen. Damit war ich zufrieden. Ich verabschiedete mich von meinem Dolmetscher. Er drückte mir die Daumen und meinte, er könne sich nicht vorstellen, daß noch irgendwas schiefgehe. Er lud mich ein, im nächsten Sommer in seinem Hotel Urlaub zu machen. Ein Polizeiwagen brachte mich nach Bjelovar in das Gefängnis.

Es ist eine kleine Haftanstalt, wo 25 oder 30 Schwerverbrecher untergebracht sind, und vielleicht 30 leichtere Fälle. Ich gehörte zu den leichteren Fällen. Nachts schliefen diese 30 Mann in zwei Räumen. Tagsüber waren wir in einem Gemeinschaftsraum. Alles Jugoslawen. Manche wurden zur gemeinnützigen Arbeit herangezogen.

Während dieser Tage habe ich mich mit den Jugoslawen unterhalten und fühlte mich schon ganz als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, als einer, der erreicht hat, wofür andere lange Jahre kämpfen müssen. Am neunten Tag wurde ich abgeholt, ein Tag war mir wegen guter Führung erlassen worden. Man brachte mich wieder nach Djurdjevac und von dort aus ohne Verzug nach Barcs, den Grenzübergang nach Ungarn. Während der Fahrt habe ich die Leute bechworen, mich nicht auszuliefern, es würde für mich bedeuten, daß ich zwei, drei Jahre, wenn nicht noch länger, eingesperrt werde. Sie sagten nur: „Nix verstehen!"

Am Grenzübergang angekommen, mußte ich mich zwei Stunden gedulden, bis mir auf ungarischer Seite wie einem Verbrecher die Handschellen angelegt wurden. In Barcs wurde ich kurz vernommen – harte, schroffe Fragen, die ich nicht beantwortete. Sie drohten mir, und als das nichts nützte, sagten sie mir, die „DDR"-Behörden würden schon alles aus mir herausholen. Ich war am Boden zerstört. Nie habe ich erfahren, warum das so gelaufen ist.

Doch so schnell kehrte ich nicht in die „DDR" zurück. Für eine Woche kam ich nach Kaposvar. Dort wurde ich gründlich verhört und mußte mit einem Dolmetscher ein Protokoll unterzeichnen. Da habe ich mich eindeutig dazu bekannt, daß ich in die Bundesrepublik Deutschland wolle. Meine Verlobte habe ich ganz herausgehalten.

Nach dieser Woche Einzelhaft in Kaposvar kam ich für vier Wochen nach Budapest ins Staatsgefängnis, wiederum in Einzelhaft. Ich hatte nur ein kurzes Gespräch mit einem Unteroffizier der Ungarn, der mir erklärte, ich hätte Glück, wenn ich an die „DDR" ausgeliefet würde, denn dort drohten mir allenfalls zwei Jahre Haft; in Ungarn hätte ich mit vier Jahren zu rechnen. Das sollte wohl heißen, daß sie mit mir sehr großzügig und menschlich umgingen; aber ich müsse mich auch richtig verhalten, sonst hätte ich eben vier Jahre abzusitzen.

Ich habe in Ungarn während der Haft kaum etwas gegessen und rapide abgenommen. Ich bin 1,86 Meter groß und wog nur noch 57 Kilo. Ich sah wie ein Skelett aus. Was es da gab, konnte man gar nicht essen. Das war einfach nicht meine Küche. Die Portionen wurden auch sehr rationiert.

In Budapest hatte ich ein Gespräch mit einem Vertreter der „DDR". Er sagte, er könne nicht verstehen, was ich getan hätte, ich müsse mich auf einiges gefaßt machen.

Am 13. Oktober flog man mich und einige Landsleute, die auch in der Haftanstalt in Budapest gesessen hatten, mit einer Sondermaschine in die „DDR". Da war auch einer dabei, den ich später durch Bernd Macke kennenlernte und der dann unsere Aktion in der Ostberliner US-Botschaft mitgemacht hat.

In der nächsten Ausgabe:
Vom Untersuchungsgefängnis des Ostberliner Geheimdienstes in das Zuchthaus Bautzen. Der große Traum des Häftlings von der Freiheit.



Ost-West-Odyssee auf Tonband

Am 20. Januar 1984 traten sechs „DDR"-Einwohner in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin in den Hungerstreik. Sie waren entschlossen – unter Einsatz ihres Lebens – die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Zwei von ihnen sprachen nach der Ankunft im Westen in der WELT-Redaktion ihren Lebensbericht ins Mikrofon. Heute setzt Jörg Hejkal (Foto) seine Schilderung über die Realitäten im Land des realen Sozialismus fort.

Moskau größter Waffenlieferant an Dritte Welt

E. N. Bonn

Die Staaten des Warschauer Pakts haben im Laufe eines Jahres die drei Länder Kuba, Vietnam und Mongolei mit einer Netto-Wirtschaftshilfe plus Handelssubventionen in Höhe von 6,8 Milliarden US-Dollar versorgt. Der Löwenanteil von 67 Prozent dieser Summe entfiel auf Kuba.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von NATO-Experten, in der die Wirtschaftsbeziehungen zwischen kommunistischen Staaten und Entwicklungsländern analysiert werden. Wie die auch der Bundesregierung vorgelegte Studie nachweist, wurde 1982 Entwicklungshilfe von Warschauer-Pakt-Staaten außer an diese drei Hauptempfänger nur noch in unbedeutendem Umfang an Afghanistan, Kambodscha und Laos gegeben. Nichtkommunistische Entwicklungsländer erhalten, so die Studie, „insgesamt fast keine Nettowirtschaftshilfe", sind aber Hauptkäufer von Waffen aus dem Ostblock, wobei die Sowjetunion mehr als neun Zehntel der Gesamtmenge liefert. Im Jahre 1982 wurden so Rüstungsgüter im Wert von sechs Milliarden US-Dollar geliefert. Das bedeutet einen Anstieg von 50 Prozent gegenüber *1981 und eine* Verdreifachung der Waffenmenge aus den *siebziger* Jahren. Im Jahre *1979*, so heißt es in der NATO-Studie, sei die Sowjetunion der größte Waffenlieferant der Entwicklungsländer geworden.

Nach den Beobachtungen der Verfasser werden die nichtkommunistischen Entwicklungsländer vom Ostblock „als Zielobjekte betrachtet, die mit politischen, Handels- und militärischen Mitteln unterwandert werden müssen, aber sie sind nicht Ziel einer konsequenten und stetigen Wirtschaftshilfe-Politik". Rüstungsgüter stellten nicht nur die „Speerspitze der sowjetischen Durchdringung nichtkommunistischer Entwicklungsländer dar", sondern seien wahrscheinlich die zweitgrößte Quelle harter Währung für den Ostblock, da die Hälfte der Lieferungen bar oder über kurzfristige Kredite bezahlt werden müsse.

Misereor: Hilfe für Afrika

AP, Bonn

Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe haben seit 1983 insgesamt 95,6 Millionen Mark für Hilfsprojekte in Afrika ausgegeben. Wie Misereor vor der Presse in Bonn bekanntgab, wurden insgesamt 959 Projekte in 50 afrikanischen Staaten gefördert. Die Projektpolitik ziele insbesondere *auf die Verbesserung* der Lebensbedingungen im ländlichen Bereich ab. An der Spitze der *Förderung rangierten mit mehr als 31* Millionen Mark Bildungsprogramme. Dazu gehörten Alphabetisierungskurse und Ausbildung von einheimischen Fachkräften.

Marcos prangert den roten Terror an

Von CHRISTEL PILZ

Der philippinische Präsident, Ferdinand *Marcos, hat sein* 52-Millionen-Volk vor einer „neuen Welle der Gewalt und des Terrorismus" gewarnt. *Der jüngste Vorfall einer* landesweiten Terrorserie ist die kaltblütige Ermordung eines Polizeigene*rals in der Hauptstadt Manila. Unbe*kannte Täter hatten dem für Nordmanila zuständigen Polizeichef, Brigadegeneral *Karingal, in einem Restau*rant aufgelauert und ihn aus nächster Nähe erschossen. Die Mörder konnten *in zwei Fluchtautos mit offenbar* gefälschten Nummernschildern entkommen.

Als Hintermänner vermutet die Polizei eine der verschiedenen Untergrundgruppen, die in Manila und an*deren Städten revolutionäre* Agitation betreiben. Erst im März haben die Sicherheitsbehörden den Führer einer dieser Gruppen festgenommen, die sich „Philippinische Befreiungsbewegung" (PLM) nennt. Die gewichtigste Untergrundorganisation ist aber nach wie vor die 1968 konstituierte „Kommunistische Partei der Philippinen" (CPP) und die zu ihr gehörige „Neue Volksarmee" (NPA).

Die CPP baut ihre Strategie auf dem maoistischen Konzept auf, die *Städte vom Lande her zu umzingeln.* Militärsprecher behaupten, die NPA habe die Zahl ihrer bewaffneten Mitglieder im vorigen Jahr um fünfundzwanzig Prozent auf achttausend erhöhen können. Als Dachorganisation für alle Untergrundgruppen fungiert die „Nationale Demokratische Front" (NDF), die hervorragend organisiert sein soll und Branchen in aller Welt unterhält, darunter auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Marcos hat sofort nach dem Karingal-Mord verstärkte Sicherheitsvorkehrungen erlassen. Er habe,

● PHILIPPINEN

so sagte er, eine „Hitliste", wonach die Kommunisten führende Mitglieder seiner Administration, einschließlich ihn selbst, eliminieren wollten.

Solche Erklärungen über Terrorpläne sind in Manila nichts Neues. Sprecher der Opposition meinen, Marcos bausche die Gefahr der kommunistischen Bedrohung bewußt auf, um sich eine Rechtfertigung zu schaffen, die Schrauben gegen die politische Opposition wieder anzuziehen. Bei den Parlamentswahlen vom *14. Mai* haben die sechs Parteien der Opposition und eine Gruppe unabhängiger Kandidaten unerwartet gut abgeschnitten. Trotz zahlreicher Hinweise auf massive Fälschungen bei der Wahlauszählung dürfte die Opposition insgesamt sechzig bis siebzig der 183 Parlamentssitze erhalten. Die Auszählung ist noch im Gang. Selbst in der Hauptstadt Manila dauerte es 12 Tage, bis feststand, daß von den 21 Parlamentssitzen, die auf Metromanila entfallen, nur sechs an die Regierungspartei „Neue Gesellschaft" (KBL) gingen.

Zum ersten Mal seit zwölf Jahren wird sich das Marcos-Regime wieder einer parlamentarischen Opposition gegenübersehen. 1972 hatte Marcos das Kriegsrecht verhängt und bis 1981 unter Kriegsrechtsvollmacht regiert. Das erklärt, weshalb im gewählten Parlament 1978 die Opposition nur dreizehn Sitze hatte.

Marcos gibt zu, daß ihn das relativ schlechte Abschneiden der KBL enttäuscht, obwohl er die Wahlen als solche als einen „Sieg des philippinischen Volkes" betrachtet. Die Wählerschaft habe sich trotz der kommunistisch gesteuerten Boykottkampagne nicht einschüchtern lassen. Jetzt käme es darauf an, zusammenzustehen, denn die subversiven Kräfte hätten ihre Pläne nicht aufgegeben. Sie seien darauf aus, die Demokratie und die Republik zu bedrohen.

Als Teil dieser Bedrohungskampagne sehen die Sicherheitsbehörden Demonstrationspläne der Studenten- und Arbeiterschaft. Die Studenten wollen gegen eine drastische Erhöhung der *Universitätsgebühren* von 169 Prozent protestieren. Die Arbeiterschaft gegen die jüngsten Preissteigerungen. Nur einen Tag nach den Wahlen hatte Marcos den Benzinpreis um 8,1 Prozent erhöht, und Mitte voriger Woche wurden die staatlich fixierten Preise von elf Basisgütern, darunter Reis, Mais, Fisch, Milch und Eier, um sechs bis zehn Prozent erhöht. Angesichts der Perspektive von Straßenunruhen stehen die Streitkräfte seit dem 21. Mai in voller Alarmbereitschaft. Marcos, der am 30. Juni sein neues Kabinett bekanntgeben will, nannte es als seine derzeit wichtigste Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu erhalten und die subversiven Kräfte mit legitimen Mitteln zu bekämpfen.

„Wenn wir das jetzt nicht tun, werden die Kommunisten in einigen Jahren durch die Straßen von Manila ziehen."

Ausdrücklich betonte Marcos, daß er eben wegen der kommunistischen Gefahr nicht auf seine Befugnis zum Erlaß von Präsidentialdekreten verzichten könne. Führende Oppositionspolitiker haben angekündigt, daß sie Marcos zur Aufgabe seiner Rechtsgebungsautorität zwingen wollen. Parlamentarische Konfrontation *ist also gewiß ebenso wie die* Entschlossenheit Marcos', unbestrittener Führer zu bleiben.

Denktasch stellt Präsenz der UNO auf Zypern in Frage

Er fordert Separatabkommen / Einladung nach Ankara

E. ANTONAROS, Athen

Rauf Denktasch, der selbsternannte „Präsident" der von ihm ausgerufenen „Türkischen Republik von Nordzypern", wird am 12. Juni auf Einladung des türkischen Präsidenten Kenan Evren Ankara besuchen. Dabei wird voraussichtlich auch die Präsenz der UNO-Friedenstruppe auf Zypern besprochen. Denn Denktasch hat jetzt zum erstenmal schriftlich seine Forderung nach dem Abschluß eines Separatabkommens der Vereinten Nationen mit seinem Teilstaat über die Verlängerung des UNO-Mandats um sechs Monate gestellt. Dadurch will er eine völkerrechtliche Anerkennung seiner bisher nur von der Türkei anerkannten „Republik" erzwingen.

In einer schriftlichen Erklärung hat Denktasch den Abschluß eines solchen Abkommens als eine „unumgängliche Lösung" präsentiert. Wenn die Vereinten Nationen *dieser* Forderung nicht nachkommen sollten, so Denktasch, müßten sich Zyperns *Türken das künftige Verbleiben der* Blauhelme der UNO auf der Insel überlegen. Hinter dieser Formulierung verbirgt sich nach Ansicht von westlichen Diplomaten auf Zypern Denktaschs eventuelles Vorhaben, die Stationierung von UNO-Soldaten in dem von den Türken besetzten Nordteil der zweigeteilten Insel nicht mehr zuzulassen. Die seit 1964 auf Zypern stationierten UN-Truppen (UNFICYP, rund 2350 Blauhelme) tragen vor allem seit dem Zypern-Krieg von 1974 die Verantwortung für Ruhe und Frieden auf der Insel.

Das jeweils um sechs Monate vom Sicherheitsrat verlängerte Mandat läuft am 15. Juni ab. Normalerweise ist die Verlängerung eine reine Routineangelegenheit gewesen. Bisher ist das Abkommen ausschließlich mit der legitimen Regierung Zyperns abgeschlossen worden, die von allen Staaten der Welt – mit Ausnahme der Türkei – anerkannt wird. Durch Denktaschs Forderung ist jedoch eine völlig neue Situation entstanden.

Sollte Denktasch auf seiner Forderung bestehen, wird er sich zwangsläufig auf Kollisionskurs mit nahezu allen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats bringen. Eine Mitte Mai verabschiedete *Resolution* stellt unter anderem fest, daß „Versuche, den Status und die Stationierungsmodali*täten der UNO-Friedenstruppe zu* verändern, allen Resolutionen der Vereinten Nationen widersprechen". Vor diesem Hintergrund werden auch in Ankara gemäßigte Stimmen laut, die Denktasch dazu zu bringen versuchen, seine Forderung fallenzulassen. (SAD)

Afghanistan wirkt sich auf den sowjetischen Alltag aus

Soldaten fühlen sich isoliert / Sorge von Angehörigen

FRIED H. NEUMANN, Moskau

In Afghanistan riskieren wir unser Leben und stehen geschlossen – „einer für alle, alle für einen" – unseren Mann. „Die sowjetischen Soldaten erfüllen ehrenhaft ihre internationalistische Pflicht, um dem afghanischen Volk eine helle Zukunft zu sichern", schrieb Unteroffizier Wiktor Jankin an die Moskauer „Komsomolskaja Prawda".

Zu Hause sei dagegen mancher unzufrieden und verhalte sich egoistisch, obwohl er „unter einem friedlichen Himmel" ohne Bomben, Minen und Scharfschützen lebt. Jeder sollte doch stets bedenken, wer ihn und das ganze Land beschütze. Jankin bedauerte, daß in der Heimat so wenig über die Soldaten berichtet werde.

Die Zeitung des kommunistischen Jugendverbandes druckte den *Brief* im Februar ab. Erstmals hatte dadurch die Bevölkerung einen kleinen *Einblick in die psychologischen* Probleme der jungen Rotarmisten bekommen. Sie fühlen sich isoliert und ihrem Schicksal überlassen, weil ihr wirkliches Leben und ihr militärischer Einsatz in Afghanistan von den heimischen Medien vollkommen verschleiert werden. In allgemeinen heroischen Wendungen rühmte Jankin nun ihre selbstlose Pflichterfüllung, die den Tod nicht scheut.

Die Veröffentlichung des Briefes war ein zaghafter Versuch, den verschwiegenen Krieg beim Namen zu nennen und den Wehrpflichtigen beizustehen. Erst jetzt druckte die Zeitung Auszüge von 22 der über 3000 Briefe ab, die sie nach Jankins Zuschrift erhalten hat. Überschrift: „Wir danken Euch, Soldaten!" Es blieb eine Einzelaktion.

Die Briefe versichern den Soldaten, daß man sie achte und liebe. „Eure Standhaftigkeit und Euer Mut geben mir Kraft."

Doch *gibt es auch verhaltenere* Töne, sorgenvolle. „Man kann sich kaum vorstellen, unter welchen Verhältnissen Ihr lebt!" Ihr Mann sei seit fünf Monaten als Bordmechaniker in Afghanistan, erwähnt eine Frau. Eine andere zählt jeden Tag, den ihr Sohn dort verbringen muß: „Schon ein Jahr, zehn Monate und 13 Tage."

Kann die blutige Realität in Afghanistan nicht mehr vollständig verschwiegen werden? Moskau ist in einen Krieg verwickelt, den es nicht wahrhaben will. Er beginnt nun, das normale Leben zu überschatten. Die künstliche Verharmlosung der Lage ertragen die jungen Soldaten ebensowenig wie ihre Angehörigen, die in ständiger Sorge leben. Und in die Heimat kehren Särge zurück.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne Präsenz

„Deutsche Unternehmen sind auf Auslandsmärkten zu wenig präsent"; WELT vom 11. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist unbestritten, daß die Deutschen ein fleißiges Volk sind. Ein *Volk voller Ideen – die jedoch nicht* hierzulande, sondern im Ausland von Amerikanern, Japanern etc. vermark*tet werden. Es ist dann ein Leichtes,* über die leidige Auslandskonkurrenz zu schimpfen, die Hände in den Schoß zu legen und auf die Wende, die da kommen soll, zu warten. Wir haben es ja nicht nötig, für diese Wen*de etwas zu tun; uns kommen* Themen wie etwa die 35-Stunden-Woche viel gelegener.

Sie bemängeln in Ihrem Beitrag zu Recht die mangelnde Präsenz der Deutschen auf den Weltmärkten. Daß *wir es anscheinend – trotz des enor*men technologischen Rückstandes z. B. im High-Tech-Bereich – nicht nötig haben, uns um Exportmärkte zu kümmern, zeigt ein Beispiel: Das EG-Symposium über „Exportsteigerung durch Koordinierung und Finanzierung von gemeinsamen Anstrengungen zum Absatz neuer Produkte und Dienstleistungen", vom 15.–16.5.1984 in Luxemburg abgehalten, war fest in Händen britischer, niederländischer, *französischer* und *italienischer Fachleute, nicht nur*, was die Referentenliste anbelangt: Von rund 85 Teilnehmern zählte ich *nur fünf* Deutsche (!) – *einschließlich* des Europa-Parlamentariers Paul von Bismarck, der dem Symposium teil*weise präsidierte.*

Mit freundlichem Gruß
T. Bechtold,
Stuttgart

Ostverträge 1972

„Bundespräsidentenwahl und Ostverträge"; WELT vom 21. Mai

Es mag stimmen, daß der „ostpolitische Vordenker der Union", Richard von Weizsäcker, bei der Abstimmung über den Warschauer Vertrag lieber für die Annahme plädiert hätte, sich dann aber tatsächlich – entsprechend der Entscheidung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes – der Stimme enthielt.

Nicht richtig ist aber, daß nur er „und einige wenige andere in der Union" dieser Entscheidung folgten, die CSU sogar dagegen gestimmt hätte. Tatsächlich haben nur 17 Abgeordnete des Deutschen Bundestages beim Warschauer Vertrag und 10 beim Moskauer Vertrag mit Nein gestimmt, 231 bzw. 238 enthielten sich der Stimme (fast die gesamte CDU/CSU), 248 votierten jeweils mit Ja.

Die „Neue Zürcher Zeitung" schrieb am *18. Mai 1972 zu Recht*, „daß die Opposition bei einem geschlossenen Nein Stimmengleichheit erzielt und *die* Verträge zu Fall gebracht hätte. Die CDU/CSU kann daher sagen, daß sie durch ihre Stimmenthaltung die Annahme ermöglicht hat."

Die Kluft zwischen Vertragstext und Verfassungskonformität .. (Grundgesetz) *sollte dann durch die* gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages überbrückt werden (491 Ja-Stimmen). Der 17. Mai 1972 wurde zum schwärzesten Tag der deutschen Nachkriegsgeshichte.

Dies klarzustellen liegt mir namens unserer Arbeitsgemeinschaft am Herzen, die mehrere Verfassungsbeschwerden (einschl. Prager Vertrag) geführt hat.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Benrather Kreis, Düsseldorf

Hamelner Sage

In der Ausgabe der WELT vom 4. Mai heißt es zum Thema „Wie Hameln an seinen Rattenfänger erinnert": „Neueren Theorien zufolge handelte es sich bei den 130 'Kindern' um junge Wehrbauern, die von einem Werber des Deutsch-Ritter-Ordens nach Böhmen und Mähren gelockt wurden." Richtig muß es hier heißen: „*... die von einem Werber entweder* nach Mähren oder ins Gebiet des damaligen preußisch-livländischen Deutsch-Ordens-Staates gelockt wurden."

Nach meinen Forschungen sind *nicht nur* in Mähren, sondern auch in Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und dem Baltikum im 13. Jahrhundert *Familien* und *Einzelpersonen* aus dem Raum Minden/Hameln/Hildesheim nachweisbar. Ich rechne damit, daß der 1278 in Hameln und zuletzt am 8. Juli 1284 in Stettin nachweisbare Graf Nikolaus von Spiegelberg mit 130 Hamelner Jungbürgern binnen rund vier Wochen zum hinterpommerschen Johanniterhof Kopahn gefahren und dann auf hoher See verschollen ist (siehe WELT vom 13.1.1984). Nach seiner Familie ist das ermländische Kolonistendorf Spiegelberg bei *Allenstein* benannt. Er war im Glasbild der Hamelner Marktkirche mit einem Hirschwappen und mit *Gefolgsleuten* abgebildet. Die Inschrift lautet: „Am Tage Johannis und Pauli 130 sind in Ha*meln gefahren zu Kalvarie und durch* Geleit in allerlei Gefahr gen Koppen verbracht und verloren" (Zeitschrift für Volkskunde 1966, Seite 29–42).

H. Dobbertin,
Springe 3

Wort des Tages

„Die Anzahl der Dummheiten, die eine intelligente Person im Laufe eines Tages sagen kann, ist unglaublich. Und ich würde ohne Zweifel ebenso viele sagen, wenn ich nicht häufiger schwiege."

André Gide, franz. Schriftsteller (1869–1951)

Personalien

GEBURTSTAG

Zu den *scheinbar Stillen* im Wirtschaftsleben gehört **Engelbert Werhahn**, der seinen 65. Geburtstag feierte. *Der Publicity abhold, gehörte* er fast zehn Jahre dem Aufsichtsrat der Löwenbräu-AG an, an der Wicküler bis 1981 25 Prozent hielt, wechselte dann in den Aufsichtsrat der Wicküler-Küpper-Brauerei KG aA – zu 98 Prozent in den Händen der Werhahns – und leitete bisher einen der bedeutendsten Düngemittelhandel, die Firma C. Scheibler & Co. Als Komplementär der Wilh. Werhahn KG ist er eine der Säulen des großen Familienkonzerns, zu dem unter anderem das Bankhaus Werhahn, die ABC-Bank, die Strabag-AG und die *Henckel Zwillingswerke AG* zählen. Diese Familienkonzerne der Gründerzeit werden immer seltener. Engelbert Werhahn unterscheidet sich von seinem Vater, der von der Sparsamkeit in der Gründerzeit charakterisiert war, (der Vater: „Wir haben unser Geld nicht zum Ausgeben, sondern zum Behalten"), durch seine Freigiebigkeit, wenn es um konkrete Hilfe geht. Nichts hat er mit der Attitüde eines Konzernherren gemein – ungeachtet dessen, daß sich die Konzernbilanz auf rund 1,7 Milliarden Mark beläuft.

AUSZEICHNUNGEN

Den Alexander von Humboldt-Preis *1984 für* Wissenschaftler, die sich um die wissenschaftliche deutsch-französische Zusammenarbeit *besondere* Verdienste erworben haben, ist anläßlich des deutsch-französischen Gipfels in Rambouillet an vier deutsche und vier französische Forscher vergeben worden. Der Preis, der mit 100 000 Franc, *rund 33 000* Mark, dotiert ist, wurde von Bundesforschungsminister **Heinz Riesenhuber** und seinem *französischen* Ressortkollegen **Laurent Fabius** überreicht. Die deutschen Preisträger, die von einer Jury französischer Forscher gewählt wurden, sind: Dr. **Karl Bauer** vom Institut für Biochemie und Molekularbiologie der Technischen Universität Berlin, Dr. **Wolf Lepenies** vom Soziologischen Institut der Freien Universität Berlin, Dr. **Holger Martin** vom Institut für Thermotechnologie der Universität Karlsruhe und Dr. **Gernot Wolfgang Heger** vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe.

*

Der Chefredakteur der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), Dr. **Konrad W. Kraemer**, hat das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich erhalten. Der Geschäftsführer der KNA, **Wilhelm Finge**, wurde mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich geehrt. Die Auszeichnungen wurden von dem österreichischen Botschafter in Bonn, Dr. **Willibald Pahr**, überreicht.

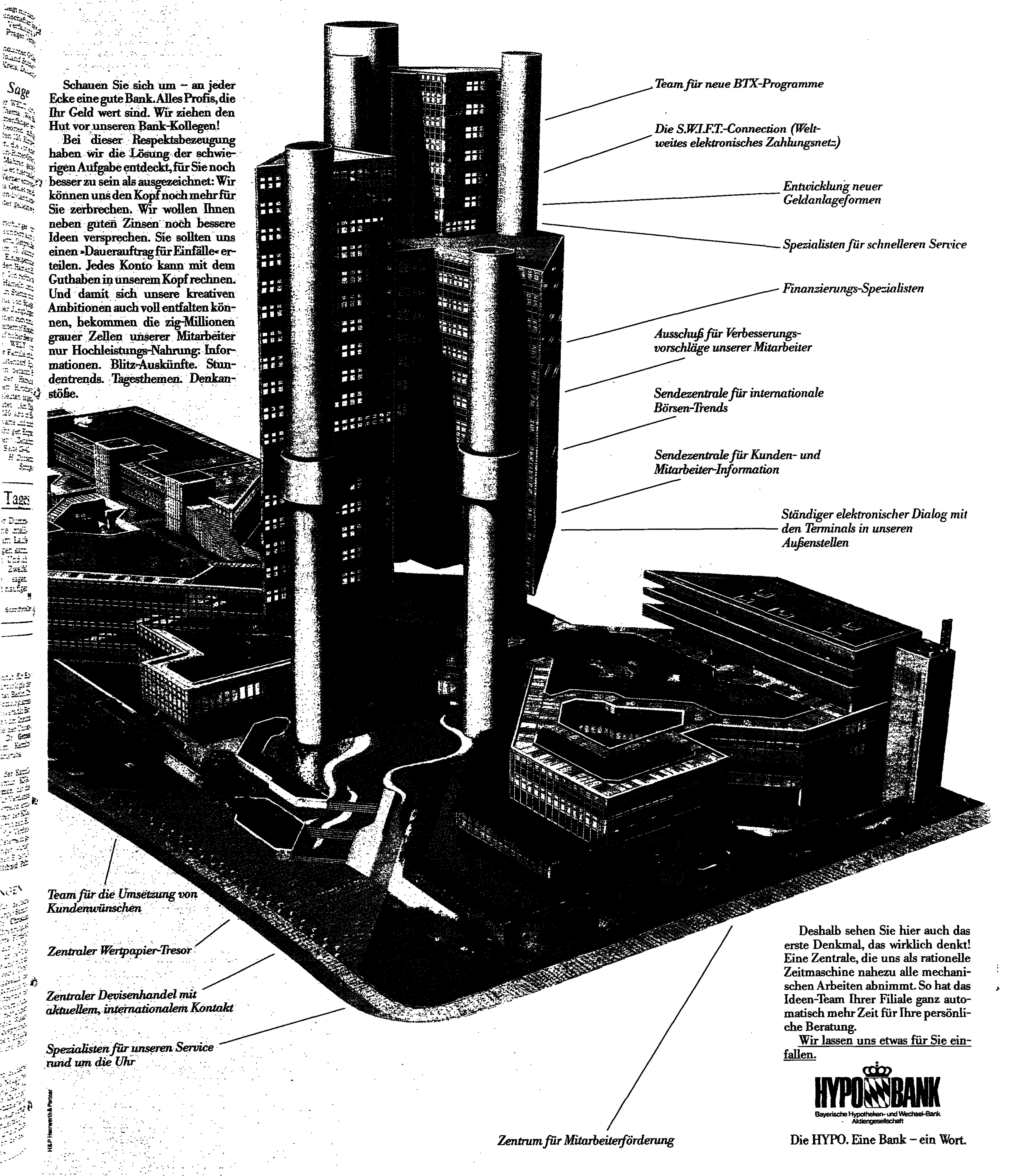
ERNENNUNGEN

Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat den Marburger Sprachkundler, Professor Dr. **Christian Winkler**, zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Der anerkannte Förderer der Spracherziehung, der von 1960 bis 1969 Sprechkunde an der Universität Marburg lehrte und sich dabei vor allem durch seine Untersuchungen zur Klanggestalt des Satzes einen Namen gemacht hat, war viele Jahre Vorsitzender der Gesellschaft für Sprecherziehung. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit des heute 80jährigen Wissenschaftlers, über die gesprochene deutsche Sprache, haben Eingang in viele wissenschaftliche Publikationen gefunden.

*

Bruno Spengler wird deutscher Botschafter in Papua-Neuguinea. Der Münchner, Jahrgang 1927, war nach Kriegsdienst und Gefangenschaft zunächst im Justizdienst tätig und ging 1958 in das Auswärtige Amt. Er war auf Auslandsstation in der Türkei, in Pakistan und in Zaire und arbeitet seit 1981 an der deutschen Botschaft in Paris.

Die HYPO.
Die Bank, der immer noch was einfällt.



Kohl will „kritischen Dialog“ mit Botha

Südafrikas Premier in Bonn / Demonstrationen angekündigt

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung betrachtet den Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten Pieter Willem Botha als eine Chance, durch einen offenen und kritischen Dialog konstruktiv auf die Politik Pretorias einzuwirken. Bundeskanzler Helmut Kohl will Botha heute bei einer zweistündigen Begegnung darauf hinweisen, daß Bonn die Apartheid und vor allem die fortdauernden Zwangsumsiedlungen *in Südafrika entschieden* ablehnt, die Bemühungen Pretorias um einen Ausgleich mit seinen Nachbarn *hingegen* begrüßt.

Der Ministerpräsident, der zuvor Portugal, Großbritannien und die Schweiz besucht hatte, traf gestern in Begleitung seines Außenministers Roelof Botha in der Bundeshauptstadt ein. Er wird heute vormittag vom Kanzler empfangen werden. Die parallel dazu konferierenden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Botha werden anschließend zu den Regierungschefs stoßen und auch an einem gemeinsamen „Arbeitsessen“ *teilnehmen. Nachmittags wird der* südafrikanische Gast den SPD-Fraktionsvorsitzenden *Hans Jochen Vogel* treffen und Bundespräsident Karl Carstens aufsuchen. Bevor Botha morgen *zu einem dreieinhalbstündigen* Kurzbesuch nach Berlin weiterfliegt, wird er noch mit dem bayerischen *Ministerpräsidenten Franz Josef* Strauß zusammenkommen.

Ebenso wie auf den vorausgegangenen Besuchsstationen *sind* auch *in* Bonn Protestdemonstrationen gegen Botha angekündigt worden. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke betonte: „Wir hätten eine Einladung nach Bonn unter den gegebenen politischen Umständen nicht ausgesprochen.“

In Regierungskreisen hieß es dazu, man könne nicht ständig Dialogbereitschaft gegenüber dem Osten praktizieren, gegenüber Südafrika aber eine „Politik des Sich-Verweigerns“ führen. Solche Einäugigkeit sei politisch unredlich und „interessenwidrig“. Bonn gehe es darum, „Elemente des Überdenkens der eigenen *Position*“ in Pretoria zu fördern und für eine baldige Unabhängigkeit Namibi*as auf der Grundlage* der UNO-Resolution 435 zu plädieren.

Reagans neue Position

● Fortsetzung von Seite 1

Höhere Regierungskreise gaben gegenüber John Wallach, dem diplomatischen Korrespondenten der Hearst-Zeitungsgruppe in den USA, weitere Erläuterungen zu der Dublin-Erklärung Reagans. Demnach hat der Präsident bereits am 8. Mai an Tschernenko einen Brief geschrieben, in dem die *Grundzüge* der neuen amerikanischen Haltung zur Frage einer Nichtangriffserklärung dargelegt *wurden*. Drei Tage *später* gab Moskau seinen Boykott der Olympischen Spiele bekannt. Eine Antwort Tschernenkos auf das Schreiben Reagans blieb bisher aus, doch hat Washington erste positive Signale über besondere Kanäle empfangen, möglicherweise von Anatoly Dobrynin, dem sowjetischen Botschafter in Washington.

Außerdem hat es in den vergangenen Wochen verschiedene nicht bekanntgewordene *Reisen* von höheren Beamten des State Departments nach Osteuropa gegeben – „DDR“, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien –, ebenfalls zum Zwecke der Unterrichtung über die neue westliche Initiative. Seitdem Europa-*Direktor* Richard Burt Anfang März in Ost-Berlin, Bukarest und Sofia eigene Sondierungen *anstellen konnte*, macht sich eine spürbare Bereitschaft auf amerikanischer Seite bemerkbar, mit Osteuropäern *intensivere Gespräche* zu führen und so den Satellitenstaaten Moskaus Mittel und Wege zu eröffnen, damit diese gegenüber dem Kreml ihrerseits stärker auf Ausgleich und Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen *drängen* können.

Die Rede Reagans in Dublin führte noch einmal detailliert alle amerikanischen westlichen Verhandlungsvorschläge gegen den Osten auf. Die Demokratien, so sagte der Präsident, nehmen in ihrer inneren Stärke immer weiter zu, der Ruf nach Freiheit und Frieden in der Welt sei unüberhörbar, ein historischer Prozeß, der sich stärker erweisen werde als die Vorhersagen über atomare Untergänge.

US-Abschreibungslimit würde internationalen Autohandel verzerren

Londoner Wirtschaftsgipfel: Für deutsche Automobilindustrie steht viel auf dem Spiel

H.-A. SIEBERT, **London**

Amerikas neues Ausfuhrkontrollgesetz, das Abschreibungslimit für *Luxusautos und die steuerliche* Behandlung multinationaler Unternehmen in verschiedenen US-Bundes*staaten sind drei Themen, die am* Ende der Tagesordnung des Londoner Wirtschaftsgipfels stehen. Neben der Schuldenkrise sind sie jedoch die brisantesten. Präsident Reagans Partner laufen schon lange dagegen Sturm und hoffen, daß er zunächst die Kfz-Einfuhren durch sein Veto schützt.

Alle ausländischen Proteste – der Bundeskanzler warnte Anfang März in Washington vor einer Einbahnstraße im Warenverkehr – haben nicht verhindern können, daß beide Häuser des Kongresses der Herabsetzung der Abschreibungen für Firmenwagen *zustimmten. Sie* sind Teil der Steuerpakete, durch die Washingtons Rekordhaushaltsdefizite in drei Jahren um 141 bis 182 Milliarden Dollar abgebaut werden sollen. Über die endgültigen Einsparungen und Steuererhöhungen berät der Vermittlungsausschuß in der ersten Juni-Hälfte.

Seit 1981 können in den USA Firmenwagen in drei Jahren voll abgeschrieben werden, und zwar unabhängig vom Preis. Demokratische Kreise im Kongreß sahen darin eine Bevorzugung der Reichen – eine zweifellos populäre Attacke in einem Wahljahr. In der Diskussion ging es nicht um Protektionismus, sondern ausschließlich um zusätzliche Ein*nahmen für den Fiskus.*

Unterschiedliches Limit

Die höheren Einfuhrbarrieren für ausländische Luxusautos sind praktisch ein Nebenprodukt mit der Folge, daß *sie* am stärksten betroffen sind. Weil sie als fiskalische Maßnahme laufen, können die Lieferländer *auch nicht das Allgemeine Zoll- und* Handelsabkommen (Gatt) anrufen.

Das Repräsentantenhaus hat das Abschreibungs*limit für* Firmenwagen auf 21 000 Dollar festgelegt und verspricht sich davon Mehreinnahmen, die in den Haushaltsjahren 1984 bis 1989 insgesamt 389 Millionen Dol*lar erbringen sollen. Im ersten Jahr* sind es 20, im letzten Jahr 194 Millionen Dollar. Der Senat entschied sich für 15 000 *Dollar* je *Wagen*, was *sich in* derselben Zeitspanne auf mehr als 2,1 Milliarden Dollar addiert. Der Grund *für die auseinanderklaffenden* Begrenzungen: Der Senat möchte möglichst viele, das Haus möglichst wenige in Amerika hergestellte Fahrzeuge in das Mißbrauchsgesetz pressen.

Es ist zu vermuten, daß sich der *Vermittlungsausschuß* auf ein Limit einigen wird, das der Hausversion am nächsten kommt. Beträgt es 20 000 Dollar, dann sind 279 000 amerikanische Autos (Buick, Cadillac, Chevrolet Corvette, Lincoln und die großen Chrysler) auf der Basis des Jahres 1983 betroffen. Das sind 4,1 Prozent des Detroiter Gesamtabsatzes und 1,4 Prozent der Firmenwagen.

Dieser begrenzten Abschreibung würden 145 800 ausländische Autos unterliegen. Das wären 6,1 Prozent der Gesamtimporte und zwei Prozent der beruflich genutzten Pkw. Auf der Liste stehen Alfa Romeo, Audi, BMW, *Jaguar, Mercedes-Benz, Nissan, Peu*geot, Porsche, Volvo, Ferrari, Maserati, Aston Martin, Bentley und natürlich Rolls-Royce. Daimler-Benz verkaufte 1983 in den USA 70 600 Wagen. Rund 70 Prozent gingen an Unternehmen, Ärzte, Rechtsanwälte und Einzelkaufleute. Sie alle würden unter diese Regelung fallen. Bei BMW wären es 24 600, bei Porsche 20 750 und bei Audi 2000.

Für die deutsche Automobilindustrie steht viel auf dem Spiel, weil ein besonders großer Teil ihrer Lieferungen in die Luxusklasse fällt. Legt man ein Abschreibungslimit von 15 000 Dollar zugrunde, wären 580 000 ausländische Pkw betroffen, davon 211 700 aus der Bundesrepu*blik. Bei Einfuhren von 2,4 Millionen* Wagen (1983) macht der Luxusanteil 24,4 Prozent aus, wovon wiederum 8,1 Prozent abgeschrieben werden. Für Detroit (Gesamtverkäufe 6,8 Millionen) würden die Anteile nur 12,7 und 4,2 Prozent betragen.

Auch weil der Gleichheitsgrundsatz verletzt wird, lehnt das US-Schatzamt diese steuerlichen Eingriffe ab. Nicht gefruchtet haben bis*her auch die Proteste der EG* und der Bundesrepublik Deutschland. Bei einem Abschreibungslimit von 21 000 Dollar tragen *immerhin die* Importe mehr als 90 Prozent der Steuerverluste, bei 15 000 Dollar sind es zwei Drittel. Was sich *abzeichnet*, sind weitreichende Verzerrungen im internationalen Autohandel. Helfen kann nur noch die Vernunft im Kongreß oder ein Veto des Präsidenten. Denn es fragt sich, wie viele Amerikaner die Differenz zwischen Preis und Abschreibungslimit aus der eigenen Tasche zahlen, nur um ein besseres Auto fahren zu können. Die Antwort der EG kann nur die Fettsteuer sein; sie würde zu Lasten der US-Sojabohnen-Anbauer gehen.

Reagan überzeugen

In London ist die Gelegenheit günstig, Präsident Reagan von den negativen Auswirkungen des Export Administration Act (EAA) zu überzeugen, über dessen Modifizierung sich Senat und Repräsentantenhaus ebenfalls im Vermittlungsausschuß strei*ten. Im Kongreß geht man jetzt davon* aus, daß das Ausfuhrkontrollgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wird. Die sich stark unterscheidenden Versionen des Senats und des Repräsentantenhauses lassen sich bis zum Wahltermin kaum auf einen Nenner bringen. Demnach muß der Act im kommenden Jahr neu eingebracht werden. Die Administration könnte also in ihrem Entwurf die Wünsche der Partner stärker berücksichtigen.

Bonn lehnt die exterritoriale Anwendung amerikanischen Rechts strikt ab. Als eine nicht zu akzeptierende Verschärfung beurteilt die Bundesregierung den Einbau von Export- und Importsanktionen in das neue *Ausfuhrgesetz. Nach ihrer* Ansicht würde eine solche Vorschrift dem Protektionismus Tür und Tor *öffnen. Graf Lambsdorff hat schon* damit gedroht, dem britischen Beispiel zu folgen und ein Gesetz einzu*bringen, das deutschen Unternehmen* verbietet, Weisungen ausländischer Regierungen Folge zu leisten. Nicht fest genug verankert ist auch der Bestandsschutz für Verträge.

Der schon lange dauernde Streit könnte an der Themse auch deshalb begraben werden, weil in der Frage des Osthandels und Technologietransfers der Westen inzwischen im Gleichschritt marschiert. Ausgeweitet worden sind in den letzten zwei Jahren die Kompetenzen des Cocom-Ausschusses in Paris. Weitergekommen ist der Vermittlungsausschuß des Kongresses bisher nur in weniger wichtigen Details. So wird innerhalb des US-Verteidigungsministeriums eine Exportkontrollbehörde geschaffen, die über sogenannte Dauerlizenzen entscheidet.

Umstritten ist weiterhin die Unantastbarkeit bestehender Verträge. Auch ist noch nicht das letzte Wort gefallen über die Rolle des Pentagons im gesamten Überwachungsprozeß. Das alte US-Ausfuhrgesetz ist bereits im vergangenen Herbst ausgelaufen; als rechtliche Basis dienen seitdem Verlängerungen des Präsidenten nach dem *International Emergency* Economics Powers Act. Anders als in der Bundesrepublik Deutschland, wo *der Außenhandel grundsätzlich* frei ist, „erlaubt“ die US-Regierung Exporte und Importe. Für sie ist der Warenverkehr mit dem Ausland eines der wichtigsten außenpolitischen Instrumente.

Steuer für „Multis“

Ein weiteres Ärgernis bleibt die „Unitary Tax“, die einige US-Bundesstaaten von den ansässigen „Multis“ erheben. Dabei wird die Weltbilanz der Konzerne zugrundegelegt. Wegen der umfangreichen britischen Direktinvestitionen hat schon mehrfach die britische Regierungschefin *Margaret* Thatcher gegen diese Praxis protestiert, jedoch ohne Erfolg. Zur Kasse gebeten werden auch deutsche Firmen. Der oberste Gerichtshof in Washington hat den amerikanischen Bundesländern *das Recht auf diese* Art Steuererhebung bestätigt; die Administration begnügt sich mit Appellen. Langfristig läßt sich das Problem wohl nur durch ein amerikanisches Bundesgesetz lösen. Darauf müssen Frau Thatcher und Helmut Kohl an der Themse hinwirken.

Differenzen. Ceausescu im Kreml

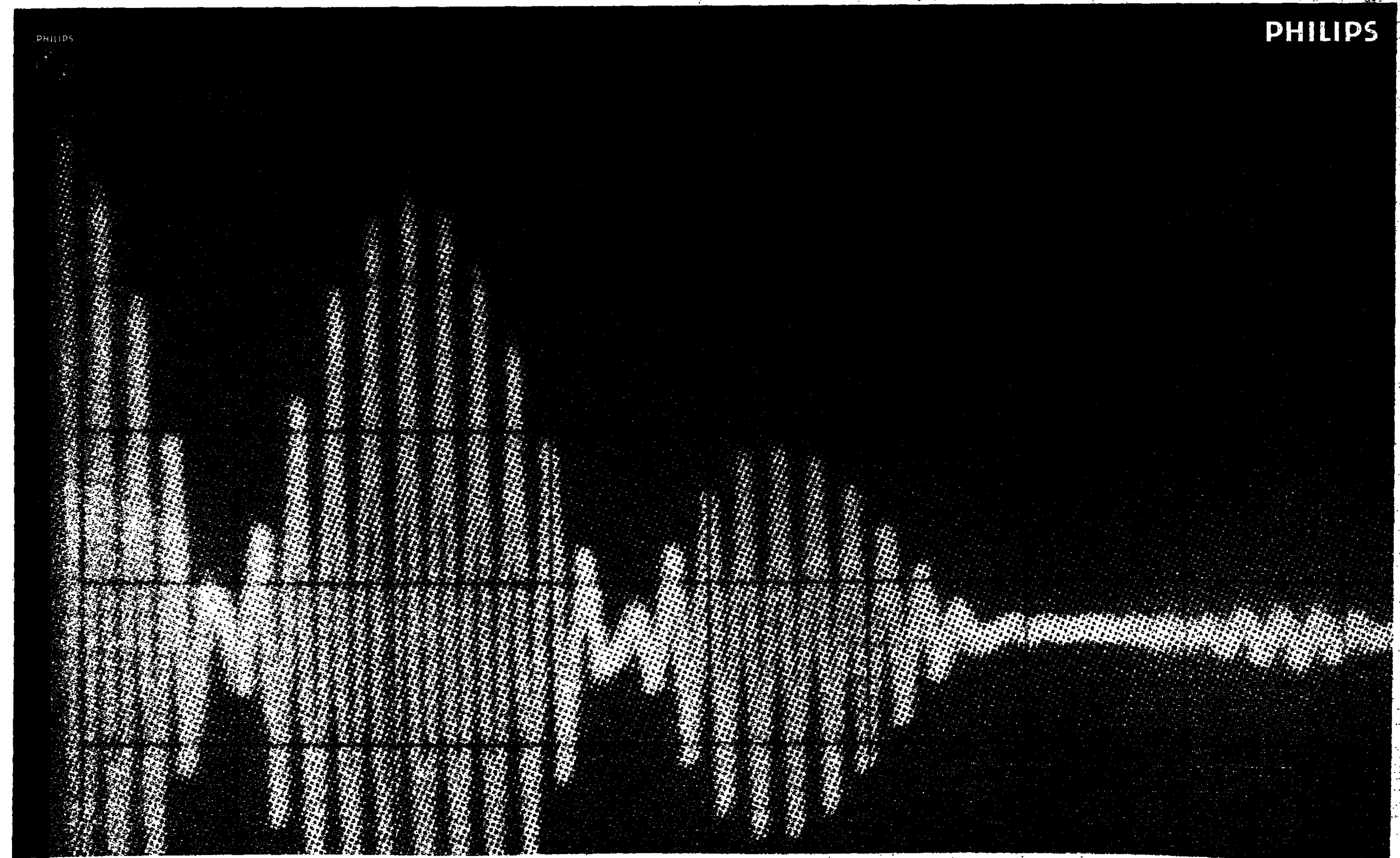
DW. Moskau

Bei dem Treffen zwischen dem sowjetischen Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko und dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu sind die seit längerem bestehenden Meinungsverschiedenheiten in wichtigen politischen Fragen zum Ausdruck gekommen. In einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass hieß es, das Gespräch sei in einer „sachlichen Atmosphäre unter Genossen, in einer Atmosphäre der Freundschaft und Offenheit“ verlaufen. Der Ausdruck „Offenheit“ ist im Sprachgebrauch kommunistischer Regime ein deutlicher Hinweis auf gegensätzliche Auffassungen.

Von sowjetischer Seite nahmen unter anderem Regierungschef Nikolai Tichonow und Außenminister Andrej Gromyko an dem Treffen teil. Ceausescu wurde *unter anderem* von Ministerpräsident Constantin Dascalescu begleitet.

Im *Laufe* des *Gesprächs sei* die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht worden, auch künftig unveränderte *Anstrengungen zur Festigung* der Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu unternehmen, hieß es bei Tass. Es sei angemerkt worden, „daß die Hauptursache für die wachsende Spannung in der Welt in der Politik der aggressivsten Kräfte des Imperialismus, in erster Linie der USA“, läge. Die Aufmerksamkeit sei auf die Notwendigkeit gelenkt worden, die Einheit und Geschlossenheit des Warschauer Paktes zu verstärken. Außerdem würde eine Beseitigung der neuen US-Raketen in Westeuropa einen realen Weg für Verhandlungen ebnen. Aus der Tass-Meldung ging nicht hervor, ob die rumänische Seite diesen sowjetischen Positionen zugestimmt hat. *Denn Ceausescu hat seine* Kritik an der Raketenstationierung bislang an beide Seiten adressiert.

Rumänien, das als einziges Ostblockland an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen will, hatte am Vorabend des Moskau-Besuches von Ceausescu die Eigenständigkeit seiner Außenpolitik ver*teidigt und sich gegen Kritik aus* dem Ostblock zur Wehr gesetzt. Das Parteiorgan „Scinteia“ verwies auf „Meinungsverschiedenheiten“ und forderte eine Beilegung der Spannungen „im Stil von Genossen“.



Die falsche Adresse

Wb. – Helmut Lohr (SEL), neuer Präsident des Verbands der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), nutzte seine Antrittsrede zu einem Blick auf die Zukunftsaufgaben: Weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Wiederherstellung der Kapitalbildungskraft und Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, so lauten seine Schwerpunkte der Arbeit an der Krisenbewältigung. Außerdem seien „ein Klima des Vertrauens, eine Gesellschaft ohne Vorurteile" vonnöten, „um die Probleme der Gegenwart meistern zu können". Auch hierzu ein ganzer Forderungskatalog:

- Der Unternehmer müsse vertrauen können in die Ziele und die Kontinuität staatlicher Wirtschaftspolitik.
- Die unternehmerische Leistung müsse anerkannt und der Unternehmer als tragendes Element der Gesellschaft verstanden werden.
- Die Gesellschaft müsse offen sein gegenüber dem technischen Fortschritt.

Was auffällt: Alle Forderungen richten sich nur an die anderen, an anonym-verwaschene Adressen wie Staat und Gesellschaft. Hinweise darauf, was die Unternehmer-Kollegen selbst gegen die noch längst nicht vollständig bewältigte Misere tun könnten, fehlen dagegen völlig. Gerade die Forderungen unter dem Tagesordnungspunkt „Vertrauen" bedürften schon einiger Aktivität auch auf der Unternehmerseite (und das ganz individuell, nicht nur in der vollen Deckung der Verbände), um vom Adressaten „Gesellschaft" erfüllt zu werden.

Eine „innere Wende" auch bei den Unternehmenslenkern wird aber kaum durch Ermahnungen von außen zu bewirken sein, sie muß aus dem eigenen Lager initiiert werden.

Auf nach China

Mk. – Auch Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat es jetzt nach China gezogen. Sicher, es gibt Probleme. Die Klagen deutscher Importeure über die Unkalkulierbarkeit der Schiffsankünfte sind Legende. Daran dürfte sich vorerst auch wenig ändern. Die Bedeutung der Reise liegt auf einem anderen Feld: China muß und will seine Infrastruktur ausbauen, wenn sie nicht zum Hemmschuh werden soll. Und in diesem Bereich hat die deutsche Wirtschaft einiges zu bieten, von der Automobilindustrie, die über Gemeinschaftsgründungen verhandelt, bis hin zu all dem, was mit der Eisenbahn zusammenhängt. Die Hersteller von Lokomotiven und Waggons beispielsweise können Aufträge gut gebrauchen, weil die Bundesbahn ihre Wünsche nicht erfüllen kann. Mehr Aufträge von draußen können den – politischen – Druck von der Bahn nehmen, doch mehr zu ordern, als sie braucht.

BESCHÄFTIGUNG / Eine vergleichende Untersuchung vom Institut der Wirtschaft

Das System der Vereinigten Staaten ist dem deutschen deutlich überlegen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Das Beschäftigungssystem der Vereinigten Staaten hat sich dem der Bundesrepublik eindeutig als überlegen erwiesen. Während in der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1983 rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, wurden nach einer Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in den USA 21 Millionen neue geschaffen. Das Institut spricht von einem amerikanischen Beschäftigungswunder.

In den Vereinigten Staaten wurden zwischen 1968 und 1983 jährlich rund 1,75 Millionen Arbeitsplätze oder 1,8 Prozent neu geschaffen. Gleichzeitig gingen in der Bundesrepublik 63 000 oder 0,2 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze verloren. Das Institut sieht darin einen „eindrucksvollen Beweis für die Dynamik des US-Beschäftigungssystems". Überdies zeugten hohe Fluktuationsraten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von einer aggressiven Vorwärtsstrategie gegenüber den notwendigen strukturellen Anpassungen. Auch der Austausch „alter" Arbeitsplätze durch „neue" habe sich in den Vereinigten Staaten reibungslos vollzogen.

Der überwiegende Teil der neuen Arbeitsplätze sei im privaten Dienstleistungsbereich entstanden. Verglichen damit sei der Beschäftigungsanstieg in diesem Bereich in der Bundesrepublik „ausgesprochen dürftig" ausgefallen. „Lediglich der Staat konnte den zweifelhaften Erfolg für sich verbuchen, in den letzten 15 Jahren der Sektor mit der höchsten Beschäftigungsdynamik gewesen zu sein", heißt es in der Analyse.

Die Untergliederung in elf Wirtschaftsbereiche weist für die USA in nur zwei relativ unbedeutenden Sektoren im langfristigen Trend einen Rückgang der Beschäftigung auf. In der Bundesrepublik sind es dagegen vier. Darunter befinden sich auch das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Für diese gibt das Institut die Arbeitsplatzverluste mit 1,2 beziehungsweise 1,4 Prozent an.

In den USA entwickelte der Bergbau mit 4,7 Prozent die größte Beschäftigungs-Dynamik, gefolgt von den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen mit 4,6 Prozent sowie den „sonstigen Dienstleistungen" mit 3,7 Prozent. In der Bundesrepublik lag dagegen der Staat mit 2,5 Prozent an erster Stelle, vor den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen sowie den privaten Haushalten mit 1,8 Prozent. Im tertiären Bereich wurde in den USA ein jährlicher Zuwachs von 1,3 bis 4,6 Prozent, in der Bundesrepublik nur von 0,1 bis 1,8 Prozent registriert.

In den USA gingen im Tiefpunkt der Rezession 1975 rund drei Millionen Arbeitsplätze verloren. Im nachfolgenden Aufschwung 1979 wurden 3,6 Millionen neu geschaffen. Daraus errechnet das Institut eine gesamtwirtschaftliche Fluktuationsrate von 6,6 Prozent. In der Bundesrepublik wurden im Beschäftigungstief 1976 nur 480 000 Arbeitsplätze abgebaut. Der Niveaugewinn im Beschäftigungshochpunkt 1980 belief sich auf lediglich 490 000. Daraus ergibt sich eine Fluktuationsrate von 3,7 Prozent. Für das Institut ein Indiz, „daß die US-Unternehmen die Weltrezession 1974/75 als 'Reinigungskrise' für neue Arbeitsplätze nutzen konnten".

Als Erklärung scheidet nach Ansicht des Instituts die Arbeitszeitverkürzung und die Produktionsentwicklung aus. Denn in der Bundesrepublik war die jährliche Arbeitszeitverkürzung mit 0,9 Prozent weitaus stärker als in den USA (0,1 Prozent). Das gesamtwirtschaftliche Produktionstempo habe in der Bundesrepublik bei durchschnittlich 2,7 Prozent gelegen, in den USA bei 2,4 Prozent.

Daher bleibe als Erklärung nur die geringere US-Produktivität. „Dies ist allerdings kein Ausdruck technologischer Rückständigkeit, sondern auf eine angepaßte Lohnentwicklung zurückzuführen, die es den amerikanischen Unternehmen erlaubte, die Produktivitätspotentiale, die sich aus dem Einsatz neuer Techniken ergeben, nicht voll auszuschöpfen", schreibt das Institut. Überdies seien in den USA Kündigungen von den Tarifparteien reguliert worden. Dieses Verfahren gewährleiste einen schnelleren Ersatz alter durch neue Arbeitsplätze. Es sei somit für die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung letztlich vorteilhafter.

GEMEINDEFINANZEN

Die Länder wollen an der Gewerbesteuer festhalten

HEINZ HECK, Bonn

„Es steht außer Frage, daß die Gewerbesteuer in ihrer heutigen Ausgestaltung weder für die Unternehmen noch für die Gemeinden eine befriedigende Besteuerungs- und Finanzierungsform darstellt." Das hat der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, in einem Schreiben an die Finanzminister des Bundes und der Länder hervorgehoben. Offenbar auch unter dem Eindruck dieses Briefes haben sich die Länderminister auf ihrer Konferenz am 24. Mai in Berlin die Möglichkeit offengehalten, weitere Modelle, die die Gewerbesteuer ersetzen könnten, zu prüfen, nachdem – wie berichtet – die bisherige Suche erfolglos war.

Rodenstock erinnert daran, daß die Diskussion über Reformpläne in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik „gerade erst begonnen" habe. Zudem hat der BDI das Ifo-Institut München mit einer Studie über die quantitativen Auswirkungen der verschiedenen Reformpläne beauftragt. Erste Ergebnisse seien im Sommer zu erwarten. „Ohne solche Daten ist es nach meiner Einschätzung kaum möglich, die verschiedenen Reformpläne im Detail zu beurteilen und sie den Anforderungen, die Unternehmen und Gemeinden an die Reform stellen, anzupassen", schreibt Rodenstock.

Auch der BDI hat ein Modell zur Ablösung der Gewerbesteuer entwickelt. Es sieht die Einbeziehung der Umsatzsteuer in die Gemeindefinanzierung vor, die Rodenstock „im Interesse einer Verstetigung der Gemeindeeinnahmen für außerordentlich wichtig" hält. Dem BDI lag im jetzigen Beratungsstadium daran, einen Beschluß zu vermeiden, der die Gewerbesteuer „zementiert".

Ungeachtet der weiteren Diskussion über geeignete Nachfolgemodelle haben die Minister bei ihrer Konferenz deutlich gemacht, daß sie „keinen finanziellen Spielraum für Einnahmeverschiebungen" zugunsten der Kommunen und zu Lasten der Länder sehen. „Von einer besonderen Finanznot der Gemeinden oder von einer Benachteiligung in ihrer Finanzausstattung im Verhältnis zu Bund und Ländern" *könne keine Rede sein.*

Die Gemeindeeinnahmen seien von 1970 bis 1983 im Durchschnitt stärker getiegen als die von Bund und Ländern, die Ausgaben hätten sich weniger stark erhöht, so daß die Finanzierungsdefizite „erheblich stärker abgebaut" werden konnten als bei Bund und Ländern.

Zugleich wenden sich alle Länder „gegen einen weiteren Abbau der Gewerbesteuer, da sich gegenwärtig kein *angemessener Ersatz* abzeichnet". Keines der bisher entwickelten Modelle enthalte „eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung". Auch die Wertschöpfungssteuer in der vom Wissenschaftlkichen Beirat vorgeschlagenen Ausgestaltung stelle „keine überzeugende Alternative zur derzeitigen Gewerbesteuer dar".

Protest der Unternehmer

Von EVANGELOS ANTONAROS, Athen

In Griechenland ist eine offene Auseinandersetzung zwischen den Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden einerseits und der sozialistischen Regierung andererseits ausgebrochen. Mit größter Skepsis verfolgt Griechenlands bisher sehr zurückhaltend reagierende Wirtschaft die linkslastige Politik der Sozialisten und insbesondere die nach Ansicht der Arbeitgeberverbände systematisch betriebene Ausweitung des Staatssektors durch die Übernahme von Privatfirmen. Ihrerseits beschuldigen die Sozialisten die Unternehmer „im Dienste der konservativen Opposition" zu stehen.

Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte diese nunmehr mit größter Vehemenz ausgetragene Kontroverse durch eine Protestkundgebung, zu der Griechenlands wichtigste Unternehmer- und Arbeitgeberverbände, einschließlich des mächtigen Industrieverbands und der Organisationen der Ladenbesitzer, ihre Mitglieder in der vergangenen Woche im Zentrum der Hauptstadt Athen aufgerufen hatten.

Mit dem Slogan „Genug ist genug – wir wollen uns nicht vernichten lassen" nahmen an der Veranstaltung etwa 30 000 Menschen teil, die schwarze Trauerfahnen schwenkten und nach mehreren Reden eine Resolution verabschiedeten. Hiermit wird die Regierung direkt beschuldigt, „absichtlich den gesunden Handel und die Industrie vernichten" zu wollen.

Die Organisatoren dieser Versammlung hatten in Anzeigentexten in allen Athener Zeitungen konkrete Kritik an den Sozialisten des Andreas Papandreou geübt: Unter anderem *warfen sie ihnen vor, die Privatwirtschaft* ausrotten und eine Verstaatlichung vieler gesunder Unternehmen durchführen zu wollen. Überraschenderweise scheinen an der Versammlung auch zahlreiche Vertreter des sonst von der Regierung weitgehend wohlwollend behandelten Mittelstandes teilgenommen zu haben.

Die Proteste der Unternehmer richten sich einerseits gegen die Übernahme von zahlreichen Unternehmen – der bisher spektakulärste *Fall ist die Quasiverstaatlichung der* Zementfabrik Aget Herkules – durch den Staat, sowie gegen die Praxis des Handelsministeriums, Staatshandelsfirmen gründen zu lassen, die die Abwicklung von Handelsgeschäften mit zahlreichen Ländern vornehmen.

Der Minister mußte vor einigen Wochen ein bereits dem Parlament vorgelegtes Gesetz zurücknehmen, als er mit einer Welle des Protestes konfrontiert wurde. Ebenfalls hat der Handel mit Schärfe auf die Absicht des Handelsministers reagiert, die Gewinnmargen per Gesetz festzulegen. Erbost sind die Unternehmer schließlich, weil *Athen den* Kredithahn zugedreht hat. Daher weigern sich die Unternehmerschon seit einiger Zeit, neue Investitionen vorzunehmen.

Athens sozialistische Regierung hatte mit allen Mitteln versucht, das Zustandekommen der ungewöhnlichen Protestversammlung zu vereiteln. Zahlreiche Teilnehmer führen sogar einen einstündigen Stromausfall während der Kundgebung auf einen Wink der Regierungsspitze zurück. Wirtschaftsminister Gerassimos Arsenis bezeichnete die Versammlung als „rein politisch motiviert", während das Exekutiv-Büro der Regierungspartei Pasok in einer schriftlichen Erklärung von „einem gezielten *Versuch der Profitmacher*" sprach, die „faschistoide Methoden anwenden wollen". Auch die regierungsnahe Presse sprach unter Anspielung auf den Aufstand gegen den chilenischen Präsidenten Pinochet von einem „Protest der Kochtöpfe, der keine Aussichten auf Erfolg" habe.

Der Bruch zwischen den Unternehmern und der Regierung war bei der Jahresversammlung des griechischen Industrieverbandes vor zwei Wochen offenkundig geworden: Damals hatten Griechenlands Spitzenindustrielle gegen Papandreou den Vorwurf gerichtet, ihre Ausrottung zu betreiben. Seinerseits hatte Arsenis die Unternehmer mit schweren Vorwürfen überhäuft. In Athen herrscht nunmehr der Eindruck vor, daß die Industrie- und Unternehmerkreise angesichts des Zickzackkurses der Sozialisten in der Wirtschaftspolitik, die immer linkslastiger und unberechenbarer wird, ihre Geduld verloren zu haben *scheinen und nunmehr* bereit sind, notfalls mit radikalen Methoden ihre Rechte zu verteidigen.

AUF EIN WORT

„Im Bundestag formieren sich Kräfte, um Untereinstandspreise zu verbieten. Der *schlimmste* Feind des Wettbewerbs aber ist der Staat, der durch Protektionismus und Subventionen die Wirtschaft negativ beein*flußt*."

Prof. Dr. Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes, Berlin.
FOTO: KLAUS MEHNER

EG: Millionen für die Stahlregionen

dpa, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft wird einigen besonders von der Stahlkrise betroffenen Gebieten in der Bundesrepublik mit etwa 90 Mill. Mark bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Branchen helfen. Ein Sprecher der EG-Kommission sagte gestern, es handele sich dabei um das Saarland sowie die Gebiete Bochum, Braunschweig, Salzgitter, Dortmund, Duisburg, Oberhausen, mittlere Oberpfalz und Osnabrück. Die genauen Beträge des bereits im Januar beschlossenen Programms stehen noch nicht fest. Die auf Deutschland entfallenden 90 Mill. *Mark sind Teil eines insgesamt 515* Mill. Mark umfassenden Programms des EG-Regionalfonds.

STEUERREFORM

Sozialdemokraten wollen sich noch nicht festlegen

HEINZ HECK, Bonn

Die SPD legt sich weder zum Volumen noch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Steuerreform fest. In einem unter anderem zwischen Hans Apel und den Finanzministern der vier SPD-regierten Länder abgestimmten Papier heißt es sogar, bevor nicht „überfällige Korrekturen" im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vollzogen seien, „sind Steuersenkungen für einige Länder überhaupt nicht zu verkraften". Einige Länder befänden sich sogar in einer *Situation, „die eigentlich keine Steuerentlastung zuläßt"*.

Eine für Sozialdemokraten akzeptable Steuerentlastung müsse unter anderem folgende Schwerpunkte vorsehen:

- Stärkere Erhöhung des Grundfreibetrages von derzeit 4212/8424 Mark für Ledige/Verheiratete (im Stoltenberg-Vorschlag ist eine Erhöhung um *324/648 Mark vorgesehen).*
- Tarifkorrektur vor allem im unteren Teil der Progressionszone (ohne daß dies näher präzisiert wird).
- „Deutliche Erhöhung des Kindergelds anstelle der unsozialen Kinderfreibeträge" (mit einem Finanzvolumen von sechs Milliarden ließe sich das Kindergeld um 25 Mark für das erste und um 50 Mark für jedes weitere Kind erhöhen).

Abgelehnt werden die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder anderer Verbrauchsteuern, etwa auf Benzin, Gas, Heizöl und Tabak, sowie der Abbau von Steuerregelungen, die vorwiegend Arbeitnehmern zugute kommen, wie Steuerfreiheit für Zuschläge auf Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit. Gefordert werden der Abbau von Subventionen und die Begrenzung des Ehegattensplittings.

WIRTSCHAFTSLAGE

Der Aufschwung hat sich im ersten Quartal beschleunigt

VWD, Wiesbaden

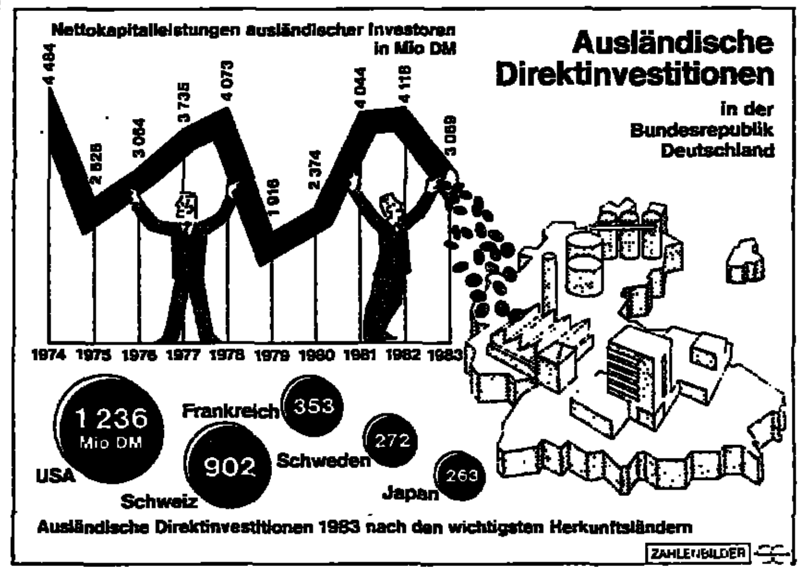
Die Erholung der Wirtschaft in der Bundesrepublik hat sich in den ersten drei Monaten 1984 beschleunigt fortgesetzt. Das Bruttosozialprodukt, das Maß für die gesamtwirtschaftliche Leistung, lag im 1. Quartal real um 3,6 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im 1. Quartal 1983 hatte das Sozialprodukt noch um 0,3 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gelegen. Im 2. Quartal 1983 war es um ein Prozent, im 3. Quartal um 1,3 Prozent und im 4. Quartal um 2,9 Prozent gestiegen.

Wie das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden berichtete, wurde das höhere Sozialprodukt in den ersten drei Monaten von einer immer noch sinkenden Zahl von Erwerbstätigen erwirtschaftet. Die *durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen* ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozent auf 24,87 Millionen zurück. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 1,6 Prozent auf 2,48 Millionen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist im 1. Vierteljahr um rund 5,4 Prozent gegenüber 1983 gestiegen.

In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttosozialprodukt Anfang 1984 um 5,7 Prozent größer als Anfang 1983. Die Preisentwicklung hat sich im Vergleich zum Preisanstieg der drei vorangegangenen Quartale deutlich abgeschwächt. Auf der Verwendungsseite zeigt das Sozialprodukt einen starken Anstieg der Inlandsnachfrage, während der Außenbeitrag etwas niedriger war als im ersten Quartal 1983.

Nach den Ermittlungen der Statistiker stiegen im 1. Quartal der private Verbrauch um 1,5, die Ausrüstungsinvestitionen um 10,8, die Bauinvestitionen um 8,9, die Ausfuhr um 9,7 und die Einfuhr um 12,4 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Mehr als drei Mrd. DM betrugen 1983 die Nettokapitalleistungen ausländischer Anleger für Direktinvestitionen in der Bundesrepublik. Die höchsten Zugänge kamen mit 1236 Mill. DM aus den USA. Es folgte die Schweiz (902 Mill. DM) mit deutlichem Abstand vor Frankreich, Schweden und Japan. Bevorzugte Zielbranchen waren die NE-Metallerzeugung (584 Mill. DM), der Straßenfahrzeugbau (502 Mill. DM), die Elektrotechnik (453 Mill. DM) und die Chemische Industrie (434 Mill. DM). Dem Nettotransfer in die Bundesrepublik standen deutsche Direktinvestitionen im Ausland mit einem Umfang von 7,8 Mrd. DM gegenüber. QUELLE: GLOBUS

Neue Bundesanleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einer Rendite von 8,21 Prozent ist die neue Anleihe der Bundesrepublik Deutschland ausgestattet, von deren Gesamtbetrag von zwei Mrd. DM 1,5 Mrd. zur öffentlichen Zeichnung vom *6. bis 8. Juni bereitgestellt werden.* Wie die Deutsche Bundesbank mitteilte, hat die Bundesanleihe einen Nominalzins von 8,25 Prozent, eine Laufzeit von zehn Jahren und einen Ausgabekurs von 100,25 Prozent. 500 Mill. DM werden den Angaben zufolge vorerst zur Marktpflege zurückgehalten. Die letzte öffentliche Anleihe, eine Emission der Deutschen Bundesbahn, kam am 11. Mai ebenfalls mit 8,25 Prozent Nominalzins und 8,21 Prozent Rendite auf den Markt.

US-Bauausgaben gestiegen

Washington (VWD) – Die US-Bauausgaben sind im April um 0,2 Prozent auf eine saisonbereinigte Jahresrate von 302,5 Mrd. Dollar gegenüber dem Vormonat und um 22,3 Prozent im Vergleich zum April 1983 gestiegen. Wie das US-Handelsministerium weiter mitteilte, ist der Anstieg im März – nach den revidierten Zahlen mit plus 3,4 Prozent – deutlich höher ausgefallen als die ursprünglich angenommenen 1,2 Prozent.

Wirtschaftsreform

Peking (AFP) – Die drei Mill. Einwohner zählende chinesische Industriestadt Wuhan im Zentrum Chinas ist nach Angaben der amtlichen Presseagentur „Neues China" als zweite Großstadt nach Chongqing in der Provinz Sichuan für den Versuch einer völligen Reform des Wirtschaftssystems ausgewählt worden. Diese tiefgreifenden wirtschaftlichen Änderungen werden nach den Plänen der Regierung später auf ganz China ausgedehnt.

Ertragslage unbefriedigend

Straßburg (dpa/VWD) – Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute *(VdEh)*, Theodor Wuppermann, sieht die technische Entwicklung der Stahlerzeugung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und besonders der Bundesrepublik auf einem guten Wege. Anläßlich eines technisch-wissenschaftlichen Stahlkongresses erklärte Wuppermann, ungeachtet der günstigen technischen Entwicklung sei die gegenwärtige Ertragslage der Stahlindustrie noch immer völlig unbefriedigend. Zusätzlich müßten jetzt negative Folgewirkungen des Metallstreiks befürchtet werden.

Umsätze gesteigert

Tokio (dpa/VWD) – Die beiden japanischen Schiffbauriesen Mitsubishi und Ishikawajima-Harima Heavy Industries haben im abgelaufenen Geschäftsjahr (31. März) mit Zu*wachsraten von 16,2 und 15,4 Prozent* neue Umsatzrekorde erzielt. Ähnlich wie die beiden anderen führenden japanischen Schiffbauer Kawasaki und Sumitomo Heavy Industries, die ihren Umsatz leicht verbessern konnten, profitierten sie nach eigenen Angaben vor allem vom Verkauf von Flüssiggas- und Entsalzungsanlagen sowie von der Erledigung der im „Miniboomjahr" 1981 eingegangenen Schiffbauaufträge.

Chemiemesse in der CSSR

Berlin (dpa/VWD) – Die 16. Internationale Chemiemesse '84 vom 23. bis 29. Juni in Preßburg in der Tschechoslowakei sei ausgebucht, sagte der stellvertretende Generaldirektor des Außenhandelsunternehmens Incheba, Peter Mihok. Zu der einzigen Chemiemesse der im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Ostblock-Länder werden 1984 mehr als 500 Aussteller aus 22 Staaten in Ost und West erwartet. Schwerpunkt der Incheba '84 ist die Agrarchemie, ergänzt durch den VI. Kongreß Agrichem '84. Das internationale Symposium Interekotechnika '84 ist dem Umweltschutz gewidmet.

Erdbeerzeit beginnt später

Bonn (AP) – Die Erdbeerzeit beginnt in diesem Jahr wegen des naßkalten Wetters mindestens eine Woche später als gewöhnlich. Wie die Zentrale Marktberichtstelle (ZMP) mitteilte, ist mit dem Saisonstart in der Bundesrepublik *erst Mitte Juni* zu rechnen. Bis dahin wird es zwar genügend Importe aus Italien und aus Frankreich geben, jedoch macht sich die Verschiebung auch bei den Preisen bemerkbar. Sie sind rund 22 Prozent teurer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

EG-FINANZMINISTER

Diskussion über erweiterte Kredit-Möglichkeiten

AFP, Luxemburg

Den Finanzministern der „Zehn", die sich gestern in Luxemburg trafen, lag eine Forderung der Europäischen Kommission vor, die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme zur Unterstützung der Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanz-Defiziten zu erweitern. Sie wünscht eine Erhöhung der Kreditgenehmigungen zu diesem Zweck von sechs auf acht Milliarden Ecu. Diese Beträge können dann den Mitgliederländern, die entsprechende Anträge stellen, zur Verfügung gestellt werden.

Frankreich hatte diese Möglichkeit 1983 in Anspruch genommen. Die EG-Kommission hatte einen Kredit von vier Milliarden Ecu aufgenommen und Frankreich zur Stützung des Franc nach der Abwertung vom 21. *März vergangenen Jahres zur Verfügung* gestellt. Die EG-Kommission wird dem Ministerrat ferner empfehlen, die Kreditmöglichkeiten für ein EG-Mitgliedsland auf die Hälfte der vorgeschlagenen erhöhten Gesamtkreditgenehmigungen, das heißt auf vier Milliarden Ecu, zu begrenzen. Im vergangenen Jahr hatten mehrere Länder kritisiert, daß der Frankreich zur Verfügung gestellte Betrag zwei Drittel der verfügbaren Ressourcen umfaßte und damit die Kreditmöglichkeiten für andere Länder stark beschränkt wurden.

Die Kommission schlägt ferner vor, bei diesen Krediten jeden Hinweis auf eine Erdölverteuerung zu streichen. Der Kreditmechanismus würde damit die frühere Bezeichnung „Rohölfazilitäten" verlieren. Neben Frankeich hatten seit der Schaffung dieses „Fonds" im Jahre *1975 bereits* Italien und Irland Kredite in Anspruch genommen.

FINANZMÄRKTE / Der Zinsrückgang in den USA drückt den Kurs des Dollars

Deutsche Spitzenaktien gut erholt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Finanzmärkte boten gestern ein freundliches Bild für die D-Mark und für deutsche Wertpapiere. Der Dollarkurs, der nach seiner amtlichen Notierung mit 2,7040 DM am Freitag im Laufe des Nachmittags bis auf 2,68 DM zurückgegangen war, wurde gestern mittag mit 2,6670 DM gehandelt. An der Aktienbörse erholten sich Spitzenwerte *um ein bis zwei* Prozent, und die Kurse von Bundesanleihen legten bis zu 50 Pfennig zu.

Die Befestigung der D-Mark an den internationalen Devisenmärkten nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber dem Schweizer Franken, dem Pfund und dem Yen wird von Devisenhändlern als technische Folge der Dollarschwäche bezeichnet, die sich schon am Wochenende im Zusammenhang mit dem Gerede über mögliche Probleme amerikanischer Banken abzeichnete.

Am Markt setzte sich inzwischen die Auffassung durch, die amerikanische Notenbank werde zwecks Stabilisierung des Bankensystems darauf verzichten, die monetären Zügel anzuziehen. Diese Überlegung hat auch den „Zinspapst" Henry Kaufman bewogen, seine jüngste Prognose zu revidieren; er rechnet nun mit einem zwischenzeitlichen Zinsrückgang und erst später wieder mit einem Anstieg. Am amerikanischen Bondmarkt kam es daraufhin zu kräftigen Kurssteigerungen bis um 1½ Prozentpunkte, und die Rendite der 30jährigen Regierungsanleihe sank von 13,74 auf 13,54 Prozent. Parallel dazu schwächte sich der Dollarkurs an den internationalen Devisenmärkten spürbar ab.

Der Zinsrückgang in den USA und die kräftige Erholung der New Yorker Börse am Freitag animierte gestern am deutschen Aktienmarkt zu Meinungskäufen, von denen vor allem die Spitzenwerte profitierten. Die Nachfrage stammte, so hieß es auf dem Parkett, vor allem von einigen Individualfonds und auch von privaten Anlegern. Auch Erwartungen, daß es sehr rasch zu einer Einigung im Metall-Tarifstreit kommt, spielten „unter der Decke" gestern eine Rolle.

Da der Markt in der letzten Woche „überverkauft" war, stießen schon kleinere Kaufaufträge ins Leere, so daß die Kurse teilweise kräftig anzogen. Siemens stiegen auf 385,5 (plus 6,20) DM, BASF auf 165,50 (plus 2,90) DM, Bayer auf 169,20 (plus 3,70) DM, Hoechster auf 176 (plus 3,20) DM, VW auf 191,5 (plus 7,70) DM, Porsche auf 997 (plus 21) DM, Daimler auf 563 (plus 5) DM, BMW auf 380 (plus 5,50) DM, Deutsche Bank auf 350,5 (plus 2,50) DM, Commerzbank auf 158,60 (plus 4) DM und Dresdner Bank auf 156 (plus 2,50) DM. Die Umsätze wurden allgemein als sehr niedrig bezeichnet, und man war sich nicht klar, ob die freundliche Tendenz „hält".

SCHWEDEN / Arbeitszeitverkürzung

Ohne Beschäftigungseffekt

VWD, Berlin

Arbeitszeitverkürzungen haben im Laufe der letzten 20 Jahre in Schweden zu erheblichen Produktivitätssteigerungen geführt, aber nicht die Beschäftigungsentwicklung beeinflußt. Zu diesem Ergebnis kamen zwei schwedische Untersuchungen, über die das Internationale Institut für Management und Verwaltung (IIMV) am *Wissenschaftszentrum* Berlin (WZB) in der internationalen Chronik zur Arbeitsmarktpolitik berichtet.

Arbeitszeitverkürzungen würden in Schweden im allgemeinen eher als *geeignetes Mittel für soziale, nicht* aber für arbeitsmarktpolitische Ziele angesehen. Anders als die meisten europäischen *Gewerkschaften hätten* die schwedischen nie die Arbeitsumverteilung favorisiert, da sie darin keine *überzeugende arbeitsmarktpolitische* Strategie sähen.

Von 1963 bis 1981 reduzierte sich die Arbeitszeit in Schweden pro Kopf und Jahr von 1800 auf 1500 Stunden, Beschäftigungseffekte blieben allerdings aus. In einer Untersuchung für den Zeitraum von 1966 bis 1973 – der Zeit der stärksten Arbeitszeitverkürzungen in Schweden – ergaben sich bei einer Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit um 11,1 Prozent ein Produktionsausfall von *6,1* Prozent und eine Produktivitätssteigerung von fünf Prozent. Bei einem vollen Lohnausgleich wären 40 Prozent der Lohnerhöhung durch höhere Arbeitsleistung ausgeglichen worden. Auch für den gesamten Zeitraum 1963 bis 1981 kommt eine andere Untersuchung zu entsprechenden Ergebnissen.

Als einer der Gründe für das Ausbleiben von Beschäftigungseffekten wird in Schweden angenommen, daß die mit Arbeitszeitverkürzungen einhergehenden Einkommenseinbußen die Güternachfrage gedämpft und damit letztlich die Nachfrage nach Arbeitskräften gesenkt haben könnten. Als denkbar werde auch angesehen, daß infolge der vermehrten Freizeit mehr Güter und Dienste in Eigenarbeit produziert wurden. Der Studie *zufolge* sind auch Engpässe bei der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht auszuschließen.

Aus all diesen Gründen konnte der Beschäftigungsabbau in der Industrie durch Arbeitszeitverkürzungen nicht verhindert werden, schreibt das IIMV weiter. Als Hauptgrund für die weiterhin niedrige Arbeitslosigkeit in Schweden sei daher die gleichzeitige Expansion des öffentlichen Sektors – mit einem wachsenden Anteil von *Teilzeitarbeitsverhältnissen – anzusehen.*

ISRAEL / Krise Folge des Libanonkrieges – Pessimistischer Bericht der Notenbank

Sparer tauschen Schekel in Dollar

AFP, Jerusalem

Für die sehr ernste israelische Wirtschaftskrise ist hauptsächlich der Libanonkrieg verantwortlich. Israel wird es sich langfristig nicht mehr leisten können, ein Verteidigungsbudget zu finanzieren, das heute rund fünf Milliarden Dollar erreicht. Diese ernste Warnung, die im in der vergangenen Woche veröffentlichten Jahresbericht der Israelischen Staatsbank enthalten ist, hat in der Öffentlichkeit des Landes große Betroffenheit ausgelöst. In dem Dokument wird festgestellt, daß Israel mit Verteidigungsausgaben in Höhe von 20 Prozent des Bruttosozialprodukts nicht in der Lage ist, die gegenwärtigen Probleme der Wirtschaft zu lösen.

Der Krieg in Libanon führte nach Angaben der Staatsbank seit 1982 zu einer Erhöhung des Verteidigungsbudgets von jährlich sieben Prozent. Die israelischen Militärausgaben waren jedoch bereits vor 1982 pro Kopf der Bevölkerung die höchsten in der Welt. Der Jahresbericht 1983 der israelischen Notenbank ist der pessimistischste, der seit der Unabhängigkeit des Landes veröffentlicht wurde. *Zwei Monate vor den Parlaments*wahlen nehmen die täglichen Hiobsbotschaften für die Wirtschaftsverantwortlichen zu. Trotzdem scheint Finanzminister Ygal Cogen-Orgad inzwischen angesichts der Wahlkampfperiode darauf verzichtet zu haben, seine eingeleitete strenge Austerity-Politik fortzusetzen. Bereits in den letzten Wochen waren seine Versuche, der zunehmenden Verschlechterung der Lage entgegenzusteuern, ergebnislos geblieben.

Cohen-Orgad verzichtete angesichts der Schwierigkeiten, die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren vorauszuschätzen, auf die Vorlage des Staatsbudgets für das Steuerjahr 1984/85. Die hohen Inflationsraten, die monatlich zweistellig ausfallen (allein im April 20,6 Prozent), scheinen überhaupt nicht mehr kontrollierbar. Die Steuereinnahmen ihrerseits gehen in besorgniserregendem Ausmaß zurück. Auch die Arbeitsmarktlage macht zunehmend Sorgen. Allein in den sechs Monaten von Oktober 1984 bis einschließlich März dieses Jahres stieg die Arbeitslosigkeit um 43 Prozent an.

Die Israelis sind sich der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage ihres Landes durchaus bewußt. Es habe ein regelrechter „Run" auf Devisen oder an den *Dollar gekoppelte* Werte eingesetzte, stellt die Staatsbank fest. Innerhalb eines Jahres haben die *israelischen* Sparer den Anteil ihrer Investitionen in Dollarwährung von elf auf 27 Prozent der Gesamtanlagen *erhöht*. Die Israelis versuchen auf schnellstem Wege, ihre Schekel wieder loszuwerden und in Dollar umzutauschen, selbst wenn sie dabei gegen die Devisenbestimmungen verstoßen. Inzwischen werden nach offiziellen Schätzungen in den privaten Sparstrümpfen Riesenbeträge in Dollar gehortet. Allein im ersten Quartal dieses Jahres tauschten die Israelis offiziell Schekel in 350 Millionen Dollar um.

Es gehe heute nicht mehr um die Frage, was aus der israelischen Wirtschaft nach den Wahlen im kommenden Monat wird, sondern darum, ob sie bis dahin überhaupt überleben kann. Dies erklärte Ende vergangener Woche die unabhängige Tageszeitung „The Jerusalem Post" in einem Leitartikel, in dem die Regierung heftig kritisiert und ihr vorgeworfen wurde, aus wahltaktischen Gründen die wirtschaftlichen Zügel völlig schleifen zu lassen.

RENAULT / Regierung über Verluste besorgt

Auch 1985 in roten Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Obwohl die Verluste der staatlichen Renault-Werke 1983 unerwartet hoch ausgefallen sind, hat die französische Regierung das jetzt abgelaufene Mandat des Konzernpräsidenten Bernard Hanon erneuert. Jedoch wurde diesem von Industrieminister Laurent Fabius schriftlich mitgeteilt, daß die „rapide" Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts ein wesentlicher Aspekt seiner Verantwortlichkeit ist.

Einen genauen Termin dafür setzte der Minister allerdings nicht. Der Finanzdirektor von Renault, Pierre Souleil, hatte zuvor auf einer Pressebesprechung erklärt, daß für das laufende Jahr noch nicht mit einem besseren Ergebnis als 1983 zu rechnen sei. Die Verwaltung hoffe jedoch, in etwa 18 Monaten, also gegen Ende 1985, aus den roten Zahlen zu kommen.

Souleil geht dabei von den neuen Buchhaltungsgrundsätzen aus, denen zufolge auch die außerordentlichen Ausgaben für die Entwicklung und Industrialisierung neuer Produkte aktiviert werden. Dank dieser 1983 erstmals angewendeten Methode wurde der Nettoverlust auf 1,58 Milliarden Franc begrenzt, nachdem er im Vorjahr 1,28 Milliarden Franc erreicht hatte. *Ohnedies hätte sich der Verlust* gegenüber dem Vorjahr auf 2,83 Milliarden Franc erhöht.

Diese rapide Verschlechterung der Ertragslage erklärt sich vor allem daraus, daß die Regierung dem Konzern die Reduzierung ihrer überbesetzten Belegschaft verweigerte und verschiedene Kostenbelastungen im nationalen *Interesse (Übernahme* notleidend gewordener Traktorenhersteller) aufbürdete. Andererseits durfte *Renault* seine Inlandspreise im Interesse der amtlichen anti-Inflationspolitik nur bescheiden erhöhen.

Tatsächlich entstanden im Frankreich-Geschäft von Renault, das 53 Prozent des Konzernumsatzes von 110,3 (104,1) Milliarden Franc stellte, Verluste von 2,8 (2,6) Milliarden Franc.

Im Personenwagengeschäft wurden weltweit bei einem Umsatz von 82,27 Milliarden Franc dank ertragreicher Exporte Gewinne von 674 (9) Millionen Franc erwirtschaftet, während der Nutzfahrzeugsektor bei 14,39 Milliarden Franc Umsatz Verluste von 2,21 (1,25) Milliarden Franc brachte.

SAMBIA / Die Landwirtschaft soll in Zukunft stärker unterstützt werden

Erzeugerpreise werden erneut erhöht

AFP, Lusaka

Die Regierung Sambias hat beschlossen, die lange zugunsten des Bergwerkssektors vernachlässigte Landwirtschaft stärker zu fördern. Im Zusammenhang mit dieser Politik hatte Agrarminister Kingsley Chinkulu Anfang Mai eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte angekündigt und unterstrichen, daß zur Deviseneinsparung alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Selbstversorgung des Landes zu sichern. Für Mais, Baumwolle und Tabak wurden die Preise im Durchschnitt um 16 Prozent, für Hirse und Erdnüsse um *über 20 Prozent erhöht. Die Politik* der Anhebung der Erzeugerpreise und steuerlicher Vorteile für die Landwirtschaft fand die Zustimmung des Internationalen Währungsfonds. Auch im vergangenen Jahr waren die Erzeugerpreise – wenn auch geringfügiger – erhöht worden.

Die weitere Entwicklung der Landwirtschaft ist für Sambia von ausschlaggebender Bedeutung. Das Land mit sechs Millionen Einwohnern wurde vom Preiseinbruch bei Kupfer, dem wichtigsten Exportgut, hart getroffen. Die Erlöse aus dem Kupferabsatz werden 1984 für den Schuldendienst der Außenverbindlichkeiten von 2,5 Mrd. Dollar in Anspruch genommen. Westliche Exper*ten sind übereinstimmend* der Ansicht, daß Sambia mit den großen fruchtbaren Landflächen und den vorhandenen Wasserressourcen die „Kornkammer Afrikas" sein könnte. Bis dahin ist der Weg jedoch weit. Noch müssen in bedeutendem Umfang Agrarprodukte zur Versorgung der Bevölkerung importiert werden.

Sambia verfügt nicht über genügend qualifizierte Bauern und Agrarfachleute. Die Kredite, die die „Agricultural Finance Corporation" zur Verfügung stellen kann, sind zu gering. Ausländische Agrarexperten schätzen zudem, daß jährlich mindestens *80 000 Tonnen Mais illegal* nach Zaire geschmuggelt werden. Mit 635 000 Hektar werden nur 0,88 Pro*zent* des Bodens landwirtschaftlich bearbeitet.

AFRIKA / UNO-Bericht zur Wirtschaftslage

Verfall der Exporterlöse

VWD, Addis Abeba

Afrika befindet sich nach Einschätzung von Experten zur Zeit in der schwersten wirtschaftlichen und sozialen Krise seit der Unabhängigkeit der meisten Staaten vor 20 Jahren. Die Situation hat sich in einem solchen Maße verschärft, daß das ökonomische Überleben mehrerer Länder auf dem Spiel steht. Dies ist der Tenor eines Berichts der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA), der der ECA-Konferenz in Addis Abeba vorgelegt wurde.

Neben *den negativen Auswirkungen* der Rezession der Weltwirtschaft sind vor allem der schon Jahre dauernde Rückgang der Nahrungsmittel-Produktion sowie die schwere Dürre in weiten Teilen des Kontinents die Ursache der sich verschärfenden Lage.

Die Staaten Afrikas leiden vor allem unter den negativen Umweltbedingungen wie Dürre und der Ausbreitung der Wüste sowie unter dem überaus geringen und langsamen *Wirtschaftswachstum, den strukturellen* Schwächen der Ökonomie und dem Verfall der Exportpreise bei gleichzeitigem Ansteigen der Importpreise für Industrie-Güter.

Als Folge der ökonomischen Stagnation bei gleichzeitigem ungebremsten Bevölkerungswachstum sei das Pro-Kopf-Einkommen in Afrika zur Zeit real niedriger als vor 15 Jahren. Etwa die Hälfte der afrikanischen Arbeitskräfte sei arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Weiter heißt es, die Exportpreise für Rohstoffe seien 1982 real auf den niedrigsten Stand *seit* 40 Jahren gesunken. Allein von 1981 bis 1983 sei der Gesamtwert der Exporte aller afrikanischen Länder um mehr als 15 Prozent gefallen.

Die Auslandsschulden der Länder südlich der Sahara hätten bereits vor zwei Jahren über 50 Mrd. US-Dollar betragen und seien damit etwa fünfmal so hoch wie 1973 gewesen. Der jährliche Schuldendienst sei in den vergangenen zehn Jahren von acht auf 25 Prozent der jährlichen durch*schnittlichen Exportwerte gestiegen.*

CHINA / Erdölförderung wird vorangetrieben

Appell ans Auslandskapital

AFP, Peking

China will nach Angaben der Pekinger „Volkszeitung" die Erdölpro*duktion in den nächsten sieben Jah*ren jährlich um fünf Prozent steigern. Sie wird 1984 nach offiziellen Schätzungen nur um 1,9 Prozent (1983: 3,9 Prozent) zunehmen, nachdem sie 1978 mit 110 Mill. Tonnen den bisher höchsten Stand erreicht hatte, bis 1982 auf 102 Mill. Tonnen fiel und 1983 mit 106 Mill. Tonnen wieder den Stand von 1979 erreichte. Für 1984 wird mit *108 Mill. Tonnen* gerechnet.

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas unterstrich in einem mehrspaltigen Artikel die Notwendigkeit, die Produktion zur Entwicklung der Wirtschaft stark zu erhöhen. Gleichzeitig soll die Erdölprospektion vorangetrieben werden mit dem Ziel, die Reserven in den nächsten sieben Jahren zu verdoppeln.

Nach offiziellen Statistiken wurden 1983 einschließlich der neuen Vorkommen in Daqing in der nordchinesischen Provinz Heilongjiang 570 Mill. Tonnen zusätzliche Reserven entdeckt. Es sind die bedeutendsten Reserven seit der Entdeckung der Vorkommen von Daqing in den sechziger und in Renqiu in den siebziger Jahren.

Die stagnierende Off-Shore-Produktion ist eine der größten Sorgen der Regierung. Sie wendet sich daher verstärkt an ausländisches Kapital. *Der Präsident der „National Offshore* Oil Corp." (NOOC), Qin Wencai, erklärte Ende März, China habe von 1980 bis 1983 740 Mill. Dollar ausländisches Kapital in Off-Shore-Operationen investiert. Gleichzeitig kündigte er neue internationale Ausschreibungen für die Prospektion und Förderung der Off-Shore-Reserven an. In den nach einer ersten Reihe von Ausschreibungen unterzeichneten Abkommen verpflichteten sich die ausländischen Gesellschaften, innerhalb von drei Jahren 120 Probebohrungen durchzuführen und über eine Mrd. Dollar zu investieren. Experten schätzen die Kosten des chinesischen Off-Shore-Programms für die nächsten zehn Jahre jedoch auf rund 75 Mrd. Dollar. Der Energiebedarf Chinas steigt jährlich um sieben Prozent. Eine Studie der Weltbank kam kürzlich zu dem Schluß, daß China *1990 Erdöl einführen muß, falls keine* neuen Vorkommen entdeckt werden sollten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Allweiler ausgelastet

Stuttgart (nl) – Die Allweiler-Gruppe, Radolfzell/Bodensee, ein im Pumpen-Sektor führendes Unternehmen, ist in bezug auf den Geschäftsverlauf dieses Jahres zuversichtlich und geht von einer „weitestgehenden Vollauslastung aller Kapazitäten" aus. In 1983 war der Außenumsatz um 1,9 Prozent auf 121,3 Mill. DM zurückgegangen, wobei sich die Exportquote auf 42,6 (40,1) Prozent verbesserte. Auch der Jahresüberschuß nahm auf 1,39 (1,95) Mill. DM ab. Der HV am 29. 6. wird vorgeschlagen, für 1983 eine Dividende von wieder 16 Prozent auf 4 Mill. DM Stammaktien sowie 18 Prozent auf 4 Mill. DM Vorzugsaktien auszuschütten.

HML mit Bonus

Hannover (dos) – Die HML-Bank Hallbaum, Maier & Co AG-Landkreditbank, Hannover, verzeichnete im Geschäftsjahr 1983 eine Stabilisierung ihrer Ertragslage. In dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht wird der Jahresüberschuß mit 2,37 (2,19) Mill. DM ausgewiesen. Die Aktionäre erhalten neben der Vorjahresdividende von 5,12 Prozent einen Bonus von 0,64 Prozent. Weitere 0,75 (0,55) Mill. DM werden der gesetzlichen Rücklage zugewiesen. Die Bilanzsumme der HML-Bank erhöhte sich um 3,7 Prozent auf 608,5 (586,7) Mill. DM. Die Ausleihungen nahmen nur um 2,4 Prozent auf 373 (364) Mill. DM zu, während die Kundeneinlagen um 7,8 Prozent auf 375 (348) Mill. DM stiegen. Leicht verbessert, auf 20 (19,6) Mill. DM, hat sich erneut der Zinsüberschuß. Die Zinsspanne bewegte sich mit 3,3 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres.

Musikexport sinkt

Bonn (dpa/VWD) – Die Talfahrt auf dem Tonträgermarkt und der Umsatzrückgang beim Musikexport machen der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (Gema), München, zu schaffen. So ist der Gesamtumsatz seit 1983 gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent auf 501 Mill. DM zurückgefallen. An Lizenzen für Schallplatten und Musikkassetten hat die Gema nach eigenen Angaben 1983 nur noch 150,7 Mill. DM umgesetzt nach 171,1 Mill. DM im Vorjahr. Der Musikexport ist von 64 Mill. auf 46,4 Mill. DM zurückgegangen. Die Gema verwaltet das Weltrepertoire an Musik. 15 140 Inländer gehören zu ihren Mitgliedern.

Hohe Zuwachsraten

Krombach (dpa/VWD) – Die Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg GmbH & Co. in Kreuztal-Krombach hat in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1984 (30. 9.) den Ausstoß um acht Prozent auf eine Jahresrate von rund 1,2 Mill. hl gesteigert. Wie die Privatbrauerei mitteilt, hatte der Zuwachs im zurückliegenden Geschäftsjahr bei sechs Prozent gelegen. In den nächsten zwei Jahren sollen in Krombach 40 Mill. DM in den Bau neuer Abfüllanlagen für Faß- und Flaschenbier sowie in einen neuen Versandbereich investiert werden. Das Kommanditkapital wurde Anfang 1984 von 18 Mill. auf 30 Mill. DM erhöht.

Dividende gekürzt

Weingarten (VWD) – Die Verwaltung der Maschinenfabrik Müller-Weingarten AG schlägt für 1983 die Verteilung einer auf vier (Vorjahr: acht) Prozent gekürzten Dividende auf 21 Mill. DM Aktienkapital vor. Die Hauptversammlung findet am 9. Juli in Weingarten statt. Über die Hälfte des Aktienkapitals wird von der Firma Fritz Müller GmbH & Co., Esslingen, gehalten.

FRANKREICH / Neues Kernkraftwerk in Betrieb

Ohne ausländische Lizenzen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die *Electricité de France (EDF)* hat ihr erstes Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1300 Megawatt (MW) in *Betrieb genommen. Sie feiert das* als großes nationales Ereignis. Denn die neue in Paluel bei Dieppe an der Kanalküste erstellte Zentrale ist von der französischen Framatome ohne in Anspruchnahme ausländischer Lizenzen entwickelt worden. Für die bisher gebauten 900 MW-Kraftwerke hatte die amerikanische Westinghouse das Know-how geliefert.

Die vor allem für die Pariser Region bestimmte Stromproduktion von Paluel entspricht dem gesamten Strombedarf der Bretagne. Geplant sind an dem Standort insgesamt vier Kraftwerke gleicher Kapazität. Sie könnten so viel Strom erzeugen wie ganz Frankreich im Jahre 1950 verbraucht hatte, stellt die EDF fest.

Unerwähnt bleibt, daß die nationale *Stromkapazität Frankreichs* wegen des stark forcierten Kernenergieprogramms den Bedarf zu übertreffen droht. Dieses *Programm mußte* deshalb bereits gedrosselt werden. Von den Kürzungen nicht betroffen sind aber die Großreaktoren.

Dabei geht man jetzt in dem Kraftwerk von Chooz an der französisch-belgischen Grenze auf 1450 MW. Die Betriebskosten dieser Anlage je installierte KW-Stunde sollen um fünf Prozent unter denen des schon sehr rentablen 1300-MW-Reaktors liegen.

Die Baukosten für Paluel werden auf drei *Mrd.* Franc veranschlagt. Dazu kommen 300 Mill. Franc für die erste Brennstoffladung an angereichertem Uran. Für diesen neuen Reaktorentyp liefern inzwischen ebenfalls Franzosen das Verfahren.

Analysen zum 10. Weltwirtschaftsgipfel in London / WELT-Korrespondenten berichten



Auch der zehnte Weltwirtschaftsgipfel, diesmal in London, läßt die Frage nach dem Sinn diplomatischer *„Gipfelei"* *nicht* verstummen. Die Erwartung, sieben Staats- und Regierungschefs könnten per Kommuniqué Wohlstand, Vollbeschäftigung und Preisstabilität verfügen, ist zu naiv, um als Meßlatte zu taugen. Sinn dieser Konferenzen ist, daß die „Großen Sieben" der Weltwirtschaft ihre Politik auf den Prüfstand geben, sich dem Begründungszwang stellen und Prioritäten erläutern.

Der Londoner Gipfel 1984 findet in einem konjunkturellen Aufschwung statt, der in den USA alle Anzeichen eines Booms trägt, in anderen Ländern dagegen noch lahmt. Die Sieben müssen also bemüht sein, den Prozeß der Belebung zu verbreitern, ohne neue Inflationsgefahren heraufzubeschwören. Gleichzeitig sollten sie ihren zahlreichen Bekundungen zur Freiheit der Weltwirtschaft die Taten einer protektionsfreien Handelspolitik folgen lassen.

Leider behindern noch zuviele Schranken den Welthandel. Sie abzubauen nützt nicht nur den Industriestaaten, sondern mehr noch den Entwicklungsländern, die unter der Last ihrer Verschuldung zusammenzubrechen drohen. Öffnet man ihren Produkten die Märkte, gibt man ihnen die Chance, sich langsam zu erholen. Das wiederum hat Rückwirkungen auf das internationale Finanzgebäude, dessen bedenkliche Fragilität in den letzten Wochen erkennbar wurde. In diesem Schuldenturm sind Gläubiger wie Schuldner gefangen. Aber auch vom zehnten Gipfel sind Patentlösungen nicht zu erwarten. Vielleicht Absichtserklärungen und eine vertrauensvolle Abstimmung der Strategien – im besten Falle.

PETER GILLIES

USA: Wahlkämpfer Reagan hat den Boom vorexerziert

Der 10. Weltwirtschaftsgipfel in London findet zwar in einer aufgehellten Konjunkturlage statt, die Probleme sind jedoch die alten: Hochzinsgefahren, Handelsbarrieren, Verschuldung der Dritten Welt, Unterbeschäftigung, Inflations- und andere Krisensymptome. Vom 7. bis 9. Juni wartet auf die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten ein Programm der Herausforderungen.

Von HORST-A. SIEBERT

Bisher hat sich noch keine amerikanische Administration so gelassen auf die Besteigung eines Wirtschaftsgipfels vorbereitet. Ronald Reagans Mitarbeiter strahlen die Zuversicht eines Midas aus, der alles, was er anfaßt, in Gold verwandeln kann. Nicht zu rütteln ist an ihrer Überzeugung, daß die USA der übrigen Welt erfolgreich vorexerziert haben, wie man eine kaputte Konjunktur wieder auf Vordermann bringt. Nachdem das gelungen ist, so glaubt man, sind andere Probleme wie Schuldenkrise oder Protektionismus ebenfalls lösbar.

Diese Philosophie auch in London zu vermitteln, betrachtet der Präsident als seine wichtigste Aufgabe. Dabei kann er noch leichter die Pose eines Siegers einnehmen als vor einem Jahr in Williamsburg. Damals war der Aufschwung in den Vereinigten Staaten erst sechs Monate alt und noch fragil, heute befindet sich die US-Wirtschaft inmitten eines Booms. Leiser geworden ist zudem die amtliche Kritik in Europa an Washingtons *zinstreibender Fiskalpolitik. Man* sieht die dunklen Wolken noch nicht.

Reagans Position an der Themse wird maßgeblich von der Präsidentschaftswahl am 6. November bestimmt. Sein voraussichtlicher Gegner, der Demokrat und frühere Vizepräsident Walter *Mondale, fordert* Beschäftigungsprogramme und Importschutz. Also muß er handelspolitische Zusagen zu erreichen versuchen, die der amerikanischen Industrie, dem Dienstleistungsgewerbe und der Landwirtschaft zugute kommen.

Solch ein Vorstoß liegt im deutschen Interesse. Dagegen kann der Präsident seinen Partnern nur hinter der vorgehaltenen Hand zuflüstern, was er nach seiner Wiederwahl zu tun gedenkt, um das riesige strukturelle US-Budget endgültig ins Lot zu bringen.

Die Reise des US-Präsidenten nach Europa steht unter dem Motto „Erhaltung des Friedens und des Wohlstandes" – eine Formel, die er in seiner richtungweisenden außenpolitischen Georgetown-Rede am 6. April benutzte. Dieser Leitgedanke wird in allen seinen Äußerungen immer wieder durchklingen. Ihm zugrunde liegt auch das Prinzip des wirtschaftlichen Wachstums, zu dem sich alle sieben Industrienationen bekennen sollen, und zwar unter Voranstellung des „Weniger Staat und mehr Privatinitiative", die Basis der amerikanischen Success-Story unter Reagan.

Vorgenommen hat sich das Weiße Haus, in London den „Geist von Williamsburg" zu beschwören. Das heißt, Reagan möchte die in der alten Hauptstadt Virginias getroffenen Absprachen über eine enge Kooperation der „Sieben" im ökonomischen Bereich, das Ziel einer inflationsfreien Erholung und die allgemeine Verpflichtung zu größerer finanzpolitischer Verantwortung erneuern. Die Visite in Irland unterstreiche den Wunsch des Präsidenten, die USA und Westeuropa einander näherzubringen, wird in den Briefings betont. Dublin übernimmt am 1. Juli für ein halbes Jahr die Präsidentschaft der EG. Die Amerikaner wollen auch Bilanz ziehen: Welche politischen Folgen erzwingen die vergangenen zwölf Monate?

Auf den grünen Tisch im Lancaster House wird Ronald Reagan diese US-Wirtschaftsdaten legen: Das Wachstumstempo hat sich von durchschnittlich 3,4 Prozent im Gesamtjahr 1983 auf real 8,8 Prozent im ersten Quartal 1984 beschleunigt; für dieses Jahr zeichnet sich jetzt eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um rund fünf Prozent ab. Einkalkuliert ist mithin eine leichte Abflachung der augenblicklichen Konjunkturkurve. Seit Jahresfrist stieg die Industrieproduktion um 14,4 Prozent, die Beschäftigung um 2,2 Millionen, wobei die Arbeitslosenquote nun bei 7,8 Prozent stagniert. Die Inflationsrate liegt weiter unter fünf Prozent.

Andererseits müssen die USA in den kommenden Jahren mit Haushaltsdefiziten rechnen, die, einschließlich der „Off-budget agencies", zwischen 180 und 200 Milliarden Dollar ausmachen. Dann nämlich, wenn ein ausreichender Abbau an innen- und sicherheitspolitischen Widerständen scheitert. Zugleich droht das amerikanische Handelsdefizit 1984 auf 120 (1983: 69,4), der Passivsaldo in der Leistungsbilanz auf etwa 70 (40,8) Milliarden Dollar in die Höhe zu schnellen.

Diese Ausgangslage, die mit wieder anziehenden Zinsen – 30jährige Treasury Bonds 13,45 Prozent – einhergeht, gilt nur unter der Prämisse, daß sich die Schubkraft des enormen staatlichen Deficit-spending wirklich kontrollieren läßt, eine konjunkturelle Abschwächung eintritt und sich der „Crowding-out"-Effekt durch das Aufeinanderprallen der öffentlichen und privaten Kreditnachfrage nicht verschärft. Amerikanische Volkswirte setzen hier ganz große Fragezeichen. Unter diesen Umständen handelt Reagan folgerichtig, wenn er in der makroökonomischen Diskussion die Sicherung des Aufschwungs und die bessere Verteilung der bisherigen Konjunkturgewinne voranstellt.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Was sich Washington davon verspricht, erklärte US-Finanzminister Donald Regan gegenüber der WELT so: „Niedrigzuhalten ist die Inflation, während gleichzeitig die Geldversorgung ausreichend sein muß, um die Hoffnung auf sinkende Zinsen in den USA zu wecken." Zweifellos ein Wink an alle Notenbanken. Die Administration hält die Reduzierung der Haushaltsdefizite in den kommenden drei Jahren um insgesamt 150 Milliarden Dollar für gesichert. Nicht so der Kongreß; denn das Repräsentantenhaus, das auf größere Schnitte im Verteidigungsetat dringt, lehnt die in der Senatsversion enthaltenen Ausgabenlimite ab. Ein Veto des Präsidenten ist nicht auszuschließen.

Die Verteilung der Konjunkturgewinne stellt sich Regan nach diesem Muster vor: Die USA haben für die eigene Exportwirtschaft teure Vorleistungen erbracht, indem sie eine Explosion ihrer Handelsbilanzdefizite akzeptierten. *Zum erstenmal sitzt die* EG auf einem Überschuß im Warenverkehr mit Amerika, hohe Aktivsalden verbuchten Kanada und vor allem Japan (23 Milliarden Dollar 1983/84). Laut Regan können nun die Überschußländer die Lokomotive spielen und ihre Einfuhren aus der Dritten Welt steigern. Im Auge hat er besonders Lateinamerika, das auf diese Weise seine riesigen Schulden bei US-Banken abtragen und wieder mehr aus den Vereinigten Staaten importieren könnte. Im Klartext bedeutet das, daß die südlichen Nachbarn das Geld in Europa, Japan und Kanada verdienen und in den USA ausgeben.

Die Marschrichtung der Administration in London läßt sich so zusammenfassen: Unterstützen wird der Präsident die Fortsetzung der strukturellen Anpassung, mit starker Betonung der Rolle der Privatunternehmen. In der technischen Innovation sieht er ein wichtiges Mittel zur Überwindung der Unterbeschäftigung, Kooperationsprojekte eingeschlossen. Auch für das Weiße Haus ist die Schuldenkrise ohne eine Öffnung der Märkte nicht zu lösen. Versprechen wird Reagan eine Änderung des „Policy Mix", also eine restriktivere Fiskal- und lockerere Geldpolitik nach der Wahl; garantieren kann er sie nicht.

Nichts im Wege steht dem Beschluß, die Rolle des Internationalen Währungsfonds durch eine striktere Überwachung der fünf Schlüsselländer zu verstärken. Das Ziel ist eine größere wirtschaftspolitische Konvergenz und monetäre Stabilität. Angehoben werden soll das Prozedere auf die Ebene der Finanzminister; debattiert wird sogar eine Veröffentlichung der Berichte und Empfehlungen. Man spricht von einer „Report Card", die jeder Staat erhalten soll. Bisher hat die Administration aber nicht zu erkennen ergeben, ob sie Ratschläge annehmen wird.

Im Außenwirtschaftsbereich bleibt es dabei, daß eine neue Handelsrunde erst eingeläutet wird, wenn das alte Arbeitsprogramm (Eingrenzung der Schutzklausel-Praxis, Handelszugeständnisse auch der Schwellenländer, strengere Disziplin bei der Agrarexportstützung) abgeschlossen ist. Ohne Graduierung, so die USA, gibt es keine Liberalisierungsfortschritte. In der heißen Agrarfrage wurde im Prinzip Annäherung erzielt. Wenig Gegenliebe findet eine neue Handelsrunde in der Dritten Welt, Vorrang haben für sie die Finanzen.

Auch die Administration glaubt nach der Aufregung um zwei US-Großbanken, Continental Illinois und Manufacturers Hanover, daß die Schuldenkrise die Londoner Tagesordnung dominiert. Ob längerfristige Umschuldungen, Zinslimite oder Kapitalisierung – entschieden wird jedoch nichts. Dahinter zurück tritt sogar der Osthandel, einschließlich Technologietransfer, die Zusammenarbeit im Weltraum, bei der Entwicklung von Spitzentechnologie und dem Umweltschutz sowie der Streit über die US-Unitary Tax und die Besteuerung von Importautos.

Deutschland: Hohe US-Zinsen drücken

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Noch nie hat im Vorfeld ein Wirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik so wenig Beachtung gefunden wie der diesjährige in London. Dafür hat sicherlich eine Rolle gespielt, daß die Auftriebskräfte weltweit an Stärke gewonnen haben, daß die Prognosen nicht nur für die Bundesrepublik in letzter Zeit ständig nach oben korrigiert wurden.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß es aus deutscher Sicht keine Probleme gibt, die gemeinsam von den sieben Industrienationen angepackt werden sollten. Im Gegenteil: Immerhin geht es jetzt um die Überführung des Konjunkturaufschwungs in einen dauerhaften Wachstumsprozeß. Auf dem Weg dorthin ist das hohe internationale Zinsniveau ein wichtiges Hindernis, das vor allem von den Vereinigten Staaten weggeräumt werden muß.

Zwar werden in Bonn den derzeitigen Plänen der US-Administration und des Kongresses, die Ausgaben zu beschneiden und steuerpolitische Korrekturen vorzunehmen, durchaus Anerkennung gezollt. Doch sind die Zweifel erheblich, ob die Maßnahmen zur Eindämmung des Haushaltsdefizits ausreichen und ob sie rechtzeitig kommen, um ein zinstreibendes Zusammentreffen staatlicher und privater Kreditnachfrage im gegenwärtigen Aufschwung zu verhindern. Allerdings wird nicht damit gerechnet, daß die deutsche Delegation in London die Amerikaner besonders heftig drängen wird, eine raschere Gangart einzuschlagen.

Protektionismus obenan

In Zukunft kommt es für die Sicherung eines möglichst inflationsfreien Wachstumsprozesses, eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit in allen Ländern, auf ein höheres Maß an Gemeinsamkeit in der Wirtschaftspolitik an. Es dürfte sich zeigen, was in Bonn begrüßt wird, daß die Industrienationen auf dem Weg zu einem Konsens in der mittelfristigen Wirtschaftspolitik sind. Dazu zählt auch die Einsicht, daß die Strukturprobleme *in erster Linie durch* eine positive Anpassung, primär von der Angebotsseite her angepackt werden sollten. Dabei geht es nicht nur um bessere Rahmenbedingungen für Privatinitiativen, sondern auch um mehr Flexibilität der Unternehmen und mehr Mobilität der Arbeitnehmer.

In diesem Zusammenhang spielt auch ein Thema eine Rolle, das aus deutscher Sicht auf dem Gipfel ganz obenan stehen sollte, obwohl es bereits vor einem Jahr eingehend diskutiert wurde: Eine mutige Liberalisierung des internationalen Handels. Mit einer Stabilisierung des Aufschwungs wachsen die Chancen, daß zumindest keine neuen protektionistischen Maßnahmen ergriffen werden. Dem Bekenntnis von US-Präsident Ronald Reagan, trotz des internen Drucks im Wahljahr keine handelslenkenden Maßnahmen zuzulassen, wird besondere Bedeutung beigemessen. Es geht aber um mehr: All das, was in den vergangenen Jahren an Hindernissen für die internationale Arbeitsteilung, eine der Hauptquellen für die Wohlstandssteigerung in der Welt, aufgetürmt wurde, sollte wieder beseitigt werden. Hoffnungen werden darauf gesetzt, daß die noch im Rahmen der Tokio-Runde vereinbarten Zollsenkungen vorgezogen werden, worauf sich kürzlich der OECD-Ministerrat verständigt hat.

Währungen kein Thema

Aber auch die Problemfelder, die bereits in internationalen Gremien wie dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) abgesteckt wurden, sollten aus deutscher Sicht zügig beackert werden. Dazu zählen immerhin Exportselbstbeschränkungsabkommen, Mischkredite, Schutzklauseln oder der Handel mit Agrarprodukten. Je rascher hier Fortschritte erzielt werden, desto leichter kann eine neue weltweite Liberalisierungsrunde verabredet und eingeläutet werden. Darauf setzt die Bundesregierung große Erwartungen.

Allerdings darf eine solche Runde *nicht als Vorwand dienen, daß bis zu* ihrer Arbeitsaufnahme die Hände in den Schoß gelegt werden. Denn ihr Aufgabengebiet soll weiter gefaßt werden; es soll erstmals auch der Handel mit Dienstleistungen und der Kapitalverkehr erörtert werden.

Parallel zur Fortentwicklung des internationalen Handelssystems, einem Hauptanliegen der deutschen Seite, geht es in London auch um die Stärkung der Funktionsweise der internationalen Währungsordnung. Seit dem Gipfel von vor einem Jahr erkunden die Finanzminister „die Bedingungen für eine Verbesserung des Weltwährungssystems". In einem Zwischenbericht vor gut zwei Wochen sind sie zu dem Ergebnis gekommen, daß es zum gegenwärtigen Wechselkurssystem keine Alternative gibt.

Und: Die Konsistenz der Wirtschaftspolitik sei die Voraussetzung für stabilere, angemessene Wechselkurse.

Großbritannien: Dramatische Verschuldung beunruhigt London

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung hat sich als Gastgeber des diesjährigen Wirtschafts-Gipfeltreffens vorgenommen, in erster Linie um Ausgleich bemüht aufzutreten. Im Gegensatz zu bisherigen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus sieben führenden westlichen Industrienationen will Premierministerin Margaret Thatcher diesmal die Initiative bei heiklen und strittigen Fragen eher den anderen Teilnehmern überlassen, erfährt man aus Whitehall.

Andererseits läßt sich schwer vor*stellen, daß sich die Briten bei der* Behandlung des wohl dominierenden Themenkomplexes auch nur in irgendeiner Weise zurückhalten werden: Auch sie sind zutiefst besorgt über das Problem des zu hohen amerikanischen Haushaltsdefizits, das sich über sehr hohe Zinsen nicht nur auf die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern negativ auswirkt, sondern insbesondere die Lage der hochverschuldeten Entwicklungsländer verschlimmert.

Wegen der traditionellen Wirtschaftsverflechtungen zwischen Großbritannien und den USA reagieren sowohl die britische Währung als auch das Zinsniveau in London besonders empfindlich auf amerikanische Finanzeinflüsse. Entsprechend weist der Zinstrend in Großbritannien seit einiger Zeit wieder deutlich nach oben, was der Wirtschaft des Landes alles andere als recht sein kann.

Als gravierender schätzt die Regierung Thatcher allerdings das Problem der internationalen Verschuldung ein. Hier ist London einer Meinung mit den übrigen europäischen Teilnehmerländern, daß die steigenden US-Zinsen zu einer dramatischen *Lage für die meisten* Entwicklungsländer geführt haben. Jede weitere Zinsanhebung in den USA könnte die verschuldeten Entwicklungsländer mit Außenständen von insgesamt etwa 800 Milliarden Dollar in eine noch schlimmere Krisensituation stürzen.

London verweist insbesondere auf zwei Gefahren: Einige große Schuldnerländer wären möglicherweise nicht in der Lage, höhere Zinszahlungen zu verkraften, ohne neue und schmerzhafte Korrekturen in der Wirtschaftspolitik über sich ergehen zu lassen. Andere Länder *dürften* bei Umschuldungsverhandlungen zunehmend das politische Argument verwenden, man könne sie nicht einfach unter einer „falschen" US-Politik leiden lassen.

Als Lösungsansätze schweben London vier Punkte vor:

1. die Kreditlaufzeiten einiger Kredite von Schuldnerländern der Dritten Welt zu verlängern, um den sich für die Jahre 1986 bis 1988 deutlich abzeichnenden Berg von Rückzahlungen abzutragen;
2. die Rolle der Weltbank dahingehend auszuweiten, mehr Kredite für die strukturelle Entwicklung anstatt für einzelne Projekte an Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen;
3. neue Wege zu finden, Entwicklungsländer stärker zu einer Öffnung gegenüber ausländischen Privatinvestitionen zu bewegen;
4. US-Präsident Reagan erneut und mit Nachdruck zu umgehenden Maß*nahmen aufzufordern, das US-Haus*haltsdefizit von projizierten 200 bis 300 Milliarden Dollar auf eine Größenordnung deutlich näher an 100 Milliarden Dollar oder sogar darunter zu reduzieren.

Neben diesem Großkomplex spielen für London insbesondere die Fragen einer Liberalisierung im Handel eine Rolle. Dies gilt sowohl für Probleme mit den USA als auch mit Japan. Im Fall Japan wird in London angemerkt, daß das jüngste Paket der Liberalisierung der Handelsbeziehungen Japans für Großbritannien kaum etwas enthalte und im Prinzip ausschließlich darauf ausgerichtet sei, Washington zufriedenzustellen.

Immer noch nicht ausgestanden ist für London die Frage der sogenannten „exterritorialen Reglementierung", um die es in der Vergangenheit immer wieder zu erheblichen Konflikten mit Washington gekommen ist – etwa im Zusammenhang mit dem Embargo der Reagan-Administration über die Lieferung von Ausrüstung und Technologie zum Bau der Gaspipeline zwischen Sibirien und Westeuropa.

Japan: Lebenselexier Freihandel

FRED de *LA TROBE*, Tokio

In einer Art Vorwärtsverteidigung will der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone in London eine neue Runde multilateraler Handelsgespräche vorschlagen, die zu einer Ankurbelung der Weltkonjunktur führen sollen. Japan mußte bei früheren Gipfelkonferenzen immer wieder Kritik wegen seiner wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse hören und befürchtet, auch diesmal Vorwürfe einstecken zu müssen.

Neue Handelsgespräche, die schon im nächsten Jahr beginnen und an die Tokio-Runde anschließen würden, sollten nach japanischem Dafürhalten die Regeln für Einfuhrzölle, Schutzklauseln, staatliche Aufträge, Austausch von Hochtechnologie und Dienstleistungen sowie den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten festsetzen. Eine Arbeitsgruppe der Finanzminister der teilnehmenden Staaten sollte nach Meinung der Regierung in Tokio schon in Bälde Vorschläge über *mittel- und langfristige* Maßnahmen ausarbeiten.

Japan hat in den vergangenen drei Jahrzehnten ganz besonders vom Freihandel in der westlichen Welt profitiert und hofft, die Vorteile des liberalen Systems weiterhin nutzen zu können. Protektionismus würde das Inselreich schwer treffen.

Präsident Reagan stimmte anläßlich seines Besuchs in Tokio im vergangenen November dem Plan einer neuen Runde multilateraler Handelsgespräche zu. Die europäischen Staaten und die Entwicklungsländer verhielten sich jedoch zurückhaltend, teilweise sogar ablehnend.

Die Regierung Nakasone hat in den letzten Monaten durch einige neue Liberalisierungsmaßnahmen versucht, die gegen Japan gerichtete Kritik zu unterlaufen. So wurde im April ein neues Paket von Einfuhrerleichterungen verkündet – das allerdings nicht allzuviel brachte. Daran schlos*sen sich einige Lockerungen der noch* bestehenden Restriktionen auf den Finanzmärkten an. Vorher schon war mit den Vereinigten Staaten ein Kompromiß in der Frage der amerikanischen Lieferungen von Fleisch und Zitrusfrüchten erzielt worden. Auf *der Passivseite der Bilanz bleiben* aber die wuchtigen japanischen Überschüsse im Handel.

Im Handel mit den Vereinigten Staaten erzielte Japan im Fiskaljahr 1983/84 (April–März) einen Rekord-Aktivsaldo von 56,8 Milliarden Mark, 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit der EG kam der Überschuß in der gleichen Zeit auf 27,4 Milliarden Mark, zehn Prozent mehr.

Einige der wichtigsten Gründe des Ungleichgewichts im Güterverkehr sind der noch schwache Yen und die damit verbundenen Exportvorteile, die geringe japanische Inlandsnachfrage und direkte und indirekte Handelsbarrieren Japans. (SAD)

Frankreich: Am Ende des Konjunkturzuges

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wenn man den amtlichen bilateralen Gipfelbekundungen von Rambouillet Glauben schenkt, werden Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London gegen die amerikanischen Positionen in der Zins- wie in der Verschuldungsfrage gemeinsam anreiten. Auf demselben Pferd sitzen sie dabei allerdings nicht. Denn die französische Interessenlage unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von der deutschen. Das hatte sich schon auf der Pariser Jahrestagung des OECD-Ministerrats – die Generalprobe für Weltwirtschaftsgipfel – gezeigt.

Gescheiterte Beglückung

So sehr alle westeuropäischen Länder einschließlich der Bundesrepublik ihren gegenüber den USA noch verhältnismäßig schwachen wirtschaftlichen Aufschwung durch niedrigere Zinsen absichern wollen, so nimmt Frankreich dabei doch eine Sonderstellung ein. Seine sozialistische Regierung mußte nach den Mißerfolgen der anfänglichen expansiven Volksbeglückungspolitik einen Restriktionskurs einschlagen, der die Arbeitslosigkeit zunehmend in die Höhe treibt. Sie befindet sich damit in scharfen Widerspruch zu ihren Wahlversprechen.

Nicht zuletzt deshalb wird Präsident Mitterrand in London die amerikanische Hochzinspolitik und die ihr zu Grunde liegende defizitäre Budget-Politik besonders scharf attackieren. Ein nicht sehr wahrscheinliches amerikanisches Einlenken könnte von ihm dann als persönlicher Erfolg in Frankreich „verkauft" werden. Sollte dagegen US-Präsident Reagan – auch im Hinblick auf die Wahlen in den USA – hart bleiben, dann blieben die Amerikaner für Mitterrand die Hauptschuldigen der französischen Austerity-Opfer.

Rechtfertigen läßt sich die französische Position allerdings mit der katastrophalen Lage der Entwicklungsländer. Für ihre Verschuldungskrise macht auch die Bundesrepublik die hohen US-Zinsen mitverantwortlich. Bei dem Gipfel von Rambouillet gelangten Mitterrand und Kohl jedenfalls zu der gemeinsamen Auffassung, daß diese Verschuldungskrise noch längst nicht entschärft ist. Im Gegenteil befürchtet man, daß sie den Zusammenbruch des internationalen Bankensystems herbeiführen könnte. Die jüngsten Schwierigkeiten amerikanischer Banken geben Anlaß zu dieser Sorge.

Im übrigen bleibt festzustellen, daß Frankreich das höchste Zinsniveau in Europa besitzt. Das liegt allerdings nicht nur an den US-Zinsen sondern auch an der überdurchschnittlichen Inflationsrate. So konnte Frankreich in seinem Export bei weitem nicht in gleichem Maße von der aus der Zinshausse resultierenden Dollarhausse Nutzen ziehen wie andere europäische Länder. Dieses Handikap wurde allerdings teilweise durch die Francschwäche (im Europäischen Währungssystem – EWS) kompensiert.

Weniger deutsche Unterstützung dürfte Mitterrand dagegen bei seiner Forderung haben, den Entwicklungsländern zwecks Konsolidierung ihrer Schulden *mehr subventionierte* Exportkredite zur Verfügung zu stellen. Wirtschaftsminister Delors war in dieser Beziehung allerdings schon auf der OECD-Sitzung etwas vorsichtiger geworden indem er der Vergabe von Mischkrediten das Wort redete.

Demgegenüber wollen die Amerikaner die Verschuldungsfrage nicht global sondern wie bisher „von Fall zu Fall" regeln, wie sie in Paris erklärten. Bei den letzten Zehnerclub-Gesprächen stimmten sie allerdings dem französischen Plan grundsätzlich zu, einen Zinsplafond für die von den Entwicklungsländern am internationalen Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite zu schaffen. Dies gilt in Paris als ein positives Omen für London.

Weniger überzeugt ist man in französischen Regierungskreisen davon, daß dieser Gipfel wesentliche Fortschritte im Kampf gegen den Protektionismus bringt, obwohl sich die Voraussetzungen dafür durch die Wiederbelebung der Weltkonjunktur an sich verbessert haben.

Kritik an Reagan

In dieser Frage nimmt die französische Regierung allerdings eine weniger prononcierte Stellung ein als die Bundesregierung. Bei dem OECD-*Gipfel hat man sich aber mit neuen* Absichtserklärungen begnügt. Zu mehr dürften sich die Amerikaner vor den Wahlen kaum hergeben.

Abzuwarten bleibt, ob Frankreich seine auf allen Weltwirtschaftsgipfeln aufgewärmten Vorschläge zur Re*form des Weltwährungssystems* wiederholt. Der Regierung in Paris geht es dabei vor allem um die Verhinderung „erratischer" Dollarkursschwankungen mit Hilfe amerikanischer Intervention am Devisenmarkt. Aber die USA sind trotz anderslautender feierlicher Erklärungen (siehe Versaille-Gipfel) bisher immer noch dabei geblieben, den Dollar dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen.

Aktienmärkte schöpfen Hoffnung

Vorsichtige Rückkäufe deutscher und ausländischer Anleger

DW.– Verstärkte Hoffnungen, daß es in dieser Woche zu einer Einigung im Metalltarifkonflikt kommen wird, schlugen sich an der Montagbörse in zunehmendem Optimismus nieder, der noch verstärkt wurde durch die feste New Yorker Tendenz vom Freitag und eine kräftige Dollar-Abschwächung am Montag. Gekauft haben an den Aktienmärkten am Montag so gut wie alle Aktionärskreise, die privaten ebenso wie die institutionellen. Sollte es zu einer Tarifeinigung kommen, sieht man auf dem Börsenparkett grüne Ampeln.

Die freundlichere Tendenz erfaßte zwar nicht alle Einzelwerte, aber doch die ganze Breite der Märkte. Im Autobereich fielen Mercedes-Holding mit 488 DM (plus 8 DM) und VW mit 192 DM (plus 7,50 DM) aus dem Rahmen. Die neue Nixdorf-Aktie wurde runde 10 DM höher als am Wochenende mit 460 - 463 DM per Erscheinen (Abrechnungstag am 8.6.) gesprochen. Der ausgabekurs liegt bei 380 DM für die 50-DM-Aktie. Am Farbenmarkt zogen die Notierungen bis um 4,50 DM an – ein Zeichen für ausländische Käufe und dafür, daß die Märkte bei aufkommender Nachfrage leer gefegt sind. Selbst die wieder ins negative politische Rampenlicht gerückten HEW stiegen zeitweise um 1 DM.

Düsseldorf: Fordwerke erhöhten sich um 25 DM auf 1150 DM, Concordia zogen um 5 DM auf 230 DM an und Düwag konnten sich um 4 DM auf 124 DM befestigen. AEG Kabel fielen um 5 DM auf 260 DM, Leffers sanken ebenfalls um 5 DM auf 235 DM und Hochtief verminderten sich um 3,50 DM.

Frankfurt: Dywidag stiegen um 6 DM auf 185 DM, Kochs Adler um 17 DM auf 367 DM, Mauser um 4 DM auf 89 DM und Reichelbräu um 15 DM auf 385 DM. Bei Plusankündigung konnten sich Grünzweig und Hartmann um 9 DM auf 132 DM verbessern. Mainkraftwerke mußten einen Rückgang um 12 DM auf 480 DM hinnehmen.

Hamburg: Nahezu unverändert waren HEW bei 88,20 DM plus 0,20 DM und NWK Vz. bei 170,50 DM plus 0,50 DM. Ebenfalls um 0,50 DM verbesserten sich Phoenix Gummi. Beiersdorf gingen zu 342 DM plus 1,50 DM aus dem Markt. Für Reichelt wurden 124 DM plus 1 DM bezahlt.

München: Etienne Aigner erhöhten sich um 4 DM auf 276 DM, Agrob St. verbesserten sich um 2 DM auf 164 DM und Augsburger Kammgarn stiegen um 6,50 DM auf 116,50 DM. Leonische Draht fielen um 7 DM auf 318 DM und Otto Stumpf gaben um 1,50 DM auf 120,50 DM nach.

Berlin: DUB-Schultheiss wurden um 6 DM heraufgesetzt. Berthold, Concordia Chemie und Engelhardt konnten sich um je 5 DM befestigen, Bekula um 1,70 DM, Herlitz Vz. um 1,50 DM und Schering um 1 DM. Orenstein ermäßigten sich um 3 DM, Herlitz St. um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 147,2 (146,0)
WELT-Umsatzindex: 1610 (1750)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York · Toronto · Amsterdam · Mailand · London · Tokio · Wien · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 4. 6. 84: 519 Optionen = 27 250 (27 100) Aktien, davon 101 Verkaufsoptionen: = 5450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-95/5, 7-100/1,9, 10-100/5,5, 10-110/3, 1-100/9,6, BASF 7-180/0, 10-160/12, 10-170/6,6, 10-180/4, 1-170/11, 1-180/5,8, 1-190/3, Bayer 7-170/4,8, 10-170/11, 10-180/6,5, 10-190/3, 1-170/16, 1-180/9,25, 1-190/5,5, BMW 10-420/9, Commerzbank 7-160/11,4, 7-170/3,3, 10-170/6,4, 10-180/4,5, 1-170/10,5, 1-180/7, Conti 7-120/9, 7-130/2,9, 10-120/13,5, 10-130/6,5, 1-130/10, Daimler 7-600/3,9, 10-570/33, 10-600/13, Deutsche Bank 10-370/19,8, 10-390/7,5, 1-410/5,2, Dresdner Bank 7-160/1,5, 10-170/5,1, Hoechst 7-180/2, 10-180/7,4-6,6, 1-180/13, Hoesch 7-120/3, 10-120/6,3, 1-120/9, Kloeckner 7-50/12, 7-60/4,5, 7-65/2, 7-70/0,80, 10-70/2,5, 1-60/8, 1-65/6, 1-70/3,8, Lufthansa St. 7-150/3, Mannesmann 7-150/2, Kali + Salz 1-200/15,6, Siemens 10-410/6,5, 1-400/21, 1-430/9,2, Thyssen 7-80/7, 7-90/1,05, 10-85/6, 10-90/3,9, 1-95/7,5, 1-100/4,4, Veba 7-170/3, 10-170/6,8, 10-180/3,1, VW 7-190/7, 7-200/2, 10-190/13, 10-200/9,4, 10-210/7, 10-220/3,1, 1-190/22,6, 1-230/5,6, Alcan 1-80/9, Chrysler 7-65/1,5, 10-65/7, 10-70/4,4, IBM 10-330/7,4, 1-310/21, 1-330/11, Philips 10-40/3,4, 1-45/2,8, Sperry 10-130/2,4, 1-110/11,1, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/1, 7-95/1,7, 7-100/5,4, 10-90/1,7, 1-85/1,3, 1-90/3,5, 1-95/6, 1-100/9, BASF 7-160/8, 7-170/3, Bayer 10-160/2,9, BMW 7-380/11, Commerzbank 7-180/18, 10-150/4,8, 1-150/7,5, Conti 7-130/5, 10-120/2,9, 1-120/5, Deutsche Bank 10-340/3, 10-348/11, Degussa 1-370/14,6, Dresdner Bank 7-170/11, GHH St. 10-140/5, Harpener 10-280/5,1, Hoechst 1-170/3,3, Kaufhof 10-230/10,3, 1-230/12, Kloeckner 7-80/1,2, Mannesmann 10-130/3,4, 1-130/4, Preussag 7-270/10,6, Thyssen 7-80/1, VW 7-190/5,2, 10-180/4, 10-190/6,4, 1-180/5,2, Alcan 10-80/6,5, Chrysler 10-60/3, PHILIPS 7-40/2,4, Unilever 1-210/10. (1. Zahl Verfallsmonat, jeweils der 15., 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅞–11⅛	5⅜–5⅝	3¾–4
3 Monate	11⅜–11⅝	5¾–6⅛	3⅞–4⅛
6 Monate	12 –12⅛	6⅛–6½	4 –4½
12 Monate	13 –13¼	6⅜–6¾	4⅜–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1320,00	1653,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1225,00	1481,95
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	632,70
1 £ Sovereign alt	241,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	238,00	294,12
20 belgische Franken	187,00	242,82
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	240,00	295,26
Krüger Rand, neu	1073,00	1263,12
Maple Leaf	1073,00	1263,12
Platin Noble Man	1090,00	1282,50
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	992,00	1194,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	108,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	469,00	574,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 6. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6638	2,6718	2,6306	2,62	2,71
London1)	3,743	3,757	3,714	3,69	3,84
Dublin1)	3,053	3,066	3,009	3,01	3,16
Montreal3)	2,0560	2,0640	2,0322	2,01	2,11
Amsterd.	88,525	88,745	88,505	87,75	89,75
Zürich	119,940	120,140	120,04	118,75	121,50
Brüssel	4,882	4,902	4,821	4,73	4,93
Paris	32,430	32,590	31,89	31,75	33,50
Kopenh.	27,125	27,245	26,905	26,25	28,00
Oslo	34,810	34,830	34,30	34,00	35,75
Stockh.**)	33,420	33,580	33,06	32,75	34,50
Mailand2) **)	1,604	1,614	1,571	1,57	1,67
Wien	14,209	14,249	14,196	14,13	14,35
Madrid**)	1,767	1,777	1,725	1,71	1,83
Lissabon**)	1,915	1,935	1,855	1,65	2,45
Tokio	1,1640	1,1670	–	1,12	1,18
Helsinki	46,640	46,840	45,73	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen*) **)	2,468	2,522	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,407	2,426	–	2,35	2,47
Johannesbg.*)	2,1085	2,1245	–	1,78	1,95

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die wieder bessere Stimmung an den amerikanischen Bondmärkten, wo man auf eine leichte Zinssenkungstendenz zum derzeitigen Zeitpunkt setzt, hatte am 4. 6. auch Auswirkungen auf den US-Dollar, der sich weiter bis 2,6620 tiefst abschwächte und bei 2,6710 leicht erhöht schloß. Die amtliche Notiz wurde mit 2,6678 festgestellt, die Bundesbank glich mit einer Abgabe von 3,95 Mill. Dollar aus. In den Hintergrund rückte dagegen die immer noch ungelöste Situation im deutschen Tarifkonflikt, die D-Mark wurde gegen alle anderen amtlich notierten Währungen höher bewertet. Stark rückläufig lagen Schweizer Franken mit einem Abschlag von 4,8 Promille auf 120,04 und der Yen mit einem Abschlag von 6,4 Promille aufd 1,1655. US-Dollar in: Amsterdam 3,0100; Brüssel 54,5150; Paris 8,2045; Mailand 1656,75; Wien 18,7340; Zürich 2,2226; Ir. Pfund/DM 3,059; Pfund/Dollar 1,4057; Pfund/DM 3,750.

Ostmarkkurs am 4. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Bedingt durch einen Rückgang der Euro-Dollar-Zinssätze um ¼ Prozentpunkte wurden am 4. Juni die Dollar-Abschläge niedriger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,24/1,14	3,77/3,67	7,77/7,57
Pfund/Dollar	0,22/0,24	0,66/0,68	1,50/1,53
Pfund/DM	1,80/0,40	4,10/2,70	7,80/6,20
FF/DM	28/10	70/54	138/122

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 6.: Tagesgeld 5,50–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,15–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,98) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

KLÖCKNER-MOELLER / Kräftiger Umsatzanstieg

Exportflaute überwunden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wo in elektrischen und elektronischen Anlagen investiert wird, „da bewegt sich der Markt", da zeige sich ein positiver Indikator auch für die Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft. Das Bonner Familienunternehmen Klöckner-Moeller GmbH hat Anlaß, diesen Indikator auch fürs eigene Geschäft zu preisen. Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 4.) hat dieser Spezialist für elektrische Schalt- und Meßgeräte seinen Stammhaus-Umsatz um 8,9 Prozent auf 609 Mill. DM gesteigert, dies vor allem durch Wiederanstieg des im Vorjahr flauen Exports um 13 Prozent auf 206 Mill. DM.

Rechnet man die Eigenleistungen der zahlreichen *Auslandstöchter hinzu*, so dürfte der noch nicht genannte Gruppenumsatz nach vorjähriger Stagnation nun mit rund 6200 Beschäftigten auf circa 800 (727) Mill. DM *gestiegen sein. Mehr als die Hälfte* davon (nach 48 Prozent in 1982/83) brachten die Auslandsmärkte. Grund für die Firma, die 300 Niederlassungen in über 70 Ländern hat, herausra*gende Vertriebsleistungen* ihrer Auslandsmitarbeiter auf einem „Fest der Besten" in Bonn zu würdigen.

Man tat's mit interessanten Hinweisen zu etlichen Auslandsmärkten. In Italien etwa, wohin die Firma ihr schon großes Exportgeschäft im Berichtsjahr sogar um 31 Prozent steigerte, seien „die wahren Künstler der Improvisation" am Werke. „Sie nutzen ihre kommunistische Partei für ihre Geschäfte mit dem Ostblock" und seien „sehr viel schneller und erfolgreicher als wir" beim Aufbau erfolgreicher Exportkontrakte. Sehr positiv entwickle sich das Geschäft mit Großbritannien, weil dort jetzt vernachlässigte Investitionen nachgeholt würden.

In den USA zeichne sich, in den letzten Monaten noch verstärkt, ein „bedeutsamer" Aufschwung durch neue Investitionen ab, woran man trotz des Elektronik-Vorsprungs der Amerikaner mit eigenen Produkten verstärkt partizipiere. Die Japaner *schließlich* „scheinen nunmehr ihre Grenzen in der Fertigung gefunden zu haben". Jedenfalls melden von dort die Ingenieure der Firma ein verstärktes Interesse an Investitionen in *Nordamerika und Deutschland.*

HARPENER / Der langjährige Kurs stetiger Dividendenerhöhungen wird fortgesetzt – Mehr gewerbliche Objekte

Mischkonzern hebt weitere Immobilien-Schätze

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das laufende Jahr werde im Ertrag deutlich noch besser. Der Vorstand der Harpener AG, Dortmund, deutet mit solcher Prognose seinen 20 000 Eigentümern von 127,6 Mill. DM Aktienkapital schon jetzt an, daß der langjährige Kurs stetiger Dividendensteigerung noch weiter geht. Für *1983 schlägt dieser im Aktienkapital* größte unter den wenigen deutschen Mischkonzernen, der zu 51 Prozent der Pariser Holding Gazet Eaux gehört, eine Dividende von 9,50 (9) DM vor *(Hauptversammlung am 2. Juli).*

Damit wird zwar der Jahresüberschuß von 24,2 (23,6) Mill. DM unter Verzicht auf weitere Dotierung der offenen Rücklagen von 34,6 Mill. DM, denen man im Vorjahr noch *0,6* Mill. DM zuwies, komplett ausgeschüttet. Doch das ist mehr als tolerabel, weil das Unternehmen weiterhin hohe Substanzerhaltung aus steuerbegün*stigter Wiederanlage* von *Buchgewinnen* bei Immobilienverkäufen betreiben kann und weil die Bilanzsumme, saldiert man die hohen flüssigen Mittel von 127 (110) Mill. DM mit 75 (65) Mill. *DM Gesamtrückstellungen* und 39 (35) Mill. DM Gesamtverbindlichkeiten, nur aus Eigenkapital besteht, davon nun insgesamt 139 (120) Mill. DM steuerbegünstigte Rücklagen-Sonderposten.

Letztere zeigen den noch zur Wiederanlage anstehenden Teil der Buchgewinne aus der Mobilisierung des großen und sehr schwach rentierlichen Immobilienbesitzes (vor allem Wohnungen aus der 1969 beendeten Bergbau-Tätigkeit). Dieser Schatz wurde 1983 mit weiteren 67 (94) Mill. DM Verkaufserlös, davon 65 (84) Mill. DM Buchgewinne, gehoben, wonach die „Mobilisierungsreserve" immer noch auf etwa 400 Mill. DM zu schätzen ist.

In der Wiederanlage machte die Harpener AG 1983 mit 123 (24,5) Mill. DM Gesamtinvestitionen den bislang größten Schritt nach vorn. Herausragend waren dabei 78,4 Mill. DM Teil*zahlung auf die Harpener Einlage von* 113 Mill. DM für die 49-Prozent-Beteiligung am neuen 765-MW-Kohlenkraftwerksblock der VEW in Verne sowie 34 (7) Mill. DM für gewerbliche *Mietobjekte*. Deren *Zahl* liegt nun auch ohne das für 18 Mill. DM im Bau befindliche und auch für Fremdmieter bestimmte eigene Verwaltungsgebäude bei 27 (19) größeren Objekten (*„die wir betreuen"*), *wobei von 62* Mill. DM Anschaffungswert durch Übertragung von 6b-Rücklagen nur 2 Mill. DM in der Harpener Bilanz aktiviert sind.

Vorrangig dem weiteren *Ausbau* dieser gewerblichen Mietobjekte will der Vorstand weiterhin seine Wiederanlage-Politik widmen, „um die Ertragskraft deutlich zu verbessern". Die Akquisition neuer Beteiligungen, „besonders auf dem Sektor Dienstleistungen/Service", steht dahinter derzeit offenbar etwas zurück.

Unverändert wird ferner das Ziel verfolgt, *ein als „Schlüsselinvestition* für weitere Expansionsmöglichkeiten" taugliches Engagement (im Zweifel gemeinsam mit dem Großaktionär) einzugehen. Die Andeutung, *daß man da gegen Ende 1983 beinahe* mit einer geplanten 40-Prozent-Beteiligung für 250 Mill. DM zum Abschluß gekommen wäre (aber von einem „Total-Übernehmer" mit „für *uns zu großem" Kapitaleinsatz* von 1 Mrd. DM übertrumpft worden sei), zeigt immerhin die Größenordnung des für den Schritt in die USA geplanten Mitteleinsatzes.

Aus ihren Eigenaktivitäten (Stromerzeugung, Binnenschiffahrt, Haus- und Grundbesitz) hat die Harpener AG 1983 mit 226 (218) Mill. DM Umsatz *und 345 (376)* Beschäftigten 27,7 (31,1) Mill. DM Gewinn vor Steuern erzielt. Größer als der Gewinnrückgang waren da Sonderbelastungen von 3 Mill. DM für zusätzliche Pensionsrückstellungen (bereits volle Umstellung auf die neuen Lebensalterrichttafeln) und von 4 Mill. DM für eine Blockrevision im Kraftwerk Harpen im Norden Dortmunds, das im Zuge der „Großfeuerungsanlagenverordnung" mit Auslaufen des RWE-Bezugsvertrages 1990 auch wegen zu hoher Umweltschutz-Investitionen seinen Betrieb einstellen wird. Der nach der 1983er Bereinigungskur verbliebene und nun fast durchaus positiv arbeitende Beteiligungsbereich des Konzerns brachte schon im Berichtsjahr auf 17,4 (12,8) Mill. DM verbesserte *Bruttoerträge.*

ELI LILLY

Erfolge in der Gentechnologie

wb., Bad Homburg

Der US-amerikanische Pharmaziekonzern Eli Lilly and Company, Indianapolis, setzt verstärkt auf die Gentechnologie. Von den 750 Mill. DM (plus 10 Prozent), die das Unternehmen 1983 für Forschung und Entwicklung ausgegeben hat, entfielen *170 Mill. DM allein auf* gentechnologische Forschungsanlagen. Weitere 200 Mill. DM werden derzeit in neue Produktionsanlagen für Humaninsulin – das von Lilly als erstem Anbieter auf den Markt gebracht wurde – und andere Gen-Produkte investiert.

Von den drei Mrd. Dollar (rund 7,7 Mrd. DM) Weltumsatz – etwa 7 Pro*zent mehr als im Vorjahr – entfielen* umgerechnet 4,2 Mrd. DM oder 64 Prozent auf den Pharmabereich, der um 7 Prozent zunahm. Produkte für die Landwirtschaft steuerten 1,9 Mrd. DM bei, *die Kosmetik* („Elizabeth Arden") kam auf 783 Mil. DM und die Tochtergesellschaften im Bereich der medizinischen Geräte setzten weltweit 724 Mil. DM um.

Mit Aussagen zum Ergebnis hält sich das Unternehmen zurück: Ein Rendite-Plus von 11 Prozent sei vor allem auf die Erfolge im Pharmabereich als Ergebnis hoher Forschungsaufwendungen zurückzuführen, heißt es in einem ersten Überblick zum abgelaufenen Geschäftsjahr.

Die Tochtergesellschaft Ely Lilly Deutschland GmbH, die in ihrer Hauptverwaltung in Bad Homburg, im Produktionswerk Gießen sowie beim Düsseldorfer Kosmetik-Ableger insgesamt 700 Mitarbeiter beschäftigt, *erreichte 1983 einen Umsatz von* 230 Mill. DM. Davon entfielen 60 Prozent auf das Pharma-Geschäft, 23 Prozent auf Produkte für die Landwirtschaft und 17 Prozent auf die Kosmetik.

EUROMARKEN / Mit dem Ertrag nicht zufrieden

Sortiment wird abgerundet

INGE ADHAM, Frankfurt

Besser vorangekommen als der Markt ist in ihrem *zweiten* Geschäftsjahr die Euromarken Import GmbH, Wiesbaden, eine Gemeinschaftsgründung der Sektkellerei Henkell und des Cognac-Hauses Rémy Martin. Mit den *Produkten Rémy Martin, Black* & White, Grand Marnier, Mateus Rosé und Laurent Perrier wurden im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3) rund 128 Mill. DM umgesetzt, knapp sechs Pro*zent mehr als* im vorangegangenen Jahr. Dabei nahm der Absatz um knapp drei Prozent auf 8,2 Millionen 1/1 Flaschen zu. Zwar wurden damit wieder schwarze Zahlen geschrieben, wie Geschäftsführer Rainer Stahl erklärte, mit der Ertragslage sei man aber noch nicht zufrieden.

Voll zufrieden war man aber mit der Entwicklung des Cognacs Rémy Martin, von dem 2,5 Mill. Flaschen (plus 13,6 Prozent) und 350 000 Flaschen der Drei-Sterne-Qualität (plus 17 Prozent) verkauft wurden. Zum Vergleich: Der gesamte deutsche Cognac-Markt schrumpfte 1983 um sieben Prozent. Ein deutliches Plus um 10 Prozent auf eine Mill. Flaschen verbuchte auch Grand Marnier, womit der Teilausfall des Vertriebskanals Aldi teilweise kompensiert wurde; Mateus Rosé legte gut drei Prozent auf 3,2 Mill. Flaschen zu; der Champagner-Absatz schnellte mit dem Markt um die Hälfte nach oben *(241 000 Flaschen inkl. Wein).*

Unzufrieden ist man dagegen mit der Entwicklung von Black & White, der auf 880 000 Flaschen (minus 2,2 Prozent) zurückfiel; hier macht, wie Stahl betont, das „äußerst preisaggressive Verhalten" der Mitbewerber Probleme. Mit einem Armagnac und einem Cream-Likör soll das Sortiment in diesem Sommer ergänzt werden. Die gesuchten „wirklich großen Marken" sind alle in festen Händen, bedauert Stahl.

Schwarze Zahlen bei ATB Bauknecht

VWD, Welzheim

Schon im ersten Jahre ihres Bestehens hat die ATB Antriebstechnik G. Bauknecht GmbH, Welzheim, eine der *vier Nachfolgegesellschaften aus* dem Konkurs der Stuttgarter Bauknecht-Gruppe, schwarze Zahlen geschrieben. Mit 140,5 Mill. DM einschließlich 34 Mill. DM Handelsware sei der Planumsatz überschritten worden, teilte Geschäftsführer Dieter Härlin mit. Auch für 1984 gebe es keine Beschäftigungsprobleme. Die Mitarbeiterzahl sei 1983 von 1092 auf *1130* aufgestockt worden. *1984* soll ein Umsatz von 150 Mill. DM erreicht werden. Das Eigenkapital der ATB liegt nach Angaben von Härlin bei 40 Prozent der Bilanzsumme und deckt das ganze Anlagevermögen und einen Teil des Umlaufvermögens ab.

An Investitionen sind für 1984 rund 6,5 (1983: 7,1) Mill. DM vorgesehen. Diese Beträge liegen den Angaben zufolge deutlich über den Abschreibungen. In den nächsten drei Jahren sollen rund 15 Mill. DM investiert werden. Das künftige Wachstum des *Unternehmens, das sich* bei Elektromotoren im Inland einen Marktanteil von 15 Prozent ausrechnet, soll weiteren Auftrieb durch Neuentwicklungen erhalten.

Mit dem früheren Bauknecht-Elektromotorenwerk in Österreich, der Austria Antriebstechnik G. Bauknecht GmbH, Spielberg, hat die ATB eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Die Norm- und Industriemotoren beider Gesellschaften sollen danach durch das neuorganisierte Vertriebsnetz der ATB vertrieben werden. Spezial- und Großserienmotoren aus der österreichischen Produktion verkauft die neugegründete Austria Antriebstrechnik G. Bauknecht Vertriebsgesellschaft mbH, Stuttgart, wobei *die Marke ATB* für alle Produkte verwendet wird. Das Stammkapital der ATB von 15 Mill. DM wird noch von der Bauknecht Verwaltungs-GmbH gehalten, die von dem Stuttgarter Konkursverwalter Volker Grub im Zuge der Abwicklung des Bauknecht-Konkurses gegründet worden war.

KONKURSE

Celle: Günther Zienert, Habighorst; **Deggendorf:** Hanke-Glaskunst-OHG, Regen; **Detmold:** Robert Heine Dachdecker- u. Fassadenverkleidungsges. mbH, Bad Salzuflen-Schötmar; **Düsseldorf:** Eduard Hermann Dörrenberg; **Friedberg:** FAZILET Wurstwarenfabrikation GmbH, Ober-Mörlen; **Heidelberg:** Helmut Schemenauer, Leimen; **Iserlohn:** Graumann GmbH & Co. KG HOGRA Lehrmittel- u. Gerätfabrikation, Hemer-Westig; Graumann GmbH, Hemer-Westig; Friedrich Graumann, Hemer-Westig; **Meppen:** PVK WiKu-Industriemontage GmbH, Twist-Rühlerfeld; **Osterode am Harz:** Jorns GmbH; **Reutlingen:** Nachl. d. Eckhard Lemke.

NAMEN

Hans-Erich Strücker, langjähriger Vorstandsvorsitzender der früheren Norddeutschen Volksbanken AG – Zentralbank – Hamburg/Hannover, vollendet am 6. Juni sein 60. Lebensjahr.

Dr. Dirk Geitner (40), bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Colonia Lebensversicherung AG, Köln, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden.

James A. Capolongo (49), seit 1982 Präsident von Ford Europe, ist als Nachfolger von **Edward J. Blanch** zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Kölner Ford-Werke AG, gewählt worden.

Thies Jürgen Korsmeier hat mit *Wirkung vom 1. Juni die Leitung der* Shell Raffinerie, Godorf, übernommen. Er löst **Dr. Rudolf Grimm** ab, der zur Shell Singapur geht.

Rudolf Sirch tritt zum 1. Juli in die Geschäftsführung der Siemens-Elektrogeräte GmbH, München, ein. Er übernimmt die Leitung des Vertriebs Hausgeräte und Unterhaltungselektronik.

FRANKREICH / Sondersteuer auf Kassetten geplant

Verkaufsrückgang befürchtet

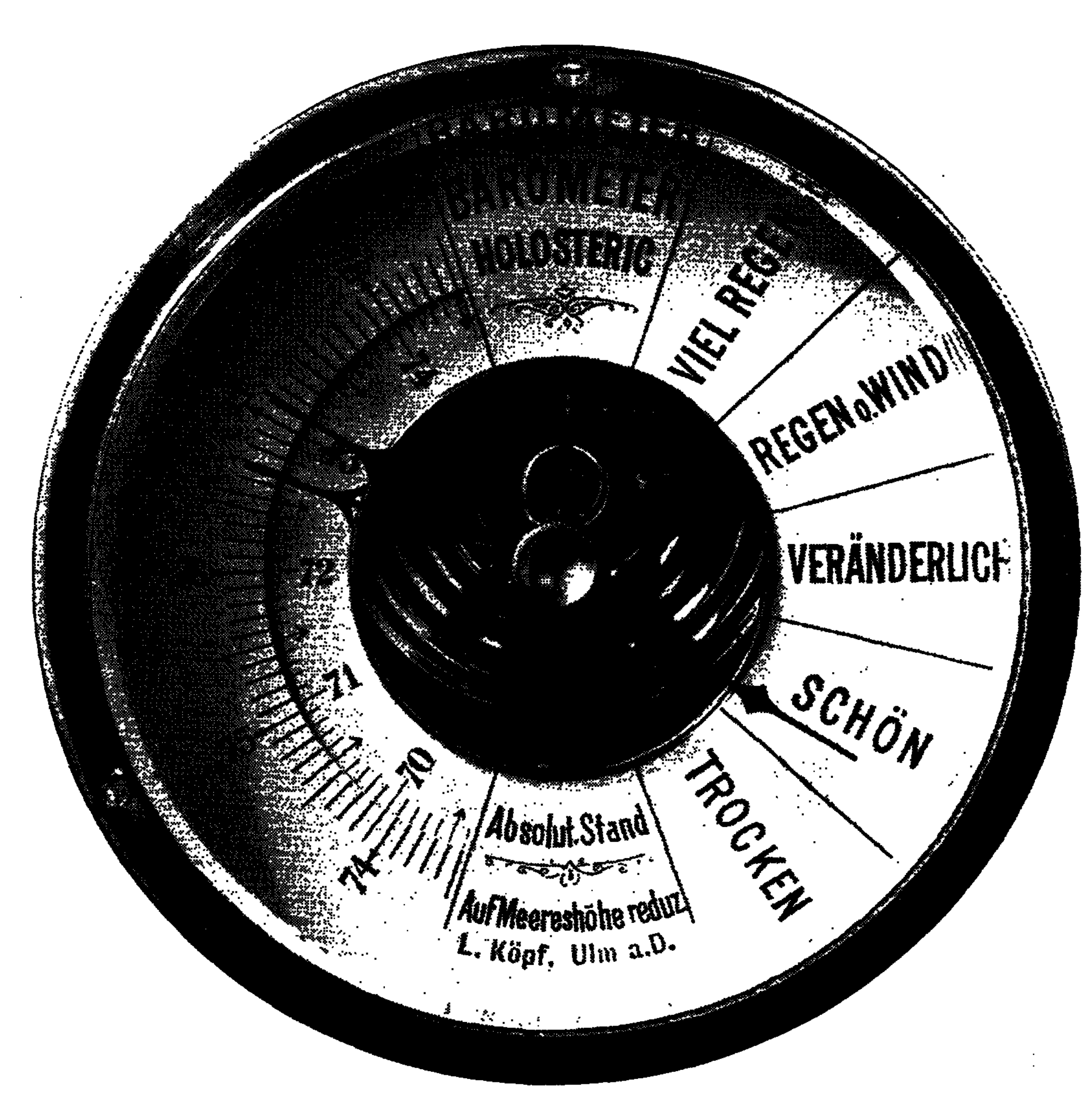
JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach den Videorekordern sollen in Frankreich auch noch die Video- und die Tonbandkassetten mit einer Sondersteuer belegt werden. Kultusminister Jack Lang will dessen Ertrag den Autoren und Künstlern zuleiten, die durch das „kostenlose" private Bespielen solcher Kassetten Verdienstausfälle erleiden. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt der Regierung gegenwärtig zur Beratung vor.

Vorgesehen ist eine progressive Anwendung der Sondersteuer innerhalb von zwei bis drei Jahren. Für Tonbandkassetten soll sie dann 1,80 bis2 Franc betragen, für Videokassetten 7 bis 15 Franc. Das würde etwa 10 Prozent des Kaufpreises entsprechen. Lang beruft sich auf das Vorbild anderer Länder insbesondere Schwedens.

Das Projekt wird verständlicherweise vom nationalen Künstlerverband begrüßt. Dagegen hat der Verband der Hersteller von audiovisuellem Material scharfen Protest erhoben. Er weist darauf hin, daß solches Material in Frankreich bereits der Luxusmehrwertsteuer von 33 Prozent unterliegt und allein dadurch stärker als in allen anderen Ländern belastet wird.

Seit dem 1.Januar 1983 erhielt der Staat außerdem – ähnlich der Fernseh- bzw. Rundfunkgebühr – eine Abgabe auf Videorekordern von jährlich 612 Franc. Obwohl sie vergleichsweise bescheiden ist, würde die Kassettenabgabe „das Faß zum Übelaufen bringen", erklärte Verbandspräsident René Bezard. Er befürchtet einen starken Rückgang der Kassettenverkäufe.



GÜNTHER REH / Mit Faber Sekt und dem Weingut Kesselstatt erfolgreich

Kontrastreiche Aktivitäten in Trier

JOACHIM NEANDER, Trier

Nach Jahren ausgeprägter Publizitätsscheu läßt der Trierer Unternehmer *Günther Reh* jetzt auch die *Öffentlichkeit* etwas tiefer zwischen seine kontrastreichen Aktivitäten blikken. Mit einem seiner Unternehmen hat er sich zum Beispiel in aller Stille zum überlegenen Marktführer unter den deutschen Konsum- und Niedrigpreis-Sekten hochgeboxt. Mit einem anderen Unternehmen dagegen genießt er in der kleinen hochfeinen Zunft der alten adligen Weingüter nach anfänglich großer Skepsis wachsende Beachtung.

Die Karriere des 56jährigen Winzersohns Reh aus Leiwen an der Mosel ist typisch für das auch wirtschaftlich manchmal höchst wechselhafte Klima dieser Region. Der Vater hinterließ ihm ein paar kleine, steile Weinbergsparzellen, die dem Sohn allerdings, wie er bald erkannte, auf die Dauer allenfalls eine kümmerliche Existenz gewährt hätten. So wurde Günther Reh Weinhändler.

Die Firma Carl Reh entwickelte sich bald zu einem der Branchenriesen. In den 60er und 70er Jahren brachte ein ungeheurer Mengenboom den Moselwinzern (und der Firma Reh) zunächst atemberaubende Zuwächse, freilich als Spätfolgen auch Preis- und Qualitätsverfall samt all den Krisensymptomen, wie sie heute die Szene an der Mosel beherrschen.

Nicht zuletzt in der Erkenntnis, daß dies ein Irrweg sei, verkaufte Reh seinen Weinhandel (bis auf etwa 13 ha daran hängenden Weinbergsbesitz in Frankreich) an die Firma Deinhard und kaufte sich anschließend bei Rosenthal-Porzellan ein, wo er mit fünf Prozent Kapitalanteil inzwischen größter Einzelaktionär ist.

Daneben stieg er in die in Not geratene Trierer Sektkellerei Faber ein. Heute besitzt die Familie Reh bei Faber 93,5 Prozent der Anteile. Mit den Billig-Marken „Krönung" und „Rotlese" (Endverbraucherpreis zur Zeit *im Durchschnitt 4,49 bis 4,99 Mark,* bei sogenannten Aktionspreisen gelegentlich auch unter vier Mark) war Faber in den letzten Jahren der ganz große Renner der Branche. 51,9 Mill. verkaufte Flaschen und 193 Mill. DM Umsatz im letzten Jahr hievten Faber inmitten einer eher dahinsiechenden Sektkonjunktur zu einem der Marktführer empor. Bei gesonderter Be*trachtung der Niedrigpreismarken* hat Faber mit fast 39 Mill. verkauften Flaschen sogar 50,8 Prozent des gesamten deutschen Erzeugermarktes erobert.

Erfolgsgeheimnis scheint neben dem über 90 Prozent hohen Anteil an preiswerten Import-Grundweinen die fast sensationell hohe Produktivität (Produktionsmenge je Beschäftigten) des vor einigen Jahren auf der grünen Wiese neu erbauten Betriebes zu sein. Sie liegt nach Angaben des Unternehmens (gestützt auf Daten des Statistischen Bundesamts) fast siebenmal so hoch wie im Durchschnitt der Branche. Faber kommt ohne Werbung und ohne eigene Vertreter aus.

Gänzlich anders sieht Rehs Unternehmensstrategie beim vornehmen Weingut Reichsgraf von Kesselstatt (Trier) aus, das er 1978 von der Familie erwarb. Der Verkauf war die Folge einer von den Strukturproblemen der adligen Weingüter her typischen Entwicklung. Steigende Kosten und nicht ausreichende Erlöse gefährdeten den Bestand dieses mit Spitzenlagen ausgestatteten traditionsreichen Weinguts.

Hier *setzt* Reh voll auf *strikteste* Qualitätsmaßstäbe, auf Tradition, konservative Methoden (100 Prozent Riesling, nur Holzfässer zur Gärung, Süße nur durch gezügelte Gärung, *niemals mit Hilfe von Süßreserve*) und individuelle Herausstellung der jeweiligen Lagen. Bei 3,85 Mill. DM Umsatz 1983 glückte ihm bei Kesselstatt jetzt erstmals der Schritt aus den *roten Zahlen.*

Daß er auch in diesen Kreisen inzwischen anerkannt wird, zeigt die Tatsache, daß er mit dem vom Präsidenten der Prädikatsweingüter-Ver*einigung, Graf Matuschka-Greiffen*clau, geleiteten berühmten Rheingau-Weingut Schloß Vollrads in aussichtsreichen Gesprächen über eine neuartige Kooperation in Vertrieb und *Marketing steht. Hier wollen* zwei nachdenkliche Unternehmer durch Qualität, Traditionspflege und modernes Management der allgemeinen Resignation bei vielen Weingutsbesitzern *bewußt* entgegensteuern.

Aber auch hier scheint Günther Reh sich den Status des Einzelgängers zu bewahren. Er interessiert sich offen für die ohne Schwefelzusatz *ausgebauten* Weine eines *pfälzischen* Winzers, der wegen des Rechts einer Deklaration auf dem Etikett mit der gesamten Weinbranche im Prozeßkrieg liegt. Wenn der Pfälzer Recht bekommt, will Reh sich des Verfahrens als mächtiger Promotor annehmen. Zur Probe will er schon jetzt eine für dieses Verfahren geeignete Abfüllanlage bei sich installieren – natürlich nicht bei Kesselstatt, sondern bei Faber-Sekt.

Festverzinsliche freundlicher

Mitgerissen von den Aktien und mit Blick auf den schwachen Dollar tendierten an der Montagbörse auch die Märkte für festverzinsliche Wertpapier freundlicher. Bundesobligationen und öffentliche Anleihen zogen bis um 0,35 Prozentpunkte an. Auch DM-Auslandsanleihen lagen freundlicher. Pfandbriefe und Kommunalobligationen wurden ebenfalls bis um 0,2 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die neue Bundesanleihe mit einem Ausgabekurs von 100,25 Prozent und einer Laufzeit von 10 Jahren wurde begrüßt.

Bundesanleihen

		4. 6.	1. 6.
F 6 Bund 78 III	9/84	99,85	99,95
8¾ dgl. 76	9/84	100,45G	100,45
6 dgl. 78 IV	12/84	99,9	99,9
6¼ dgl. 78	1/85	99,8	99,9
8½ dgl. 73 I	3/85	101,25	101,25
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,25
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,1	101,05
8 dgl. 78 IV	10/85	101,3	101,25
5½ dgl. 78 II	3/86	98,25	98,25
5¼ dgl. 78	5/86	98,05	97,75
7¾ dgl. 78 I	12/86	100	100
6½ dgl. 79	1/87	98,4	98,15G
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,7	99,7
6¼ dgl 77	4/87	98,65	98,85G
8½ dgl. 77	7/87	97,5	97,5
6 dgl. 77	10/87	95,5	95,25G
6 dgl. 78 I	1/88	95	94,9
6¼ dgl. 78 I	9/88	96,1	96,25
6½ dgl. 78 II	12/88	96,3G	96,3
6¾ dgl. 79	1/89	97G	97
7¼ dgl. 79 I	4/89	97,9	97,9
10 dgl. 81	4/89	107,5	107,37
7½ dgl. 79 I	6/89	98,45	98,4
8 dgl. 79 I	7/89	100,2	100,2
8 dgl. 79 II	8/89	100,1	100,05
7½ dgl. 79 II	9/89	98,25	98,05
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,1	98,9
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,15	98,9
10 dgl. 80	4/90	108,65	108,5
5¼ dgl. 78	5/90	92	91,7
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,55	100,35
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,55	100,3
7¾ dgl. 82	11/90	98,05	97,75
9 dgl. 81	2/91	103,75	103,6
10¼ dgl 81	7/91	110,25	110,1
10¾ dgl. 81	9/91	112,8bG	112,65G
10 dgl. 81 II	12/91	109,25	109,05
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,75	107,6
9¼ dgl. 82 II	3/92	107,9	107,7G
6 dgl. 78 II	3/93	89,55	89,45
9,5 dgl 82	4/92	106,55	106,35
9 dgl. 82	5/92	103,95bG	103,75
8½ dgl. 82	8/92	101,35bG	101,2
9 dgl. 82	8/92	103,95bG	103,75
8¾ dgl. 82	9/92	102,75bG	102,4
7¾ dgl. 82	12/92	96,9	96,5
7½ dgl. 83	1/93	95,3bG	94,9
7½ dgl. 83 II	3/93	95,35bG	95
7½ dgl. 83 III	5/93	96,45	96,05
8¼ dgl. 83	6/93	99,95	99,75
8 dgl. 83	7/93	98,4bG	98,15bG
8½ dgl 83 II	8/93	99,65bG	99,65bG
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,95	99,7
8¼ dgl. 83 IV	11/93	99,9	99,7
8¼ dgl. 83 V	12/93	99,95bG	99,7
8¼ dgl. 84	1/94	99,95bG	99,7
8¼ dgl. 84 II	2/94	100	99,7
8 dgl. 84	3/94	98,3	97,95
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,65	100,6
8 dgl. 80 S.2	2/85	101	101,05
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,26	101,2
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	101,6	101,75
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,85	101,65
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,35	101,4
8 dgl 80 S.7	6/85	101,25	101,15
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,8	100,6
8½ dgl. 80 S.9	10/85	101,7	101,65
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,7	102,7
9 dgl. 81 S 11	1/86	102,85	102,75
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,4G	104,4G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,55	104,35
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104	104,2G
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,05	105,05
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,9	105,9
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,1	107
10½ dgl. 81 S 18	10/86	106,45	106,45
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,55G	105,55
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,75G	104,75
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,35	106,35
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,8	105,8
9½ dgl 81 S.23	12/86	104,85	104,85
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,05	104,9
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,7	104,7
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104,25	104,25
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,8	103,8
8½ dgl 82 S.28	5/87	102,7	102,65
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,1	105,1
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,45	103,35
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,8	102,7
8¼ dgl 82 S.32	10/87	101,25	101
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,55	100,3
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100	99,8
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,3	99
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,25	97,95
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	96,55	96,25
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,4	97,4
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,4	98,4
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,3	99
8 dgl. 83 S 41	6/88	100,45	100,1
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,35	100
8 dgl. 83 S 43	12/88	100,3bG	100
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,25bG	100,9
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,3	–
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,4	–

Bundesbahn

		4. 6.	1. 6.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,4	100,4
8¼ dgl. 76	9/84	100,45	100,45
6 dgl. 78 III	11/84	100	100G

		4. 6.	1. 6.
F 6½ dgl. 79	2/85	100	99,95
8½ dgl. 73	2/85	101,2	101,2
7 dgl. 77	2/87	99,05	98,95G
6 dgl. 77	9/87	95,7	95,55
6 dgl. 78 II	7/88	94,05	93,8
6½ dgl. 77	5/89	94,85	94,65G
8 dgl. 79 I	7/89	100,25	100,1
6 dgl. 78 I	2/90	91,1	90,85
8 dgl. 80 II	7/90	99,95	99,65G
9 dgl. 81	3/91	104	103,8
10½ dgl. 81	9/91	111,8	111,6G
10¼ dgl. 81	11/91	110,75	110,6
8 dgl. 80 I	2/92	99	98,9
10 dgl. 82	2/92	109,65	109,45
9½ dgl. 82	7/92	106,95	106,75G
8 dgl. 82	11/92	98,55	98,35
7¾ dgl. 83	1/93	96,8	96,5bG
8¼ dgl. 83	10/93	99,95	99,7

Bundespost

		4. 6.	1. 6.
F 6½ Bdpost 68	6/88	98,8	98,8G
8 dgl. 72 I	9/87	100,6	100,6
10 dgl. 81	3/89	107,8	107,8
10¼ dgl. 81	6/89	108,95	108,8
8 dgl. 80	3/90	99,7	99,4
7¾ dgl. 80	9/90	98,35	97,85G
8¾ dgl. 80	12/90	103,05	102,55
10¼ dgl. 81	10/91	111,9	111,75G
9¾ dgl. 82	2/92	108,2	107,7G
8¾ dgl. 82	6/92	102,65	102,5
8¼ dgl. 82	10/92	101,6	101,25
7¾ dgl. 83	2/93	96,9	96,4G
8½ dgl. 83	9/93	101,2	101,05G
8¼ dgl. 84	2/94	100	99,7

Länder – Städte

		4. 6.	1. 6.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,75G	97,75G
8¼ dgl. 82	92	100	99,85
M 7 Bayern 66	86	101	101
6½ dgl. 67	87	101G	101G
6 dgl. 68	85	98,75G	98,75G
6 dgl. 78	88	94	93,5
8¾ dgl. 80	90	103G	103G
8¾ dgl. 82	92	102,35G	102,35G
7½ dgl. 83	93	94,75	94,75
8 dgl. 84	94	98,75G	98,75G
B 8½ Berlin 70	85	102G	102G
8 dgl. 72	85	101G	101
7 dgl. 77	85	100,2G	100,2G
6½ dgl. 78	88	98,25G	98,25G
8¾ dgl. 80	88	103,5G	103,5G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,75G	100,75G
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 83	93	94,75	94,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,3G	101,3G
6¼ dgl 77	92	95,6	95,4
8 dgl. 80	92	99,3	99,25G
9¾ dgl. 82	92	107,45G	107,45G
7½ dgl. 83	92	94,85	94,9
8¼ dgl. 84	94	99,85	99,2
F 8 Hessen 71	86	101	101
6¼ dgl. 78	88	94,2	94
Hn 8½ Nieders. 70	85	100,6G	100,6G
7½ dgl. 72	87	100	100G
8 dgl. 72	87	100,8	100,9
7½ dgl. 79	87	98,86	98,6
7¾ dgl. 82	92	96,5G	96,25
8 dgl. 83	93	98,5	98,1
8 dgl. 84	94	99G	99G
D 7½ NRW 83	93	94,85	94,65
7¾ dgl. 83	93	96,75	95,95
8½ dgl. 83	93	100,9	100,7
8¼ dgl. 83	93	100	99,7
8¼ dgl. 84	92	99,5	99,5
F 8 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8	99,8G
8 dgl. 71	86	100,25	100,25
F 8½ Saar 70	85	-Zhg.	-Zhg.
7 dgl. 72	87	99,25	89G
6 dgl. 78	88	94	93,7
H 8 Schl.-H. 64 II	84	99,8G	99,8G
7¼ dgl. 72	87	99,4G	99,4G
8½ dgl. 73	86	101	101G
8 dgl. 84	94	98,5	98,25
D 7 Essen 72	85	100,25	100,25
S 7½ Stuttgart 71	86	100,75G	100,75G
7¾ dgl. 72	87	100,75G	100,75G
8 dgl. 83	93	98G	98G

Bankschuldverschreib.

	4. 6.	1. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87
7 dgl. Pf 2	100,2	100,2
F 7½ Bakola Pf 104	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 106	103,6G	103,6G
10 dgl. Pf 108	107,9G	107,9G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,8G	102,8G

	4. 6.	1. 6.
M 5½ Bayer.Hdb. Pf 14	92,5G	92,5G
6 dgl. Pf 20	83G	83G
6¾ dgl. Pf. 2	85,25G	95,25G
7 dgl. Pf 3	94,75G	94,75bG
7 dgl. Pf 27	94,75bG	94,75bG
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75bG	80,75G
6 dgl. KS 1	99,25G	99,25G
M 5 Lda. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96,4G	96,4G
6 dgl. IS 17	95,5G	95,5G
8½ dgl. KO 49	101,75bG	101,75bG
8½ dgl. KO 48	101,6bG	101,6bG
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100G	100G
9½ dgl. Pf 105	100bG	100,25G
10 dgl. KS 307	100G	100G
9½ dgl. IS 726	101,5G	101,5G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118G	118G
5½ dgl. Pf 28	–	–
6 dgl. Pf 4	90,25G	90,25G
6½ dgl. Pf 3	88G	88G
6½ dgl. Pf 12	85,5bG	85,5G
7 dgl. Pf 20	96G	96G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	95,8G	95,8G
6 dgl. Pf 34	94,5T	94,5T
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	86,75G	86,75G
7½ dgl. Pf 87	92G	92G
6 dgl. KS 29	79,75G	79,75G
7 dgl. KS 30	98,55G	98,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	118G	118G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,25G	101,25G
8¼ dgl. KO 218	101,25G	101,25G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	–	–
9 dgl. KS 139	103,2G	103,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,1G	101,1G
9 dgl. Pf 239	103,3G	103,3G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	99,7G	99,7G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,25G	92,25G
6 dgl. IS 71	99,95G	99,95G
6¼ dgl. IS 73	97,65	97,65G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm. KOS5-4	81G	81G
6 dgl. KO 46	77G	77G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	96,25G	96,25G
9 dgl. KO 129	101,4G	101,4G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Hn6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,8G	99,8G
10 dgl. KS 134	101,65G	101,65G
8¾ dgl. KS 140	100,9G	100,9G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	78G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5½ dgl. Pf 59	79G	79G
6 dgl. Pf 162	78G	78G
B 9 Dt.Pf.Wf. Brl. 482	104G	104G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100G	100G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,15G	99,15G
6¼ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¾ dgl. Pf 74	99	99
6¾ dgl. Pf 76	96,95G	96,95G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,95G	93,95G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 66	70G	70G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	76,5G	76,5G
6 dgl. Pf 130	92,1G	92,1
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G

	4. 6.	1. 6.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,1	90,1
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 6	109G	109G
6 dgl. Pf 60	94,4	94,4
6 dgl. Pf 73	100,7G	100,7G
4 dgl. KO 5	102G	102
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	81,25	81,25G
6½ dgl. Pf 80	89,9G	89,9G
8 dgl. Pf. 248	100,45G	100,45G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,25G	101,25G
9 dgl. KO 259	103,25G	103,25G
9¾ dgl. KO 282	100,6G	100,6G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	91,5G	70G
7 dgl. Pf 25	94,5	94,5
10 dgl. Pf 40	101G	101G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	101,1G	101,1G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	87,6G	87,6G
7 dgl. Pf 12	91,5	91,5
4½ dgl. KO 6	100	100
7½ dgl. KO 80	100G	100G
8½ dgl. KO 81	100G	100G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	103G	102G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	88G	88G
8¼ dgl. KS 8	101,5G	101,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	81G	81G
7 dgl. Pf 97	90	90
10 dgl. Pf 33	101,5G	101,5G
6½ dgl. KS 78	97G	97G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 130	85,5G	85,5G
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24	104	104
6½ dgl. Pf 42	99,15G	99,15G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	94,6G	94,6G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101bB	101G
9 dgl. KO 53	101,9G	101,9G
7½ dgl. IS 6	99,7G	99,7G
10 dgl. IS 37	100,6G	100,6G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115
5 dgl. Pf 58	83,75G	83,75G
6 dgl. Pf 95	78	78
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	93,75G	93,75G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9¾ dgl. KO 58	101G	101G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97G	97G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	103,5G	103,5G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl. KS 110	101,5G	101,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	85,5G	85,5G
5½ dgl. Pf 43	84,4G	84,4G
6 dgl. Pf 56	78,65G	78,65G
7 dgl. Pf 61	87,9G	87,9G
8 dgl. Pf 70	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 68	101,4G	101,4G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	76,5G	76,5bG
6½ dgl. Pf 143	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 87	94,5bG	94,5G
7½ dgl. Pf 104	98G	98G
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 81	100,25G	100,25G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	100,75G	100,75G
9 dgl. KS 185	103G	103G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	4. 6.	1. 6.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
6¾ dgl. Pf 403	97,85G	97,85G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	99G	99G
7 dgl. KO 556	100,1G	100,1G
6¼ dgl. KS 420	96,45G	96,45G
9¼ dgl. KO 1301	104,6G	104,6G
8½ dgl. KS 1278	101,55G	101,55G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¾ dgl. IS 1520	101,9G	101,9G
6½ dgl. IS 679	94,4G	94,4G
7½ dgl. IS 1503	100,25G	100,25G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5G	95,5G
6¼ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,1G	101,1G
9¼ dgl. Pf 564	103,3G	103,3G
9¾ dgl. KS 294	102,2G	102,2G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Würt. Hypo. Pf 84	75G	75G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	88,35G	88,35G
7 dgl. Pf 5	100G	100G

Sonderinstitute

	4. 6.	1. 6.
D 6 DSLB Pf 28	84G	84G
6 dgl. Pf 47	80G	80bG
7 dgl. Pf 63	89G	89G
7½ dgl. Pf 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	98G	98G
8 dgl. Pf 165	100G	100G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 153	102G	102G
7 dgl. RS 162	98,25G	98,25G
9½ dgl. RS 172	104,25bG	104,25bG
9 dgl. RS 186	104G	104G
10 dgl. RS 193	105G	105G
11¼ dgl. RS 195	107,5G	107,5bG
F 7½ KfW 70	100,45G	100,45G
8 dgl. 70	101,25	101,25
7¼ dgl. 79	99,15	99,15
8 dgl. 84	99,6G	99,6G
F 10 Kredit 81	108,8	108,8G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,85	100,85G
7½ dgl. 83	96,5	96,5
8¼ dgl. 83	99,9G	99,9G
F 8 Lawi.Rentbk. RS 14	99,75	99,75
6 dgl. RS 15	97,75G	97,75G
8 dgl. RS 16	96,6G	96,6G
6 dgl. RS 19	98,5G	98,5
8 dgl. RS 20	-Zhg.	-Zhg.
6 dgl. RS 21	99,4	99,4
8 dgl. RS 28	99,8	99,8
7½ dgl. RS 27	100,75G	100,75G
6½ dgl. RS 60	97,25G	97,25G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,25G	100,25
8 dgl. 101	100G	100G
7½ dgl. 102	97,75T	97,75T
9½ dgl. 126	104,6G	104,6G
D 8 LAG TS 76	101,2G	101,2G
6½ dgl. TS 77	97,3G	97,3G
5½ dgl. 78	93,7	93,7
7 dgl. 79	98,6	98,5

Industrieanleihen

	4. 6.	1. 6.
F 6 Badenwerk 64	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	94,5	94,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 8 Chem. Hüls 71	99,9G	99,9G
7¾ Cont. Gum. 71	99,8G	99,8G
5¾ HEW 62	97	96,75
7½ dgl. 71	100,25G	100,1G
4½ Harpen 59	204G	204G
6 Hoesch 64	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	100T	100T
7½ Karstadt 71	99,8G	99,8G
7½ Kaufhof 71	99,8G	99,6G
7¼ dgl. 71	99,75G	99,75G
7½ dgl. 76	99,5G	99,5G
7½ Klöckner W. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	99,85	99,85G

	4. 6.	1. 6.
6 RWK 61	98,75G	98,75G
6 dgl. 62	97,5	97,5G
6 GbDon. Kraftw. 64	97,75T	96T
F 6 Rh.Bdnr. 63	95,8	95,8G
6 dgl. 65	95,25G	95,25G
6 RWE 63	95,8T	95,8T
6 dgl. 65	95G	95G
7¾ dgl. 71	99,8T	99,8G
7 dgl. 72	98,8G	98,8
6 Rh.-M.-Don. 62	97G	97G
6½ dgl. 68	99,5G	99,5G
8 Schleswag 71	99,9T	99,9T
5 STEAG 59	99,25G	99,25G
7½ Thyssen 71	99,6G	99,6G
8 dgl. 72	100G	100
7¼ dgl. 77	96,75	96,75
8 VEW 71	99,6	99,6G
6¾ dgl. 77	96,5T	96,5T
7 VW 72	98,75G	98,75G

Optionsscheine

	4. 6.	1. 6.
F 11 BASF Over Zns 82	84,7	81,4
7¼ Bayer Fin. 79	67,5	63
10½ Bayer Fin. 82	74	71,3
7½ BHF Bk. Int. 83	98,5	98
6¾ Ciba-Geigy 75	970	850
3½ Commerzbk. 78	53,9	52,1
7 Combk. Int. Lux. 83	52,5	53
4½ Dt. Bk. Comp. 77	143	138,1
3½ Dt. Bk. Int. 83	129,5	125
8¼ Degussa 83	163	160
4 Dresdner Bk. Int. 83	54,6	53
4 dgl. 83 II	56,4	54
10 Hoechst 75	343	341
6¾ dgl. 79	73,5	71,8
8 Hoechst 83	88,6	86,7
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2015	1980
5¾ Jusco 83	3000G	3000G
Mitsubishi 84	700	690
Mitsui 82	200	200
7¾ Siemens 83	184,8	179
6,875 Schering 83	104	99
4 Veba 83	55,4	52,9
6¾ Wells F. 73	320	320
F 8¾ BASF 74	69,3	65,5
Bayer 84	66,2	63,5
5 Conti 84	58	55,5
Stumpf 78	77,5bG	77,5G

Optionsanleihen

	4. 6.	1. 6.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	106G	108
7½ dgl. 83 oO	77,5	76,75G
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	113,5G	113,5
F 3½ dgl. 78 oO DM	90	89bG
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	120	119G
4½ dgl. 77 oO $	86T	85T
3¾ Dt. Bk. 83 mO	121	119,5T
3¾ dgl. 83 oO	82,5	82,45
6¾ Dt. Bk. 83 mO	101G	101G
6¾ dgl. 83 oO	71,25	70,25
4 Dresd. Bk. 83 mO	106	105
4 dgl. oO	85	85T
7½ Jap. Synth. 82	174,5T	174,5T
7½ dgl. 82 oO	101	100T
5¾ Jusco 83 mO	144G	144G
5¾ dgl. 83 oO	94G	93,9bG
3½ Mitsubishi 84 mO	99	98,1
3½ dgl. 84 oO	86,05	85,4
4 Veba 84 mO	120	118T
4 Veba 84 oO	76,9	76,9
F 6½ Wells F. 73 mO DM	129G	129G
6½ dgl. 73 oO DM	97G	97G
F 8¾ BASF 74 m O	145	145
8¾ BASF 74 oO	101,25	100,75
3¼ Bayer 84 mO	118,5	115,8
3¼ Bayer 84 oO	72,1	72
5 Conti 84 mO	135,5	133,1bG
5 Conti 84 oO	78	78bG
M 3½ Stumpf 88 mO	–	172G
M 3½ Stumpf oO	84,5G	84,5G

Währungsanleihen

	4. 6.	1. 6.
6¾ Kopenhagen 72	95,5G	95,25G

Wandelanleihen

	4. 6.	1. 6.
F 5 Bayer 69	103	103
H 8 Beiersdorf 82	163G	163
D 9 Girmes 74	330	344
6¾ KSB 83	123T	123T
F 6 Pfaff 84	116,5	116

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS. = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	4. 6.	1. 6.
F 4¾ AKZO 69	96,25G	96,25G
F 5 Asca Corp. 83	103	103
F 3¾ All Nippon 78	96,25	95,75
F 3½ Asahi Opt. 78	121G	120G
F 4¾ Canon Inc. 77	350G	344
F 3½ Cas. Comp. 78	257G	257G
F 5¾ Daiei Inc. 80	125bG	127G
F 4½ Fujitsu Lim. 78	640G	610
F 5 dgl. 79	425G	415G
F 5½ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	120G	122G
F 3½ Jusco Co. 78	103,5	103

	4. 6.	1. 6.
F 6 Komatsu 78	152G	150G
F 6 Konishiroku Pho. 81	117T	117G
F 6¾ dgl. 82	117G	117G
F 3¾ Kosaken 78	100G	100G
F 7¼ Kraft Inc. 78	115,5G	115,5G
F 3½ Marudai F 78	100G	100G
F 6 Michelin Int. 70	99G	99G
F 5¾ Minolta 77	200G	194G
F 4 dgl. 79	153,5G	148G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	240G	230G
F 6,75 Mitsub. H 81	141G	141G
F 6 dgl. 81	109,5	108
F 6 Nichii Co Ltd 80	131T	131T
F 3¾ Nippon Sh. 78	136G	135G
F 3½ Nissan Mot. 78	96,5G	96G
F 4 Nisshin Steel 78	202G	207G

	4. 6.	1. 6.
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	125T	125T
F 3½ Olympus 78	208G	210G
F 3¾ Omron Tat 79	380G	370T
F 4¾ Orient Fin 79	240G	240G
F 3½ Ricoh Comp. 78	195G	195G
F 6¼ Rothm. Int. 72	100,25	99,75
F 3¾ Sanden Corp. 78	112,5	109G
F 3½ Sanyo Elec. 78	–	–
F 6¼ Sekisui 76	133G	133G
F 3½ Stanley 78	123G	125
F 6 Taiyo Yuden 82	125	122T
F 5 Texaco Int. 68	96,8	96,4
F 3½ Tok. Elec. 78	410G	400G
F 4 Tokyu Land 79	109	109G
F 3½ Trio Kenw. 78	95	95,5G
F 6½ Uny Ltd. 79	215G	215G

Ausländische Aktien in DM

	4. 6.	1. 6.
F L'Air Liquide	165G	165G
D Akzo	78,5	78
F Alcan	78,5	79,4
F Alcoa	93,5	92,5
F Alg.Bk.Nedld.	300	290
F All Nippon Air	3,5	3,7T
M ALPS El.	24,8	23
F Amax	50,1	51,4
F Am. Cyanamid	128G	128G
F Ameritech	172,5	171,5
D American Expr.	74,5	71,5
D Am Motors	11,9	11,9
F Am. T & T	41,6	42
F Amro Bank	53bG	52,5
F Anglo Am. Corp.	50,4	49,5
M Anglo Am. Gold	328	328,5
F Arbed	75T	73,5
D Armco	44,5	44,3
F Asahi Chem.	6,8	6,85
M Atl. Richfield	128,5	131
H Atlas Copco	41G	41G
M Avon	55,6	54,5
D Baker Int.	54,5G	53G
F Bell Canada	20,2bB	20,2bB
F Banco de Bilbao	27,9	27,8
F Banco Central	27,5	27,9
F Banco Hisp. Americ.	19,8T	19,1
F Banco de Santander	20,9	20,7
F Banco de Vizcaya	32,1	32
F Barlow Rand	29T	29T
M Baxter Trav. Lab.	43	43
D Beatrice Foods	75G	74G
F Bell Atlantic	186	184
D Bell Canada	60T	59T
F Bell South	78,5	75,5
D Bethlehem Steel	56,3	56
F Black & Decker	55exD	55
F Boeing	105	104,5
M Bougainville Copper	5,5	5,25
F Bowater	9,4	9,85
D BP	18,95	18,1
M Broken Hill	24,3	23,9
F Buf	11T	10,9T
F Cdn. Pacific	85,5	85
F Canon	14	13,9
F Casio Comp.	14G	14,3
F Caterpillar	113	112,5
D Ch. Manhattan	110	110
F Chrysler	64,5	61,3
M Citicorp.	80,3	78,8
F City Investing	106T	105G
F Coca-Cola	150	148
D Colgate	63	62,2G
M Commodore Int.	68,9	67,9
M Comm. Satellite	81,9	82,6
F Cons. Gold F.	21,5	21
D Cont. Group	93G	92T
F Control Data	84	84
H Courtaulds	5,2G	5,2bG
M CRA	12,85	12,3
M CSR	7,8	7,5
F Daiei	8G	8G
F Dart & Kraft	198G	199,5
M De Beers Cons.	19,8	19,8
F Deere Comp.	81	81G
F Delta Air Lines	86	85,5
F Diam. Shamrock	55	53
M Digital Equipm.	239,8	237,5
M Disney Prod.	170,4	170
H Distillers	10G	10G
M Dome Petroleum	6,75	6,65
D Dow Chemical	77	78,5
D Dresser	56	56,5
M Driefontein Cons.	105bB	105
D DuPont	128G	127G
H Dunlop	1,6G	1,6G
D Eastern Air Lines	13	13,1
F Eastman Kodak	178,8	180,3
F Eaton	108T	108T
F Elf Aquitaine	84,1	82,5
F Enhart	107	–
D Ericsson	100T	100G
D Esmark	156G	159G
D Exxon	107,2	106G
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,35	6,4
D dgl. Vz.	5,15	5
F Fieldcrest	–	–
D Fisons	6,8GexB	27G
M Fluor	49bG	48,1
D Ford	103	100
F Fujitsu	13,8	13,8

	4. 6.	1. 6.
F General Electric	141G	143exD
F General Foods	137G	136G
F General Mining	57G	57G
D General Motors	174	169,5G
D Gen. Shopping	306G	306G
D Gevaert	152G	152G
F Goodyear	65,5	66
H Grace	99	100G
F Greyhound	59T	59T
D GKN	6,6G	6,6G
F Gulf	209	213
F Gulf Canada	37	36,8
D Halliburton	99,8	99
M Hewlett Packard	95,6	95,2
D Highveld Steel	10,6G	10,6G
D dgl. o.O.	10,6G	10,6G
F Hitachi	899	980
M Holiday Inns	115	114
F Homestake	84,4	82,1
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,15	2,15
D Hoogovens	46	44,5
D Hughes Tool	47	47
F IBM	290,5	294
F ICI	21,5T	21T
M Impala Plat. Hold.	41,3	41,3
M Imperial Oil	79,6	80,4
M Intern. Harvester	17,7	17,7
F Inco	30,2	29,5
F Int. T & T	94,8	94
D Ishikawa Fin. Ind.	7,6G	7,6G
F Italcementi	73G	73G
F Izumiya	12T	11,5T
F Japan Line	1,5bG	1,55
D Jusco	–	–
F Kawasaki Kisen	1,45T	1,45T
F Kawasaki Steel	2,05T	2,15
M Kloof Gold Min.	148,6	145,6
F Komatsu	5,3	5,5
D KLM	139,5	136
F Konishiroku Photo	7G	7G
F Kubota	3,3	3,5G
D Lafarge	113G	113G
D Litton Ind.	189	187,5G
F Lone Star	82,5	82,5
D LTV	37,2	36
M M.I.M. Hold.	14,5	14,2
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	4,4G	4,5T
F Marudai Food	7,2G	7,2G
D Matsushita El.	20,5	20G
M McDonald's	–	170G
M Merrill Lynch	66,6	64,4
F McDonnell D.	140G	141G
M Minerals & Res.	24,7	24,5
D Minnesota M.	201G	202G
D Minolta Camera	6,6B	6,6G
F Mitsubishi Chem.	3,6T	3,4T
F Mitsubishi El.	4,6	4,3bG
F Mitsui Bk.	9,7G	10G
F Mitsui & Co.	3,8	4,1G
F Mitsui Engin.	1,8T	1,7T
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,8G
F Mitsumi El.	11,3	11,4
H Mobil Corp.	73	73
F Monsanto	247	245G
F Montedison	0,35	0,34
F Murata	27G	28T
M Nat. Semicond.	33,6	32,7
D Nat. Westminster	22B	22G
F NEC Corp.	14,2	14
F Nestlé	–	–
D Nikko Sec.	5,4G	5,3T
F Nippon Kokan	1,7bG	1,75T
F Nippon Shinpan	6,85	6,75
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	7,3G	7,5
F Nisshin Steel	2,1G	2,1
F Nissho - Iwai	3,2G	3,2G
D Nl. Industries	41,5	39,8
F Norsk Hydro	232	230
F Nynex	160	159,5
H Occ. Petroleum	87,7	88
F Océ v. d. Grint	198	195G
F Olivetti St.	7,8	7,75
F Olivetti Vz.	6,45	6,6
F Olympus Optical	9,8G	9,6
H v. Ommeren	23G	23G
F Omron Tateisi	21,5	22,1
F Pacific Telesis	151,5	148

	4. 6.	1. 6.
F Pakhoed	51,5	50,5
F Pakhoed 2.	–	–
M Pan Am	15,3	14,8
D Parker Drilling	29,1	28,2
F Peko Wallsend	11	11,2
M Pepsi	109,3exD	109,2
F Pernod-Ricard	240G	250G
F Peugeot	71,1	72
F Philip Morris	174,9	173G
H Philips	39,5	38,5
D Phoenix Ass.	16G	15,5G
M Pioneer El.	30,7	30,4
F Pirelli	2,40B	2,35T
M Polaroid	71exD	70,5
M Prime Computer	36,5	36,9
F Procter & G.	136,5	135
D Ramada Inns	19G	19,4
M Ranger Oil	–	21,8
F Rank Org.	7,8T	7,65G
F Ricoh	10,5G	10,7G
F Rio Tinto MA-St.	23,5T	23T
F Rio Tinto Kom.	21G	21G
H Robeco	55	53,5
F Rockwell	71,5	71
H Rolinco	51,8	49,5
F Rorento	176G	176G
F Rothmans Int.	5,2T	5G
D Rowan Cos	33,5	33
H Royal Dutch	136,7	135,5
M Rustenburg Plat. Hold	31	30,5
F Sanko Steamship	2,1T	2,1
F Sanden Corp.	6,5G	6,5G
M Santos	14,5	14,1
F Sanyo Elec	5,8	5,7T
F Sanwa Bk.	10,1	10,3G
M SASOL	10,9bB	10,75
F Schering Plough	100G	100G
F Schlumberger	131,4	130,1
F Schw. Alum.	931	945
F Schw. Bankverein PS	322	324
F Schw. Bankverein OR	7,75	7,6
M Sears, Roebuck	81,8	81exD
F Seiyu Stores	7,3G	7,3G
F Sekisui House	6,6G	6,7G
F Selected Risk	43G	43G
F Shell Canada	54	53
H Shell T & T.	24,5G	24,5G
D Singer	69,5	67G
F [illegible]	2,36	2,36
D Solvay	197T	198T
D Sony Corp.	38,8bB	40
F Southwestern Bell	152,5	149
D Sperry Corp.	100	109
F Squibb	106T	101
F Standard Oil	121B	121,5
F Stanley Elec.	8G	8,2G
F Steyr-Daimler-P.	20,2	20,1bG
F Sumitomo	5,35	8,3
F Sumitomo Heavy	2,5G	2,5G
D Sumitomo Metal	2G	1,95G
D Sun	131G	135G
M Sunshine Mining	34,2	34,1
F Swissair	113G	115B
F Taisei Kens.	2,4G	2,4G
M Tandy	74,4	73,9
F Taiyo Yuden	12G	12G
F Tenneco	106	105
D Texaco	95,5	97
F Texas Instruments	356	357
D Thomson-CSF	97T	98T
D Thorn Emi	21G	21G
F Tokyo El.	15,5G	15,5G
D Tokyo Fac.	310G	325G
F Tokyo Sanyo El.	8,3G	8,3G
D Toray	5G	4,85G
D Toshiba	4,65	4,5T
F TRIO Kenwood	8G	8
F TRW	163	160G
D UAL	98G	92G
H Unilever	211,5	208
F Union Carbide	146	145,5
D Uniroyal	29,8	28,5
F United Techn.	183,5	178
F US Steel	72,9	71,5
F US West	153,2	152
M Vaal Reefs Expl.	359,5	360
D Vmf-Stork	98T	97T
D Volvo A	158TG	159TG
D dgl. Nam B	158TG	158TG
F Warner Commun.	62,9	60,3
F Warner Lambert	81	81bG
F Wells Fargo	85	85
M Western Deep L.	173bB	170bB
M Western Mining	8,4	8,15
M Westinghouse El.	58,4	56
F Westl.-Utrecht H.	79G	79
D Xerox Corp.	103	101G

Am 2. Juni 1984 entschlief nach langer, schwerer Krankheit, kurz nach Vollendung seines 75. Lebensjahres

Herr Ministerialdirigent a. D.

Bernhard Schmidt

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Verstorbene war vom 1. Januar 1968 bis zum 31. Mai 1974 Bundeskommissar für das Zündwarenmonopol auf Vorschlag des Bundesministers der Finanzen.

Seit 5. Juni 1975 war Herr Bernh. Schmidt Vorsitzender des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft.

In dieser Zeit hat sich der Verstorbene hervorragende Verdienste um die gesamte Zündwarenwirtschaft und um unsere Gesellschaft erworben.

Sein großer Erfahrungsschatz, seine überragende Sachkunde, seine vornehme Gesinnung, sein Gerechtigkeitssinn und sein stets liebenswürdiges und aufgeschlossenes Wesen, verschafften ihm die größte Wertschätzung.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Frankfurt, den 4. Juni 1984

Deutsche Zündwaren-Monopolgesellschaft i. L.
Der Liquidator Walther-Peer Fellgiebel

Carla Horn

geb. Ehlbeck

* 3. November 1916 † 25. Mai 1984

Sie wurde durch einen sanften Tod von ihrem schweren Leiden erlöst. Ihre ganze Liebe galt ihrer Familie. Wir werden sie sehr vermissen.

Rudolf Horn
Uwe und Ursula Harding geb. Horn
Michael und Kerstin
Peter und Inge Ehlbeck geb. Trost
Claus Ehlbeck

Hamburg 65
Sodenkamp 72

Auf Wunsch der Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Familienkreis stattgefunden.

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Gewinnen schlossen zum Wochenbeginn die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Mit erheblichen Einbußen ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Große Abschläge mußten auch Kaffee und Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	4. 6.	1. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	357,00	354,50
Sept.	361,00	359,25
Dez.	375,75	375,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	245,55	250,74
Amber Durum	238,10	243,54
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	143,00	142,00
Okt.	148,00	146,50
Dez.	152,00	152,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	141,40	140,80
Okt.	130,00	129,70
Dez.	128,00	127,50
Hafer Chicago (c/bush)		
Juli	189,50	190,50
Sept.	183,50	184,50
Dez.	185,50	186,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	348,75	348,25
Sept.	324,75	325,75
Dez.	300,75	302,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Juli	140,70	140,40
Okt.	132,00	131,80
Dez.	132,20	132,30

Genußmittel

	4. 6.	1. 6.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	142,90	145,80
Sept.	142,70	145,60
Dez.	142,50	145,20
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2520	2615
Sept.	2560	2630
Dez.	2405	2450
Umsatz	2388	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,70	5,82
Sept	5,89	6,06
Okt.	6,22	6,29
Jan.	6,80	6,82
März	7,38	7,40
Umsatz	4685	10 156
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,70	5,65
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Juli	2250–2254	2340–2342
Sept.	2251–2254	2325–2328
Nov.	2259–2268	2342–2345
Umsatz	5579	2584
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	2030–2032	2055–2056
Sept.	2009–2010	2012–2014
Dez.	1815–1812	1815–1818
Umsatz	5115	6627
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	157,00–157,20	160,80–161,00
Okt.	164,80–165,00	168,40–168,60
Dez.	173,20–173,60	176,00–176,80
Umsatz	1979	3527
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	345,00	345,00
weißer Sarawak	635,00	635,00
weißer Muntok	642,50	642,50
Orangensaft New York (c/lb)		
Juli	183,70	183,00
Sept.	182,50	182,00
Nov.	180,00	179,75
Jan.	179,80	179,75
März	179,65	179,50
Umsatz	750	1250

Öle, Fette, Tierprodukte

	4. 6.	1. 6.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	60,00	60,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	39,75	39,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	34,83	35,83
Aug.	33,95	34,95
Sept.	32,25	33,15
Okt.	29,85	30,40
Dez.	28,80	29,20
Jan.	28,60	28,80
März	28,40	28,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	43,00	44,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,50	29,50
Choise white hog 4% fr. F.	26,00	26,00
Talg New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,75
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	52,17	51,75
Juli	56,65	56,60
Aug.	58,40	57,55
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	66,35	66,80
Aug.	64,85	64,70
Febr.	77,35	75,65
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	64,50	64,50
Kühe einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	809,00	824,00
Aug.	807,00	822,00
Sept.	758,00	767,50
Nov.	721,00	728,00
Jan.	733,00	738,00
März	745,00	750,00
Mai	755,00	759,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	190,90	192,50
Aug.	193,50	194,30
Sept.	191,00	193,00
Okt.	184,00	186,50
Dez.	186,50	189,00
Jan.	188,50	189,00
März	191,00	192,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
Juli	350,00	360,00
Okt.	349,00	358,20
Dez.	349,00	354,00
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	63,00	62,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	1180,00	1180,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	645,00	655,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	910,00	930,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	273,00	283,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1450,00	1460,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	309,00	317,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	4. 6.	1. 6.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	82,91	84,85
Aug.	79,50	81,25
Okt.	78,45	80,40
Dez.	75,42	77,35
März	76,85	78,55
Mai	77,15	79,15
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	49,50	49,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
Aug.	447–451	445–451
Okt.	443–447	442–448
Dez.	441–442	440–446
Umsatz	13	152
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:		
Mai	unerhältlich	geschlossen
Juli	unerhältlich	geschlossen
Okt.	unerhältlich	geschlossen
Dez.	unerhältlich	geschlossen
Umsatz	–	–
		Tendenz: –
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype		
Juli	577,0–580,0	577,0–580,0
Okt.	–	unerhältlich
Dez.	–	unerhältlich
Umsatz	0	11
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Juni	13 593	13 726
Juli	13 586	13 665
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	66,00–67,50	67,00–69,00
Juli	66,50–67,50	67,00–69,20
Aug.	67,20–68,00	67,90–68,50
Sept.	68,20–69,00	69,50–69,80
		Tendenz: ruhig
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Juni	208,00–209,00	unerhältlich
Juli	215,75–216,00	unerhältlich
Nr. 2 RSS Juni	207,50–208,00	210,50
Nr. 3 RSS Juni	204,00–205,00	207,00
Nr. 4 RSS Juni	197,00–198,00	200,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	1. 6.	31. 5.
BWC	515,00	515,00
BWD	505,00	505,00
BTC	515,00	515,00
BTD	505,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4. 6.	1. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	120,60–120,88	122,43–122,81
drittfolg. Monat	121,91–122,10	122,43–122,81
Zink: Basis London		
laufend. Monat	293,42–293,80	302,59–302,97
drittfolg. Monat	255,85–256,23	261,09–261,28
Produz.-Preis	291,23	295,17
Reinzinn 99,9%	3749–3786	3773–3810

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 6.	1. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	385,28–387,16	393,15–395,03
Blei in Kabeln	128,25–129,25	130,25–131,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchstes und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	4. 6.	1. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	381–388	–
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429–432	435–437
MS 63	414–419	419–424

Zinn-Preis Penang

	4. 6.	1. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 6.	1. 6.
Leg. 225	413–415	413–415
Leg. 226	415–417	415–417
Leg. 231	445–447	445–447
Leg. 233	455–457	445–447

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 6.	1. 6.
Platin (DM je g)	36,758	36,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 350	34 350
Rücknahmepr.	33 600	33 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 200	34 320
Rücknahmepr.	33 670	33 780
verarbeitet	35 900	36 020
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 865	34 100
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	817,40	827,40
Rücknahmepr.	800,90	810,70
verarbeitet	853,60	864,10

Internationale Edelmetalle

	4. 6.	1. 6.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	394,50	389,40
15.00	391,00	393,75
Zürich mittags	393,40–393,90	391,25–391,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 200	104 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	667,00	672,60
3 Monate	682,65	688,00
6 Monate	700,00	706,55
12 Monate	737,05	744,05
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	282,50	284,80
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,45	110,90

New Yorker Preise	4. 6.	1. 6.
Gold H & H Ankauf	391,00	393,75
Silber H & H Ankauf	930,00	944,50
Platin fr. Händlerpr.	391,00–394,00	391,00–394,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	155,00–156,00	155,00–156,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	940,00	928,10
Juli	947,00	934,00
Sept.	965,00	955,00
Dez.	996,00	983,00
Jan.	1007,00	1000,00
März	1028,30	1019,00
Mai	1050,30	1044,00
Umsatz	28 000	32 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 6.	1. 6.
Juni	62,65	64,05
Juli	63,05	64,50
Sept	64,40	65,86
Dez.	66,65	68,00
Jan.	67,40	68,75
März	68,75	70,15
Mai	70,15	71,45
Umsatz	11 000	8 500

Londoner Metallbörse

	4. 6.	1. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	951,50–952,50	966,00–967,00
3 Monate	961,50–962,00	979,00–980,00
Blei (£/t) Kasse	321,00–322,00	327,00–328,00
3 Monate	324,50–325,00	327,50–328,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1013,0–1013,5	1029,5–1030,0
3 Monate	1033,0–1033,5	1046,5–1047,0
abends Kasse	1010,5–1011,0	1026,0–1027,0
3 Monate	1030,0–1030,5	1044,0–1044,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1016,0–1017,0	1029,0–1031,0
3 Monate	1025,0–1027,0	1039,5–1040,5
Zink (£/t) Kasse	760,00–765,00	795,00–800,00
3 Monate	674,00–674,50	690,00–690,50
Zinn (£/t) Kasse	9065–9070	9070–9075
3 Monate	8995–8996	9010–9011
Quecksilber $/Fl.)	280–300	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	87–89	87–88

FINANZANZEIGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Eisen- und Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Köln

Bilanz zum 31. Dezember 1983

Aktiva

	Stand am 1. 1. 1983 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 31. 12. 1983 DM
I. Anlagevermögen					
Sachanlagen					
Werk Thale	1,–	–,–	–,–	–,–	1,–
Geschäftsausstattung	70 803,–	8 605,15	5 702,–	22 671,15	51 035,–
	70 804,–	8 605,15	5 702,–	22 671,15	51 036,–
Finanzanlagen					
Beteiligungen	72 836 221,–	13 000 000,–	–,–	–,–	85 836 221,–
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon 20 000,– DM durch Grundpfandrechte gesichert	40 000,–	–,–	–,–	–,–	40 000,–
	72 876 221,–	13 000 000,–	–,–	–,–	85 876 221,–
	72 947 025,–	13 008 605,15	5 702,–	22 671,15	85 927 257,–
II. Umlaufvermögen					
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				11 665,61	
Guthaben bei Kreditinstituten				62 501,42	
Forderungen an verbundene Unternehmen				67 357 000,31	
Forderungen aus Krediten nach § 89 AktG				130 000,–	
sonstige Vermögensgegenstände				*16 198 358,51*	*83 759 525,85*
					169 686 782,85

Passiva

	DM	Stand am 31. 12. 1983 DM
I. Grundkapital		88 000 000,–
II. Offene Rücklagen		
Gesetzliche Rücklage	10 000 000,–	
Freie Rücklage	45 000 000,–	
Einstellung aus dem Jahresüberschuß	2 000 000,–	
	47 000 000,–	57 000 000,–
III. Sonderposten mit Rücklageanteil (gemäß § 52 Absatz 5 EStG)		96 020,–
IV. Rückstellungen		
Pensionsrückstellungen	2 677 400,–	
andere Rückstellungen	11 194 483,–	13 871 883,–
V. Andere Verbindlichkeiten		
sonstige Verbindlichkeiten		155 376,85
VI. Bilanzgewinn		10 563 503,–
		169 686 782,85

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983

	DM	DM
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		7 489 000,–
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		5 328 711,10
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		1 033 649,–
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		9 602,–
sonstige Erträge		15 828 595,–
		29 689 557,10
Gehälter		947 921,94
soziale Abgaben		62 482,09
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		420 396,10
Abschreibungen auf Geschäftsausstattung		22 671,15
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens		149 999,–
Steuern		
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	14 349 654,–	
sonstige	906,–	14 350 560,–
sonstige Aufwendungen		1 262 431,82
		17 216 462,10
Jahresüberschuß		12 473 095,–
Gewinnvortrag		90 408,–
		12 563 503,–
Einstellung in die freie Rücklage		2 000 000,–
Bilanzgewinn		10 563 503,–

Pensionszahlungen: Im Geschäftsjahr 1983 sind 135 702,– DM geleistet worden. In den folgenden fünf Jahren werden sie voraussichtlich 103%, 106%, 110%, 137%, 152% der Zahlungen des Jahres 1983 betragen

Köln, den 4. April 1984

Der Vorstand
Remy Woopen

Die Buchführung der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Düsseldorf, den 9 April 1984

TREUARBEIT Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
Dr. Meisheimer *Görtz*
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Dividenden-Bekanntmachung – Wertpapier-Kenn-Nummer 565 800 –
Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 4. Juni 1984 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 12,– DM je Aktie im Nennwert von 100,– DM auf das Grundkapital von 88 Millionen DM zu verteilen. Die Auszahlung erfolgt ab sofort gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 23 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer. Mit der Dividende ist für die inländischen Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet. Den unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären, die eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Finanzamtes nach § 36 b EStG vorlegen, wird die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer zuzüglich des Steuerguthabens ausgezahlt. Zahlstellen sind die Gesellschaftskasse und die als Hinterlegungsstellen veröffentlichten Bankinstitute

Aufsichtsrat: *Otto Wolff von Amerongen, Köln, Vorsitzender, Professor* Dr. Gunther Hartmann, Köln, stellv. Vorsitzender; Dr. Karl-Ludwig Bresser, Düsseldorf; Rudolf Krahé, Köln; Alfred Freiherr von Oppenheim, Köln; Hans-Otto Thierbach, Frankfurt (Main)

Vorstand: Gunther Remy, Köln; Dr. Albert Woopen, Köln.

Köln, den 5. Juni 1984 DER VORSTAND

MOTORSPORT / Team-Chef Ken Tyrrell lobt seinen jungen Fahrer Stefan Bellof überschwenglich

„Ich bin stolz auf ihn und halte ihn für den besten Deutschen in der Formel-1-Geschichte"

dpa, **Monte Carlo**

Der kantige Ken Tyrrell rieb sich nach dem Großen Preis von Monaco die Hände. Zu Beginn der Saison fand er keine Sponsoren und damit auch kein Geld zum Kauf eines Turbo-Motors. Jetzt sagt der frühere Holzhändler: „Wer sagt denn, daß wir mit unserem uralten Dreiliter-Saugmotor von Ford keine Chancen in der Formel 1 haben? Stefan Bellof hat es ihnen allen gezeigt. Phantastisch, wie der gefahren ist und gekämpft hat. Ich bin stolz auf ihn und halte ihn für *den besten deutschen Rennfahrer in* der Geschichte der Formel 1." Das sagt ein Mann, in dessen Team Jackie Stewart zweimal Weltmeister wurde.

Spätestens bei diesem turbulenten Regen-Grand-Prix in den engen Straßen rund um das Spielcasino von Monte Carlo ist der Name des 27 Jahre alten Gießener Karosseriebaumeisters auch international in aller Munde. In erster Linie durch seine engagierte Fahrweise und die Art, wie er vom 20. und letzten Startplatz auf den dritten Rang vorfuhr und dabei so absolute Spitzenfahrer wie Finnlands Ex-Weltmeister Keke Rosberg im Williams-Honda und vor allem René Arnoux im roten Ferrari überholte.

„Nur schade mit dem Abbruch", war dann auch der Kommentar von Bellof, der sich im stillen wohl mehr als nur den dritten Platz bei Abbruch des Rennens hinter Alain Prost (McLaren-Porsche) und Ayrton Senna (Toleman-Hart) erhofft hatte.

Immerhin: Ein weiterer Aufschwung nach dem sechsten und fünften Platz von Zolder und Imola für den Gießener, der in der Erfolgsstatistik der deutschen Formel-1-Fahrer jetzt nur noch von Wolfgang Graf Berghe von Trips und Jochen Mass als Grand-Prix-Sieger sowie Karl Kling als Zweitplaziertem 1954 im Großen Preis von Frankreich übertroffen wird.

Die Politik von Stefan Bellofs Manager, Willi Maurer, das Talent aus Gießen nicht im deutschen Rennstall ATS oder auch bei Arrows verheizen zu lassen und sich mit Tyrrell einem typisch englisch-straff geführten Team anzuvertrauen, hat sich jetzt schon bezahlt gemacht. Der im März abgeschlossene Ein-Jahres-Vertrag sichert Tyrrell eine Option zu, die dieser auf jeden Fall wahrnehmen will, denn die Hoffnung auf das Turbo-Aggregat von Porsche ist nicht ungewöhnlich. Tyrrell: „Mit dem TAG-Motor fährt Stefan ganz vorne mit."

Für den schmalen Stefan Bellof vollzog sich der Aufstieg in der Rennsportszene steil, wenn auch nicht ohne Hindernisse. Denn nach seinen ersten Erfolgen in der deutschen Go-Kart-Meisterschaft und der deutschen Formel-Ford-Meisterschaft mußte er feststellen, daß Talent viel, Geld aber alles ist im Motorsport. Für die 50 000 Mark in der Formel 3 fand sich ein Kölner Sponsor, doch sein erstes Formel-2-Engagement schien gescheitert.

Fast eine Million Mark waren nötig. Hier nun sprang erstmals Willi Maurer ein, der die Zukunft Bellofs jetzt in die Hand nahm. Rund 500 000 Mark kamen zusammen. Bellof: „Den Rest gab mir Maurer als zinsloses Darlehen."

Stefan Bellof honorierte das Vertrauen: 1982 gelang es ihm als erstem Formel-2-Debütanten in Silverstone und Hockenheim im Maurer-BMW, gleich die ersten beiden Rennen zu gewinnen.

Viele interne Schwierigkeiten stoppten dann im letzten Jahr in der Formel 2 den hohen Favoriten Bellof, der den Maurer-BMW nur auf den neunten Rang steuerte. Pech hatte seinen Weg begleitet, das Team wurde aufgelöst, es gab Disqualifikationen und Schwierigkeiten mit den Aggregaten.

GALOPP

Die erlesenen Stuten der Ilse Bscher

K.GÖNTZSCHE, **Mülheim/Ruhr**

Am 2. Juni 1974 hat die Stute Loisach mit Jockey Harro Remmert im Sattel auf der Galopprennbahn in *Mülheim/Ruhr den klassischen Preis* der Diana mit einer dreiviertel Länge Vorsprung vor Palmares gewonnen. Loisach war eine der besten deutschen Vollblutstuten der letzten Jahre, sie gewann für ihre Züchterin und Besitzerin Ilse Bscher aus Köln fast 300 000 Mark. Heute ist Loisach Mutterstute im Gestüt Zoppenbroich in Mönchengladbach. Sechs Nachkommen gibt es von ihr bisher: Lobster, Lohe, Leukas, Las Vegas, Lobelia und das kürzlich geborene Stutfohlen Loiben.

Am Sonntag hat die Stute Las Vegas ebenfalls den Preis der Diana gewonnen. *Aber im Gegensatz zu ihrer* Mutter mußte sie sich den Sieg teilen, denn zum erstenmal seit der Austragung dieser Zuchtprüfung im Jahre 1857 gab es totes Rennen auf dem ersten Platz: Die 26:10-Favoritin Slenderella aus dem Gestüt Schlenderhan erzwang mit einem kraftvollen Endspurt noch den Halb-Sieg.

Ilse Bscher, Tochter des Adenauer-Beraters Robert Pferdmenges, züchtet in Zoppenbroich mit der wohl qualitätsvollsten Stutenherde Deutschlands. Sie besteht zwar nur aus neun Pferden (Kaschira, Katja, Lohe, Loisach, Osanna, Tannenknospe, Lorchen, Loire und Orlane) aber alle Stuten haben entweder ein beachtliches Rennvermögen aufzuweisen oder können sich auf eine edle Abstammung berufen.

Daß es am Sonntag zwischen Las Vegas, die vom irischen Stalljockey des Gestüts Röttgen, Patrick Gilson, geritten wurde, und Slenderella (mit Georg Bocskai) aus dem Gestüt Schlenderhan zum toten Rennen kam, war für Ilse Bscher ein besonderes Erlebnis. Sie gestand: „Schlenderhan war immer mein züchterisches Vorbild."

Der Mülheimer Rennverein zeigte sich spendabel, Ehrenpreise gab es für beide Siegerteams, Ilse Bscher durfte den am Sonntag vorhandenen gleich mit nach Hause nehmen. Mülheims Vizepräsident Paul Märzheuser: „Das konnten wir bei dem Temperament der Dame doch gar nicht anders regeln." Ilse Bscher ist in der Tat mit großem Engagement bei der Sache, für Trainer Sven von Mitzlaff ist der Umgang mit ihr deshalb nicht immer ganz einfach.

Schlendershans Gestütsleiter Ewald Meyer zu Düte (67) ließ, obwohl auch nur Halbsieger, begeistert Sekt auffahren. So sehr er sich über Siege von Hengsten auch freuen kann: noch mehr schätzt der westfälische Bauernsohn Schlenderhaner Erfolge in großen Stutenrennen.

GOLF

Langer mit Schmerzen Weltklasse

GERD A. BOLZE, **Hamburg**

Zweierlei hat Bernhard Langer bewiesen, als er in Hamburg-Falkenstein nach dreijähriger Abwesenheit *zum vierten Mal nach 1975/77/79 die* Nationale Offene Deutsche Golf-Meisterschaft gewann: Der 26jährige Anhausener lockt nicht nur in Ländern mit Golftradition, sondern auch in der in diesem Sport noch unterentwickelten Bundesrepublik Deutschland die Zuschauermassen an – am Samstag waren es fast 2000 und am Sonntag über 4000. Sie mußten keinen Eintritt zahlen. Ohne Langer säumten bei diesen gemeinsamen Titelkämpfen der deutschen Golflehrer und Amateure noch nicht einmal 500 bis 800 die Spielbahnen und Grüns. Doch Langer bewies auch, daß er leider vorerst der einzige deutsche Golfer von Weltklasse ist. Mit Runden von 68+70+71+74= 283 Schlägen bei schwierigem Platzstandard und Par 71 deklassierte er seine Konkurrenten mit 12 und mehr Schlägen.

Doch der Abstand wäre diesmal zweifellos noch größer gewesen, wenn der hohe Favorit im dreitägigen 72-Löcher-Kampf um den „American Express Pokal" die letzten elf Löcher nicht schwer gehandicapt hätte spielen müssen. Langer: „Vom siebten Loch ab, als ich mich nach dem Ball bückte, spielte ich nur mit großen Rückenschmerzen weiter, die durch den böigen Wind zusehends stärker wurden. Eine alte Verletzung, wie ich sie aber seit zwei Jahren nicht mehr gespürt hatte. Dadurch fiel mir jede Drehung beim Schwung schwer. Ich konnte den Ball nur noch die Spielbahn herunterstochern und rettete mich durch gutes kurzes Spiel über die Runde. Leider wirkten die vom Turnierarzt bekommenen Tabletten zu spät. So schmolz mein Vorsprung von teils schon 15 Schlägen dahin. Leid taten mir die vielen Zuschauer, denen ich gerne besseres Golf auf den letzten Löchern geboten hätte." Ein für gestern geplantes Schauturnier im englischen Wentworth mußte er absagen.

Trotz aller Entschuldigung der Veranstalter blieb der international erfolgreiche Berufsgolfer bei seiner Kritik an den schlechten Platzverhältnissen, die sich erst am Schlußtag durch vermehrte Anstrengungen und sogar zweimaliges Mähen der Grüns sichtbar besserten: „Wir können in Deutschland keine guten Spieler von internationaler Klasse hervorbringen, wenn die deutschen Plätze durch falsche Pflege weiterhin hinter dem internationalen Standard herhinken. Ich selbst bin nicht so viel besser geworden, weil ich mehr geübt habe, sondern weil ich fast nur noch auf besseren Plätzen im Ausland, vor allem in Übersee spiele."

FUSSBALL

Deutsches Team nach Los Angeles

sid, **Frankfurt**

Fußballspieler der Bundesliga werden an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles teilnehmen. Gestern erklärte Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), in Frankfurt: „Wir folgen der Aufforderung des Fußball-Weltverbandes und springen als Ersatz-Mannschaft ein." Zuvor hatte Neuberger einen Boykott der Bundesligaklubs verhindert.

Sportlich war die DFB-Auswahl am 17. April in Bochum mit 0:1 an Frankreich gescheitert, doch der Boykott der qualifizierten Ostblock-Vertreter UdSSR, CSSR und „DDR" ermöglicht den Bundesligaspielern noch die Teilnahme. Allerdings muß Willi Daume als Präsident des Nationalen Olympischen Komitees die Lizenzspieler noch in die deutsche Olympiamannschaft berufen. Hermann Neuberger erwartet bei der Zulassung keine Probleme.

Der Argumentation von Hermann Neuberger konnten sich die Bundesligaklubs bei einer Tagung in Frankfurt nicht verschließen: „Die Entscheidung für unsere Teilnahme ist schon vor zwei Jahren gefallen. Der *DFB stand* im Wort und mußte nach dem Boykott des Ostblocks zur Rettung des Turniers beitragen." Neben dem DFB-Team werden auch Italien und Rumänien, das einzige Ostblockland, das in Los Angeles startet, als Ersatz nominiert.

Die deutsche Mannschaft spielt voraussichtlich in der Gruppe C im kalifornischen Palo Alto gegen Marokko (30. Juli), Brasilien (1. August) und Saudi-Arabien (3. August). DFB-Justitiar Götz Eilers: „Unsere Mannschaft ersetzt in dieser Gruppe praktisch die DDR."

Die Bundesligaklubs hatten aus *wirtschaftlichen und sportlichen* Gründen eine Abstellung ihrer Spieler verweigern wollen. Der Verband zeigte aber Entgegenkommen: Der Start der 22. Bundesliga-Saison wird um eine Woche auf den 25. August verschoben. Die Olympischen Spiele (Beginn 28. Juli) enden erst am 14. August.

DFB-Trainer Erich Ribbeck hat für Los Angeles 17 Spieler nominiert. Darunter sind mit Buchwald (Stuttgart), Bommer (Düsseldorf), Brehme (Kaiserslautern) und Falkenmayer (Frankfurt) vier Spieler, die auch bei der Europameisterschaft zum Aufgebot von Bundestrainer Jupp Derwall gehören.

Das Aufgebot: Tor: Franke, Junghans. – Abwehr: Bockenfeld, Buchwald, Schäfer, Dickgießer, Bast, Wehmeyer. – Mittelfeld: Bommer, Groh, Brehme, Rahn, Falkenmayer. – Angriff: Mill, Schatzschneider, Waas, Schreier.

NACHRICHTEN

Handball: Glückslos

Basel (sid) – Bei der Auslosung für das olympische Handball-Turnier hatte die deutsche Nationalmannschaft Glück. Sie spielt in der Gruppe B zusammen mit Dänemark, Schweden, Spanien, Südkorea und den USA. In Gruppe A kämpfen die Favoriten Rumänien und Jugoslawien zusammen mit Island, Japan, Algerien und der Schweiz.

Apaitschew 8643 Punkte

Brandenburg (sid) – Der Sowjetrusse Alexander Apaitschew stellte beim Zehnkampf-Vergleich zwischen der „DDR" und der UdSSR mit 8643 Punkten eine Jahresweltbestleistung und einen Landesrekord auf. Uwe Freimuth schaffte als Zweiter mit 8553 Punkten „DDR"-Rekord. Die UdSSR gewann den Vergleich mit 57 477:55 986 Punkten.

Schockemöhle Dritter

Hickstead (sid) – Europameister Paul Schockemöhle belegte bei einem Reit- und Springturnier in Hickstead den dritten Platz. Sein Pferd Deister verweigerte bei der Prüfung (40 000 Mark für den Sieger) im Stechen am zweiten Hindernis. Es siegte der Engländer Nick Skelton auf St. James vor John Whitaker mit Ryans Son.

Schwimmen: Mindestalter

La Valletta (dpa) – Der Europäische Schwimm-Verband hat auf Antrag des deutschen Verbandes eine Altersgrenze für internationale Wettbewerbe eingeführt. Künftig dürfen Mädchen nur noch ab 13 Jahren, Jungen ab 14 Jahren starten.

Cosmos Turniersieger

New York (sid) – Cosmos New York gewann das Fußball-Turnier um den Atlantik-Cup durch einen 4:1-Sieg im Finale über den italienischen Erstliga-Klub FC Udinese. Im Spiel um Platz drei setzte sich der FC Barcelona nach einem 2:2 im Elfmeterschießen (7:6) gegen Brasiliens Meister Fluminense Rio durch.

Zahltag in Frankfurt

Frankfurt (dpa) – Rund 700 000 Mark wird Eintracht Frankfurt heute im zweiten Qualifikationsspiel gegen den MSV Duisburg, den Dritten der Zweiten Fußball-Liga, einnehmen. Der 5:0-Sieg in Duisburg, der Frankfurt praktisch den Verbleib in der Bundesliga sichert, sorgt für etwa 50 000 Zuschauer.

ZAHLEN

FUSSBALL

Aufstiegsrunde zur 2. Liga, Gruppe Nord, 4. Spieltag:

I.FC Bocholt – Blau-Weiß 90 Berlin	1:1
FC St. Pauli – SV Lurup Hamburg	3:1

1. FC St. Pauli	3	2	1	0	6:2	5:1
2. Blau-Weiß 90	3	1	2	0	5:4	4:2
3. I.FC Bocholt	3	1	2	0	3:2	4:2
4. FC Gütersloh	3	1	1	1	6:5	3:3
5. SV Lurup	4	0	0	4	3:10	0:8

Deutsche Amateur-Meisterschaft, Halbfinale, Hinspiele: Werder Bremen – Eintracht Hamm 1:2, Eintracht Trier – FV Offenburg 4:4.

GOLF

Nationale Offene Deutsche Meisterschaften in Hamburg: 1. Langer (Anhausen) 283 (68+70+71+74) Schläge, 2. Hübner (Hubbelrath) 295 (71+77+72+75), 3. Harder (Kronberg) 299 (74+74+73+78), 4. Giedeon (St. Dionys) 300 (77+73+72+78) und Schulte (Neheim-Hüsten) 300 (71+76+74+79). – **Damen:** Koch (Hannover) 228 (75+75+78), 2. Peter (Regensburg) 235 (79+80+76), 3. Lampert (Kronberg) 235 (79+75+81).

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich, Herren, Achtelfinale: Sundstroem (Schweden) – Cancellotti (Italien) 7:5, 6:1, 6:2, McEnroe (USA) – Higueras (Spanien) 6:4, 7:6, 3:6, 6:3, Arias (USA) – Gottfried (USA) 6:4, 2:6, 6:4, 1:6, 6:2, Connors (USA) – Sanchez (Spanien) 6:4, 6:1, 6:1. – **Damen,** Achtelfinale: Bassett (Kanada) – Arraya (Peru) 6:4, 6:4, Mandlikova (CSSR) – Keppeler (Deutschland) 6:0, 4:6, 6:1, Benjamin (USA) – Goles (Jugoslawien) 6:3, 5:7, 8:6, Bonder (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:4, 6:3, Evert-Lloyd (USA) – Maleeva (Bulgarien) 3:6, 6:3, 6:2, Brown (USA) – Garrison (USA) 6:3, 3:6, 6:3. – **Damen-Doppel,** Kohde/Mandlikova (Deutschland/CSSR) – Barg/Bernstein (USA) 6:0, 6:1.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 0, 1, 2, 0, 1, 1, 1, 1, 0, 2. – 6 aus 45: 5, 17, 21, 34, 39, 42, Zusatzzahl: 40. (ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT / *Der Zwang zum Weltrekord*

Ein Weltrekord ist ein Weltrekord, das Maß aller sportlichen Dinge, bis er unterboten wird. Wer ihn aufstellt ist glücklich, er hat viel geleistet, das weiß er. Auch die vier Damen Gesine Walther, Sabine Busch, Dagmar Rübsam und Marita Koch haben sich gefreut. Über 4 x 400 Meter sind sie mit 3:15,92 Minuten eine Zeit gelaufen, die mit Bob Beamons Weitsprung von 8,90 Metern gleichzusetzen sind. Eine schier *unglaubliche Leistung.*

Doch gerade sie zeigt die Verwirrung in der Leichtathletik der „DDR", die durch den von Moskau aufgezwungenen Olympia-Boykott entstanden ist. In Erfurt fanden die Meisterschaften der „DDR" statt, die Staffel ist eine Auswahl. Sie lief außerhalb des Programms. Marita Koch mußte auf ihren Start über 200 Meter verzichten – und damit auch auf einen Titel. Weltrekorde werden zum Zwang, der Beweis, wer die wahrhaft Besten sind, soll daheim, nicht bei den Olympischen Spielen erbracht werden.

Und wie da gezwungen wird, steht dann ab und an auch außerhalb der sportlichen Legalität: In Erfurt wurden die Läufe über 100 und 200 Meter entgegen der normalen Laufrichtung gestartet. So blies der Wind den Athleten in den Rücken ...

Daß die markigen moskau-hörigen Parolen unter den „DDR"-Sportlern und ihren Verbänden nur die Wut über den aufgezwungenen Olympia-Verzicht überdecken, wird immer deutlicher. Für die Medien-Vertreter gab es in Erfurt ein Programmheft mit einem Vorwort, in dem es hieß: „Die 35. DDR-Meisterschaften der Leichtathletik sind eine wichtige Station der Bewährung vor den Olympischen Spielen 1984." Auf Seite 62 folgt ein Zeitplan der Wettkämpfe von Los Angeles. Für die Zuschauer wurden diese Seiten einfach aus dem Heft gerissen.

Und auch das paßt ins Bild: Sechs Athleten aus der „DDR" wurden vom Veranstalter des renommierten Sportfestes in Zürich eingeladen. Prompt kam die Antwort, man wolle zehn bis 15 schicken. Das Züricher Fest – schließlich gibt es dort etwas zu verdienen – findet zu einer Zeit statt, in der die sogenannten nacholympischen Spiele in Osteuropa ablaufen sollen. Die Situation ist paradox. Boykottieren am Ende die Stars aus den Boykott-Ländern ihre eigenen Sportfeste?

Zweifellos, ein Weltrekord ist ein Weltrekord. Aber bisher hat sich jeder, der ihn aufgestellt hat, mit ihm nur getröstet, wenn er bei Olympischen Spielen verlor, nicht antreten konnte oder nicht durfte. DW

Ein zweites ZDF-Programm? – Interview mit Ministerpräsident Uwe Barschel

„Der medienpolitische Sündenfall"

Frage: Sie haben sich vehement gegen die Einführung eines zweiten Vollprogramms des ZDF ausgesprochen. Warum?

Barschel: Ich habe nichts dagegen, daß sich das ZDF an den Pilotprojekten in Ludwigshafen und München beteiligt. Ich habe auch nichts dagegen, daß über den Ostbeam des ECS ein Programm ausgestrahlt wird, das aus zeitversetzten ZDF-Programmteilen bestehen soll, angereichert mit Beiträgen aus dem österreichischen und schweizerischen Fernsehen. Aber ich habe rechtliche und medienpolitische Bedenken gegen die Produktion und die Zulassung eines zweiten ZDF-Vollprogramms.

Frage: Es wäre ein Verstoß gegen den ZDF-Staatsvertrag?

Barschel: Ohne Zweifel. Der Staatsvertrag besagt ganz eindeutig, daß das ZDF als bundesweite deutsche Fernsehanstalt der Länder ein Vollprogramm als Alternative zum damals allein vorhandenen ARD-Programm werden sollte, um dem Bürger eine Auswahlmöglichkeit zu geben.

Frage: Inzwischen hat sich die Medienlandschaft grundlegend verändert. Es gibt andere und viel mehr technische Möglichkeiten.

Barschel: Das heißt doch aber noch lange nicht, daß jetzt der ZDF-Staatsvertrag *sozusagen* unter frequenztechnischen Gesichtspunkten anders auszulegen wäre und die nun machen können, was sie wollen. Das gibt der Staatsvertrag eindeutig nicht her. Wenn man ein zusätzliches ZDF-Programm machen will, muß man also den Staatsvertrag ändern.

Frage: Dann wird er eben geändert, oder?

Barschel: Dagegen sprechen für mich ernste medienpolitische Bedenken, die sich aus der Relation von Privatfunk und öffentlich-rechtlichem Rundfunk ergeben. In einer Zeit, in der wir bewußt und ganz entschieden die neuen Sendetechniken mit ihren Möglichkeiten für Private öffnen wollen, wäre es ganz falsch, den Privaten den Einstieg dadurch schwer *zu machen, daß wir den* Öffentlich-Rechtlichen zusätzliche rechtliche, technische und medienpolitische Möglichkeiten geben.

Frage: Ist das Ihr letztes Wort?

Barschel: Ich spreche jetzt über das, was heute ist. Was in zehn Jahren sein wird, wenn wir ein ausgewogenes Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Anstalten haben, muß man sehen. Der Markt muß erst einmal eine Chance bekommen, sich einzupendeln. Der Einstieg der Privaten in dieses Gebiet wird ja noch auf Jahre mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren und Risiken belastet sein. Das wird von den Öffentlich-Rechtlichen gern übersehen.

Frage: Was halten Sie von der Idee einer klaren Trennung: Die Öffentlich-Rechtlichen werden nur aus Gebühren finanziert, den Privaten überläßt man den Werbekuchen?

Barschel: Der Gedanke ist prinzipiell richtig. Nur ist er praktisch nicht mehr zu verwirklichen. Ich bin in der Tat der Meinung, daß die Zulassung der Werbung für die öffentlich-rechtlichen Anstalten ein medienpolitischer Sündenfall war.

Frage: Aber nun scheuen Sie sich, sie wieder aus dem goldenen Paradies zu vertreiben?

Barschel: Man kann das nicht ungeschehen machen. Man muß einfach sehen, daß sich das ZDF knapp zur Hälfte aus Werbeeinnahmen finanziert – was man ja überhaupt den Ideologen klarmachen sollte. Man kann das *allenfalls* hier und dort korrigieren, was wir mit der Reduzierung der NDR-Hörfunkwerbung ja auch getan haben. Aber ganz streichen, das geht nicht. Oder Sie müßten die Gebühren nahezu verdoppeln. Dafür kriegen Sie keine politischen Mehrheiten.



Meldet ernste Bedenken gegen ein zweites ZDF-Vollprogramm an: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel FOTO: SCHULZE-VORBERG

Frage: ZDF und ARD haben sich auf einem Gebiet einen ungeheuren Wettbewerbsvorteil gegenüber den mühsam startenden Privaten verschafft: durch ihre gigantischen Filmeinkäufe in Hollywood und anderswo.

Barschel: Das will ich in diesem Zusammenhang gar nicht kritisieren. Aber eines wird man doch sagen müssen: Das ganze Gerede von der Finanzknappheit und der angeblichen Gefahr, man würde *jetzt im Zuge* des Aufkommens privater Veranstalter finanziell ausgehungert, gar zugrundegehen, widerlegt sich durch diese Transaktionen selbst. Ebenso wird das erhabene, fast arrogante Getue einiger Repräsentanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten ad absurdum geführt: Wir repräsentieren das bessere Niveau, und das andere ist *dieser* billige Publikumsgeschmack, *den man leider nicht* verhindern kann wegen der politischen Verirrung der jetzt herrschenden politischen Kräfte. Wer hat denn nun angefangen, diesen Ramsch einzukaufen?

Frage: In der Diskussion um die sogenannten Bestands- und Weiterentwicklungsgarantien für die öffentlich-rechtlichen Anstalten geht es auch um mehr Werbung. Wieviel mehr Werbezeit würden Sie ihnen zugestehen?

Barschel: Nicht eine Sekunde mehr als jetzt, das muß beim Status quo bleiben, oder wird eher noch reduziert. Ich werde auf keinen Fall akzeptieren, daß das Werbeverhalten der Privaten Schrittmacher wird für die Ansprüche der Öffentlich-Rechtlichen.

Frage: Wie wollen Sie Werbung bei den Privaten regulieren?

Barschel: Die Werberegelungen müssen prinzipiell so sein, daß der freie Veranstalter eine Möglichkeit hat, sein Programm daraus zu finanzieren.

ANDREAS WILD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Vor dem Sturm
Letzter Teil
11.05 Gott und die Welt
50 Jahre Barmer Bekenntnis
11.40 Solo für Spaßvögel
Mit Boris Hybner
12.10 Grafeneck
Die Zeit des Lebens
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
M.-A. Reintgen, Komödiantin
16.55 Spaß am Dienstag
Snubs falscher Adel
17.10 Da schau her!
Wie haben die Menschen vor 700 Jahren gelebt? Was ist Mut? Wie entsteht ein Krimi? Fragen, die in der neuen Ausgabe der Sendereihe für Neugierige beantwortet *werden.*
17.40 Kleine Geschichten aus dem Zoo
Wenn ein kleines Weißhandgibbon von seiner Mutter nicht angenommen wird, muß der Pfleger – in dieser Geschichte Herr Schür*mann im Duisburger Affenhaus* – die Mutterstelle vertreten.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Parteien zur Europawahl
20.15 Die Montagsmaler
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
Heute: Prominente Sportlerinnen
21.05 Report
u. a. Funktioniert die Afrikahilfe? – Beispiel Ghana / Die Spendenaffäre – z. B. Die Friedrich-Ebert-Stiftung / Bildungspolitik paradox
Moderation: Günther von Lojewski
21.50 Dallas
Ein Akt der Gnade?
Während Pam nach der Scheidung in das Haus ihrer Mutter ziehen will, macht sich Lucy arge Gedanken über ihre Zukunft mit Mickey.
22.35 Tagesthemen
23.05 Fußball-Bundesliga
2. Qualifikationsspiel zum Aufstieg Eintracht Frankfurt – MSV Duisburg
23.25 Bücherjournal
00.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Das neue Leben des Robert Schwan
Das Doppelleben der Klara Koppetsch
Vom alten Leben auf Sylt
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Reiseziel Südsee
Dreiteilige Fernsehserie
1. Teil: Über den Atlantik
Elf Menschen begeben sich an Bord des 80jährigen Fischkutters „Erika", um von Portugal aus über den Atlantik in den Pazifik bis nach Tahiti eine abenteuerliche Reise zu unternehmen.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Peter Schilling
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
Der Marktforscher
Karl wird mit einem Stoß Fragebogen und einer Adressenliste losgeschickt, um die Meinung über „Laviola", ein Waschmittel mit Zauberduft, zu erkunden.
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Roller Boogie
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Linda Blair, Jim Bray u. a.
Regie: Mark L. Lester
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Thema: Blick auf den Weltwirtschaftsgipfel in London. Dazu ein Interview mit Bundeskanzler Kohl
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Spielraum
Arbeit ist das halbe Leben
Moderation: Pit Klein
Anschl. heute



Lucy (Charlene Tilton) macht dem gelähmten Mickey Mut in einer neuen Folge von „Dallas" (ARD, 21.45 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physikalische Technologie (3)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Manfred Bainczyk zur Europawahl: Leben aus dem Koffer
20.45 Rückblende
Vor 20 Jahren: Stapellauf des Atomfrachters „Otto Hahn"
21.00 Formel Eins
21.45 Der Richter und sein Freund
Von Herms Müller
22.15 Thema des Monats
Anschl. Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Enzym-Therapie
19.15 Beat-Club
Miko
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Live-Sendung
21.15 Evas Töchter
Französische Filmkomödie
Von Nina Companeez
3. Teil: Ein Monat auf dem Land
22.05 Ungewöhnlich leben
22.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unterwegs mit Odysseus
Die Rinder des Sonnengottes
19.00 Formel Eins
19.45 Vergessene Kulturen an der türkischen Riviera (5)
Von Kalkan nach Antalya
20.00 Tatort: Flieder für Jaczek
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Polen, trotz alledem mein Polen
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Gespräche am europäischen Kamin
Nur für das Saarland:
20.15 Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Comancheros
Amerikanischer Spielfilm (1961)
23.00 Les cuisines régionales françaises (5)

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Ein Stück vom Himmel
Deutscher Spielfilm (1957)
20.30 Die Shadoks
20.40 Z. E. N.
Die Monatsikone
20.45 Die Sprechstunde
Enzyme
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.30 Der Sportstammtisch
23.15 Rundschau

Kartell im Lernprozeß?

A. W. – Das hat nicht ausbleiben können: Die altbekannte Protestier-Riege in der Bundesrepublik, von Pfarrer Albertz bis Wallraff und mit dem Weltkind Jens in der Mitten, hat jetzt auch gegen die „Unternehmerwillkür" bei den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen protestiert. Es gab das übliche, erwartbare Vokabular, allenfalls angereichert durch das rhetorische Donnerwort von Jens, Unternehmer und Bundesregierung würden „die Mehrheit des Volkes vergewaltigen". Nun, damit kann man leben.

Interessant an dem Vorgang ist etwas anderes: Der „Solidaritäts"-Protest galt ausschließlich der IG Metall; man könnte beinahe glauben, Albertz sei ein Gießerei-Facharbeiter und Jens ein Dreher in den Opel-Werken. Die für Intellektual-Protestierer eigentlich zuständige IG Druck und Papier blieb vollständig ausgeblendet, so als gäbe es nur einen Streik der IG Metall und keinen gleichzeitig laufenden der IG Druck und Papier. Dabei hat gerade diese letztere immer wieder an die „Solidarität" linker Geistesgrößen appelliert.

Man kann die Enthaltsamkeit des Protestier-Kartells in Richtung IG Druck und Papier verschieden deuten. Einmal ist es möglich, daß sogar den Albertz & Co. die merkwürdigen Zungenschläge von Ferlemann und Hensche sauer aufgestoßen sind, die auf die Etablierung einer Gewerkschaftszensur über deutsche Druckerzeugnisse hinausliefen. Das wäre ein erfreulicher Lernprozeß, der unbedingt fortgesetzt werden müßte. Tatsächlich spricht das Verhalten der IG Druck und Papier ja allen demokratischen Gepflogenheiten hohn.

Es wäre aber sogar denkbar, daß das Kartell erkannt hat, wo die wahren Interessen der schreibenden Zunft in diesem Lande *nicht* liegen: nämlich auf keinen Fall bei der IG Druck und Papier, die sich via VS, dju und Mediengewerkschaft zu ihrem Sachwalter aufschwingen möchte. In diesem Falle hätten wir es mit einem Lernprozeß hoch zwei zu tun.

Rückkehr vom Faschismus – Italien diskutiert die Tagebücher D. Grandis

Er war der Brutus des Duce

Er war einer der Faschisten der ersten Stunde. Drei Jahre lang war er Mussolinis Außenminister, dann für sieben Jahre der Botschafter des „Duce" in London. Seinen großen Auftritt aber hatte er erst in der letzten Stunde – kurz bevor der Vorhang fiel. Dino Grandi, Romagnole wie Benito Mussolini, ist als der erste Protagonist des 25. Juli 1943 in die Geschichte eingegangen, als der „Brutus" auf jener dramatischen letzten Sitzung des Faschistischen Großrates, in der das Mussolini-Regime von seinen eigenen „Hierarchen" gestürzt wurde.

Grandi überlebte den Sturz in den Abgrund. Vier Jahrzehnte lang lebte er im Schatten – zuerst im Exil, dann, von Freund und Feind vergessen, in der Zurückgezogenheit der inneren Emigration. Erst jetzt, mit 88 Jahren und fast erblindet, hat er sich wieder zu Wort gemeldet, hat er seine Tagebücher zur Veröffentlichung freigegeben und außerdem einen Bericht über die historische Großratssitzung aus seinem Archiv hervorgeholt, den er noch aus frischer Erinnerung 1944/45 in seinem portugiesischen Exil niedergeschrieben hatte.

„25 giuglio quarant'anni dopo" (Der 25. Juli – 40 Jahre danach) ist der Titel des von dem Zeithistoriker und Faschismusforscher Renzo de Felici herausgegebenen Grandi-Buches. *Zusammen mit der ebenfalls von de* Felici besorgten Veröffentlichung der Tagebuchblätter („Pagine di diario") in „Storia contemporanea" hat die Publikation die öffentliche Diskussion über zentrale Fragen der jüngsten italienischen Geschichte neu belebt.

Der nachfaschistische Staat, der seine Geburt „aus dem Widerstand" herleitet, sieht sich mit einer Darstellung konfrontiert, die dieses Selbstverständnis relativiert. Denn folgt man Grandi, kommt man zu dem Schluß, daß der Faschismus nicht von außen, sondern von innen gestürzt wurde – nicht durch Verrat und Verschwörung, wie es die Neufaschisten der von Hitler gegängelten Marionettenrepublik von Saló später darstellten, aber auch nicht durch die antifaschistische Resistenza, sondern durch die von Patriotismus und Diktaturfeindschaft bestimmte Aktion einer Mehrheit seiner eigenen prominentesten Repräsentanten.



Mit zwei Handgranaten in den Palazzo Venezia: Dino Grandi FOTO: SV

Als Dino Grandi, nachdem er gebeichtet hatte, am Nachmittag des 24. Juli 1943 mit zwei Breda-Handgranaten in der Tasche den Palazzo Venezia betrat, fühlte er sich nicht als der Drahtzieher eines Komplotts. Er rechnete damit, den Palast nicht mehr lebend zu verlassen. In Gedanken hatte er schon seine scharfe Anklagerede formuliert, mit der er dann die Mehrheit des Großrates auf seine Seite brachte.

Was er darin Mussolini ins Gesicht sagte, wäre zur gleichen Zeit in Deutschland – von einem „alten Kämpfer" Hitler *gegenüber geäußert* – undenkbar und auf alle Fälle Selbstmord gewesen:

„Die Einheit, die Unabhängigkeit und die Freiheit des Vaterlandes sind in Gefahr – Früchte der Opfer und des Einsatzes von vier Generationen vom *Risorgimento bis heute. Das Leben* und die Zukunft des italienischen Volkes sind in Gefahr. Wir denken deshalb nicht an die Rettung des Regimes. Ein Regime und eine Partei sind nichts anderes und waren für uns nie etwas anderes als ein Mittel und ein Instrument, das Land glücklich und groß zu machen."

Und weiter: „Was bedeutet unser Resolutionsentwurf? Er bedeutet, daß der Großrat als oberstes Organ des Faschismus das Regime der Diktatur für beendet erklärt, weil es die vitalen Interessen der Nation kompromittiert, Italien an den Abgrund der militärischen Niederlage gebracht, die Revolution und den Faschismus selbst im Innersten zernagt und verdorben hat. Der Großrat *beschließt gleichzeitig* die Wiedereinsetzung all jener staatlichen Institutionen, an deren Stelle sich Schritt für Schritt die Diktatur gesetzt hat, in ihrer Autorität und in unersetzbarer Verantwortung: Krone, Großrat, Parlament und Korporationen ... Vor allem das Parlament muß wieder das werden, was es seit der Einigung Italiens war: das freie und verantwortungsbewußte Instrument der legislativen Macht."

Die zehnstündige nächtliche Debatte über Grandis *Resolutionsantrag* war voller dramatischer Momente. Im Hof des Palazzo Venezia war, wie Grandi schildert, schwer bewaffnete faschistische Miliz aufgezogen. Mussolini stellte auf dem Höhepunkt der Diskussion drohend die Frage, ob sich der „Kamerad Grandi" und seine Gesinnungsgenossen im Großrat eigentlich über die Folgen ihres Entschließungsentwurfes im klaren seien. Welches Urteil werde über sie gefällt werden, wenn sich der König, wie er – Mussolini – fest annehme, über ein eventuelles Mißtrauensvotum des Großrates hinwegsetze und zu seinem Ministerpräsidenten halte?

Mit 19 gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde dennoch – am 25. Juli morgens um 3 Uhr – der Antrag Grandis angenommen. Außerdem wurde Mussolini beauftragt, den König zu bitten, er solle den effektiven Oberbefehl über die Streitkräfte, den er an den „Duce" delegiert hatte, und – „zur Rettung des Vaterlandes" – die ihm verfassungsmäßig zustehende oberste Entscheidungsgewalt wieder selbst ausüben. Die Folgen sind bekannt: Die Entlassung und Verhaftung Mussolinis durch den König, die Aufnahme von Verhandlungen mit den Alliierten und schließlich der italienische Waffenstillstand am 8. September.

Auch aus Grandis Schilderung wird – wie aus allen bisherigen Darstellungen der Großratssitzung – nicht ganz klar, warum Mussolini dieses Mißtrauensvotum ohne Reaktion hinnahm, warum er es überhaupt bis zu diesem Votum kommen ließ. Es hätte durchaus in seiner Macht gelegen, die Sitzung ohne Abstimmung zu beenden. Doch offenbar vertraute er auf die volle Loyalität Viktor Emanuels III.

Dabei hatte der König Grandi *gegenüber schon im Juni 1939* von der Möglichkeit gesprochen, im Interesse der Nation die Verfassung zu reaktivieren und Mussolini zu entmachten. Danach hatte Grandi immer wieder, wenn sich eine Gelegenheit bot, den König zum Handeln gedrängt. Diese Gespräche gehören zu den interessantesten Stellen der Tagebuchaufzeichnungen. Sie enthüllen zweifellos Verschwörungselemente – vor allem auf seiten des Königs. Gleichzeitig lassen sie aber auch das Bild eines unentschlossenen, sich hinter rein formalistischen Argumenten verschanzenden Monarchen erkennen. Dem Drängen Grandis, Diktatur und Krieg zu beenden, hielt Viktor Emanuel stets entgegen, daß er, um in diesem Sinne handeln zu können, ein *entsprechendes Votum des (de facto* lahmgelegten) Parlaments brauche.

Am 4. Juni 1943, bei Grandis letzter Audienz vor der Großratssitzung, erwähnte dann der König zum ersten Mal den faschistischen Großrat als möglichen Parlamentsersatz. Grandi hatte darauf hingewiesen, daß das Parlament gelähmt sei und die Mehrzahl der Parlamentarier nur auf „eine Gewaltgeste" des Königs warte. Darauf Viktor Emanuel: „Ich habe Ihnen schon tausendmal gesagt, daß ich ein konstitutioneller König bin und daß mir das Parlament den Weg weisen muß ... Das Parlament schweigt heute, ist ein Gefangener, ich weiß das. Aber es gibt ja auch noch den Großrat, der ausnahmsweise einen Parlamentsersatz bilden könnte."

Das war der eigentliche Auftakt der „Operation 25. Juli", mit der das faschistische Regime durch die Faschisten selbst gestürzt wurde.

FRIEDRICH MEICHSNER



Was wird aus der stillgelegten Autofabrik mit der Versuchspiste auf dem Dach? Ideenwettbewerb für Mailands Lingotto FOTO: DPA

Architektur-Utopien: Neue Aufgabe für altes Werk

Pflanzen im Wolkenbügel

Wie werden wir mit den Ruinen der Technik fertig, mit den Fabriken, die, von der Zeit überholt, industriell nicht mehr zu nutzen sind? Als erstes großes Industrieunternehmen versuchten jetzt die Fiat-Werke in Turin dieses Problem am Beispiel des „Lingotto", der „Ur"-Fabrik, die vor zwei Jahren stillgelegt wurde, zumindest theoretisch zu bewältigen. *Zwanzig international* renommierte Architekten wurden beauftragt, Pläne zu entwickeln, wie man die ganze Anlage künftig nutzen könne.

Die Fabrik entstand Anfang der zwanziger Jahre am Stadtrand von Turin auf einem 181 000 qm großen Gelände. Le Corbusier hatte das Werk einmal „eines der eindrucksvollsten Schauspiele der Industrie" genannt. Denn wie ein riesiges gestrandetes Schiff liegen die Hallen, in denen sechzig Jahre lang Karosserien gepreßt und am Fließband zu Autos zusammengesetzt wurden, jetzt inmitten der sich ausdehnenden Stadt. Ihre Besonderheit erkennt jedoch nur, wer aus der Vogelperspektive auf den Komplex schaut. Das Dach des *fünfstöckigen Gebäudes wurde* nämlich zu einer einen Kilometer langen Versuchspiste mit überhöhten Kurven für die Autoerprobung ausgebaut. Was daraus werden könnte, ist nun in Skizzen und Modellen im Lingotto zu sehen.

Es ist ein weitgefächertes Panorama urbanistischer Ideen. Der Mailänder Gae Aulenti, der zur Zeit den Pariser Gare d'Orsay in ein Museum verwandelt, schlägt vor, aus dem Autowerk ein Riesenwohnhaus mit vielen kleinen Apartments zu machen. Der Deutsche Gottfried Böhm und der Kalifornier Lawrence Harpin sehen die Chance, den Werkskomplex in eine riesige Gartenstadt mit Sportanlagen, einem Theater, einer Bibliothek und Geschäften umzugestalten. Das deutsche Architektenteam Hermann Fehling und Daniel Gogel will die bisher offenen Innenhöfe in verglaste Galerien verwandeln, die eine „Wolkenbügel" genannte Konstruktion überragt, durch die man zu Hotels, Restaurants und einem Hubschrauberlandeplatz gelangt.

Der Engländer Denys Lasdun schlägt vor, in dem Werk den fehlenden Durchgangsbahnhof für Turin einzurichten und ihn mit einem Museum zur Geschichte des Transportwesens zu verbinden. Hans Hollein, der Österreicher, der mit seinem Museum in Mönchengladbach Furore *gemacht hat, kam auf eine ähnliche* Idee. Er entwickelt das Konzept eines Museums der Wissenschaft und Technik mit einer Sonderabteilung für italienisches Design. Renzo Piano, der Erbauer des Centre Pompidou in Paris, will das Lingotto dagegen in eine „Pflanzschule für Kleinindustrien" verwandeln, während Aldo Rossi, Italiens hochgeschätzter und arg befehdeter Stararchitekt, neben Wohnungen dort ein Finanz-, Kultur- und Sportzentrum unterbringen will.

Der Ungar Ionel Schein bleibt ganz bei seinem Leisten. Er wünscht sich ein „Laborville", in dem Architekten, Städteplaner, Soziologen und Psychologen über die Städte der Zukunft nachdenken, während der Schotte James Stirling, dessen Stuttgarter *Staatsgalerie gerade eingeweiht* wurde, ein neues Versailles entwickelt: Die alte Fabrik durchziehen dann Parks und Terrassen, verziert mit einer Reihe gewaltiger Sphinxe, die sich aus der Nähe als Autos entpuppen. Einen Teil der alten Fabrikhallen will er zu „archäologischen Trümmern" zerfallen lassen, ein anderer Teil soll ein Drive-in-Automuseum aufnehmen.

An Vorschlägen mangelt es also nicht. Aber am Geld, diese Utopien Wirklichkeit werden zu lassen. „Wir wollen nur Ideen und Denkanstöße liefern", sagen die Verantwortlichen von Fiat, „die Antwort muß die Stadt Turin finden, der das Lingotto zur Verfügung gestellt wird." Die Ausstellung samt einer Übersicht über die Geschichte des Fiat mit allen wichtigen Automodellen geht anschließend auf Reisen. Sie wird auch in Moskau, Paris und New York gezeigt. (Bis 24. Juni)

MONIKA von ZITZEWITZ

Film: Kinder des Korns

Opfertod hinter dem Mais

Die Kinder des Korns", eine Parabel auf die Gefahren eines religiösen Fanatismus und unmenschlicher Intoleranz, gehört zu den besten Werken des amerikanischen Autors Stephen King. Kings Romane und Kurzgeschichten kreisen alle um die dämonischen Kräfte, die in der Natur, in unserer eigenen Seele und in unserer Phantasie schlummern. Es sind Horrorgeschichten, aber ohne knarrende Türen und grüne Geister, rasselnde Ketten und halb verfallene Burgen.

In den letzten beiden Jahren kamen mit „Cujo" und „Christine" zwei der bekanntesten King-Romane zu Kino-Ehren. Nun ist seine Kurzgeschichte „Children of the Corn" an der Reihe, die Fritz Kiersch verfilmt hat. King schrieb selbst das Drehbuch und mußte dabei seine eigene prägnante, auf den Punkt geschriebene Erzählung kräftig auswalzen. So wurden Personen und Ereignisse hinzuerfunden, *die in der ursprünglichen Geschichte* gar nicht auftauchen.

Die ersten Filmszenen lassen erschauern. Kinder mit Mais-Stengeln in der Hand, mit ernsten, alten Gesichtern lauschen der kreischenden Stimme eines kindlichen Predigers, der seine Unheilslehre mit dem Brustton des Wahnsinns verkündet. Niemand darf nach dieser Religion älter werden als 18 Jahre. Am Tag des 19. Geburtstages schlägt die letzte Stunde. Der Jugendliche wird den Wesen geopfert, die „hinter dem Mais" leben.

Besessen von diesem fanatischen Irrglauben, haben die Kinder, den Worten ihres zwölfjährigen Hohenpriesters Isaac folgend, alle Erwachsenen des Dorfes Gatlin in Nebraska umgebracht. Der Ort liegt in Trümmern. Wer dieser Kindersekte entfliehen will, ist, wird er erwischt, des Todes sicher.

Indem er Kinder als Diener des Bösen gewählt habe, wolle er zeigen, wie pervertiert das Böse sein könne. Gerade Kinder seien, so Stephen King, noch empfänglich für jeden Einfluß und könnten nicht immer zwischen Gut und Böse abwägen. Seine Kurzgeschichte ist eine apokalyptische Schreckensvision, nach der das Diabolische unaufhaltsam Besitz von der Erde ergreift. Es ist, als habe das Christentum als Waffe gegen das Böse und gegen den Spukglauben des Heidentums nie existiert.

Solche theologischen Überlegungen mögen beim Lesen der *Erzählung Kings noch aufkommen*, der Film gibt das nicht her. Da erlebt man puren Schrecken. Zudem läßt dessen schreckliches Ende reichlich lange auf sich warten.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Ein Festival der Entdeckungen: „Musik im 20. Jahrhundert" in Saarbrücken

Von der Kontinuität der Moderne

Als eine Art Radio Luxemburg der Neuen Musik präsentierte sich der Saarländische Rundfunk mit seinem diesjährigen Festival „Musik im 20. Jahrhundert": auf dem größten gemeinsamen Nenner mit dem Publikum. „Experimente" fanden, sieht man von Rückblicken auf Werke Pierre Boulez' und Hans Zenders ab, nicht statt. Das Programm gab sich teils brav, teils exotisch, und siehe da: Wo es nicht um Kernprobleme neuen Komponierens und neuen Hörens geht, da füllen sich auch die Säle wieder.

Beifallsstürme wie selten bei einem neuen Werk errang in der vollbesetzten Saarbrücker Kongreßhalle das im Auftrag des Veranstalters komponierte, mit dem Widmungsträger Sergiu Luca als Solisten uraufgeführte Violinkonzert des *1938* geborenen William Bolcom, das dieser „vorsätzlich im traditionellen Stil gehalten" hat, „weitgehend in Anlehnung an die Standard-Konzert-Literatur".

Vom Dirigenten dieser Aufführung, Dennis Russell Davies, der auch einen Klavierabend beigesteuert hat, war das Programm wesentlich mitgestaltet; es beleuchtete (wie früher seine Konzertreihen in Köln und Stuttgart) Aspekte der amerikanischen Musikszene, die über John Cage und seinen Schülern bei uns fast in Vergessenheit geraten waren: Bereiche jener neuen, doch publikumsfreundlichen Gebrauchsmusik, die sich aus „populistischen" Tendenzen der 40er Jahre entwickelt hatte und von der damals schon Kritiker fanden, sie sähe dem Sozialistischen Realismus verzweifelt ähnlich.

Ein Werk wie Lou Harrisons 3. Sinfonie, 1937 begonnen und 1982 vollendet, macht diese Kontinuität deutlich, während Samuel Barbers illustratives Klavierkonzert op. 38, 1962 in Tschaikowsky-Spuren komponiert, in der kraftvollen Interpretation von Keith Jarrett die Publikumsbegeisterung auf den Siedepunkt brachte. Der „Neohumanismus" Amerikas um die Jahrhundertmitte, der sich letztlich aus europäischen Bildungsgütern speiste, schlägt hier als Entdeckung auf uns zurück.

Eine Entdeckung auf der europäischen Szene ist das von Elsje Plantema und Jurrien Sligter geleitete Amsterdamer Ensemble „Raras Budaya", *das sich die Pflege klassischer* javanischer Gamelanmusik *zur* Aufgabe setzt, dabei javanisches Schattentheater präsentiert, aber auch von lebenden Komponisten gern Impulse empfängt. Die können schiefgehen; das zeigte Lou Harrisons Doppelkonzert für Violine, Violoncello und Gamelan, weil sich zwischen rein intonierenden, europäischen Streichern und den raffinierten Temperaturen des Gamelan-Instrumentariums unüberbrückbare Differenzen auftun (die Streicher klingen einfach falsch; der Komponist ließ die Aufführung abbrechen).

Einen ernsteren Versuch, es mit dieser Herausforderung aufzunehmen, unternahm der 1926 geborene Holländer Ton de Leeuw in seinem Stück „Gending", indem er die fremden Instrumente aus ihren rhythmischen Verläufen löste und ihnen eine europäische Dramaturgie aufzwang, deren Muster bei der verhaltenen, „statischen" Musik der frühen Minimal-Szene zu liegen scheinen.

Daß das Werk nach einer Privataufführung 1975 neun Jahre auf seine öffentliche Uraufführung warten mußte, scheint typisch für das Schicksal dieses hochbegabten kompositorischen Außenseiters; in Saarbrücken erlebte es seine deutsche Erstaufführung.

Zwei weitere Uraufführungen waren William Bolcoms „Dead Moth Tango", karikierend-nostalgische Klaviermusik in den Spuren Darius Milhauds, die Dennis Russell Davies aus der Taufe hob, und „Voix des Voix" *des 1949 geborenen Franzosen* Michael Levinas im Studiokonzert des Ensembles „Inter-Contemporain" unter Leitung von Peter Eötvös. In Fortsetzung der „Musique concrète" wird hier sehr buntes, um nicht zu sagen: trivial grelles, flimmerndes Klangmaterial – Schnarreffekte wie an der barocken Orgel, Halleffekte wie in einem Ballsaal der Belle Epoque – phantasievoll und doch in einer kompositorischen Konsequenz verarbeitet, die an das Vorbild einer Orgelphantasie denken läßt.

Oftmals sind es solche originellen Lösungen, die neben Beifall des Publikums auch seine Proteste auslösen, während ein gelangweiltes Publikum selten Buh ruft.

DETLEF GOJOWY

KULTURNOTIZEN

Elisabeth Schwarzkopf hat aus Gesundheitsgründen ihre Teilnahme am 46. Internationalen Musikfestival in Straßburg (7. bis 22. 6.) abgesagt.

Der Hansische Geschichtsverein Lübeck hält vom 11. bis zum 14. Juni seine 100. Jahresversammlung ab.

Die „Arche Noah" ist das Thema einer Aktion von zehn Bildhauern aus Kiel, die auf der Hallig Hooge mit Skulpturen die Geschichte der Sintflut nacherzählen.

Das Jazzfestival von Angoulême, das bis zum 10. Juni stattfindet, steht ganz im Zeichen des vor zehn Jahren gestorbenen Jazzpianisten und -komponisten Duke Ellington.

Die King-Philipp-Stiftung hat ihren Forschungspreis (10 000 Mark) zu gleichen Teilen an die Ärzte Claus R. Batram (Ulm) und Gerhard Grosveld (Rotterdam) verliehen.

Das Museum Abtei Liesborn im Kreis Warendorf (Westfalen) zeigt bis zum 15. Juli Bilder, Keramik und Gobelins des vor wenigen Monaten aus der „DDR" ins Münsterland übergesiedelten Ehepaars Schaar.

„Do Gershwin": Neue Platten mit Ella Fitzgerald

Der alte samtige Klang

Man kann es wirklich nur noch als Phänomen bezeichnen: Diese Frau singt seit nunmehr einem halben Jahrhundert, und die Jahre haben ihr nichts, aber auch gar nichts anhaben können. Bei anderen Sängerinnen wird die Stimme brüchig, die *Intonationssicherheit läßt nach*, doch ihre Stimmbänder produzieren noch immer den samtigen Klang.

Die Rede ist von Ella Fitzgerald, die mit ihren neuesten Platten ihren Ruf als „First Lady of Jazz" noch fester zementiert hat. „The best is yet to come" *lautet verheißungsvoll* der Titel der einen LP, auf der sie von Nelson Riddle begleitet wird (Pablo Today 2312-138). Diesmal nicht mit vollem Orchester, sondern in ökonomischer Besetzung (vier Flöten, acht Celli, vier Hörner). Damit bebt manches, z. B. Vernon Dukes „Autumn in New York", wie ein Chanson von Charles Trenet an, ein Eindruck, der sich rasch verflüchtigt, wenn Jimmy Rowles am Piano, Joe Pass an der Gitarre und Art Hillery an der Orgel in die Tasten bzw. Saiten greifen.

Neben Standards wie „Don't be that way", „You're driving me crazy" und einer (so noch nie gehörten) Version von „Deep Purple" enthalten die Rillen weniger Bekanntes wie den Titelsong oder „Somewhere in the night", die sich nicht beim ersten Hinhören ins Ohr einnisten – was einen wesentlichen Reiz dieser Aufnahmen ausmacht, auf der die gefühlvoll-getragenen Arrangements überwiegen.

„Ella Fitzgerald and André Previn do Gershwin" heißt das zweite Album (Pablo Today D2312 140). Der Titel ist allerdings unvollkommen, denn er unterschlägt unverständlicherweise den Dritten im Studio: den Bassisten Niels Henning Orsted-Pedersen, *einen der Besten* seiner Zunft. Kann Miss Fitzgerald, nach zahlreichen Aufnahmen mit Gershwin-Songs, den Evergreens überhaupt noch neue Aspekte abgewinnen? Sie kann – im Gegensatz zu ihrem Begleiter am Klavier, André *Previn. Als Musical-Komponist* hat er sich irgendwo in der unteren Mittelklasse angesiedelt, als Dirigent sucht man ihn in der ersten Riege ebenfalls vergeblich, und jetzt beweist er obendrein, daß ihm auch als Jazzpianist keine Lorbeeren wachsen.

Previns Klavierspiel fehlt die Inspiration, er klimpert statt dessen sehr geschwätzig und unmotiviert in die hörenswerten Texte hinein. In fast jedem Song tauchen die gleichen stereotypen Figuren auf, das Weich-Geschmeidige, das die Kombination Fitzgerald und Oscar Petersen z. B. zu einem unvergleichlichen Hörerlebnis macht, fehlt ihm vollkommen. Was er auf der Tastatur zustande bringt, paßt eher in eine Nachtbar als zu einer Jazz-Session.

Dennoch meinen wir: die Aufnahme ist ein „must" für Ella- und/oder Gershwin-Fans. Auf eine pianistische Neuentdeckung wird man eben noch ein bißchen warten müssen.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Manuskripte von George Orwell entdeckt

SAD, **Reading**

Über 60 Rundfunkmanuskripte und Briefe von George Orwell, die bisher als verschollen galten, sind von dem Orwell-Experten William West im Manuskript-Archiv der BBC in Caversham Park bei Reading entdeckt worden. Sie waren vor 40 Jahren, als Orwell bei den Auslandsdiensten der BBC tätig war, falsch archiviert worden. Die Rundfunksendungen, die unter Orwells wahrem Namen Eric Blair nach dem Fernen Osten ausgestrahlt wurden, bieten Einblicke in die Denkweise des Schriftstellers über den Verlauf des Krieges. Nach wie vor verschollen bleibt aber ein Rundfunkbeitrag Orwells zum Geburtstag Adolf Hitlers, der mit Leseproben aus „Mein Kampf" angereichert war.

Berliner Meile der modernen Kunst

PHG, **Berlin**

Tauentzien und Kurfürstendamm sollen im Sommer zur Berliner Kunstmeile werden. Vom KaDeWe bis zur Halenseebrücke werden über 100 Geschäfte in der Zeit vom 29. Juni bis 8. Juli Schaufenster für die Präsentation zeitgenössischer Kunst zur Verfügung stellen. Die Kunstmeile wird von der Interessengemeinschaft Berliner Kunsthändler (IBK) mit der Arbeitsgemeinschaft City veranstaltet. Dabei sind die Galeristen für die Auswahl der Kunstwerke verantwortlich. In kleineren Schaufenstern sollen vorwiegend Einzelobjekte gezeigt werden, zum Teil werden aber auch ganze Fensterfluchten ausgeräumt, um Bilder, Skulpturen, auch Installationen und Environments zu präsentieren.

Preise in Bayreuth für deutsche Amateur-Filmer

dpa, **Bayreuth**

Der mit 21 Jahren jüngste Teilnehmer der 42. Deutschen Amateur-Film-Festspiele war zugleich der Publikumsliebling. Mit seinem Film „Stufen" gewann Joseph Wimmer (Straubing) in Bayreuth den Publikumspreis, gestiftet von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, sowie den Ehrenpreis der Lufthansa für den „Film des Jahres". Der Sonderpreis von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zum Thema „Mein Arbeitsplatz" ging an Manfred Busshart und Wolfgang von Ulardt (Konstanz) für „20 Kilometer täglich", eine Dokumentation über den Alltag und die Einsamkeit eines Streckenläufers bei der Eisenbahn. Den Sonderpreis des Familienministeriums erhielten Christiane Heuwinkel und Matthias Müller (Bielefeld) für „Wanderer im Nebelmeer".

Bildhauer im Hungerstreik für inhaftierten „Sprayer"

dpa, **Basel**

Die Schweizer Künstler Jean Tinguely und Bernhard Luginbühl wollen aus Protest gegen die Inhaftierung des „Sprayers von Zürich", Harald Nägeli, in den Hungerstreik treten. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Skulptur im 20. Jahrhundert" in Basel sagte Tinguely, nach Ansicht der Künstler sei Nägeli kein Krimineller. Mit ihrem Hungerstreik wollen die beiden Bildhauer „das öffentliche Bewußtsein aufrütteln".

Malerei und Poesie im Weißen Totenbuch

DW. Basel

Die Baseler Kunsthalle, für die junge Malerei aus Italien schon frühzeitig ein Refugium, zeigt bis zum 24. Juni eine Ausstellung mit Werken von Francesco Clemente. Die Bilder und Plastiken sind eigens für diesen Ort ausgewählt bzw. geschaffen worden. Zwei Jahre hat sich der Künstler, der zwischen Amerika und Indien pendelt, auf die Präsentation vorbereitet. Anstelle eines Kataloges ist ein aufwendig gestaltetes Buch erschienen (in 1111 Exemplaren): das „Weiße Totenbuch", ein Gedicht von Allen Ginsberg, von Clemente illustriert. Auf z. T. handgeschöpftem Papier, in Indien gedruckt, handgewoben und handgebunden und mit einem Originalblatt versehen, kostet es 50 Franken.

Museum mechanischer Musikinstrumente

DW. Bruchsal

Im Bruchsaler Schloß, einem Zweigmuseum des Badischen Landesmuseums, wurde das neue Museum mechanischer Musikinstrumente eröffnet. Die Sammlung wurde von Jan Brauer in Baden-Baden aufgebaut, drohte jedoch, weil das Gebäude, in dem die Instrumente untergebracht waren, gekündigt wurde, aufgelöst zu werden. Nun sind rund zweihundert selbstspielende Orgeln, Klaviere, Orchestrien mit Walzen und Lochbändern, aber auch Spieldosen, Musikautomaten und Musikboxen, die teilweise vom Badischen Landesmuseum erworben oder von Jan Brauer ausgeliehen wurden, in sechs Sälen des neuen Museums vereint.

Keine „Flugtage" ohne tödliches Risiko

Neue Diskussionen nach dem Unglück vom Wochenende

K. T./DW. Frankfurt

250 Menschen demonstrierten gestern nach dem Flugzeugabsturz beim Tag der Offenen Tür auf dem militärischen Teil des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens, bei dem ein 40jähriger Zuschauer ums Leben gekommen war, gegen derartige Demonstrationsflüge. Mit diesem Unglück, das die Liste der Flugzeugkatastrophen auf Flugtagen um ein weiteres Beispiel verlängert, dürfte sich in Deutschland die Diskussion um den Sinn solcher Veranstaltungen wieder neu entzünden.

Im vergangenen Jahr hatten Politiker einen Verzicht auf derartig lebensbedrohende Veranstaltungen gefordert – offenbar ohne jeden Erfolg.

Damals starben bei der gleichen Veranstaltung durch explodierende Wrackteile der abgestürzten CF-104 sechs Menschen. Und alles hätte noch schlimmer kommen können. *500 Meter hinter der Absturzstelle* feierten Zehntausende ein Frankfurter Volksfest. Kaum hundert Meter vom Unfallort entfernt wurde auf 20 Feldern Tennis gespielt, 300 Meter weiter liegt eine Großtankstelle und auf der „Air Base", nur tausend Meter Luftlinie von der Aufschlagstelle entfernt, *hatten 400 000 Zuschauer die waghalsigen* Flugmanöver verfolgt.

Diesmal waren es 250 000 Zuschauer, die bei der letzten Darbietung Zeugen einer weiteren Katastrophe wurden, als eine britische Maschine vom Typ „Harrier" 30 Meter über der Landebahn Feuer fing und abstürzte. Der Pilot rettete sich mit dem Schleudersitz und landete leicht verletzt inmitten einer Zuschauergruppe. Einer der Augenzeugen erlitt dabei durch Teile des Schleudersitzes tödliche Verletzungen.

Nach Angaben der Organisatoren kam es zu der Katastrophe, obwohl alle Auflagen streng befolgt worden waren. Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten hatte sich deshalb wegen des Unglücks bei der gleichen Veranstaltung im Vorjahr diesmal darauf beschränkt, Schauflüge nur mit Transport – und nicht mit Hochgeschwindigkeitsflugzeugen vorzuführen.

Risiken für Leib und Leben lassen sich aber bei solchen Flugtagen offenbar aus dem *Teufelskreis* von Angebot und Nachfrage heraus nicht vermeiden: Ohne Nervenkitzel kein Publikum, ohne Publikum wiederum keine Begeisterung für die Sache der Fliegerei. So sah es bislang auch Staatssekretär Würzbach: Demonstrationsflüge seien nun mal „Teil sicherheitspolitischer Öffentlichkeitsarbeit."

Beispiel für tödliche Aktionen gibt es genug:

- September '82: Bei den Mannheimer Luftschiffertagen stürzt ein Chinook-Hubschrauber der US-Armee auf die Autobahn: 46 Menschen starben.
- Juni '73: Bei der Luftfahrtmesse auf dem Pariser Flughafen Le Bourget explodiert ein sowjetisches Überschallflugzeug vom Typ Tupolew 144: 13 Menschen starben.
- September '68: Bei der Flugschau *im englischen Farnborough stürzt* ein Marineaufklärer vor 100 000 Zuschauern auf ein Flughafengebäude: Sechs Menschen starben.
- September '52: Ebenfalls in Farnborough rast ein britischer Düsenjäger in die Flugschaubesucher: 28 Menschen starben.

Kunstflugpiloten haben keine hohe Lebenserwartung: Die berühmteste amerikanische Staffel „Thunderbirds" verloren seit ihrer Gründung 1953 18 Piloten. Allein vier starben im Januar '82, als eine Viererformation nach einem mißglückten Übungslooping über Nevada explodierte. Vier Mitglieder der britischen „Red Arrows" starben 1971 im Training.



Fernseh-Clipper „Marques" sank im Atlantik mit 18 Mann

DW. Hamilton

Kanadische und amerikanische Flugzeuge und Schiffe haben gestern die Suche nach Überlebenden des am Vortag rund 130 Kilometer nördlich der Bermudas in schwerer See gesunkenen britischen Rahseglers „Marques" fortgesetzt. Nach Angaben der *Polizei auf den Bermudas* und der Küstenwache der USA hatte der polnische Rahsegler „Zawisza Czarny" acht Überlebende sowie eine Leiche geborgen. Ein weiteres Besatzungsmitglied wurde von dem kanadischen Zerstörer „Assiniboine" mit Hilfe eines Hubschraubers gerettet. *Von den übrigen 18 Besatzungs*mitgliedern fehlte gestern jede Spur.

Der 36 Meter lange Dreimaster, der vor 67 Jahren gebaut wurde, *war am* Samstag von Bermuda zu einer Regatta von 42 Großseglern ausgelaufen, deren Ziel Halifax (Neuschottland) *ist. An Bord befanden sich 13* Amerikaner, darunter die Frau und das dreijährige Kind des Skippers Stuart Finlay, sieben Briten, sechs Bürger von Antiqua und zwei Kanadier. Die „Marques" hatte Sonntagmorgen zum ersten mal SOS gefunkt.

Wegen der schweren See waren schon vorher der französische Segler „Bernard L'Eremite" und die Ketch der italienischen Marine „Corsaro II" umgekehrt. Durch überkommende Seen ist auch auf dem niederländischen Schiff „Urania" ein Lukendeckel zerschmettert worden. Das eingedrungene Wasser konnte mit Hilfe des kanadischen Zerstörers herausgepumpt werden. Die „Urania" setzte die Fahrt nach Halifax fort. Die Dreimast-Bark „Eagle" (ein Schwesterschiff der deutschen „Gorch Fock") konnte wegen des Sturmes nicht an der Suche nach Überlebenden teilnehmen.

Die „Marques" war ein auch auf deutschen Bildschirmen bekannt gewordener Fernsehstar. Der Dreimaster spielte nicht nur die Hauptrolle in der TV-Serie „Die Reise der Beagle", in der Darwins Fahrt nach Feuerland geschildert wurde, sondern auch in der Serie „Onedin-Line".

Das Foto zeigt die „Marques" tief im Wasser liegend im Kampf gegen die Wogen. *Bald nach dieser Aufnahme* kam die Katastrophenmeldung.

FOTO: AP

Abtreibung: Belgischer Arzt in Haft

SAD, Brüssel

Großes Aufsehen hat in Belgien der Haftbefehl gegen einen 38jährigen Frauenarzt erregt, der in dem Badeort *Knokke-Heist* an der Nordseeküste eine Abtreibung an einer 14jährigen Schülerin vorgenommen hatte. Seit elf Jahren wurde damit zum ersten Mal wieder ein belgischer Arzt wegen eines solchen Delikts in Untersuchungshaft genommen. Die *meisten* Staatsanwaltschaften und Gerichte in Belgien weigern sich, dem Abtreibungsverbot des seit dem vorigen Jahrhundert praktisch unverändert gebliebenen Strafrechts Folge zu leisten. Die konservativen Justizbehörden von Brügge, in deren Zuständigkeitsbereich der Badeort liegt, entschieden sich jetzt jedoch anders und verlängerte sogar bei Haftprüfungsterminen die Untersuchungshaft. Der Arzt hatte nämlich die Abtreibung zugegeben.

Kasino-Millionär

pol, Wien

Ein deutscher Kaufmann gewann in der Nacht zum Sonntag im Wiener *Spielkasino* 1,2 Millionen Mark. Ursprünglich hatte der Mann sogar zwei Millionen gewonnen, verlor jedoch fast die Hälfte wieder, als er die Bank sprengen *wollte*.

Kokain und kein Ende

AFP, Lima

Ein Deutscher und ein Kanadier sind auf dem Flughafen von Lima mit drei Kilogramm reinen Kokains verhaftet worden. Gleichzeitig nahm die Polizei sechs Angestellte des Duty-Free-Shops fest, als sie dort flüssiges Kokain in Whiskyflaschen entdeckte.

Grundsatz-Urteil

rtr, München

Unfallkosten während einer beruflich bedingten Autofahrt sind nur als Werbungskosten absetzbar, wenn der *Fahrer nüchtern war, heißt es in* einem gestern veröffentlichten Urteil des Bundesfinanzhofes. (AZ VI R 103/79 v. 6. April)

Zahn um Zahn

dpa, Khartum

Weil sie einem Dritten einen Zahn ausschlugen, wird in der sudanesischen Hauptstadt zwei Angeklagten auf Gerichtsbeschluß jeweils ein Zahn ohne Betäubung gezogen. Der Kläger weigerte sich, die Entschuldigung der Angreifer und eine finanzielle *Entschädigung anzunehmen*, sondern bestand auf der Vollstreckung des Urteils.

EG-Schmuggler erschossen

SAD, Brüssel

Bei dem nächtlichen Versuch, in seinem Lieferwagen 1240 Flaschen hochprozentiger Getränke von Luxemburg nach Belgien zu schmuggeln, wurde ein 39jähriger Belgier erschossen. Nachdem der Mann die Grenze unkontrolliert passiert hatte, versuchte er kurz darauf, einen inzwischen *alarmierten Streifenwagen zu* rammen. Zwei Warnschüsse trafen ihn tödlich. Wegen der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze sind Alkoholika *in Luxemburg* erheblich billiger als in Belgien. Mit seinem Coup hätte der Schmuggler etwa 10 000 Mark verdient.

Unterwasserschatz

AP, Kuala Lumpur

Froschmänner der malaysischen Marine haben aus einem 1727 gesunkenen holländischen Schiff Elefantenstoßzähne, Zinnbarren, keramische Objekte und andere wertvolle Gegenstände im Wert von 19 Millionen Mark geborgen.

LEUTE HEUTE

Admirale auf See

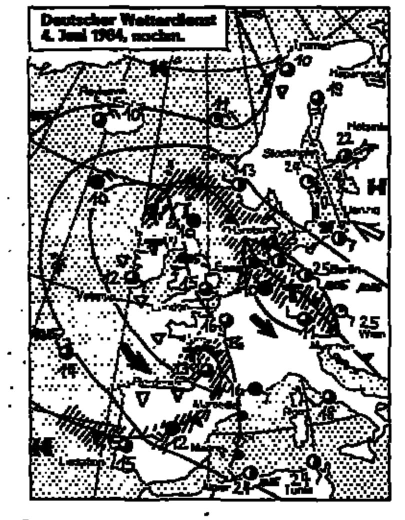
Eine kleine Ausgabe des Admiral's Cup wird in der Grimmershörn-Bucht bei Cuxhaven alle zwei Jahre gefahren. Das Besondere daran: Es dürfen, wie der Name schon sagt, tatsächlich nur echte Admirale teilnehmen. Der Sieger dieser Minitour, die ganze zwei Seemeilen lang ist und um *zwei Bojen führt, wurde Vizeadmiral* **a. D. Paul Hartwig**, vormals Marine-Flottenchef. Zweiter wurde der ebenfalls pensionierte Kollege **Paul Kriebel, Flottillenadmiral a. D.** und früherer Kommandeur der Marineflieger.

Mietersorgen

Die Vorfahren des Amerikaners **Gene Clopton** vermieteten im Jahre 1439 ein Haus dem englischen Dorf Hadleigh. Die Miete betrug eine Rose im Jahr. Seit 1470 war, wie Clopton jetzt feststellte, die Zahlung ausgeblieben. Dorfbürgermeister **Culpin** versprach die Nachzahlung der aus*stehenden Jahresmieten: 500 Rosen.* Sie sollen in einer Zeremonie am 24. Juni übergeben werden. Gleichzeitig verlangte der Bürgermeister aber von der säumigen Familie, quasi als Ausgleich, die Restaurierung des 500 Jahre alten Hauses.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Das umfangreiche Tiefdrucksystem über Mitteleuropa ändert seine Lage nur wenig, die zugehörigen Störungen gestalten den Wetterablauf weiterhin unbeständig.



Vorhersage für Dienstag

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden und Osten bedeckt und verbreitet länger andauernder Regen, *sonst* wechselnde, meist jedoch starke Bewölkung und einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen zwischen 14 und 19 Grad, Tiefstwerte in der kommenden Nacht *um 10 Grad. Von einzelnen Schauerbö*en abgesehen meist schwachwindig.

Weitere Aussichten

Fortdauer des unbeständigen und zu kühlen Wetters mit weiteren Regenfällen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	25°	Kairo	27°
Bonn	11°	Kopenhagen	21°
Dresden	25°	Las Palmas	20°
Essen	10°	London	15°
Frankfurt	12°	Madrid	12°
Hamburg	23°	Mailand	16°
List/Sylt	21°	Mallorca	19°
München	11°	Moskau	23°
Stuttgart	10°	Nizza	12°
Algier	24°	Oslo	20°
Amsterdam	11°	Paris	16°
Athen	26°	Prag	25°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	12°	Stockholm	24°
Budapest	24°	Tel Aviv	27°
Bukarest	21°	Tunis	24°
Helsinki	22°	Wien	25°
Istanbul	22°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.08 Uhr, Untergang: 21.34 Uhr, **Mondaufgang:** 12.26 Uhr, Untergang: 2.16 Uhr.
*in MESZ, zentraler Ort Kassel

Selbst Moskau drängt in Hollands „gute Stuben"

Im Nachbarland feiert die TV-Übersättigung Triumphe

ELFRUN JACOBS, Amsterdam

Was in der Bundesrepublik *Deutschland ansteht, flimmert in* Holland längst über den Bildschirm: eine Fülle von Programmen, derzeit exakt 14. Die Holländer sind Kabel-Schlaraffen. Neben der Landessprache ist der Empfang in deutsch, englisch und belgisch möglich.

Damit nicht genug: seit kurzem kommen in gestochener Qualität zwei neue, kommerzielle Sender über Satellit aus Frankreich und England ins Haus, höchstpersönlich zugelassen durch Medienminister Eelco Brinkman. Selbst die Sowjetunion drängt via eigenen Satelliten ins Wohnzimmer. *Ihr Gratisprogramm stößt* freilich nur auf geringes Interesse.

Aber damit nicht genug: Demnächst kommt noch ein Europrogramm von der eigenen Fernsehhochburg Hilveresum hinzu. Und das bleibt nicht alles: Nun steht das Abonnentenfernsehen an. Damit wird das Land rund um die Uhr mit Film/Serie/Sport beglückt. Die Übermastung feiert Triumphe: So kann *man an einem Abend viermal Denver* sehen: über ZDF, Anglia, Niederlande 1 und auf flämisch.

Was kostet das Kabel-Schlaraffenland? *Zunächst das „Schau- und* Lauschgeld" von 143 Mark pro Jahr und Familie, das der Staat erhebt. Die zusätzliche Kabelgebühr beträgt noch 170 Mark, wird jedoch demnächst erhöht, weil das oberste Gericht im Haag soeben urteilte, daß Kabelgesellschaften Autorenrechte zahlen müssen. Ferner kommen 31,50 Mark im Monat für diejenigen der Bezieher des Abonnentenfernsehens hinzu.

Der katholische Medienminister Brinkman will jetzt einen Deich gegen diese (Reiz-)Überflutung errichten, seine Chancen werden jedoch als mäßig angesehen. Brinkmann will wenigstens in einer Reihe von Kanälen die Werbung verbieten. Selbst das dürfte kaum von Erfolg gekrönt sein. *Fatalistisch zuckt der Benjamin des* Kabinetts die Achseln: „Wenn die Menschen Amüsement haben wollen, müssen wir ihnen die Freiheit dazu lassen. Sooo belehrend sind wir nun auch wieder nicht."

Beunruhigt ist auch Tom van der Voort, Psychologe von der Universität Leiden und Experte für „Jugend und Fernsehen". Er sagt amerikanische Zustände voraus, das heißt täglich mindestens drei Stunden vor den Geräten – „drei Stunden, in denen auf jeden Fall kein Buch angefaßt wird". Verglichen damit verbringt die hol*ländische Jugend erst ein Drittel* der Zeit vor den Apparaten. Anders wiederum sozial schwächere Schichten, bei denen es auch die meisten Videogeräte gibt: Diese Kinder sehen schon mindestens zwei Stunden am Tag. Es stimmt ihn bedenklich, daß auch fremdsprachige Sender ziehen, so die neuesten Pop-Programme sowie Sport aus England.

Van der Voort stellt bei den Kindern bereits jetzt durch negative Reizaufnahmen von Porno- und Greuelfilmen eine Zunahme der Passivität fest: „Passivität schafft Aggressionen. *Ein Teufelskreis:* Gerade die sog. 'passiven' Arbeitnehmer benutzen TV als Zeittöter. Die Hälfte der Arbeitslosen sind Jugendliche unter 25, die ihre Zeit totschlagen."

Einen typischen Tagesablauf schildert der Arbeitslose Peter Hendriks, 18: „Bis mittags im Bett, dann Kaffeetrinken und Kartenspielen mit Freunden, abends in die Disco oder aber immer mehr vorm Bildschirm. Wenn ich zu früh wach werde, schaue ich mir Krimis auf dem Video an."

Physiotherapeutin Annemarie Maris aus Den Haag löst das Problem für ihren 15jährigen Sohn mit einem Schwarzweiß-Apparat: „Farb-TV und Kabel kommen mir nicht ins Haus."

Ein anrüchiger Job wandelt sein Image

Der Klärarbeiter wird zum staatlichen Umweltschützer

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat *es jetzt geklärt: Ab Herbst '84* wird es einen neuen Ausbildungsberuf geben, den ersten staatlich anerkannten im Umweltschutz. „Ver- und Entsorger" werden ab dann die Facharbeiter heißen, die sich um die fälschlich als anrüchig geltende Abwassertechnik in Städten und Gemeinden kümmern. In jedem Jahr werden damit rund tausend neue Lehrplätze angeboten werden.

Wer als Klärwerker in einem der rund 10 000 kommunalen Klärwerke in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet, umschreibt seine Tätigkeit gern unverbindlich als „städtischer Angestellter". Tatsächlich aber braucht er nach Überzeugung der „Abwassertechnischen Vereinigung" in St. Augustin bei Bonn in Zukunft ein Naserümpfen über seine Tätigkeit nicht mehr zu befürchten. Mit technischem Wissen und handwerklichen Fähigkeiten allein sei es für die Arbeiter längst nicht mehr getan, sie müßten zusätzlich naturwissenschaftliche Kenntnisse haben, um „die hohe Verantwortung, die in diesen Bereichen gegenüber der Umwelt besteht, tatsächlich erfüllen zu können".

Ein Beispiel aus der Praxis, wie es die Zeitschrift „Natur" aus dem niedersächsischen Langenhagen bei Hannover beisteuerte, zeigt auf, was mit dieser Verantwortung gemeint ist. Die Stadt kosten die rund 5,5 Millionen Kubikmeter Klärwasser, die jährlich in die Wietze fließen, etwa 80 000 Mark Ableitungsgebühr. Passieren dann auf der Anlage Pannen, für die das unzureichend ausgebildete Personal verantwortlich ist, kann das leicht empfindliche Strafen von mehreren 100 000 Mark durch das dafür zuständige Wasseruntersuchungs-Amt auslösen.

Nach dem am 1. Januar 1978 in Kraft getretenen Abwasserabgabengesetz hat sich der Anteil von chemischen und biologischen Laborun*tersuchungen im Zusammenhang mit* Abwässern um bis zu etwa 50 Prozent erhöht. Diesem Aspekt, so die „Abwassertechnische Vereinigung", sei nun mit dem neuen Ausbildungsberuf endlich auch Rechnung getragen worden. Bisher habe man den Personalbedarf vorwiegend mit Metall-, Elektro-, Bau- und Chemiearbeitern decken können. Jetzt würden „die traditionellen Metallberufe bei der Mitarbeitergewinnung etwas in den Hintergrund treten".

Die „ausgesprochen hohe Krisenfestigkeit", die dem neuen Beruf zugeschrieben wird, betrifft nicht nur die Tatsache, daß selbst bei einem Stillstand der Wirtschaft immer Material durch diese Rohre fließen wird. Vielmehr haben Städte und Gemeinden auch erkannt, welche Einsparungen ihnen gut ausgebildetes Fachpersonal an diesen Endstationen des Verbrauchs bringen kann. Schon auf einer kleinen Anlage, die Abwässer von rund 10 000 Einwohnern klärt, könne, so „Natur", ein ausgebildeter „Entsorger" leicht 18 000 Mark einsparen – etwa die Hälfte eines Jahreslohnes. Erwin Stier, Ausbildungsob*mann* der „*Abwassertechnischen* Vereinigung", sieht in solchen Posten „für viele junge Leute die Chance auf eine Lehrstelle".

Die Lehre sieht im ersten Ausbildungsjahr einen Schwerpunkt in Chemie, Physik und Biologie vor. Im zweiten Lehrjahr folgt dann die Spezialisierung für die Bereiche Abfall, Wasserversorgung und Abwasser.

Als Gegenwert dafür, daß es im Klärwerk trotz allem nicht immer so riecht wie in der Parfümfabrik, bieten die Arbeitgeber für die Tätigkeit dieser Spezialisten bis zu 4000 Mark im Monat. Während es sonst trübe aussieht, endlich ein Angebot, das sich sehen lassen kann.

ZU GUTER LETZT

Zu lesen am Freitag im Fernseh-Programmteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: 22.00 Gott und die Welt: Kirche zwischen Anpassung und Widerstand – 50 Jahre Barmer Ersatzkasse. Gemeint war: 50 Jahre Barmer Bekenntnis.

Vor dem Eintritt in die Europäische Gemeinschaft zeigt sich Spanien als selbstbewußter Verhandlungspartner, der weiß, daß er Wirtschaftszweige einbringt, die durchaus konkurrenzfähig sind und den Partnern Kopfschmerzen bereiten werden. Mit Felipe Gonzales verfügt Madrid zudem über einen Regierungschef, der sich längst von seinen politischen Ziehvätern abnabeln konnte und inzwischen als souverän gilt.

SPANIEN

Felipe Gonzales gewann Respekt mit Kurs des monetären Primats

Von ROLF GÖRTZ

Die Regierung Gonzalez verfügt über eine sichere Mehrheit im Parlament. Und so regiert sie auch. Vorwürfe der Situation über den „autoritären" Gebrauch ihrer parlamentarischen Übermacht in Verwaltung, im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie in den staatlichen Industriebetrieben kann die Regierung gelassen hinnehmen. Selbst dann, wenn diese Vorwürfe zu Vergleichen mit dem Franco-System führen: die Masse der Spanier geht längt über diese Vergangenheit hinweg. So findet das rigorose Revirement der sozialistischen Regierung unter den leitenden Beamten, der Hegemonialanspruch der Partei im gesamten öffentlichen Leben beim Durchschnittsbürger gelegentlich sogar die Anerkennung der Gewohnheit: „Macho!" klingt der Beifall aus dem Unterbewußten.

Wenn in absehbarer Zeit einige Minister ausgewechselt werden, dann handelt es sich – abgesehen möglicherweise vom Außenminister – nur um geringfügige Korrekturen. Die entscheidenden Minister, die der Wirtschaftsressorts, dürften auf ihren Posten bleiben: Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer und Industrieminister Carlos Solchaga. Auch der Innenminister Barrionuevo und Verteidigungsminister Narcis Serra stehen auf sicheren Podesten, so laut sich auch die Kritik der Parteilinken und der Kommunisten äußert.

Sollte Außenminister Fernando Moran ausgewechselt werden, dann dürfte an seine Stelle ganz gewiß wieder eine Art „Blitzableiter" treten, denn die außenpolitischen Richtlinien bestimmt allein Ministerpräsident Felipe Gonzalez. Und der Regierungschef aus Andalusien zeigt dabei *ein staatsmännisches Profil, das* selbst seine Gegner anerkennen. Souverän hat er sich längst von seinem politischen Ziehvater Willy Brandt abgenabelt.

Auch der einzige Minister, der als marxistischer Ideologe von der bürgerlichen Opposition einheitlich ab*gelehnt* wird, *Justizminister Ledesma* dürfte seinen Stuhl behalten, wenn er – was absehbar ist – einige Abstriche von seinen nachgewiesenermaßen utopischen Reformplänen zu machen bereit ist. Und Abstriche mußten alle machen. Auch die Leiter der Wirtschaftsressorts, wie das Abflauen der Streikwellen beweist. Die mit Massenentlassungen verbundene Sanierung der Stahlindustrie, der Werften und des Bergbaues kann in der angestrebten Konsequenz nicht vollzogen werden. Zu stark ist vor allem der Widerstand der kommunistischen Gewerkschaften Comisiones Obreras – längst nicht mehr Treibriemen der heillos zersplitterten kommunistischen Parteien, sondern Lokomotive des Kommunismus in Spanien. Ihre gefährlichen Streikwellen erreichten, daß die Sanierung sich über mehr Jahre hinziehen wird als vorgesehen und den Staatshaushalt mit der Lohnfortzahlung an hunderttausende Nichtbeschäftigter in Staatsbetrieben zusätzlich belasten wird.

Wenn sich dennoch eine gewisse Unsicherheit in der ersten Falange der Regierung bemerkbar macht, dann wegen der verlorenen Wahlen erst im Baskenland und danach in Katalonien. Konnte man sich im Baskenland im wesentlichen auf das Phänomen des regionalen Nationalismus berufen, so mußte die folgende *Niederlage in Katalonien* doch ernst genommen werden. *Die* Katalonen nämlich wählen traditionell eigentlich links. Und wie im Baskenland, so schnitten auch in Katalonien die bürgerlichen Landesparteien mit weitem Vorsprung vor den in Madrid regierenden Sozialisten, aber auch vor der (landes-)nationalistischen Linken ab.

Die Landtagswahlen in Katalonien öffneten aber auch der politischen Rechten Spaniens die Augen. Sie war nämlich nicht der lachende Erbe jener Wähler, die sich von der Regierung der Sozialisten enttäuscht zeigten. Alle Parteien, der linken wie der *rechten, sind sich des zur Mitte* tendierenden Wählerwillens bewußt. Die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens PSOE gibt sich deshalb sozialdemokratisch. Ihr Wirtschaftsprogramm läßt sich kaum von dem einer bürgerlichen Partei der Moderne unterscheiden. Sie steuert den Kurs eines monetären Primats, ähnlich dem der Amerikaner und Briten.

Auch die Partei des Oppositionssprechers Fraga Iribarne, die Allianza Popular definiert sich selber als eine Fortschrittspartei der rechten Mitte. Nach den Wahlen in Katalonien mußte diese Allianz erkennen, daß ihre Koalition *mit* der wesentlich kleineren christdemokratischen Partei PDP unter Oscar Alzaga nicht ausreicht, um jene zwei Millionen eigentlich bürgerlichen Wähler zurückzuerobern, die sich das letzte Mal für Felipe Gonzalez (aber nicht für die Sozialistische Partei) entschieden. Gonzalez gab zu, daß er sie nur „gepumpt" habe und zwar aus der Erbmasse jener rettungslos und für alle Zeiten versunkenen UCD des ersten Ministerpräsidenten Adolfo Suarez und seines Nachfolgers Calvo Sotelo. An ein Comeback des gescheiterten Suarez, wie es die intellektuelle Linke gerne sehen würde, ist indes nicht zu denken. Im Baskenland und in Katalonien trennten sich die ehemaligen UCD-Wähler zwar wieder von den Sozialisten. Als Kompromiß aber wählten sie dann die bürgerliche Landespartei. In den anderen Ländern Spaniens, die nicht über die Traditionen eigener Parteien verfügen, aber dürften sie die Koalition der liberalkonservativen Allianz stärken.

Eine Analyse des politischen Verhaltens der Spanier ergibt zunächst einmal, daß die politische Führung auch der Mitte aus der studentischen Opposition gegen Franco aufstieg und also einen Hang zur Linken hat. Das gilt aber nicht auch für die Masse der Bürger selber. Das Gros der Spanier empfand den Ständestaat der *Franco-Ära keineswegs als bedrükkend diktatorisch.* So entscheiden sich die meisten der 10 Millionen Wähler für den sozialistischen Regierungschef, aber nicht für die Partei.

Um diese rein pragmatisch orientierten Wechselwähler einer politisch noch nicht abgedeckten Mitte bemühen *sich jetzt die „Reformisten"* des katalanischen Politikers Miguel Roca. Sollte es wirklich zu der von ihm angestrebten Reformpartei auf Bundesebene kommen, dann könnte sie die Rolle übernehmen, wie sie die Freien Demokraten in Deutschland spielen, nämlich das Zünglein an der Waage. Dieses Zünglein aber verlöre seinen Sinn, wenn es sich wieder jener Partei zuneigen sollte, die die Abtrünnigen ja gerade verlassen wollen, also die Sozialistische Partei.

Miguel Roca selber meinte, er würde sich nie mit Fraga Iribarne verbinden. Er läßt dabei aber offen, ob er sich mit der Fraga-Partei verbinden würde. Das wiederum führte zu einer Spekulation über einen Wechsel in der Führung der Allianza Popular. Auf einen Nenner gebracht lautet ihre Frage: Kann Fraga als ehemaliger Informations- und Touristenminister der Franco-Ära sein „Dach" durchstoßen? Wer diese Frage verneint, überschätzt das Anti-Franco-Ressentiment der Bevölkerung. Das Fraga-„Dach", das ihm den Aufstieg zur Mehrheitspartei verwehrt, existiert – wenn überhaupt – dann nicht als Politikum.

Die entscheidenden Kriterien über das Wählerverhalten nach der 1986 auslaufenden Legislaturperiode sind vielmehr rein sachlicher Natur. Gewiß, die militanten Katholiken protestieren gegen Schulreform und Abtreibungsgesetze, die Beamten laufen gegen die Politisierung der Verwaltung und die Aufsteiger mit dem richtigen Parteibuch Sturm. Ganz ähnlich sieht es bei den Ärzten aus. Entsprechend der Gesamtstimmung im akademischen Lager wählte die früher linke Universität von Madrid einen Unabhängigen des bürgerlichen Lagers zum neuen Rektor. Aber auch die Konfrontation mit den Unternehmerverbänden, die schließlich auch die kleinen und ganz kleinen Handwerker umfassen, kann die Sozialistische Partei nicht von ihrem Thron stürzen.

Über die Zukunft entscheidet allein Erfolg oder Nichterfolg der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gelingt es, das bedrohliche Wachstum der Arbeitslosigkeit zu stoppen, gelingt es die Wirtschaft zu Neuinvestitionen zu *bewegen, dann* bleibt die Regierung. Da aber der ohnehin erschreckend defizitäre Haushalt mit den unproduktiven Ausgaben der Umstellung von einem Zentral- auf einen Bundesstaat zusätzlich belastet ist, hängt die Zukunft nicht allein von Spanien ab. Abhilfe aus der wirtschaftlichen Misere kann nur aus der Konjunktur der Weltwirtschaft kommen. Der zweite Ansatzpunkt einer ernsthaften Gefährdung der Regierung ist die Unsicherheit der Bürger auf der Straße. Die zunehmenden Gewaltverbrechen – zu 70 Prozent eine Folge der Drogenwelle – lastet der Bürger der sozialistischen Regierung und ihrer für ihn unverständlichen *Toleranz* gegenüber Verbrechen und Drogenausbreitung an.

Unter diesen Umständen kann eine starke Persönlichkeit wie Fraga an der Spitze des bürgerlichen Lagers mehr erreichen als irgendein Programm. Die Rechnung der *Allianz* sieht so aus: allein zwei Millionen bürgerliche Unzufriedene vom rechten Flügel der 10 Millionen der sozialistischen Wählerpartei weniger, läßt die Sozialisten auf acht Millionen sinken und das bürgerliche Lager von fünf auf sieben steigen. Wenn jetzt noch eine Million Unzufriedener nach links abschwenken, entscheiden die bürgerlichen Landesparteien. Und die tendieren zur Zeit nach rechts. So liegt es denn nahe, daß der ABC eine neue CEDA-Partei (spanische Konföderation der *autonomen* Rechtsparteien) heraufdämmern sieht. Diese Sammelpartei hatte vor 40 Jahren während der Republik einen wichtigen Wahlsieg errungen, unter einem starken *Mann* an der Spitze.



Selbstbewußt schaut der Löwe vor dem spanischen Parlament in Madrid in die Zukunft
FOTO: POLY-PRESS

SPANISCHE HANDELSKAMMER / Partnerschaft statt wirtschaftliche Sackgasse

Immer wieder ein Stabilitätsfaktor

Von LUIS MENA

Die Anfänge waren bescheiden, als 1929 eine Reihe spanischer Kaufleute mit Wohnsitz im Deutschen Reich beschloß, zur Förderung deutsch-spanischer Handelsbeziehungen in Frankfurt am Main einen Verein zu gründen. Bei der Eintragung beim Amtsgericht wurde jedoch bereits vermerkt, daß auf der Gründungssitzung eine gemeinnützige Institution vorgesehen wurde, die den Charakter einer Handelskammer haben sollte.

Ein Jahr später, die Institution firmierte bereits als Handelskammer, kam die offizielle Bestätigung aus Spanien. S. M. König Alfons XIII verlieh der neuen Handelskammer durch Königlichen Beschluß den Titel „amtlich". Beschlossen wurde auch, daß unter Beibehaltung des Namens „Spanische Handelskammer" nicht nur spanische, sondern auch deutsche Kaufleute Mitglied werden und in den Vorstand gewählt werden können. Denn die Amtliche Spanische Handelskammer sollte von vornherein keine Sackgasse sein, sondern für kommerzielle Beziehungen in beide Richtungen offen sein.

An wirtschaftliche Partnerschaft im wahrsten und weitesten Sinne des Wortes war gedacht. Bilaterale Förderung des Absatzes von Handelsgütern im jeweils anderen Land, Kooperation bei der Gründung von Unternehmen, Verbesserung der Transportwege, dies war ein Teil der Aufgaben, die man sich vorgenommen hatte. Dann, als der 2. Weltkrieg die friedlichen Ziele zu sprengen drohte, die sich die deutschen und spanischen Mitglieder der Handelskammer gesetzt hatten, war sie die einzige spanische Institution, die im Lande geblieben war und ihre Arbeit, sobald dies wieder möglich war, erneut aufnahm.

Der Handel zwischen beiden Ländern hat sich immer wieder als Stabilisierungsfaktor erwiesen. In den traditionell guten Beziehungen zwischen Deutschen und Spaniern sind gewiß keine Gräben zu überbrücken, doch trägt der ständige Fluß von Wirtschaftsgütern in beide Richtungen, sowie die Kapitalinvestitionen – beachtlich die der Deutschen in Spanien, bescheidener die spanischen in der Bundesrepublik – entschieden dazu bei, eine immer stärkere Verständigung und Annäherung zwischen beiden Völkern zu schaffen.

Ein Zeichen für diese Verständigung und Annäherung ist die Unterstützung, die das europäische Land Spanien bei seinen Bestrebungen, in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden – allerdings nicht um jeden Preis – von seiten der Bundesrepublik Deutschland erfährt.

Heute teilt die Amtliche Spanische Handelskammer für Deutschland mit ihren etwa tausend deutschen und spanischen Mitgliedsfirmen die Sorgen der Weltwirtschaft, aber auch die Hoffnung, daß die sich allmählich abzeichnende Konjunkturbelebung in allen Wirtschaftszweigen gleichermaßen greift, sich fortsetzt und dazu beiträgt, die allgemeine Rezession mit ihren Folgen – Minderung der Umsätze, Arbeitslosigkeit und leider auch der verstärkten Tendenz zum Protektionismus, einem falschen Konzept, das das Übel nur verschlimmert – zu verdrängen.

Luis Mena ist Generalsekretär der Amtlichen Spanischen Handelskammer für Deutschland, Frankfurt.



In Spanien locken zunächst die Strände FOTO: ASTRID BRANDT

GESPRÄCH MIT MADRIDS TOURISMUS-VERANTWORTLICHEM, GARCIA

„Erst in die Stadt, dann an die Küste“

WELT: Sr. Garcia, Sie wollen den Spanien-Touristen mehr für Madrid interessieren. Wie gedenken Sie ihn zu motivieren, die Strände des Landes zu verlassen?

Garcia: Wir haben in keiner Weise die Absicht, den Touristen von den Stränden wegzulocken. Wir möchten lediglich, daß er Madrid und seine ganze, an Sehenswürdigkeiten sehr reiche Umgebung kennenlernt.

Außer einer hervorragenden, weitgehend noch unbekannten Gastronomie bietet Madrid ein großes kulturelles Erbe, eine Fülle herrlicher Fiestas, Folklore aller Art.

Wir finden, daß der Tourist all diese Attraktionen während eines Aufenthaltes bei uns zunächst auskosten sollte, bevor er in andere Gegenden Spaniens weiterreist.

WELT: Welche Touristen wollen Sie denn in erster Linie ansprechen?

Garcia: Es gibt, meine ich, zwei Arten von Touristen für uns: Der erste hält sich kurz in Madrid auf und fährt dann an die Küsten. Der zweite aber kommt direkt hierher, um eine gewisse Zeit zu verweilen.

Ich glaube jedoch, daß unser Angebot beide ansprechen wird. Geschichte, Kunst, Einkaufsbummel sowie eine reizvolle Landschaft sind doch einmal für jeden interessant. Madrid – ich spreche hier von der ganzen Provinz – hat zudem den großen Vorteil, sich über ein relativ kleines Gebiet zu erstrecken, das der Fremde in einer ziemlich kurzen Zeit mühelos kennenlernen kann.

WELT: Welche Pauschalangebote können Sie dem Touristen für kurze Aufenthalte bieten, welche Exkursionen? Haben Sie schon ein Abkommen mit einer Luftfahrtgesellschaft getroffen, damit Sie dem Touristen Wochenendreisen zu attraktiven Einführungspreisen anbieten können?

Garcia: Auch hieran arbeiten wir gerade. Wir bereiten Programme vor, die neben der Reise Einkaukfstouren, Museumsbesuche sowie Besichtigungen der reizvollsten Stellen Madrids mit einschließen. Danach hat der Tourist dann die Möglichkeit, die Umgebung kennenzulernen. Wir wollen Charterflüge mit spanischen und ausländischen Fluglinien anbieten.

WELT: Bietet Madrid sich auch als Kongreß- und Tagungsstadt an?

Garcia: Madrid ist in der Tat eine Kongreßstadt mit Tradition. Wir besitzen einen großen Kongreß- und Ausstellungspalast mit einer so vollendeten Infrastruktur, die ihresgleichen auf der Welt sucht. Es versteht sich daher von selbst, daß wir diesen Zweig noch ausweiten wollen. Madrid bietet wirklich alles, was einen *Aufenthalt – ganz gleich, ob geschäft*lich oder privat – angenehm und erholsam macht.

WELT: Es gibt in der unmittelbaren Umgebung Madrids auch sehr reizvolle Wintersportmöglichkeiten.

Garcia: Das ist richtig. Wintersport kann man bei uns auch treiben. Der Ort Navacerrada liegt z. B. nur 55 km von Madrid entfernt und ist mit allem ausgestattet, was ein Wintersportler sich nur wünschen kann. Die Saison beginnt in der zweiten Hälfte Dezember und dauert bis März.

Lassen Sie mich noch hervorheben, daß Madrid auch klimatisch sehr interessant für den Touristen ist: Frühling und Herbst sind milde Jahreszeiten. Die Sommer sind heiß und die Winter so, daß man in den umliegenden Bergen Ski laufen kann.

(DW.)

IBERIA / Preference

Spitzenreiter im Auslandsgeschäft

Wer ab Mai dieses Jahres in der Preference class der Iberia fliegt, macht die erfreuliche Feststellung, daß er mehr Gepäck, nämlich 30 Kilogramm anstelle von bisher 20 Kilogramm, mit auf Reisen nehmen darf.

Die Preference class wird von der Iberia auf ihren Europa-Flügen in den Maschinen DC 9 und Boeing 727 (Version B) angeboten; auf den Interkontinental-Flügen in den Flugzeugtypen B 747 und DC 10. Die Preference class entspricht der Business class mit den üblichen Vergünstigungen, was Check-in, Platzreservierung und Service am Boden und in der Luft betrifft.

Die Iberia hat ihre Erste Klasse, die Grand class, beibehalten. Sie wird angeboten bei den Europa-Flügen auf dem Airbus A 300/34, in der B 727 (Version A) und auf den Interkontinental-Flügen in der B 747 und der DC 10.

Die Iberia entwickelte sich im letzten Finanzjahr zum Spitzenreiter aller spanischen Firmen, was Erträge in Fremdwährungen angeht, mit 96 938 Millionen Peseten. Damit verwies sie Renault España, CEPSA und Ford España auf die Plätze. Den Löwenanteil erwirtschaftete Iberia auf dem amerikanischen Kontinent. pbk

BOBADILLA / Ausbau

Marktführer mit Sherry und Brandy

Mit erheblichen Werbeaufwendungen für die Marke „103“ will das spanische Haus Bobadilla seine Position auf dem deutschen Weinbrand-Markt ausbauen. In den ersten neun Monaten 1983 erreichte „103“ einen Absatzzuwachs von 40 Prozent. Innerhalb von Jahresfrist hat dieser spanische Weinbrand seinen Marktanteil im deutschen Lebensmittelhandel damit fast verdoppelt.

Zum Bobadilla-Sortiment gehören neben „103“ die Brandy-Qualitäten „Etiqueta Nera“ und „Gran Capitan“ sowie vier Sherry- Sorten.

Die Firma Bobadilla, die sich mit der Herstellung von Sherry und Weinbrand befaßt, hat ihren Sitz in Jerez de la Frontera, der Kapitale des Sherry-Gebiets. E. S.

AUF EINEN BLICK

ALLGEMEINES

Das Königreich Spanien grenzt im Norden an Frankreich, im Osten an das Mittelmeer, im Süden an die Straße von Gibraltar und im Westen an Portugal und den Atlantischen Ozean. Das Staatsgebiet umfaßt auch die Balearen und die Kanarischen Inseln.

FLÄCHE

504 740 qkm.

EINWOHNER

36 Millionen.

STÄDTE

Madrid (Hauptstadt) 3,5 Millionen Einwohner, Barcelona 1,8 Mill. E., Valencia 731 000 E., Sevilla 600 000 E., Zaragoza 568 000 E., Bilbao 472 000 E., Malaga 411 000 E., Las Palmas 345 000 E., Palma de Mallorca 277 000 E.

SPRACHE

Spanisch; als Umgangssprache noch Katalanisch und Baskisch.

ZEIT

MEZ; während der Sommermonate werden die Uhren 1 Std. vorgestellt.

FEIERTAGE

1. Januar, 6. Januar, 20. Januar, Gründonnerstag, Karfreitag, Ostermontag (nur Katalonien, Valencia, Alicante und die Balearen), 1. Mai, 15. Mai (nur Madrid), 25. Mai, Pfingstmontag (siehe Ostermontag), Fronleichnam, 24. Juni (nur Barcelona), 25. Juli, 15. August, 24. September (nur Barcelona) 12. Oktober, 1. November, 8., 25. Dezember, 26. Dezember (siehe Ostermontag).

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Königlich Spanische Botschaft, Schloßstraße 4, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/21 70 94.

Spanische Generalkonsulate in: Lichtensteinallee 1, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/261 60 81.

Schwachhauser Ring 124, 2800 Bremen, Tel.: 0421/34 40 90.

Homberger Straße 16, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 47 77.

Gutleutstraße 45, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/25 10 13.

Mittelweg 37, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/44 36 20.

Wedekindstraße 32, 3000 Hannover, Tel.: 0511/31 59 17.

Oberföhringer Straße 45, 8000 München 81, Tel.: 089/98 76 72.

Lenzhalde 61, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711/22 50 91

Spanische Fremdenverkehrsämter in: Graf-Adolf-Straße 81, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/37 04 67.

Steinweg 5, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/28 27 32.

Ferdinandstraße 64/68, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/33 07 87.

Oberanger 6, 8000 München 2, Tel.: 089/26 75 84.

Spanische Eisenbahn, Generalvertretung, Gereonstraße 25–29, 5000 Köln, Tel.: 0221/13 56 07.

IBERIA, Westendstraße 12, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/72 82 54

Amtliche Spanische Handelskammer für Deutschland (Cámera Oficial Española de Commercio en Alemania), Schaumainkai 83, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/63 80 31.

IN SPANIEN

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Calle de Fortuny 8, Madrid 4, Tel.: 00341/4 19 91 00.

Deutsche Generalkonsulate in:

Paseo de Gracia 111, Barcelona 8, Tel.: 00343/2 18 47 50.

Calle Gobelas 1, Edif. Res. El Abra, Bilbao, Tel.: 00344/4 64 18 77.

Avenida Ramón de Carranza 22, Sevilla, Tel.: 003454/45 78 11.



Deutsche Honorarkonsulate in: Alicante, Almeria, Figueras, Granada, Ibiza, Gran Canaria, Menorca, Malaga, Mallorca, San Sebastian, Teneriffa, Santander, Valencia, Vigo.

Paradores España, Administración Turistica Española, Almagro 36, Madrid 13, Tel.: 00341/2 54 56 06.

Deutsche Handelskammer für Spanien (Cámera de Commercio Alemana para España), Paseo de la Castellan 18, Madrid 1, Tel.: 00341/2 75 40 00;

Geschäftsstelle Barcelona, Calle Córcega 301-303, Barcelona 8, Tel.: 00343/2 18 82 62.

Lufthansa, Edificio España, Gran Via 88, Madrid, Tel.: 00341/2 47 38 00.

TIPS FÜR REISENDE

EINREISE

Für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten gültiger Personalausweis.

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN

1 Peseta (Pta) = 100 Centimos. 1 DM = ca. 52 Ptas. 100 Ptas = ca. 1,90 DM.

Landeswährung: Noten und Münzen der Landeswährung dürfen bei der Einreise bis zum Betrag von 150 000 Ptas, bei der Ausreise bis zum Betrag von 20 000 Ptas mitgeführt werden.

Fremdwährung: Nicht in Spanien ansässige Reisende können Fremdwährungen bei der Einreise unbeschränkt mitführen. Werden große Summen mitgenommen, empfiehlt es sich, beim Einreisezollamt eine Bescheinigung über die mitgeführten Devisen zu beantragen. Bei der Ausreise können Devisen im Gegenwert von 80 000 Ptas ohne Genehmigung ausgeführt werden, höhere Devisenbeträge, wenn diese bei der Einreise deklariert wurden.

KLIMA

Die Gebiete im Norden und Nordwesten haben atlantisches Seeklima. Die Meseta und das Ebrobecken weisen dagegen ausgesprochen kontinentales, das andalusische Becken sowie die Landschaften am Mittelmeer ein mediterranes Klima auf.

In den östlichen, südlichen und südöstlichen Küstengebieten sind die Herbst-, Winter- und Frühjahrsmonate ausgesprochen mild mit mäßiger Feuchtigkeit. In den Sommermonaten ist es tagsüber sehr heiß, nachts jedoch meist Abkühlung. Hingegen weisen die Zentralgegenden rauhe, relativ kalte Winter und trockene, heiße Sommer auf.

Beste Reisezeit: Für Madrid, Barcelona und die Balearen Frühling und Herbst; Südspanien: Herbst, Winter, Frühling; für die spanische Riviera (Algeciras bis Malaga) gilt dasselbe; für den nördlichen Teil Spaniens: Sommer; für die Kanarischen Inseln: das ganze Jahr.

Boyer: „Peseta soll sich gegenüber Eurowährung erholen“

Spaniens Wirtschafts- und Finanzpolitik läßt sich nicht als klassisch sozialistisch einstufen. Das internationale Bankwesen und der Weltwährungsfonds begrüßen die monetären Maßnahmen im Kampf gegen die Inflation. Die Unternehmer des Landes empfinden sie jedoch als „zu restriktiv“, und die Gewerkschaften protestieren gegen den „reinen Kapitalismus“. Die WELT fragte Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer in einem Exklusiv-Interview, wie er selbst den Kurs der sozialistischen Regierung bezeichnen würde.

„Die *Makroökonomie* ist so, wie wir sie betreiben, weder links noch rechts. Unter den sich überall ähnelnden Umständen versucht schließlich jede Regierung, zunächst einmal das Defizit ihrer Zahlungsbilanzen auszugleichen, sei sie nun unabhängig, sozialistisch oder konservativ.“

Das politische Signum der spanischen Regierung sieht der Minister in den Schattierungen der „sozialen Transferenz“ seines Steuersystems. Der Unterschied liegt in der Entscheidung zur Frage, „wem man etwas abnimmt und wem man es gibt“. So habe sich die amerikanische Verwaltung für eine stark restriktive Politik entschieden. Andere Länder wie Spanien, Frankreich, Portugal, Italien und Schweden – alles sozialistische Staaten – stellen dagegen ihre sozialen Leistungen in den Vordergrund. Der spanische Superminister *zitierte* dazu Ministerpräsident Felipe Gonzalez, der die historische Aufgabe seiner Regierung in der Lösung der Probleme *selbst und nicht* in einer spezifischen Parteipolitik sieht.

Bei der Gratwanderung zwischen Inflation und *Arbeitslosigkeit* benutzt Finanz- und Wirtschaftsminister Boyer das gesamte Instrumentarium einer modernen Wirtschaftspolitik als Balancierstange. Auf monetärer Ebene gelte es, so sagte er, durch strikte Kontrolle der Geldmenge die Inflation schrittweise zu überwinden. „Das genügt natürlich nicht, ist aber der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Wie bisher werden wir also auch in diesem Jahr die monetäre Expansion verlangsamen – auch dann, wenn einige Kritiker sagen, daß wir darin zu weit gingen.“

Die Haushaltspolitik will Boyer durch extreme Sparmaßnahmen in der Verwaltung stützen. Als wesentlichen Erfolg hierin nannte Boyer die Bereitschaft der Beamten, bei einer Gehaltserhöhung um nur 6,5 Prozent und einer voraussehbaren Inflation von 8 Prozent einen Realverlust von 1½ Prozentpunkten in Kauf zu nehmen. Wie der Minister betonte, betrug das Defizit des Haushalts trotz der Drosselung bei Anschaffungen im vergangenen Jahr 6 Prozent des Nationalproduktes; in diesem Jahr hoffe man 5,5 Prozent zu erreichen und im nächsten Jahr 5 Prozent.

Obwohl es für 1984 nicht zu einer Einigung zwischen den Sozialpartnern kam, wirkten sich die Richtlinien der Regierung bei der Festsetzung der Beamtengehälter auf die Allgemeinwirtschaft positiv aus. Die Löhne stiegen nur um 7,5 Prozent – 4 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr und einen halben Punkt unter der angestrebten Inflationsrate.

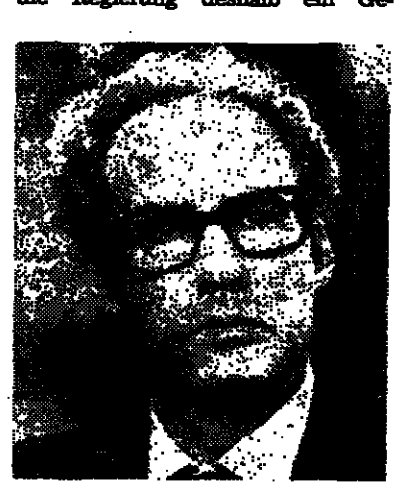
Boyer zufolge will die Regierung im Wirtschaftsprozeß nur dort intervenieren, wo es um die Gesundung der Industrie geht, wie zur Zeit bei den Werften und in der Stahlindustrie. Beide bedürfen einer Strukturreform. „Im Prinzip besteht aber *nicht die Absicht zu intervenieren*“. Wie Boyer versicherte, sei es ebenfalls nicht das Ziel der Sozialisten, die Unternehmen der staatlichen Holding Ini, die schon jetzt 65 Prozent der Schwerindustrie kontrollieren, weiter auszubauen.

Einen der Hauptbelastungenpunkte des Haushalts und damit auch der Wirtschaft bildet das neue Versicherungssystem. Da die Altersrenten den Hauptteil der Ausgaben der staatlichen Versicherung betragen, will die Regierung den einzelnen Versicherungsnehmer in Zukunft stärker heranziehen. (Nach dem zur Zeit gültigen System bestreiten der Unternehmer und zu einem wesentlich geringeren Teil der Staat den Sozialfonds, während der Arbeitnehmer kaum belastet wird.) Für die Zukunft kündigte der Minister ein System an, bei dem das höhere Einkommen stärker für die Altersrente belastet wird.

Die Frage nach den Trägern der Krankenhäuser liegt in diesem Zusammenhang auf *der Hand*. Wie der Minister hierzu versichert, sollen diese den Gemeinden übertragen werden, wobei der Regierung allerdings klar sei, *daß die großen* Krankenstädte wie in Madrid und Barcelona auch in Zukunft nicht von den Gemeinden akzeptiert werden.

Die demokratische Verfassung verlangt eine Aufteilung Spaniens in einen Staat mit 17 „autonomen Gebieten“, *ähnlich den Ländern der* Bundesrepublik Deutschland. „Diese Dezentralisierung bedeutet eine finanzielle Belastung aller, das ist *evident*“, gab der Finanzminister zu. Er bestätigte auch, daß sich daran auf mittlerer Sicht wenig ändern wird. Nach Ansicht des Ministers halten sich die Mehrkosten jedoch in kontrollierbaren Grenzen, so daß die Vorteile für den einzelnen Bürger, der nunmehr der Verwaltung *geographisch* viel näher steht, auf lange Sicht überwiegen werden.

Das Haushaltsdefizit erreichte in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits 5,2 Mrd. DM umgerechnet. Das ist weit mehr als in der *Vergleichszeit* des *Vorjahres*. Boyer dazu: „Man kann nicht das Anwachsen des Defizits um 74 Prozent an der Entwicklung des Vorjahres messen. *Denn als wir die Regierung Ende 1982* übernahmen, existierte kein Haushalt für 1983. Für die Übergangszeit erließ die Regierung deshalb ein Gesetz, wonach nur die laufenden Kosten gedeckt werden würden. Aber dieses Gesetz zeigte erst Ende des vergangenen Jahres ihre erste Wirkung. Die Mehrausgaben traten deshalb erst *jetzt* in Erscheinung, sind also nicht typisch für den Gesamthaushalt dieses Jahres.“ Der Minister kündigte Einsparungen an, um den Haushalt 1984 „nicht mehr als üblich“ mit Nachträgen zu belasten.



Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer FOTO: WEREK

Überraschen mußte die Antwort des Ministers auf die Frage, mit welchen Maßnahmen die Exporterfolge der spanischen Außenwirtschaft von vorigem Jahr unterstützt werden sollten. Boyer wies darauf hin, daß dieser Erfolg im wesentlichen der *Abwertung der Peseta im Jahre 1982 und* der Entwicklung der Dollarbilanz als Basis einer guten Wettbewerbssituation zu verdanken sei. Angesichts der *mäßigen Lohnerhöhung sei es des*halb nicht nötig, hier im monetären Bereich, etwa im Wechselverhältnis der Währungen, etwas zu forcieren. „Wir sind vielmehr daran interessiert, daß sich die Peseta gegenüber der Eurowährung und dem Dollar erholt. Unser Problem ist deshalb nicht die günstigere Ausganssituation der Exportwirtschaft noch weiter auszubauen. Um den starken Zufluß an Devisen in Grenzen zu halten, müßte diese Situation vielmehr verringert werden.“ Boyer will eine negative Auswirkung des Zuflusses auf die monetäre Politik – der Primat aller seiner Überlegungen – verhindern. Tatsächlich sank das Defizit der Zahlungsbilanz, wie Boyer betonte, von 4,1 Mrd. Dollar 1982 auf 2,5 Mrd. Dollar im vergangenen Jahr.

„Wenn das so weitergeht, gehen wir in diesem das Risiko der ausgeglichenen Zahlungsbilanz ein,“ meinte mit einer gewissen Ironie und bestimmt nicht ohne Stolz der Finanzminister. Im Außenhandel bedeutet Defizit, wie Boyer explizierte, gleichzeitig auch Sparvolumen. Es zu reduzieren würde deshalb automatisch die Möglichkeit der Reinvestition negativ beeinflussen. Schon jetzt erschwert die monetäre Spritze eines Devisenzustroms von 2 Mrd. Dollar im Jahr 1984 – also noch ohne die Einnahmen aus dem Tourismus – die Kontrolle in der Geldpolitik.

Natürlich begrüßt Boyer Investitionen des Auslandes, bei denen die Bundesrepublik Deutschland nach den USA die zweite Position einnimmt. Die Steigerung betrug 1983 etwas über 7 Prozent in Dollar. Aber nicht alle ausländischen Unternehmen *in Spanien* zeigen sich begeistert. So meldete u.a. die spanische Tochter von Westinghouse Zahlungsunfähigkeit an, weil nicht so viele *Kernkraftwerke* gebaut werden sollen, wie ursprünglich geplant und in Auftrag gegeben wurden. Auf dieses Ereignis angesprochen, erklärte der spanische Finanzminister, daß der bisherige Energieplan zu den drei ersten Kernkraftwerken den Bau von 7 weiteren autorisiert habe. Im Rahmen der Energieplanung seiner Regierung wurden von fünf zusätzlichen Kraftwerken drei gestrichen, „weil uns die Kernenergie überdimensioniert erscheint“. Boyer begründet dieses Entscheidung u.a. damit, daß Spanien erst 1979 ernsthaft daranging, Energie zu sparen – mindestens fünf Jahre später als andere Länder. Aber schon im vergangenen Jahr lag der Energiekonsum wiederum über dem Bruttoproduktwachstum. Seine Regierung will deshalb vermeiden, was sich in anderen Ländern ereignete. So leide Frankreich unter Energieüberfluß und müßte die Elektrizität unter Preis verkaufen. „Wenn wir wie übrigens andere Länder auch unser Kernprogramm deshalb revidieren, dann aber nicht, weil wir etwa ein Vorurteil gegen die Kernenergie hätten.“ Es gehe vielmehr darum, die Struktur der Elektrizitätsgesellschaften zu sanieren.

Befürchtungen, daß Spanien sich an die sibirische Gasleitung anschließen wolle, wies Boyer zurück: „Wir werden kein Russengas kaufen.“

Wachsende Arbeitslosigkeit und geringe Investitionsmöglichkeiten beunruhigen die Unternehmerverbände und führten kürzlich im Parlament zu besorgten Anfragen der Bürgerlichen und Opposition. Die Sprecher der Unternehmerverbände begründeten ihre Zurückhaltung gegenüber Neuinvestitionen mit einem Mißtrauen zur sozialistischen Regierung. Miguel Boyer wies die Kritik vor allem in ihren politischen Ansätzen zurück: „Natürlich ist Vertrauen für die Investition notwendig. Aber ich glaube, daß die wirtschaftlichen Faktoren sehr viel wichtiger sind, wenn die Grundvoraussetzungen gegeben sind.“ Seiner Ansicht nach konnte die große Unsicherheit, sei sie nun politischer oder wirtschaftlicher Art, schon jetzt weitgehend abgebaut wrden. „Die Unternehmer dürften inzwischen erfahren haben, daß die Politik dieser Regierung ganz ähnlich der anderer Länder des Westens ist.“

Zur Untermauerung seiner Thesen wies Boyer auf die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung hin, auf das zu erwartende Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz und auf die günstige *Lohnsituation. Im übrigen sei die* positive Tendenz der Börse in Spanien ein klarer Indikator des De-facto-Vertrauens. Wenn sich die Investition bis jetzt noch nicht gesteigert hätte, dann, wie er meinte, aus rein wirtschaftlichen Gründen. „Schließlich wird niemand investieren, solange die Kapazitäten nicht ausgelastet sind und die Unternehmen nicht genügend Geld zur Selbstfinanzierung haben.“ Außerdem sei der Zinssatz dafür zu hoch. Wenn zur Zeit die Schuldentilgung aufgrund der besseren Verdienste im vergangenen und *in diesem Jahr den Vorrang* in der Unternehmenspolitik haben, dann werde man in absehbarer Zeit auch wieder investieren. „Ich glaube, daß hier in naher Zukunft sehr viel nachgeholt werden wird.“

ROLF GÖRTZ, H.-H. HOLZAMER

ANDALUSIEN / Chance als Kornkammer Europas

Ein dritter Versuch von Madrid und Sevilla

Andalusien – die Kornkammer der Zukunft für Europa oder weiter das Armenhaus Europas? Diese Fragen müssen in nächster Zukunft beantwortet werden. Das eine, Armenhaus, ist Gegenwart. Die andere Möglichkeit kann verwirklicht werden. Die besten Voraussetzungen sind dafür vorhanden.

Westandalusien, von Cordoba bis zur Mündung des Guadalquivir, gehört bei guter Bewässerung zu den fruchtbarsten Ebenen in Europa. Wein, Ananas, Zuckerrohr, Avocados, Zuckerrüben, Sonnenblumen, Spargel, Kaffee, Baumwolle und Weizen wachsen hier. *Doch ist bisher eine intensive Nutzung der riesigen Flächen unterblieben.* „Schuld" daran ist die Agrarstruktur in Andalusien.

Spaniens größte Region besitzt rund 41 250 Quadratkilometer Ackerland (Größe etwa der Schweiz).

Über 800 Farmen sind mehr als *1000 Hektar groß.* Die Großgrundbesitze machen rund ein Viertel des Agrarlandes aus. 22 Prozent aller Einwohner der acht spanischen Provinzen Andalusien *arbeiten* auf dem Lande. *Davon sind 80 Prozent* Handlanger oder Tagelöhner ohne Land, während zwei Prozent der Landbesitzer über die Hälfte der Äcker verfügen. In Spanien heißt es daher schon seit Jahrhunderten: „Andalusien ist das Land der Menschen ohne Land".

Eine Landreform ist daher dringend notwendig, denn die Agrarstruktur ist seit Jahrhunderten, ja seit dem Abzug der Araber unverändert. Zweimal (1836 und 1854) wurden bereits Versuche unternommen. Ein dritter Versuch, mehr Arbeit und Produktivität durch eine Umverteilung zu erreichen, wird gegenwärtig von der *sozialistischen* Zentralregierung in Madrid und von der Regionalregierung in Sevilla unternommen. Denn das Agrar-Strukturproblem *ist das letzte bisher noch ungelöste Strukturproblem* Spaniens und insbesondere Andalusiens.

Nach dem Plan der sozialistischen *Regionalregierung bleiben die alten* Besitzstrukturen grundsätzlich bestehen. Eine „automatische" Enteignung findet nicht statt. Der Idee der „sozialen Funktion des Landes" wird Vorrang gegeben. Diese soziale Funktion verbindet die Regierung mit der „Nutzung des Bodens und mit der Produktivität". So sieht das Gesetz zur Landreform vor, daß Landbesitzer, welche nicht „genug" produzieren, bestraft werden können. Dabei reichen die Strafmaßnahmen von einer Geldbuße bis hin zur Enteignung oder zwangsweisen Verpachtung für einige (bis zu 12) Jahre.

Enteignungen werden dann durchgeführt, wenn vor allem die Güter brach liegengelassen werden. Alle Güter von über 300 Hektar Trockenland und 50 Hektar bewässertem Boden werden auf ihre Produktivität überprüft. Dabei werden für jeden Bezirk bestimmte Soll-Produktivitätsziffern festgelegt. Bei staatlichen Gütern – oft schlechte Boden*qualität* oder Wäldereien – sollen genossenschaftliche Betriebe versuchsweise gefördert werden. 1984 werden für die gesamte Agrarreform, soweit sie im Rahmen der neuen Gesetze durchgeführt wird, rund 850 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Manuel Manaute, Agrarminister von Andalusien und selber ein Farmerssohn, will Anfang 1984 das Gesetz in Kraft setzen.

Trotz dieses Gesetzes, das einen neuen Versuch darstellt, die fast unüberwindlichen Probleme der Landwirtschaft Andalusiens zu lösen, darf nicht übersehen werden, daß Kapitalisierung und Modernisierung neue Problemzonen schufen. Wegen neuer Maschinen wurden Arbeitskräfte überflüssig. Dadurch wurde zwar die Produktivität gesteigert, aber die Tagelöhner überflüssig. Immerhin leben rund 250 000 Einwohner Andalusiens von der tageweisen Beschäftigung, hauptsächlich in den Olivenhainen.

Durch Vergrößerung der Anbauflächen auf den Gütern für Getreide, Sonnenblumen und Zuckerrüben wurde *dieses* Problem *noch* vergrößert. Denn die Erntearbeiten werden *weitgehend* maschinell durchgeführt. Weizen und Sonnenblumen bestimmen heute schon weitgehend das Bild der andalusischen Landschaft.

Die verlorenen Arbeitsstunden auf der einen, die gestiegene Produktivität der Flächen auf der anderen Seite haben das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft. Rund 150 000 Arbeitskräfte drängen jährlich auf den Arbeitsmarkt im Süden Spaniens. Die Regierungen haben das Problem erkannt. Andalusien soll im nächsten Planungsschritt moderne Bewässerungssysteme erhalten, dann sollen moderne Agarindustriebetriebe angesiedelt werden.

Minister Manaute: „Warum sollen unsere Zitrusprodukte nicht auch hier verarbeitet werden? Das gleiche gilt für Baumwolle und andere Produkte. Wir müssen neue landwirtschaftliche Kulturen schaffen."

Diese neuen „Kulturen", besser gesagt Strukturen sind bisher in ihren Zielen nicht genau definiert worden. Eine vernünftige Agrarreform in Andalusien setzt genaue Erkenntnisse voraus, was in Zukunft wo angebaut und abgesetzt werden kann.

Gegenwärtig hat Weizenanbau Vorrang. Weizen aber ist zur Zeit schwer abzusetzen, und auf dem Arbeitsmarkt werden für Weizenkulturen kaum Arbeitskräfte gebraucht. Andererseits könnte dadurch Andalusien zu einer neuen Kornkammer Europas werden. Schon jetzt fördert die Regierung in Madrid mit erheblichen Kapitalspritzen Junglandwirte. Andalusien ist bereit, neue Aufgaben in der europäischen Landwirtschaft zu übernehmen. Der Wille ist da, die Strukturen müssen nur geändert werden.

WILLY PFLEDERER

KOOPERATION ZWISCHEN SEAT UND VW / Bislang „voll zufriedenstellende Ergebnisse"

SEAT-Präsident J. A. Diaz Alvarez: „Beim Passat übertrifft die Kaufoption schon die Produktion"

WELT: Wie bewerten Sie die Resultate und Erfahrungen, die sich aus der Zusammenarbeit zwischen SEAT und VW ergeben haben?

Alvarez: Die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erzielten Ergebnisse aus dieser Zusammenarbeit zwischen SEAT und VW können als voll zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Beziehungen zwischen den Gesellschaften sind für beide Teile in technischer, kommerzieller und menschlicher Hinsicht hervorragend.

Unsere Zielvorgaben haben sich soweit erfüllt. Die technologische Übernahme durch SEAT schloß ab mit der Reorganisation des Werkes in Pamplona, das eine Jahresproduktion von 90 000 Einheiten ausweist. *Zur Zeit* übersteigt *die* Fertigung 100 Einheiten pro Tag. Für den Monat Juli ist eine Steigerung auf 200 Einheiten vorgesehen, und im September soll ein Ausstoß von 400 Einheiten pro Tag erreicht werden.

Die Vorstellung des Modells VW Polo – in seinen beiden Ausführungen 1043 c. c. und 1272 c. c. – wird am 4. Juli stattfinden. Anschließend beginnt dann die Verkaufsinitiative.

Von uns angestellte Umfragen haben gezeigt, daß in der spanischen Öffentlichkeit großes Interesse für dieses Modell besteht.

Gleichzeitig wurde Anfang dieses Jahres die Fabrikation der Passat-Serie in unserem Werk in Barcelona aufgenommen. Gegenwärtig werden hier 130 Fahrzeuge pro Tag hergestellt. Die Kaufoption übertrifft die gegenwärtige Produktion. Auch das Modell Santana wird jetzt in Barcelona gebaut. Allerdings haben wir in diesem Jahr die Fertigung eingeschränkt, *da der Wagen 1985 in Serie* gebaut werden soll.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich erwähnen, wie sehr beeindruckt die VW-Techniker in Pamplona und Barcelona von der hohen Qualität der VW-Modelle waren, die bislang von SEAT hergestellt wurden. Großes Lob auch für die kaufmännische Leistung in der Zusammenarbeit SEAT/VW-Audi.

Wir stellen mit Freude fest, daß die Verkaufsbemühungen sich in einem wachsenden Absatz auf dem spanischen Markt niedergeschlagen haben.

Lassen Sie uns jetzt einen Blick auf die Zahlen werfen: 1981 importierte die VAG Spanien nur 2841 Fahrzeuge, 1982 bereits 2837. Seit Beginn der Zusammenarbeit mit SEAT ist die Einfuhr von VW-Audi-Modellen auf 6110 im Jahre 1983 gestiegen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden 3182 Fahrzeuge abgesetzt.

WELT: Wie weit ist die Zusammenarbeit bisher gediehen?

Alvarez: Im Hinblick auf die Ergebnisse und die hervorragenden Beziehungen, *die sowohl das* Spanisch-eInstitut für Industrie (Instituto Nacional de Industria), unser Hauptaktionär, als auch wir selbst zu VW unterhalten, besteht der feste Wille zum Ausbau der Zusammenarbeit.

Wir haben dabei eine bessere Kooperation im industriellen, technologischen und kaufmännischen Bereich im Auge. Ich möchte in diesem Kontext betonen, daß wir von VW jegliche nur denkbare Unterstützung erhalten, die zur Festigung unserer Zusammenarbeit und zum Erfolg führt.

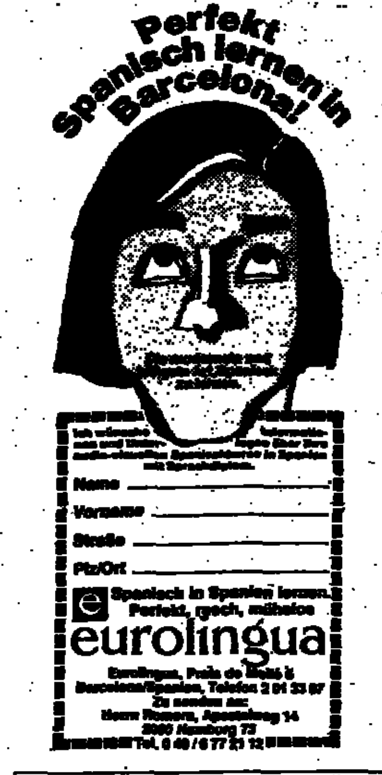
WELT: Ist eigentlich eine Beteiligung von VW am SEAT-Kapital vorgesehen?

Alvarez: Wir meinen, daß es noch verfrüht ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt über eine Beteiligung von VW am SEAT-Kapital zu sprechen, da wir uns gerade in einer Konsolidierungsphase der Zusammenarbeit befinden.

WELT: Welches Produktangebot *planen Sie, und welche „Produktphilosophie"* verfolgt man bei SEAT und VW?

Alvarez: 1985 werden wir den Polo in seiner klassischen Ausführung auf den spanischen Markt bringen. Ebenso gedenken wir das Modell Variant – betrieben mit Benzin oder Dieseltreibstoff – anzubieten.

Was nun die „Produktphilosophie" anbelangt, so ist es sicherlich wünschenswert, in Zukunft die VW-Audi-*Modelle herauszubringen,* die *nicht* direkt mit den Modellen der SEAT-Technologie konkurrieren. Diese möchten wir nämlich als unabhängiges Unternehmen produzieren. Wir werden natürlich die Herstellung unserer eigenen Modelle fortsetzen, die unseren hauseigenen technologischen Entwürfen entspringen, wie z. B. den Ibiza. Dieser von SEAT entwickelte Wagen kann wohl als Spaniens Nummer eins angesehen werden. Den Málaga werden wir *1985* herausbringen, und weitere Modelle aus der SEAT-Werkstatt werden folgen.



SEAT-Präsident J. A. Diaz Alvarez

WELT: Bis zu welchem Grade wird VW bei SEAT präsent sein im Hinblick auf eine bessere Qualität der in Spanien produzierten VW-Fahrzeuge?

Alvarez: Selbstverständlich gibt es bei SEAT deutsche Techniker, die uns von VW überlassen wurden. Diese haben an allen Fabrikationsprogrammen sehr effektiv mitgearbeitet, die bislang verwirklicht wurden. Die Qualität des Polo und Passat ist der Güte der VW-Produkte durchaus ebenbürtig.

WELT: Wie sehen denn die Exportpläne *für von* SEAT gefertigte VW-Modelle aus?

Alvarez: Die Exportpolitik für die VW-Modelle wird im wesentlichen durch den in Pamplona *gefertigten* Polo verdeutlicht. Hier hat man sich das Ziel von 50 000 Fahrzeugen pro Jahr gesteckt. Das gilt für den Export *innerhalb Europas,* der durch das Vertriebsnetz von VW wahrgenommen wird.

Auf der anderen Seite nun stehen *die Exporte der SEAT-Modelle,* die über unser eigenes europäisches Vertriebsnetz verkauft werden. Wir verfügen über 870 Vertriebsstellen, die etwa 90 000 Fahrzeuge verschiedener Modelle im Jahre 1984 vermarkten werden.

Es ist unser Ziel, in die verschiedenen Märkte einzudringen und unseren bisherigen Marktanteil von 1 Prozent zu vergrößern. Mit nur zwei Modellen haben wir in einer Rekordzeit einen Marktanteil im Ausland von 0,5 Prozent erreicht. Das ist der Durchschnittsanteil. In manchen Ländern sind wir sehr erfolgreich. So z. B. in Israel, wo unser Anteil bei 7 Prozent liegt.

WELT: Als sich die Trennung FIAT–SEAT im Jahre 1981 vollzog, war es da nicht schwierig für Sie, *mit den enormen Verlusten* fertig zu werden?

Alvarez: Selbstverständlich, die unerwartete Trennung von FIAT war *eine schwierige Sache,* die man nicht so leicht vergißt. Nur wenige Unternehmen sind wohl je mit einer solchen Situation konfrontiert worden.

Dennoch reagierte SEAT in einer der Lage angepaßten geeigneten Form im vollen Bewußtsein, daß es hier ums Überleben ging.

Aus der Sicht der drei hinter uns liegenden Jahre muß die geleistete Arbeit als erfolgreich angesehen werden.

Das Unternehmen schickt sich gerade an, zwei neue, mit eigener Technologie entwickelte Modelle auf den Markt zu bringen, den Ibiza und den Málaga.

Wir haben unser eigenes Vertriebsnetz in Europa und in anderen Teilen der Welt geschaffen. Hierdurch stellten sich Erfolge ein, die unsere Erwartungen bei weitem übertrafen. Die mit VW-Audi getroffenen Absprachen garantieren eine technologische Zusammenarbeit allererster Güte, die sich auf unseren Marktanteil im Inland günstig auswirken wird.

In stetigem Rhythmus wird SEAT ein Fertigungsvolumen von 400 000 Fahrzeugen pro Jahr erreichen. 1985 wird ein Jahr zufriedener Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sein, sowohl im Hinblick auf die Mitarbeiter als auf die Betriebsanlagen.

INVESTITIONEN / Liberale Politik zog Ausländer an

Ein Vertrauensbeweis

Die gegenwärtige spanische Regierung setzt großes Vertrauen ins Unternehmertum und hat daher ihre Wirtschaftspolitik entsprechend liberal ausgerichtet.

Überraschend ist, daß die Kapitalzuflüsse zum größten Teil aus dem Ausland hereinkommen. Das ist ein Beweis dafür, welches Vertrauen sowohl ausländische als auch spanische Anleger der jetzigen Regierung entgegenbringen.

Dank der steigenden Exporte und wachsenden Investitionen – in erster Linie der ausländischen Kapitalzuflüsse – weist die Zahlungsbilanz eine Verbesserung aus. Das in Spanien angelegte ausländische Kapital führt nicht nur zu wachsender Produktivität und ausgezeichneten Gewinnen, sondern treibt auch besonders die Schaffung sogenannter „Mischindustrien" voran, die zur Zeit groß im Kommen sind.

Hierzulande können viele Erzeugnisse gefertigt werden, und zwar zu geringeren Arbeitskosten und niedrigeren Steuern, als sie woanders üblich sind.

Einheimischen und ausländischen Unternehmen, die bereit sind, bei der Schaffung der oben erwähnten „Mischindustrien" in Spanien mitzuhelfen, greift die Regierung mit einer Vielzahl von Vergünstigungen unter die Arme.

Hierfür stehen große Industriezonen – sogenannte privilegierte Gebiete – zur Verfügung. Diese befinden sich in Andalusien, Kastilien, Extremadura, Rioja sowie im gesamten nordöstlichen Teil Spaniens.

Alle diese Gebiete verfügen über eine ausgezeichnete Infrastruktur und für Industrieansiedlungen geeignetes Territorium. Das Beste jedoch ist zweifellos: Die Arbeitslöhne hier sind niedriger als im übrigen Spanien bei gleichen, wenn nicht gar beseren Arbeitsleistungen!

Über die Gebietsverwaltungen gewährt die Regierung all jenen Unternehmen, die sich in diesen großen Industrie-Wachstumszonen ansiedeln wollen, Subventionen (verlorene Zuschüsse) von bis zu 30 Prozent der zugelassenen Investition sowie eine 100prozentige Entschädigung für sämtliche entstandenen Umzugs- und Überführungskosten.

Doch damit noch nicht genug: Diese Firmen erhalten billige Kredite von der offiziellen Bank und die Möglichkeit der Vergütung von bis zu 95 Prozent auf die verschiedenen Steuersätze.

G. VICO

WIRTSCHAFT / Der Export ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen

Kooperation mit Bonn verstärken

Die spanische Wirtschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß ihr Export kontinuierlich gestiegen ist. Der hohe Stand hatte zur Folge, daß sich die Zahlungsbilanz verbesserte, was auch eine Stärkung der spanischen Wirtschaft mit sich brachte. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung sind weitere Anstrengungen er*forderlich. Darum setzt die* Förderung des Außenhandels verstärkt auf die Zusammenarbeit mit Dritt-Ländern, und dies gilt auch für die Bundesrepublik.

Hier wird eine Kooperation vor allem im industriellen Sektor angestrebt, und zwar in bezug auf Lieferung von Maschinen, Herstellung von Ausrüstung oder Dienstleistung bei der Errichtung von Betrieben oder Handelsniederlassungen.

Verantwortlich für die Kooperationen mit Dritt-Ländern zeichnet das staatliche Unternehmen für Außenhandelsförderung „FOCOEX" (Fomento de Comercio Exterior). Es tritt zusätzlich neben der Föderung der Exporte als Trading-Gesellschaft auf, kauft und verkauft in eigenem Namen und übernimmt damit auch das Risiko dieser Geschäfte.

So können heute spanische Ausführungen von Gütern und Dienstleistungen in Märkte gehen, die bis vor kurzem noch völlig unerreichbar waren oder wo bislang nur eine geringe Vorstellung von den Produkten Spaniens vorhanden war. Beispiele sind *China,* der *Mittlere Osten,* der Bereich des Comecon oder Südasien.

Was speziell die Kooperation zwischen Spanien und Deutschland angeht, steht im Vordergrund, Kunden in Dritt-Ländern Industrieanlagen oder sonstige Anlagen schlüsselfertig anzubieten.

Der Vorteil, der eine solche Arbeitsteilung bietet, liegt in dem verringerten wirtschaftlichen Risiko für die einzelnen Länder. Denn gelegentlich lehnt die Bundesrepublik Deutschland die Risikodeckung für Exportkredite bei gewissen Ländern ab und ist lediglich bereit, einen kleinen Prozentsatz abzuschirmen.

Deshalb suchen deutsche Unternehmen dann einen ausländischen Partner, der diesen Anteil des abzudeckenden Risikos übernimmt. In Spanien werden diese Parnter sehr oft gefunden, und es ist deshalb ein bevorzugtes Land bei Kooperationen in Dritt-Ländern.

Zudem ist die Wettbewerbsfähigkeit ein ausschlaggebender Faktor. Ein deutsch-spanisches Projekt erwirbt bessere Marktchancen, wenn es in Spanien hergestellt wird, denn die Produktionskosten der spanischen Industrie sind geringer als in der Bundesrepublik.

Hinzu kommt, daß deutsche Unternehmen auch gerne den Vorsprung nutzen, den Spanien durch seine speziellen Beziehungen zu bestimmten Regionen der Welt, wie Lateinamerika und Teilen der arabischen Welt, besitzt.

Spanien seinerseits profitiert von dem großen Ansehen der deutschen Industrie. Dieses Ansehen erwirkt Handelsmöglichkeiten mit Ländern des Ostblocks und der Volksrepublik China; Länder, mit denen die deutsche Industrie schon große Geschäfte abwickeln konnte.

Daneben leistet die Bundesrepublik den Entwicklungsländern große Hilfe, besitzt hier Ansehen, was wiederum Gemeinschaftsprojekte interessant macht.

FOCOEX prüft zur Zeit die Möglichkeit, die Kontakte zwischen spanischen und deutschen Unternehmen bzw. Finanzierungsinstitutionen weiter zu vertiefen, um die schon bestehenden zahlreichen Kooperationen noch weiter auszubauen.

G. DEANO

SHERRY / Miguel Torres, der experimentierfreudige Winzer

Die neue Cuvée heißt Waltraud

Wenn in den letzten Jahren außer *dem Gebiet des Sherry* – Jerez – und der nordspanischen Rioja auch das Penedés zunehmend als qualifizierte Weinadresse der iberischen Halbinsel anerkannt wird, so ist dies zweifelos dem Haus Torres zu verdanken.

Miquel-Torres, dessen Güter in Vilafrancas, westlich von Barcelona, liegen, gilt als der kompetenteste und experimentierfreudigste „Winzer" Spaniens.

Versuche mit Cabernet Sauvignon und Pinot Noir, die Arbeit als Weinschriftsteller (Miquel Torres' jüngstes ist wohl zugleich das umfassendste Buch über spanischen Wein: „Los vinos de Espana – cata", 1983) und der Export in 86 Länder – all das gehört zu der Beschreibung dieses Mannes und seiner Arbeit.

Seit 1978 werden die Weine aus Vilafranca (durch Eggers und Franke, Bremen) nach Deutschland eingeführt.

Von den Exportmärkten, auf denen der Coronas und der Sangredetoro, der Rose de Casta und der weiße Vina Sol erfolgreich verkauft werden, liegt Deutschland der Familie Torres besonders am *Herzen*: vor 15 Jahren heiratete Miquel Torres – eine Frankfurterin, nach der er seine neue Cuvée benannt hat: Waltraud.

Die Familie Torres besitzt 400 Hektar eigene Weinberge. An der Spitze der Kellerei, deren Geschichte sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen läßt, steht die fünfte Familiengeneration.

Bereits 1933 begann man mit der Abfüllung der für den Export bestimmten Weine in der Kellerei. Damit nahm Torres die strengen Regelungen der spanischen Ursprungskontrolle vorweg, die heute für die Herkunft „Denominicion de Origen Penedés" die Abfüllung in den Anbaugebieten vorschreiben.

Besonderes Augenmerk gilt in Vilafranca dem Kelterungsprozeß, der in einer der modernsten Anlagen des Landes geschieht. Weiß- und Rotweine werden schon für die Gärung in gekühlten Edelstahlbehältern gelagert und im Frühjahr nach der Lese jung und frisch auf die Flasche gezogen.

Die Rotweine reifen in Holzfässern aus amerikanischer Eiche – je nach *Weintyp zwischen 12 und 24 Monaten* – bis zur Abfüllung und machen anschließend noch ein mehrmonatiges Flaschenlager durch, bevor sie auf den Markt kommen.

Die Bundesrepublik war für die Torresweine 1983 der am schnellsten wachsende Exportmarkt. E. S.

Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn

OLIVEN / Seit Jahrhunderten bedeutender Wirtschaftsfaktor Spaniens

Die besten wachsen im Angesicht des Giralda

Eines der bedeutendsten landwirt*schaftlichen Erzeugnisse* Spaniens ist die Olive. Sie wird hier schon seit Jahrhunderten geerntet und ist eng mit der langen Geschichte des Landes verknüpft. Die ersten Früchte wurden auf der Insel Kreta verzeichnet, wo es bereits 3500 v. Ch. Olivenbäume gab.

Darstellungen auf zahlreichen Amphoren und anderen Fundstücken aus dem antiken Rom legen Zeugnis davon ab, wie die Römer Oliven spanischer Herkunft konsumierten.

Heute ist Spanien mit seinen Millionen von Oliven der größte Produzent und Exporteur von Tafeloliven allererster Güte. Der größte Teil dieser Tafeloliven wird in der Gegend um Sevilla in der Provinz Andalusien geerntet. Ein altes spanisches Sprichwort sagt, daß die besten Oliven der Welt im Angesicht des Giralda, des gewaltigen Turms der Kathedrale von Sevilla, wachsen.

Wenn man diesen Turm besteigt, so sieht man Olivenbäume mit diesen herrlichen Früchten, soweit das Auge *reicht*.

Andalusien hat das ideale Klima. Heiße und trockene Sommer, milde Winter sowie gute Böden bieten optimale Bedingungen für den Anbau von Oliven.

Die Natur hat die Olive mit einer einzigartigen Widerstandskraft gesegnet. Olivenbäume scheinen schier unsterblich zu sein. Bizarre, knorrige Formen, Reihen um Reihen von Bäumen bis zum Horizont bestimmen das Landschaftsbild.

Spanische Oliven pflückt man mit der Hand, damit ihre zarte Haut unbeschädigt bleibt. Dann werden sie in klarem Wasser gewaschen und in Salzlauge gelegt. Die andalusische Sonne fördert den Fermentierungsprozeß. In dieser „Reifezeit" wird das Fleisch der Frucht weich, und die Olive erlangt den ihr eigenen Geschmack.

Die hohe Qualität spanischer Oliven ist weltweit bekannt. Das beweisen in erster Linie die Ausfuhrzahlen. Im Jahre 1982 exportierte Spanien insgesamt 95 Millionen kg Tafeloliven in 66 Länder. Diese Exporte stellen einen Wert von 151,5 Millionen US-Dollar dar. Italien, Saudi-Arabien, Frankreich und Kanada sind die weitaus größten Abnehmerländer. Deutschland belegt den sechsten Platz unter den Importeuren.

Trotz der gegenwärtig schlechten Wirtschaftslage entwickeln sich die Oliveneinfuhren nach Deutschland außergewöhnlich gut. Der Verband spanischer Exporteure von Tafeloliven (La Asociación de Exportadores de Aceitunas de Mesa Espanolas, Sevilla) gab bekannt, daß im vergangenen Jahr 3 Millionen Tafeloliven nach Deutschland exportiert wurden. Das entspricht einem Wert von 5,4 Millionen US-Dollar.

Vor zehn Jahren waren spanische Tafeloliven noch wenig bekannt in Deutschland. Heutzutage werden sie von Kennern auch in der deutschen Küche verwandt. Dieser Erfolg ist leicht zu erklären: Die aromatisch duftenden, wohlschmeckenden Oliven bieten dem Koch oder der Köchin vielseitige Verwendungsmöglichkeiten.

Besonders geeignet sind Oliven als Vorspeise. Das gilt jedoch nur für Oliven spanischer Provenienz, deren Fettgehalt wesentlich niedriger ist als der anderer Sorten. 100 Gramm spanische Oliven enthalten lediglich 116 Kalorien. Es ist noch zu erwähnen, daß die für die Herstellung von Öl verwandten Oliven erheblich mehr Fett enthalten.

Eine erst kürzlich durchgeführte Marktumfrage ergab, daß die Qualität spanischer Oliven weitaus besser ist als die von Oliven aus anderen Herkunftländern. Gezielte Informationskampagnen in Deutschland haben die Verbraucher mit spanischen Oliven vertraut gemacht und sie gleichzeitig über die mannigfaltigen Verwendungszwecke aufgeklärt.

CARLOS FRANCO ROJAS

VERANSTALTUNGEN / Kultur gesungen, getanzt

Festivals laden das ganze Jahr über ein

Spaniens Kunst und die Kultur in all ihren Erscheinungen ist die Keimzelle für Kontinente und ihre Zivilisation geworden.

Ein Beispiel hierfür bilden Internationale Festivals der Musik und des Theaters, die man das Jahr hindurch in verschiedenen Regionen, Verwaltungseinheiten und Gemeinden feiert, und die vom Kultusministerium gefördert werden.

Die berühmtesten drei Festivals sind nach ihrer Bedeutung und ihrem Alter, die von Granada, Santander und Barcelona.

Granada, letzter Rest der arabischen Herrschaft, feiert sein Festival über *den Felsen der Al Hambra und* zwischen seinen Wäldern, in diesem Jahr mit folgendem Programm:

19. Juni: English Chamber Orchestra
Direktor: Charles Mackerras
Programm: Mendelssohn, Mozart, Strauss

20. Juni: English Chamber Orchestra
Direktor: Charles Mackerras
Programm: Rossini, Britten, Bottesini und Schubert

21./22./23. Juni: Concertgebouworkest
Direktor: Bernard Haitink

24. Juni: „In memoriam" de Rosa Sabater

25./26. Juni: Ballet de Basilea

27. Juni: Manuel CID
Piano: Bveda Zakotnik

26. Juni: O. N. E.
Direktor: Jesus Lopez-Cobos
Programm: Falla „La Vida Breve" mit Montserrat Caballe
Requiem von Mozart

29. Juni: O. N. E.
Direktor: Jesus Lopez-Cobos

30. Juni: Orquesta de Camara
Direktor: Jesus Lopez-Cobos

1. Juli: O. N. E.
Direktor: Maximino Valdes

2. Juli: Uto Ughi, Violine
Eugenio Bagnoli, Piano

3./4. Juli: Ballet nacional clasico

5. Juli: Edda Moser
Piano: Edelmiro Arnaltes

6. Juli: Pedro Corostola, Violoncello
Manuel Carra, Piano

6. Juli: O. RTVE
Direktor: Miguel-Angel Gomez-Martinez
Programm: „El Rey David" von A. Honegger

7. Juli: O. RTVE
Direktor: Miguel-Angel Gomez-Martinez
Programm: Sinfonie Nr. 3 von G. Mahler
XVth Internaional Course „Manuel de Falla"

19. Juni – 7. Juli:
Ausstellung:
Auditorio „Manuel de Falla"
Palacio de Carlos V
Alhambra (Patio de los Arrayanes)
Information und Buchung:
Granada: Case Arabe de los Girones
Ancha de Santo Domingo,1
Apartado 64
In Madrid:
Dirección General de Música y Teatro
Paseo de la Castellana, 109
Telex MUC–27286

33 Jahre ist es her, daß Santander mit seinem Internationalen Festival für Musik und Tanz, Premiere feierte. Vom 15. Juli bis zum 31. August feiert die Hauptstadt Cantabriens in ihrer viktorianischen Architektur und an den weiten Stränden des Sardinero mit folgendem Programm:

OPER

1. August: Teresa Berganza – Orquesta de Cámara Española – Cond. Victor Martin

5. August: Orquesta Sinfónica RTVE – Pilar Lorengar – Juan Pons
Solist: Jose Carreras
La Damnation de Faust – Hector L. Berlioz

CHORAL SYMPHONIC CYCLE

4. August: 8. Internationaler Piano-Wettbewerb
„Paloma O'Shea" – Finale
mit dem Orquesta Sinfónica RTVE
Leitung: Miguel A. Gomez Martinez

6. August: Orquesta Sinfonica RTVE – 3. Symphonie von Mahler
Leitung: M. A. Gomez Martinez

22./23. August: The London Symphony Orchestra –
Leitung: Yuni Ahronovitch –
Tschaikowsky – Bruckner
Orchestra Sinfonica de la RAI, Torino
Leitung: Riccardo Chailly
Orchestre Symphonisse de Berne
Orfeon Donostiarra –
Leitung: Peter Maag
English Chamber Orchestra –
Ingrid Haebler, Piano

BALLETT

Ballet *National de Marseille*
Chor.: Roland Petit
Rudolf Nurejew – Ballett Théâtre Français de Nancy
Internationale Tanz-Stars

THEATER

7. August: Vittorio Gassmann
The Lyndsay Kemp Company
Mummenschanz (Premiere in Spanien)
Magic Circus
Eis Joglars
Fernando Fernan Gomez
Centro Dramatico Nacional (eine Aufführung)
Leitung: Luis Pascual

KAMMERMUSIK UND GESANG

The Prague Quartet – The Stuttgart Sextet – The London Virtuosi/The Scholats – Christian Zimerman, Piano – Rafael Puyana, Clavicord – Lionel Rogg, Orgel – Montserrat Torrent. Orgel – Nicanor Zabaleta. Ham – The London Mozart Players – Nicholas *Jackson and Trumpet Murphy*

Festival Internacional de Santander
C/. Juan de la Cosa 3
Santander, Spanien
Telefon: (942) 21 05 08 und 21 04 35

Barcelona ist der Zahl der Einwohner nach die zweite Hauptstadt Spaniens. Diese kulturreiche und fleißige Stadt, wo Kunst und Geschichte in den Straßen des gotischen Viertels in Stein gefaßt wurden, ehrwürdig und kosmopolitisch mit einem der bedeutendsten Häfen des Mittelmeers, bietet dieses Jahr das 22. Festival in der *Zeit vom 1. bis 31. Oktober an.*

Aber abgesehen von diesen dreien gibt es in Spanien noch eine Vielzahl von internationalen Musik- und Tanzveranstaltungen. Da ist die Internationale Orgel-Woche in Palma de Mallorca, die in diesem Jahr im Februar und März stattfand. *Da sind die Internationale* Woche religiöser Musik in Burgos, in der Karwoche; oder das Internationale Festival der Jugendorchester in Murcia im April.

Vom 2. Mai bis zum 8. Juni kann man in Oviedo, Gijon und Aviles das Internationale Festival asturischer Musik erleben, und Anfang Juli in Segovia die Woche der Kammermusik. In der zweiten Julihälfte findet die Woche der Polyphonie, der Orgel und des internationalen Wettstreits an der Orgel in Avila statt.

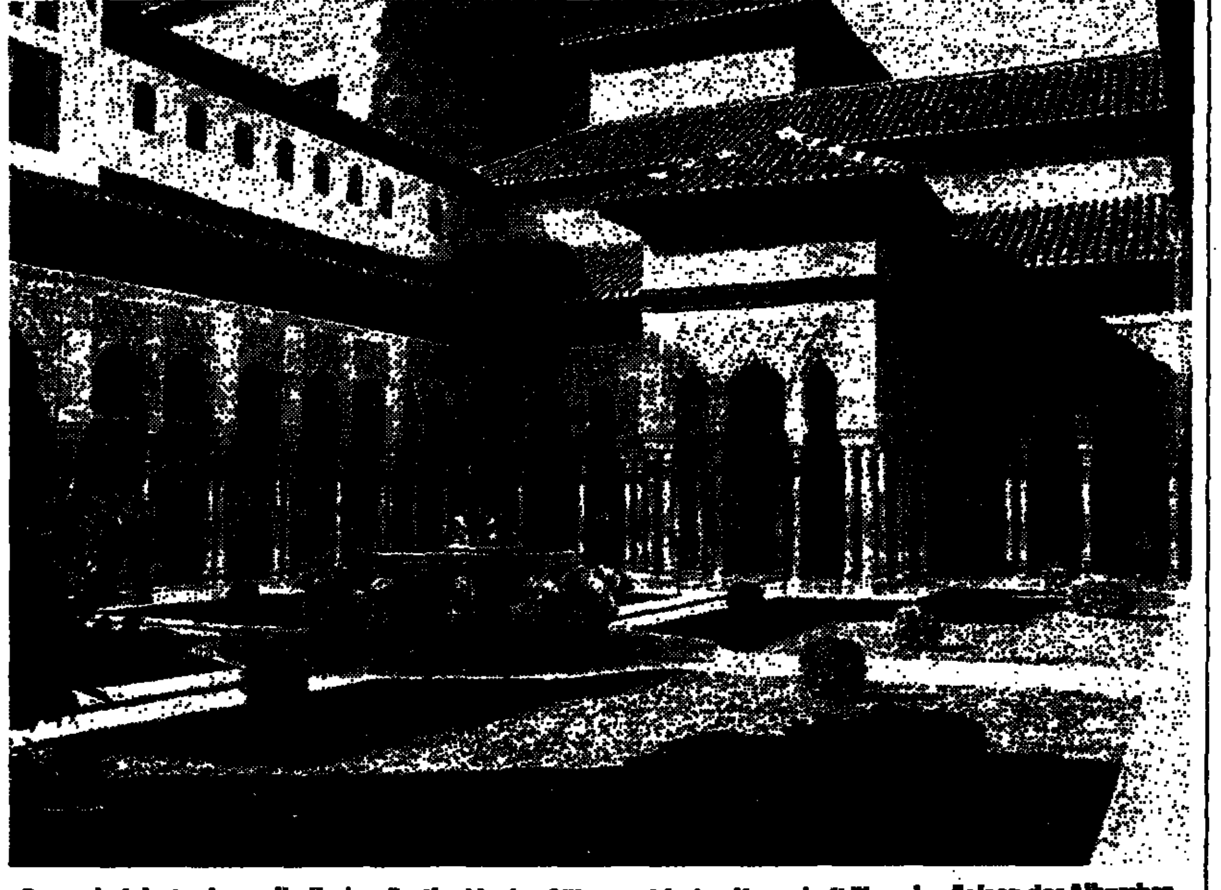
Im Juli und August wird in Cadaques (Gerona) das Internationale Musikfestival durchgeführt. Im August *ist die Internationale* Woche der Kammermusik in Monserrat (Valencia). Im August und im September dann das Internationale Musikfestival in Mahon auf den Balearen. Taroca (Saragossa) bietet in der ersten Septemberhälfte das Internationale Festival klassischer Musik, und zur zweiten Septemberhälfte lädt das Internationale Musik- und Tanzfestival nach Sevilla ein.

Bleibt das Theater. Als Beispiel für Theaterdarbietungen mit hervorragendem kulturellen und touristischen Angebot, die in Spanien durchgeführt werden, sind zwei zu nennen: Das Festival des klassischen Theaters im römischen Theater von Merida (Badajoz) von Juni bis August und das Festival des klassischen spanischen Theaters in Almagro.

Von allen Zivilisationen, die das künstlerische Erbe der Estremadura bereichert haben, dauerte die römische am längsten und war auch die bedeutendste seit der Gründung der Emerito Augusta in Merida. Damals, 25 vor Christus, wurde sie als Wohnplatz für „Verdiente" oder für Veteranen der Legionen V und X gegründet. In den Zeiten des Kaiser Augustus war Merida das spanische Rom; Bühne der Kultur und des Reichtums, Hauptstadt der weitläufigen Provinz Lusitanien. Das römische Theater ist bis auf den heutigen Tag eine der bedeutendsten Bauten der Stadt.

Der Komödien-Platz in Almagro ist noch heute ein einzigartiges Exemplar der berühmten Theater des Mittelalters. Jährlich versammeln sich hier verschiedene Gruppen klassischen Theaters und anderer Aufführungen ebenso wie Studenten des Theaters.

T. O.



Granada feiert sein musikalisches Festival in den Sälen arabischer Herrschaft über den Felsen der Alhambra FOTO: RICHARD KURZ

LAND MADRID / Infrastruktur ist das Problem

Leguina: Mit ZUR gegen Arbeitslosigkeit

Von ROLF GÖRTZ

„Die größte Baustelle, die ich je gesehen habe. Vielleicht noch New York – aber hier in Europa gibt es so etwas nicht noch einmal." Der deutsche Wohnungsbauminister Schmücker staunte. Bei einem Hubschrauberflug über Madrid sah er Vorstädte aus dem Boden gestampft. Das geschah vor mehr als 17 Jahren. Zwei Jahrzente lang nahm die spanische Hauptstadt jährlich um eine deutsche Großstadt zu. Madrid wuchs in den sechziger und siebziger Jahren um 2 Millionen Einwohner auf nicht ganz 4 Millionen heute. Der um die spanische Metropole wachsende Industriegürtel zog die Menschen aus den armen Zonen des Landes, vor allem aus Andalusien und die Extremadura wie ein Magnet an. Die Devisen der Touristen, ihre richtige Kanalisierung und die Weltkonjunktur sorgte für Bau- und Beschäftigung unzähliger Fabriken.

Wirtschaftskrise wirkte sich aus

Entsprechend mußte sich umgekehrt die Weltwirtschaftskrise auswirken, auf die Spanien erst Ende der siebziger Jahre reagierte. In der unmittelbaren Umgebung von Madrid und seinen Vorstädten Leganes Mostoles, Getafe und Torrejon konzentriert sich die größte Arbeitslosigkeit in Spanien.

Die frühere Provinz Madrid ist seit kurzem ein Land, das aber nicht wie Bremen oder Hamburg identisch mit der Stadt ist, sondern auch die ganze Umgebung einschließt. Von den 5,5 Millionen Menschen des Landes Madrid gehören fast 2 Millionen zur Stadt selber. Landesministerpräsident Joaquin Leguina erläutert der WELT das Hauptproblem seines Landes im Zentrum Spaniens: „Die großen Ballungen der Arbeitervorstädte leiden unter einer unzureichenden Infrastruktur, und unter der Arbeitslosigkeit, die hier weit über dem spanischen Durchschnitt liegt." Wie der Landesministerpräsident erläutert, versucht sein Rat (Landesregierung) in Verbindung mit der Staatsregierung die Dinge über ein soeben gegründetes Entwicklungsinstitut in den Griff zu bekommen. So hat die Staatsregierung im November vergangenen Jahres die Bildung von „Zonen dringender Entwicklungshilfe" für die notleidende Industrie beschlossen. Das Programm ZUR beschäftigt sich mit der Sanierung und Modernisierung in Schwierigkeit geratener Industriezonen. Landesministerpräsident Leguina: „Die Regierung soll den Industriegürtel der Hauptstadt in dieses ZUR-Programm mit eingeziehen." Leguina hat berechtigte Hoffnung, daß dies auch geschehen wird. Und damit die zu erwartenden Mittel nicht zu breit gestreut werden, erklärte Leguinas Landesregierung den Industriegürtel Madrids vor allem im Süden und im Osten der Hauptstadt zur Dringlichkeitszone. Leguina: „Natürlich wäre es unmöglich, die Einwanderer der letzten zwei Jahrzehnte wieder hinauszuwerfen. Die Reindustrialisierung muß vielmehr dort einsetzen, wo diese Zuwanderer ihre Arbeitsplätze verloren haben."

Das Hauptproblem besteht darin, daß in den letzten fünf Jahren 2200 Unternehmen und Handelsbetriebe aufgaben und ihre Arbeitskräfte entlassen mußten. Aber nicht einmal die *Hälfte erhalten Arbeitslosenunterstützung.* Und die meisten von ihnen sind jetzt ein Jahr arbeitslos, so daß sie in Kürze ihre Arbeitslosenversicherung verlieren.

Neues Phänomen Minifirmen

In der Folge dieser Massenarbeitslosigkeit bildete sich ein völlig neues Phänomen, das die Planung nicht mehr umgehen kann: In der Umgebung der in Konkurs geratenen normalen Unternehmen entstanden eine Unzahl von Klein- und Kleinstbetrieben mit bestenfalls zehn Arbeitern. Schwarzbetriebe, wenn man so will. Außerhalb der Kontrolle des Staates halten sie sich als Zulieferbetriebe dadurch über Wasser, daß sie mit Niedriglöhnen und natürlich ohne Sozialversicherung den regulären Betrieben ihrer Branche, etwa der Autoindustrie, mit ihren Preisen unterbieten können. Diese Art Schwarzarbeit bewahrt den Industriegürtel Madrid vor sozialen Unruhen – sie muß allerdings im Rahmen des ZUR-Planes von der „Reindustrialisierung" irgendwie aufgefangen und normalisiert werden, wenn die für den Plan vorgesehen Millionen nicht verpuffen sollen.

Oh, wie wird Georges Bizet überrollt, übertanzt und hinweggeklappert

Von ILSE MEUDTNER

Ein Carmenrausch geht um die Welt.

Manchmal geschehen ungeahnte Wunder, so wie dies. Eine Explosion brach auf. Spontan, abrupt schoß da ein neuer Massenwahn ans Tageslicht. Die flammende Begeisterung zum spanischen Tanz. Genauer für Flamenco-Tanz. Startschuß war der Carmen-Film des Spaniers Carlos Saura, dessen umwerfender Erfolg zweifellos in eine Bewegungsmarktlücke gefallen sein muß. Er gab Anlaß zu einem wahren Flamenco-Tick, der alle betörte und in heiße Fans verwandelte. Nicht mehr Sportgymnastik, Yoga, Bauchtanz, Aerobic oder dergleichen sind nun gefragt, sondern Schulen und Klassen, in denen gestampft und geklappert wird, in denen hausgemachte Carmencitas und Toreros feurigen Zigeunertrend beschwören. Oh, Georges Bizet, Schöpfer der Oper Carmen, die er vor 99 *Jahren schrieb. Wie würde er erstaunen*, daß seine Zigeunerin, die zwar *von feuriger Liebe singt*, aber keineswegs Flamenco tanzt, so eine irrtümliche Karriere macht. Doch Bizet wurde überrollt, übertanzt, weggeklappert. Denn diese Masche ist doch wieder mal was ganz Neues. Macht viel Spaß und verspricht für längere Zeit der beliebteste Modehit zu bleiben. Und außerdem – nicht zu vergessen – da kommen ganz neue Industriezweige ins Geschäft. Man braucht viele *Kastagnetten. Möglichst handgemachte* und aus gutem Holz. Das ist teuer.

Dann dachte sich jemand aus, daß mit genagelten Spezialschuhen mit Plateausohlen getanzt werden muß. In Spanien ist das unbekannt und füllt die Kassen der Erfinder. Auch Carmen-Schallplatten und Videocassetten finden reißenden Absatz, denn man braucht rhythmische Unterlagen und kann so zum Originalton üben. Die flammende Begeisterung geht so weit, daß mancher Flamenco-Fan davon träumt, *in andalusischen Tanzseminaren* seine Kenntnisse erweitern *zu können.* Leider halb. Hier ist die Bremse, die große Enttäuschung. Denn ach, sie sogenannten Seminare sind Phantasiegebilde. Sie existieren nicht.

Und da kommt die ganze Verwirrung ans Tageslicht, denn Flamenco *ist kein Gruppentanz, sondern eine* solistische Ausdrucksform und nur ein Teil der vielen spanischen Tanzstilarten. Hoffentlich gehen sie nicht verloren, denn gegenwärtig wird sehr wenig für ihre Erhaltung getan. Es gibt in Spanien weniger Tanzschulen als in anderen Ländern. Denn da weder Opernhäuser noch Theater mit festen Ensembles existieren, haben die Tanzschüler kaum Berufschancen, also besteht auch kaum Interesse. Und Flamenco lernt man sowieso nur in Einzelstunden, die recht teuer sind, besonders in Andalusien. Aber selbst dann: der Volksmund sagt, man lernt es nicht, man wird damit geboren. Jedenfalls in Spanien.

Woanders ist es einfacher. Der klappernde Massenrausch auf *donnernden Brettern* ist eine wunderbare neue Unterhaltung im Sinne einer geschäftstüchtigen, auf Flamenco umdekorierten Carmen, draußen am Wall von Sevilla. Olé. Die Spanier staunen. Für sie ist dieses urplötzliche Flamenco-Erdbeben in Europa, Amerika und nun auch in Japan völlig rätselhaft. Die Popularität, aber auch die kulturelle Bedeutung des spanischen Tanzes ist im eigenen Lande viel blasser als in jenen Ländern, in denen berühmte spanische Tänzer in den letzten Jahrzehnten oder im ganzen letzten Jahrhundert Triumphe feierten. So blieb ihr Ruf und der ihrer Kunst dort auch lebendiger als zu Hause, wo sie kaum auf die Bühnen kamen. Ganz wie das alte Sprichwort sagt, der Prophet gilt nichts im eigenen Land. Zwar gefiel auch hierzulande der Carmen-Film. Doch deshalb lernt man keinen Flamenco. Im modernen Spanien rockt man in den Diskotheken und ebenso *auf Volksfesten. Nur alte Leute erinnern* sich noch an regionale Tänze, für neue Generationen ist das passé, mit Ausnahme der katalanischen Sardana, der Fevillanas in Andalusien und der Jota in Nordspanien. Teils leben sie für, teils vom Tourismus. Immerhin, sie sind noch Mode und können durchaus wieder frischen Wind bekommen. Aber sonst, wo sieht man auf Spaniens Bühnen eigentlich Tanz, ein Ballett? Offen gesagt, nirgends. Natürlich gastieren ausländische Compagnien, und in den Nachtlokalen sieht man gute Flamenco-Shows. Antonio Gades tanzte mit seinem Carmen-Ballett, doch sonst ist da gegenwärtig keine Gruppe, denn wer soll sie bezahlen? Immerhin hat man seit vier Jahren ein Staatsballett, *teils klassisch, teils spanisch, das* auch gastiert, aber diese Doppelseitigkeit ist nicht ideal. Es gab bisher mehr Schwierigkeiten als Erfolge. Es war gut gemeint, die Ballettomanen wünschten ein klassisches Ballett, es wurde vom Béjart-Schüler Victor Ul*late geleitet. Antonio – weltbekannt* durch seine großen Tourneen in Deutschland und der ganzen Welt, aber auch durch die Fernsehaufzeichnung des Dreispitz von de Falla – war Direktor der spanischen Gruppe.

Jeder war auf seinem Platz, doch beide Staatsballette arbeiteten unter einem Dach. Das war schlecht. Es gab Neid, Intrigen, Kompetenzfragen. Schließlich wurden beide Direktoren entlassen und einer Frau die *große Aufgabe der Leitung* des Gesamtballetts übertragen. Die Fachwelt war sprachlos. Mag die neue Direktorin auch ein Genie sein, mag sie ein gutes klassisches Ballett aufbauen können und auch ein spanisches Ballett zusammenstellen, so bleibt doch eine Lücke. Es bleibt ein Mangel, etwa so, *als würde Rußland auf Moissejew* verzichten und der Welt keine russischen Tänze mehr zeigen wollen. Der spanische Tanz ist eine Institution, ein Begriff für Spanien und sollte als kulturelle Selbstverständlichkeit betrachtet werden.

Es fehlt das spanische Ballett!!! Es fehlt die Persönlichkeit – doch die leitende Persönlichkeit ist da: Antonio. Seine langjährigen Erfahrungen, seine umfassenden Kenntnisse der vielen herrlichen Tanzformen Spaniens, all das ist nicht zu ersetzen. Und es ist nicht zu begreifen, weshalb man den Mann mit solchem Wissen tatenlos sitzen läßt. Aber vielleicht geschieht noch einmal ein Wunder. Vielleicht kommt ein Ölscheich, der in seinem neuen andalusischen Palast sitzt, auf die Idee, den armen Antonio, der gegenwärtig dort ratlos trauert, ein neues Ballett zu finanzieren. Warum denn nicht. Für die schönen Künste haben die Araber schon vor 1000 Jahren in Spanien viel getan. Und vielleicht könnte man für Antonio *und sein Ballett vielleicht* noch ein Tanztheater bauen. Etwa in Granada. Etwa gegenüber der Alhambra auf dem Sacromonte Berg. Man sieht ja am weltweiten Carmenrausch, daß solche Dinge durchaus nicht ins Märchenreich gehören, sondern *geschehen können. Immer noch! Und damit* olé!